



Sozial verantwortliche Auftragsvergabe in der Praxis: 71 bewährte Verfahren

Mai 2020

#WeBuySocialEU

**Europe Direct hilft Ihnen, Antworten
auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden.**

Gebührenfreie Rufnummer (*):

00 800 6 7 8 9 10 11

(* Sie erhalten die bereitgestellten Informationen kostenlos, und in den meisten Fällen entstehen auch keine Gesprächsgebühren (außer bei bestimmten Telefonanbietern sowie für Gespräche aus Telefonzellen oder Hotels).

RECHTLICHER HINWEIS

Die in dieser Veröffentlichung dargelegten Informationen und Ansichten spiegeln die Ansichten des Autors/der Autoren wider und vertreten nicht unbedingt die Meinung der Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen oder der Kommission. Weder die Exekutivagentur noch die Kommission können für die Richtigkeit der in dieser Studie enthaltenen Daten garantieren. Weder die Exekutivagentur noch die Kommission oder in ihrem Namen handelnde Personen können für die Verwendung der in dieser Studie enthaltenen Informationen verantwortlich gemacht werden.

Weitere Informationen zur Europäischen Union finden Sie im Internet (<http://www.europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2020

ISBN 978-92-9202-958-6

doi: 10.2826/844552

© Europäische Union, 2020

VERFASSER

Philipp Tepper (Verantwortlicher), Ashleigh McLennan, Rafael Hirt, Peter Defranceschi, ICLEI – Lokale Gebietskörperschaften für Nachhaltigkeit und Valentina Caimi, Alexander Elu, AEIDL. Mit der Unterstützung von Public Procurement Analysis, Dialog Makarna und Social Economy Europe.

EUROPÄISCHE KOMMISSION

Exekutivagentur für kleine und mittlere Unternehmen (EASME)

Abteilung A – COSME, Horizont 2020, KMU und EMFF

Referat A.1 – COSME

E-Mail: EASME-COSME-ENQUIRIES@ec.europa.eu

Europäische Kommission

B-1049 Brüssel

Inhaltsverzeichnis

Inhalt

EINLEITUNG (DE)	5
WAS IST EINE SOZIAL VERANTWORTLICHE VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE?	6
WAS ENTHÄLT DIESE SAMMLUNG?	6
WICHTIGSTE ERGEBNISSE	6
FALLSTUDIEN	11
SEKTOR 1 Dienstleistungen in den Bereichen Reinigung und Gebäudemanagement	12
SEKTOR 2 Bauwesen	53
SEKTOR 3 – Lebensmittel/Verpflegungsdienstleistungen	79
SEKTOR 4 – Möbel	101

EINLEITUNG (DE)

Bei der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge geht es darum, mit öffentlichen Aufträgen positive soziale Ergebnisse zu erzielen. Die Beschaffung betrifft eine Vielzahl von Personen, sei es als Nutzer öffentlicher Dienstleistungen, als Personen, die an Produktion und Bereitstellung beteiligt sind, oder als Mitarbeiter der Einkaufsorganisation. Über die unmittelbar Betroffenen hinaus kann die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite Einfluss auf den breiteren Markt nehmen.

Öffentliche Auftraggeber können mittels kluger Beschaffungsstrategien Beschäftigungschancen, menschenwürdige Arbeit, die soziale Eingliederung, Barrierefreiheit, Design für Alle, ethischen Handel und die umfassendere Einhaltung von Sozialstandards fördern. Auf manche Produkte, Vorhaben und Dienstleistungen wirkt sich dies in besonderem Maße aus, da die öffentlichen Auftraggeber über einen großen Marktanteil verfügen, beispielsweise im Baugewerbe, im Gesundheitswesen und beim Verkehr.

Öffentliche Auftraggeber sind wichtige Investoren in Europa, deren Investitionen sich auf 14 % des Bruttoinlandsprodukts der EU belaufen. Sie können einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten, indem sie ihre Kaufkraft in Güter und Dienstleistungen mit sozial verantwortlicher Ausrichtung stecken. Sowohl der öffentliche als auch der private Sektor erkennen zunehmend die Notwendigkeit an, bei der Auftragsvergabe alle drei Säulen der Nachhaltigkeit (sozial, ökologisch und wirtschaftlich) zu berücksichtigen.

Die Richtlinien zur Vergabe öffentlicher Aufträge aus dem Jahr 2014¹ verdeutlichen, dass soziale Aspekte während des gesamten Vergabezyklus berücksichtigt werden können, angefangen bei der vorherigen Marktkonsultation über den Einsatz von Vorbehalten und der Sonderregelung bis hin zu sozialen Zuschlagskriterien und Bedingungen für die Auftragsausführung.

Öffentliche Auftraggeber in ganz Europa beginnen, sich diese Möglichkeiten zunutze zu machen und durch ihre Auftragsvergabe spürbare soziale Auswirkungen zu erzielen. Dennoch schöpfen die Mitgliedstaaten die Möglichkeiten der öffentlichen Auftragsvergabe als strategisches Werkzeug zur Unterstützung sozialpolitischer Ziele noch nicht voll aus.

Mit dieser Fallstudiensammlung soll das Bewusstsein und das Verständnis für das Potenzial der sozial verantwortlichen Auftragsvergabe verbessert werden, indem anhand von 71 Beispielen gezeigt wird, wie öffentliche Auftraggeber in der Praxis soziale Vorteile erzielt haben. Die Fallstudien zeigen korrekte Ausschreibungsverfahren und wirksame Strategien auf und dienen als Inspiration – sowohl für die Auftraggeber als auch für die Akteure der Sozialwirtschaft – mit dem Ziel, die Nachahmung in ganz Europa anzuregen.

Weitere Informationen über die Umsetzung der sozialen Aspekte der EU-Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe auf nationaler Ebene sowie weitere bewährte Verfahren für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge mit besonderem Schwerpunkt auf dem Zugang von sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu öffentlichen Märkten finden sich im Bericht [„Buying for Social Impact“](#). Darüber hinaus aktualisiert die Europäische Kommission derzeit den Leitfaden *Sozialorientierte Beschaffung*, der praktische Ratschläge zur Umsetzung der sozial verantwortlichen Auftragsvergabe enthalten wird (voraussichtlich 2020).

¹ Richtlinie 2014/23/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Konzessionsvergabe („Konzessionsrichtlinie“); Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG („Richtlinie über den öffentlichen Sektor“) und Richtlinie 2014/25/EU über die Vergabe von Aufträgen durch Auftraggeber im Bereich der Wasser-, Energie- und Verkehrsversorgung sowie der Postdienste und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/17/EG („Sektorenrichtlinie“). Dieser Leitfaden bezieht sich in erster Linie auf die Richtlinie 2014/24/EU. Im Rahmen der beiden anderen Richtlinien bestehen jedoch größtenteils die gleichen Möglichkeiten für die Durchführung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge.

WAS IST EINE SOZIAL VERANTWORTLICHE VERGABE ÖFFENTLICHER AUFTRÄGE?

Mit der sozial verantwortlichen Auftragsvergabe soll Einfluss auf die Auswirkungen der vom öffentlichen Sektor erworbenen Waren, Dienstleistungen und Arbeiten auf die Gesellschaft genommen werden. Sie kann eine treibende Kraft sein für die:

- Förderung von Beschäftigungschancen und sozialer Integration
- Bereitstellung von Möglichkeiten für sozialwirtschaftliche Unternehmen
- Förderung menschenwürdiger Arbeit
- Unterstützung der Einhaltung der Sozial- und Arbeitnehmerrechte
- Barrierefreiheit und Design für Alle
- Achtung der Menschenrechte und Behandlung von Aspekten des ethischen Handels
- Erbringung hochwertiger Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturdienstleistungen

WAS ENTHÄLT DIESE SAMMLUNG?

Die vorliegende Auswahl von Fallstudien bewährter Verfahren wurde zwischen September 2019 und März 2020 erstellt. Die Arbeiten bauen auf früheren und laufenden Tätigkeiten im Zusammenhang mit der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge auf europäischer, nationaler und lokaler Regierungsebene auf.

Es wurden bewährte Verfahren bei öffentlichen Auftraggebern in ganz Europa und darüber hinaus gesucht. In dieser Sammlung werden nun 71 Fälle aus 27 Ländern vorgestellt, von denen 22 Mitgliedstaaten und fünf Drittländer sind. Da sich die Anwendung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten unterscheidet, reichen die Fälle von der Eingangs-/Anfangsebene über die mittlere bis hin zur fortgeschrittenen Ebene. Sie gehen auf eine unterschiedliche Auswahl von Produkten und Dienstleistungen ein und umfassen alle Aspekte und Phasen der öffentlichen Auftragsvergabe (einschließlich der Phasen vor und nach der Ausschreibung) und ein breites Spektrum öffentlicher Auftraggeber, das von Kommunen zu zentralen Vergabestellen und Krankenhäusern reicht.

Die Sammlung ist nach Sektoren geordnet, damit sich der Leser leichter zurechtfinden kann. Bewährte Verfahren, die mehr als einen Sektor abdecken oder sich auf Strategien oder Verfahren beziehen, werden am Ende als Gruppe zusammengefasst. In der vorliegenden Sammlung sind folgende Sektoren abgedeckt: Reinigungsdienste, Bauwesen, Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen, Möbel, gärtnerische Dienstleistungen, Gesundheitswesen, Informations- und Kommunikationstechnologie, Sozialdienstleistungen, Textilien sowie Verkehr, Mobilität und Abfall.

WICHTIGSTE ERGEBNISSE

Die vorgestellte Sammlung der Verfahren der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge zeigt die Vielfalt der derzeitigen Anwendung und das Spektrum an Möglichkeiten, die öffentlichen Auftraggebern zur Verfügung stehen, ihre Beschaffung strategisch einzusetzen, um echte soziale Ergebnisse zu erzielen und die Lebensqualität der Menschen in Europa und darüber hinaus zu verbessern.

Bei der Zusammenstellung dieser Fallstudien konnte festgestellt werden, inwieweit die verschiedenen, nach den europäischen Vergaberichtlinien zulässigen Mechanismen in der Praxis angewandt werden.

So ist beispielsweise die Verwendung von Beschäftigungsklauseln nach Artikel 70 sehr weitverbreitet, diese unterscheiden sich jedoch in Bezug auf ihren Anspruch und ihre Komplexität. Auf der grundlegenden Ebene können Klauseln dazu beitragen, Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen zu schaffen, „die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind“ (d. h. Menschen, die beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit Hindernissen wie Behinderungen, einem niedrigen Bildungs- oder Qualifikationsniveau, mangelnder Erfahrung oder Langzeitarbeitslosigkeit oder mit anderen, vom öffentlichen Auftraggeber definierten Hindernissen konfrontiert

sind). Fortgeschrittenere Ansätze sind in umfassendere sozialpolitische Initiativen eingebettet. Zu diesen zählen die Bereitstellung von Helpdesks für Beschaffer und Lieferanten, Vermittlungsdienste zwischen Arbeitslosen und entsprechenden Arbeitsstellen oder „weiche“/indirekte Unterstützung von Arbeitsuchenden bei der Wiedereingliederung in das Arbeitsleben. In einigen Beschäftigungsklauseln werden auch die Bedingungen festgelegt, gemäß denen eingestellte Arbeitnehmer oder Auszubildende die Möglichkeiten haben sollten, sich während der Laufzeit des öffentlichen Auftrags weiter zu entwickeln, oder es werden spezifische Schulungsanforderungen festgelegt. Es gibt insbesondere in den Bereichen Instandhaltung, Gartenbau und soziale Dienstleistungen viele Beispiele für die Vergabe vorbehaltener öffentlicher Aufträge an geschützte Werkstätten/Sozialunternehmen, die Menschen mit Behinderungen und benachteiligte Arbeitnehmer beschäftigen.

Andererseits deuten die Untersuchungen darauf hin, dass einige der im Rahmen der Richtlinie 2014/24/EU zur Verfügung stehenden Sozialvorschriften offenbar nicht ausreichend ausgeschöpft werden. Dazu gehören die Inanspruchnahme der im Rahmen der Sonderregelung gewährten Flexibilität und die aktive Anwendung von Ausschlussgründen aufgrund der Nichteinhaltung umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlicher Vorschriften (nach Artikel 57 Absatz 4). Es ist jedoch möglich, dass Behörden solche Kriterien anwenden, ohne sie ausdrücklich als sozial verantwortliche Auftragsvergabe zu bezeichnen.

Die möglichen sozialen Risiken und die potenziellen Vorteile der öffentlichen Beschaffung hängen bis zu einem gewissen Grad davon ab, welches Produkt oder welche Dienstleistung beschafft wird. Einige Sektoren weisen beispielsweise einen höheren Anteil besonders schutzbedürftiger Arbeitnehmer auf oder verfügen über ein größeres Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Bestimmte Produkte enthalten möglicherweise Rohstoffe aus Konfliktgebieten oder aus Regionen mit niedrigen Arbeitsstandards, können aber durch Gütezeichen als sozial nachhaltig zertifiziert werden. Im Folgenden wird ein Überblick über die einzelnen Sektoren gegeben, die Gegenstand dieser Sammlung sind, und es werden einige wichtige Schlussfolgerungen zu jedem dieser Sektoren gezogen.

Reinigungsdienste

Die vorliegende Sammlung enthält zehn Fallstudien aus dem Bereich Reinigungsdienste und Gebäudemanagement aus neun europäischen Ländern. Dazu gehört ein Fall von der Europäischen Kommission selbst sowie Fälle einer Regionalregierung, öffentlicher Unternehmen sowie einer Reihe kleiner bis mittelgroßer Städte. Zu den Aspekten der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge im Reinigungssektor zählen typischerweise Anforderungen an gute Arbeitsbedingungen (einschließlich Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Gleichstellung der Geschlechter, Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben), Zuschlagskriterien und Auftragsausführungsklauseln, die die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Ausbildung fördern, sowie Lose, die Sozialunternehmen vorbehalten sind.

Die Fallstudien zeigen, dass es kein „Universalkonzept“ gibt und dass der Marktdialog ein guter erster Schritt zur Bewertung lokaler Möglichkeiten ist. In einigen Teilen Europas ist dieser Dialog wichtig, um sicherzustellen, dass soziale Kriterien erreichbar sind und den Wettbewerb nicht behindern. In anderen Teilen mit hohem Wettbewerbsniveau und geringen Unterschieden zwischen den Preisangeboten, können Zuschlagskriterien ein starkes Signal senden und stellen einen wichtigen Faktor für die Differenzierung zwischen den Angeboten dar.

Die öffentlichen Auftraggeber haben unter anderem die Erkenntnis gewonnen, dass es wichtig ist, Arbeitslosen geeignete Aufgaben zu übertragen. Hierbei können Drittorganisationen, die mit Zielgruppen arbeiten, wichtige Partner sein. Auch die Überwachung während der Auftragsdurchführung ist wichtig, und im Auftrag sollten angemessene Strafen für Verstöße vorgesehen werden.

Bauwesen

Die Sammlung enthält sieben Fallstudien aus dem Baugewerbe aus fünf Mitgliedstaaten (sowie eine Fallstudie aus Kanada). Überlegungen zur sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge konzentrieren sich im Baugewerbe üblicherweise auf die Arbeitsbedingungen sowie auf die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zielgruppen. In einem Fall werden darüber hinaus die schwerwiegenden Verstöße gegen Menschen- und Arbeitnehmerrechte berücksichtigt, zu denen es im Bergbau und bei der Verarbeitung von Natursteinen kommen kann sowie die Verwendung von Gütezeichen (unterstützt von unabhängigen Prüfern), um eine sozial verantwortliche Beschaffung von Baumaterialien zu gewährleisten.

Das Baugewerbe steht in Bezug auf die Beschäftigung vor besonderen Herausforderungen, zu denen auch der variable Umfang der Projekte und der jeweilige Marktzyklus zählen. Es kann auch sein, dass Baustellen geografisch schwer zu erreichen und die verfügbaren Beschäftigungsmöglichkeiten nicht für alle Arbeitskräfteprofile geeignet sind. Wie im Reinigungssektor kann die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge durch eine Stelle erleichtert werden, die Auftraggeber und Lieferanten in Bezug auf Sozialklauseln berät, oder es können unter Mitwirkung der Lieferanten im Rahmen von Marktkonsultationen geeignete Maßnahmen ermittelt werden.

Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Die Sammlung enthält sechs Beispiele aus dem Bereich Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen aus sechs verschiedenen europäischen Ländern. Einige davon betreffen vorbehaltene Aufträge, mit denen Sozialunternehmen und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen oder von anderen Gruppen, die im Hinblick auf die Teilnahme am Arbeitsmarkt mit Hindernissen konfrontiert sind, unterstützt werden sollen. Darüber hinaus wird in mehreren Fallstudien die faire Beschaffung von Waren mit globalen Lieferketten (einschließlich Kaffee, Tee, Zucker, Schokolade und Bananen) in Betracht gezogen.

Öffentliche Auftraggeber, die Aufträge vorbehalten, haben als wichtige Erkenntnis die Notwendigkeit genannt, die Kapazität von Sozialunternehmen und ihre Fähigkeit zu berücksichtigen, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Folglich ist die Marktforschung ein wichtiges Instrument, um sicherzustellen, dass öffentliche Auftraggeber wettbewerbsfähige Angebote erhalten, mit denen die gewünschten Produkte oder Dienstleistungen bereitgestellt werden können.

Möbel

Es sind zwei Fallstudien zur Beschaffung von Möbeln aus zwei EU-Mitgliedstaaten (Italien und Rumänien) beigefügt. Einerseits sollten die Möbel an sich für alle Nutzer geeignet sein, um die Barrierefreiheit am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum zu fördern. Dies kann durch die Verwendung technischer Spezifikationen erreicht werden. Es gibt auch für neue Möbel Standards, mit denen die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen sowie der Rechtsvorschriften zu Sicherheit und Gesundheitsschutz nachgewiesen werden kann. Die alten Möbel können an Wohltätigkeitsorganisationen gespendet werden. In Bezug auf Standards wurde die Bedeutung ihrer breiten Anwendung in öffentlichen Ausschreibungen betont, um ihre Anwendung durch die Hersteller zu verstärken.

Gärtnerische Dienstleistungen

Drei Fallstudien aus zwei EU-Mitgliedstaaten (Italien und Rumänien) konzentrieren sich auf vorbehaltene Aufträge für gärtnerische Dienstleistungen. In diesem Sektor werden aufgrund der erforderlichen Arbeitsformen und der Fähigkeit des Sektors, Arbeitsplätze für Menschen zu schaffen, die mit Hindernissen hinsichtlich der Beteiligung am Arbeitsmarkt konfrontiert sind oder von Ausgrenzung bedroht sind, vorbehaltene Aufträge verwendet. Eine Lehre aus diesen Fallstudien ist die Notwendigkeit, vor der Auftragsvergabe Zeit in Tätigkeiten wie die Marktforschung zu investieren, um sicherzustellen, dass lokale Sozialunternehmen über die notwendigen Kapazitäten für die Ausführung der vorbehaltenen Aufträge verfügen. Die Fälle zeigen auch, dass es durch das Vorbehalten von Aufträgen möglich ist, die Sozialwirtschaft zu stärken und die Stabilität von Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen zu erhöhen, die von Ausgrenzung bedroht sind.

Gesundheitswesen

Drei Fallstudien – aus Finnland, Norwegen und der Ukraine – befassen sich mit der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge im Gesundheitswesen. In Anerkennung des zusätzlichen gesellschaftlichen Nutzens, den solche Betreiber bieten, legen zwei von ihnen den Schwerpunkt auf die Erleichterung des Zugangs zu öffentlichen Auftragsmöglichkeiten für gemeinnützige Betreiber. Darüber hinaus befasst sich eine der Fallstudien mit dem Kauf von Schutzhandschuhen als Produkt mit bekannten Problemen im Produktionsprozess und berücksichtigt unter anderem Arbeitnehmerrechte, Arbeitsbedingungen und

Auswirkungen auf die Gesundheit. Zu den Erfahrungen, die im Gesundheitswesen gesammelt wurden, gehört unter anderem, wie wichtig es ist, den Markt und die Kapazitäten der Anbieter zu verstehen. Bei der Beschaffung effektiver Gesundheitsdienstleistungen ist es auch wichtig, sich auf die gewünschten Ergebnisse im Hinblick auf die Gesundheit zu konzentrieren, anstatt bestimmte Verfahren vorzuschreiben, die einzuhalten sind.

Sozialdienstleistungen

Diese Sammlung umfasst 12 Fälle aus sechs Mitgliedstaaten sowie einen Fall aus Südkorea. In den Fallstudien wird untersucht, wie das Vergabeverfahren für die Erbringung wirksamer Dienstleistungen eingesetzt werden kann, die gemeinsam mit Auftragnehmern und Nutzern konzipiert werden und einen zusätzlichen sozialen Nutzen bringen. Die Fälle zeigen die Bedeutung integrierter Dienstleistungen auf, die ganzheitlich angelegt sind, aber auch Zugang zu verschiedenen Anbietern bieten, einschließlich Sozialunternehmen und gemeinnützigen Einrichtungen. Verfahren wie die gemeinsame Gestaltung und ergebnisorientierte Auftragsvergabe erhöhen zwar die durchschnittliche Verfahrensdauer, können aber auch zu wirksameren und inklusiveren Dienstleistungen führen, die auf die Bedürfnisse der Nutzer zugeschnitten sind.

Informations- und Kommunikationstechnologie

Diese Sammlung enthält vier Fälle aus drei EU-Mitgliedstaaten. Dazu gehören Fallstudien über die Anschaffung von IKT-Ausstattung sowie ein Fall darüber, Websites für alle Bürger zugänglich zu machen. IKT-Ausstattung weist die besondere Herausforderung langer, komplexer Lieferketten auf, was öffentliche Auftraggeber und Lieferanten gleichermaßen vor Herausforderungen stellt, wenn sie versuchen, die Einhaltung der Vorschriften und die Überprüfung sicherzustellen. Die Fallbeispiele zeigen, dass es eine Reihe von Maßnahmen gibt, einschließlich des Kodex für die Vergabe von Aufträgen, technischer Spezifikationen, Zuschlagskriterien und Auftragsausführungsklauseln, die alle darauf abzielen, die Transparenz zu erhöhen und die Sorgfaltspflicht als Standardverfahren zu etablieren.

Textilien

Die Sammlung enthält aus fünf verschiedenen EU-Mitgliedstaaten fünf Beispiele für die Beschaffung von Textilien. Drei prüfen verschiedene Ansätze, um die Einhaltung der IAO-Übereinkommen in der Textillieferkette zu verbessern. Zu diesen Ansätzen zählen Auswahlkriterien, Zuschlagskriterien und Auftragsausführungsklauseln. Zwei Fälle konzentrieren sich auch auf die Bedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen, entweder im Rahmen eines Lieferauftrags oder eines Auftrags über die Sammlung von Textilabfällen. Während die Fallstudien zeigen, dass die Lieferanten in der Lage sind, die Einhaltung der Vorschriften zu überprüfen, und dass es eine Reihe von Gütezeichen gibt, die zur Überprüfung der Arbeitsbedingungen beitragen können, stellt die Überwachung dieser Bedingungen während der Ausführung eines Auftrags nach wie vor eine Herausforderung dar. Dialog und Partnerschaft sind jedoch von entscheidender Bedeutung, um die Lieferkette zu verstehen sowie potenzielle Risiken und Chancen zu erkennen, die im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens zu bewältigen sind bzw. genutzt werden können.

Sonstige Sektoren

Eine Fallstudie konzentriert sich auf die Beschaffung von Verkehrsdienstleistungen in Warschau (Polen). In diesem Fall wurden die Beschäftigungsbedingungen an die Erbringung der Dienstleistungen geknüpft, wodurch für 120 Personen, die arbeitslos oder schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, Stellen

geschaffen wurden. Es zeigte sich, dass zwar alle öffentlichen Aufträge zur Schaffung von Arbeitsplätzen führen, spezifische diesbezügliche Klauseln die Wirkung jedoch verstärken.

Die Sammlung enthält auch eine Fallstudie aus dem Entsorgungssektor. Auch diese Studie stammt aus Polen. In diesem Fall lag der Schwerpunkt ebenfalls auf der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die beim Zugang zum Arbeitsmarkt mit Schwierigkeiten konfrontiert sind. Hierzu wurde der vorbehaltene Auftrag als Ansatz gewählt.

Schließlich wurde eine Fallstudie für Innovationspartnerschaften aus Lille (Frankreich) in die Sammlung aufgenommen. In dieser Fallstudie schloss der Käufer mit einem lokalen Sozialunternehmen eine Vereinbarung über die Erforschung und Entwicklung eines neuen Konzepts für die Sammlung von Altölen in der Stadt und deren Umwandlung in Biokraftstoffe für öffentliche Verkehrsmittel.

Politische Maßnahme

Die Sammlung endet mit 17 Fallstudien aus 11 EU-Mitgliedstaaten und zwei Drittländern, in denen sektorübergreifende oder politische Initiativen zur Unterstützung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge untersucht werden. Dazu gehören politische Maßnahmen, die die Anwendung von Sozialklauseln zur Förderung der Beschäftigung bestimmter Gruppen fordern (neun Fälle), politische Maßnahmen zur Unterstützung des Zugangs von Sozialunternehmen und gemeinnützigen Organisationen zu öffentlichen Aufträgen (sechs Fälle) und zwei Fälle aus den Niederlanden zu Maßnahmen, die die Sozialrendite betreffen.

FALLSTUDIEN

SEKTOR 1 Dienstleistungen in den Bereichen Reinigung und Gebäudemanagement

1. Ein sozial verantwortliches Rahmenabkommen für Reinigungsdienste

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Regierung von Katalonien, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2018 schloss die katalanische Regierung eine neue Rahmenvereinbarung über sozial verantwortliche und umweltfreundliche Reinigungsdienste für ihre Verwaltungsgebäude in sechs Gebieten (Stadt Barcelona, die restliche Provinz Barcelona sowie die Provinzen Girona, Lleida, Tarragona und die Vertretung der katalanischen Regierung in Madrid) ab. Von neun Losen wurde ein Los (im Wert von 5 Mio. EUR) speziellen Beschäftigungszentren und Wiedereingliederungsunternehmen vorbehalten, die Arbeitnehmern mit Behinderungen eine bezahlte Beschäftigung bieten und ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern. Zu weiteren sozialen Aspekten des Angebots gehörten:

- Soziale Zuschlagskriterien (decken Aspekte der Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter und zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Schulungen für Arbeitnehmer und Begrenzungen gefährlicher Stoffe in Textilien der Uniformen ab)
- Soziale Auftragsausführungsklauseln, nach denen die Unternehmen die Arbeitsbedingungen des Tarifvertrags für Reinigungsdienste einhalten müssen
- Ein Kriterium für die Bewertung des Vorliegens ungewöhnlich niedriger Preisangebote

Die Ausschreibung enthielt auch verbindliche Umweltauflagen. Darüber hinaus stellte der öffentliche Auftraggeber die Einhaltung der Sozial- und Umweltvertragsklauseln durch Prüfverfahren sicher.

An der Ausschreibung nahmen 48 Unternehmen teil. Insgesamt 39 Unternehmer wurden als potenzielle Dienstleistungserbringer in einem oder mehreren Losen der genannten Rahmenvereinbarung ausgewählt. Bis Oktober 2019 waren 187 Aufträge im Gesamtwert von über 51 Mio. EUR vergeben worden.

Gegenstand

Rahmenvereinbarung über Reinigungsdienste

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

In der Zuschlagsphase erhielten Bieter Punkte, die ihr Engagement für sozial verantwortliche Beschäftigungspraktiken durch einen Qualitätsplan belegen konnten. Für diesen Qualitätsplan wurden insgesamt 49 Punkte vergeben. Er deckte folgende Aspekte ab:

- Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz (bis zu 10 Punkte)
- Maßnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen und Männern (bis zu 10 Punkte)
- Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (bis zu 5 Punkte)
- Verfahren zur Problembekämpfung (bis zu 12 Punkte)
- Methodik zur Bewertung der Qualität der Dienstleistung (bis zu 12 Punkte)

Für die Bewertung in Bezug auf die ersten drei Punkte wurden die Bieter aufgefordert, Anhänge auszufüllen und Folgendes anzugeben: die von ihnen vorgeschlagenen Aktivitäten zur Erfüllung der einzelnen Kriterien, das Ziel dieser Aktivitäten, die Maßnahmen, die ergriffen werden, der Zeitplan für die Durchführung der Aktivität und Indikatoren, anhand derer die Fortschritte gemessen werden können.

Im Bereich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und Förderung der Gleichbehandlung konnten höchstens zwei Aktivitäten vorgestellt werden, für die jeweils bis zu fünf Punkte (von insgesamt zehn verfügbaren Punkten) vergeben wurden. In Bezug auf die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben konnten wiederum höchstens zwei Aktivitäten vorgestellt werden, für die jeweils bis zu zweieinhalb Punkte (von insgesamt fünf verfügbaren Punkten) vergeben wurden.

Zur Bewertung des Verfahrens zur Problembeseitigung wurden die Bieter zur Vorlage eines Berichts (höchstens sechs Seiten) aufgefordert, in dem sie das von ihnen vorgeschlagene Verfahren beschreiben. Es wurden höchstens 12 Punkte mit der folgenden Aufteilung vergeben:

- Verfahren zur Beseitigung von Problemen, die dem Auftragnehmer zurechenbar sind, wie Personalprobleme oder die Verfügbarkeit geeigneter Materialien oder Arbeitsmittel (6 Punkte)
- Verfahren zur Beilegung von Problemen, die dem Auftragnehmer nicht zurechenbar sind, wie Undichtigkeiten oder Vandalismus (6 Punkte)

Die Punkte wurden anhand der folgenden Skala vergeben:

- Umfassende Beschreibung des Verfahrens, das den Anforderungen angemessen gerecht wird (6 Punkte)
- Die Beschreibung der Maßnahme ist nicht detailliert genug oder wird den Anforderungen nicht wirksam gerecht (3 Punkte)
- Fehlende Beschreibung, oder die Beschreibung enthält offensichtliche Fehler (0 Punkte)

Den Zuschlag erhielt das wirtschaftlich günstigste Angebot. Wenn zwei Angebote die gleiche Punktzahl erhalten, würde dem Bieter der Vorzug gegeben, der einen höheren Prozentsatz an Menschen mit Behinderungen beschäftigt.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Beschäftigten im Dienstleistungssektor, die in öffentlichen Gebäuden arbeiten, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben

Überprüfung

Es wurde eine Überwachungskommission eingerichtet, um die ordnungsgemäße Durchführung der Rahmenvereinbarung zu gewährleisten und die Einhaltung der von den Unternehmen übernommenen Verpflichtungen zu überprüfen. Die Kommission setzt sich aus folgenden ministeriellen Abteilungen zusammen:

- Abteilung „Lieferungen und Dienstleistungen“
- Amt für die Überwachung und Bewertung öffentlicher Aufträge
- Vier Vertreter der Zentralkommission der nachgeordneten Verwaltungen
- Vertreter der wichtigsten Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände des Reinigungssektors

Die Überwachungskommission prüfte Auftragnehmer, indem sie ihre Lohn- und Gehaltsabrechnungen, Arbeitszeitprotokolle und Arbeitsverträge kontrollierte. Werden Unstimmigkeiten festgestellt (z. B. bei der Erfassung der Arbeitszeit, dem Einsatz von Überstunden, der teilweisen Nichtzahlung von Gehältern oder angemessener Sozialversicherungsbeiträge), gibt die Überwachungskommission dem Auftragnehmer Gelegenheit, auf die Probleme zu reagieren und diese zu beheben. Wird keine angemessene Begründung oder Lösung vorgelegt, können Strafen verhängt werden.

Bei schwerwiegenden Verstößen (d. h. Nichteinhaltung einer der obligatorischen technischen Spezifikationen) kann der öffentliche Auftraggeber eine Strafe von bis zu 10 % des Auftragsbudgets verhängen oder den Auftrag kündigen. Bei geringfügigen Verstößen (d. h. fakultative Maßnahmen, die von Bietern aufgrund der Vergabeaktivitäten angeboten werden) kann eine Strafe von bis zu 2 % des Auftragsbudgets verhängt werden.

Auftragswert

Der geschätzte Wert der Rahmenvereinbarung wird für ihre gesamte Laufzeit, einschließlich einer möglichen Verlängerung, auf knapp 76 Mio. EUR festgesetzt. Sie hat eine anfängliche Laufzeit von zwei Jahren und darf vier Jahre nicht überschreiten.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU
- Spanisches Gesetz über die öffentliche Auftragsvergabe (TRLCSP), angenommen am 14. November durch das Königliche Gesetzesdekret 3/11

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Ministerium für Territorium und Nachhaltigkeit und Zentralkommission für Lieferungen beim Wirtschaftsministerium
- Parteien der Rahmenvereinbarung: 39 Reinigungsdienstleister
- Überwachung und Bewertung: Überwachungskommission (oben beschrieben)

Soziale Auswirkungen

- Dieser Rahmen baut auf einen früheren Rahmen mit einer Laufzeit zwischen 2014 und 2018 auf, der im Dezember 2016 das erste Mal geprüft wurde. Bei dieser Prüfung wurden einige Fälle von Nichteinhaltung festgestellt, und die katalanische Regierung konnte mit den Auftragnehmern zusammenarbeiten, um die soziale Leistung der Dienstleistungen zu verbessern.
- Die Zentralkommission für Lieferungen hat diese Überwachung mit dem von der Überwachungskommission ausgearbeiteten neuen Programm zur Prüfung der Einhaltung der Vorschriften für das Jahr 2019 fortgesetzt. Es wurden alle Unternehmen geprüft, deren Aufträge auf der 2019 laufenden Rahmenvereinbarung basieren.

Sonstige Vorteile

- Dieser Rahmen enthielt auch technische Spezifikationen für umweltfreundliche Reinigungsmittel. Diese bieten den zusätzlichen Vorteil, dass schädliche Chemikalien vermieden werden, wodurch die Gesundheitsrisiken sowohl für das Reinigungspersonal als auch für die Gebäudenutzer verringert werden. Weitere Informationen über die umweltspezifischen Vorteile dieses Falls finden Sie [hier](#).

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Eine Überwachung ist wichtig, erfordert jedoch personelle und wirtschaftliche Ressourcen, die der öffentliche Auftraggeber im Voraus einplanen muss.
- Im Auftrag sollten geeignete Strafen wegen Nichteinhaltung vorgesehen sein.

Ansprechpartnerinnen

Anna Esteve Traveset, Technikerin, Ministerium für Territorium und Nachhaltigkeit, aesteve@gencat.cat

Pilar Baldellou García, Technische Leiterin und Studienleiterin, Zentralkommission für Lieferungen, pbaldellou@gencat.cat

2. Marktkonsultation für mehr Beschäftigung bei Reinigungsdiensten

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Helsingborg, Schweden

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Helsingborg hat mehrere potenzielle Diensteanbieter zu einer Marktkonsultation eingeladen, um verschiedene soziale Anforderungen zu erörtern, die die Stadt bei der Beschaffung von Reinigungsdiensten stellen wollte, und um über diese zu informieren. Ein Ziel der Marktkonsultation war die Erörterung verschiedener Lösungen für die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose. Die Stadt Helsingborg wollte die Meinung der Marktteilnehmer zu sozialen Kriterien erfahren und ihre Ideen dazu hören, wie die Anforderungen in Bezug auf Beschäftigung und Praktika bei der Vergabe öffentlicher Aufträge erfüllt werden könnten. Die Stadt schätzte diesen Ansatz als konstruktiver ein, als einfach Mindestanforderungen in Bezug auf die Praktikums- und Arbeitsplätze festzulegen, die im Rahmen der Ausschreibung geschaffen werden sollten.

Gegenstand

Beschaffung von Reinigungsdiensten in der Stadt Helsingborg durch eine Rahmenvereinbarung

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Phase vor der Vergabe

Die Stadt legte den Schwerpunkt darauf, vor der Vergabe mit dem Markt in einen Dialog zu treten. 20 potenzielle Bieter erhielten eine Einladung zum Marktdialog. Sechs dieser Unternehmen antworteten und trugen durch Anregungen und Fragen zum Dialog bei. Die Reaktion dieser potenziellen Bieter auf den Marktdialog war sehr positiv. Durch den Dialog wurde eine Beziehung zwischen der Stadt und diesen Unternehmen geschaffen. Vier der sechs Unternehmen, die schließlich Auftragnehmer der Stadt wurden, nahmen am Marktdialog teil.

Das Arbeitsamt der Stadt verfügt über ein internes Berufsbildungsprogramm für Reinigungsdienste. Ziel ist es, dass die teilnehmenden Arbeitslosen das erforderliche Zertifikat erhalten, das für eine Beschäftigung durch die Marktteilnehmer erforderlich ist. Als die Stadt potenzielle Bieter zu einer Marktkonsultation einlud, stellte sie ihr internes Berufsbildungsprogramm für Arbeitslose vor. Die Arbeitsmarktverwaltung der Stadt erklärte, dass sie die Unternehmen unterstützen könnte, indem sie Angebot und Nachfrage aufeinander abstimmt, damit arbeitslose Bürger nach Unterzeichnung eines Auftrags Praktika oder ein unterstütztes Beschäftigungsverhältnis erhalten könnten. Sie zeigte auch die Lebensläufe ihrer Auszubildenden, sodass die Anbieter die potenziellen Mitarbeiter besser kennenlernen konnten.

Im Rahmen des Dialogs informierte sich die Stadt Helsingborg auch über die Erfahrungen der potenziellen Bieter, anstatt die Erfahrungen des Marktes in Bezug auf Anforderungen in anderen Auftragsvergaben im Zusammenhang mit Reinigungsdiensten zu betrachten.

Phase der Auftragsausführung

Die Stadt schrieb auch in Bezug auf die Auftragsausführung einen Dialog vor. Der Anbieter und die Stadt mussten die Möglichkeiten erörtern, Praktika oder Arbeitsplätze anzubieten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Stadt Helsingborg strebt mit ihrer Beschaffungspolitik eine Zusammenarbeit mit den Anbietern an, um sicherzustellen, dass arbeitslose und schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermittelnde Bürgerinnen und Bürger

bessere Beschäftigungsmöglichkeiten haben. Der Marktdialog wird in der Beschaffungspolitik als zentraler Aspekt für das Erreichen dieses Ziels genannt. In der Strategie wird festgestellt, dass der Marktdialog transparent und offen sein muss. Die Arbeitsmarktverwaltung ist für den Inhalt und die Weitergabe von Informationen an potenzielle Anbieter im Rahmen von Marktdialogen zuständig.

Überprüfung

Die Stadt Helsingborg steht mit den Anbietern im Rahmen der Rahmenvereinbarung in einem ständigen Dialog und führt kontinuierlich Follow-up-Diskussionen über die Möglichkeiten von Praktika oder Beschäftigungsverhältnissen. Diese Dialoge finden regelmäßig statt. Der nächste Schritt wird darin bestehen, gemeinsam mit den Unternehmen, die den Zuschlag erhalten haben, Workshops zu veranstalten. Die Stadt führte auch Workshops mit anderen Unternehmen durch, die Reinigungsdienste anbieten, sodass sich diese über die Beschäftigungsanforderungen künftiger Ausschreibungen im Klaren sind und sich auf diese vorbereiten können.

Auftragswert

Rahmenvereinbarung mit einer Laufzeit von vier Jahren und einem Jahreswert von 35 Mio. SEK oder 3,3 Mio. EUR

Rechtsinstrument

- Artikel 40 (vorherige Marktkonsultationen) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Kapitel 17 Abschnitt 1 des schwedischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen (LOU) (2016)

Akteure

- Auftraggeber: Stadt Helsingborg
- Für den Rahmenvertrag ausgewählte Anbieter:
 - Förenade Service
 - Lassila & Tikanoja
 - Samhall
 - Sydsvenska städ
 - Sodexo
 - MIAB

Soziale Auswirkungen

Es ist der Stadt Helsingborg gelungen, die Unternehmen mithilfe ihres Marktdialogansatzes zu beeinflussen. Diese haben im Hinblick auf die Anforderungen hinsichtlich Praktikumsplätzen oder Arbeitsstellen eine positivere Einstellung bekommen und sind eher bereit, mit der Arbeitsmarktverwaltung bei der Einstellung und Vermittlung zusammenzuarbeiten. Im ersten Jahr der Laufzeit der Rahmenvereinbarung haben fünf Bürgerinnen bzw. Bürger aufgrund dieser Anforderungen Arbeitsplätze oder Praktika erhalten.

Die Stadt hat die folgenden sozialen Vorteile ermittelt:

- Mehr erwerbslose Personen erhalten einen Arbeitsplatz und werden unabhängig.
- Indem die Zahlungen an Arbeitslose geringer werden, sinken die öffentlichen Kosten für solche Sozialleistungen, während die Einkommensteuereinnahmen steigen.
- Anbieter von Dienstleistungen sind bei der Personaleinstellung kompetenter und verfügen über ein gesteigertes Bewusstsein für multikulturelle Fragen.

Sonstige Vorteile

- Die Einbeziehung des Marktes vor der Ausschreibung führt zu einer gut informierten Vorbereitungsphase und zu einer besseren Qualität der Ausschreibungsunterlagen bei gleichzeitiger Schaffung von mehr Arbeitsplätzen.
- Die Stadt Helsingborg hat festgestellt, dass sich der Marktdialog positiv auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgewirkt hat.
- Die Unternehmen ziehen den Dialog spezifischen Anforderungen bezüglich Beschäftigung oder Praktika vor.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die Idee, gemeinsam mit dem Markt einen Workshop durchzuführen, war leider nicht erfolgreich, da nur sehr wenige Unternehmen daran teilnahmen. Daher muss sich der öffentliche Auftraggeber frühzeitig besser über die verschiedenen Märkte und die Art der Dialoge informieren, die für die Marktakteure von Interesse sind.
- Es sollte in den Aufträgen festgehalten werden, dass der Dialog so bald wie möglich stattfinden sollte. Wenn der Auftrag bereits seit einiger Zeit läuft und es keinen Kontakt zwischen dem Anbieter und der Stadt gibt, kann es schwieriger sein, Beschäftigungsergebnisse zu erzielen.
- Geeignete Arbeitsplätze für Arbeitslose zu finden und das Follow-up während der Auftragslaufzeit sind Schlüsselfaktoren für den Erfolg.
- Die Arbeitsmarktverwaltung würde empfehlen, spezifischere Beschäftigungsanforderungen nach Möglichkeit in Verbindung mit dem Dialog anzuwenden.

Ansprechpartner

Magnus Nilvér, Arbeitsmarktverwaltung, Stadt Helsingborg, Magnus.nilver@helsingborg.se

3. Beschäftigung von Roma im Rahmen von Reinigungsdiensten für das öffentliche Schornsteinfegerunternehmen von Budapest

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: FŐKÉTÜSZ Capital Chimney Sweeper Ltd., Ungarn

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das öffentliche Schornsteinfegerunternehmen von Budapest – FŐKÉTÜSZ Capital Chimney Sweeper Ltd. –, das vollständig im Eigentum der Stadt Budapest steht, hat ein Vergabeverfahren für die Erbringung von Reinigungsdiensten in seinem Hauptsitz und anderen Räumlichkeiten eingeleitet. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit unter Roma entschloss sich FŐKÉTÜSZ, Unternehmen eine Möglichkeit zur Durchführung dieses Auftrags zu geben, die Roma beschäftigen. Das Verfahren war der erste Versuch des öffentlichen Auftraggebers, über den Preis hinaus andere Bewertungskriterien anzuwenden, da dieses Verfahren als leicht kontrollierbar und als wirksame Methode für die Integration von Roma in den Arbeitsmarkt angesehen wurde.

2019 betrug die Einwohnerzahl von Budapest 1 752 286; 20 151 von diesen Einwohnern waren Roma (laut Selbsterklärung). Es wird jedoch geschätzt, dass in Budapest mindestens 100 000 Roma leben. Es gibt nur wenige Daten zur Arbeitsmarktsituation der Roma in Ungarn. Es gibt jedoch Daten, die zeigen, dass die Zahl der Erwerbstätigen zwischen 15 und 64 Jahren unter Roma niedriger ist (39 %) als unter Nicht-Roma (65 %; Daten aus dem Jahr 2015). Während bei diesen Zahlen ein niedrigeres Bildungsniveau und eine regionale Konzentration in Gebieten mit ungünstigeren Beschäftigungsbedingungen eine Rolle spielen, sind niedrige Beschäftigungsquoten unter Roma auch mit Diskriminierung auf den Arbeitsmärkten verbunden. Öffentliche Beschäftigungsprogramme und öffentliche Arbeitsprogramme sind traditionell eine Quelle der Beschäftigung für Roma.²

Gegenstand

Rahmenvereinbarung über die Erbringung von Reinigungsdiensten für den Hauptsitz und andere Räumlichkeiten des öffentlichen Schornsteinfegerunternehmens von Budapest unter Einbeziehung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Roma in den Zuschlagskriterien

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Dieses Verfahren umfasste die Einbeziehung sozialer Aspekte in die Zuschlagskriterien. Dies ist einer der ersten Fälle, wenn nicht sogar der erste, bei dem in Ungarn anstelle des niedrigsten Preises das beste Preis-Leistungs-Verhältnis als Zuschlagskriterium zugrunde gelegt wurde.

Soziale Aspekte wurden mit 20 % gewichtet und umfassten die folgenden drei Unterkriterien:

² Europäische Kommission, Civil society monitoring report on implementation of the national Roma integration strategy in Hungary (Zivilgesellschaftlicher Fortschrittsbericht über die Umsetzung der nationalen Strategie zur Integration der Roma in Ungarn), September 2018.

- Der Bieter musste nachweisen, dass er mit einer gemeinnützigen Roma-Stiftung³, die seit mindestens drei Jahren registriert ist, eine Kooperationsvereinbarung geschlossen hat.
- Der Bieter musste sich verpflichten, während der Auftragslaufzeit Roma zu beschäftigen, die als benachteiligte Personen registriert waren.
- Er musste sicherstellen, dass mindestens 8 % der gesamten Belegschaft Roma waren.

Der Preis wurde mit 80 % gewichtet.

Die Vereinbarung zwischen den Bietern und einer gemeinnützigen Roma-Stiftung musste zum Zeitpunkt der Einreichung des Angebots unterzeichnet sein.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das gesellschaftspolitische Ziel bestand in der Integration der Roma in den Arbeitsmarkt. Für diesen Auftrag wurden ungelernte Arbeitskräfte benötigt, weshalb er für Klauseln zur Integration in den Arbeitsmarkt als geeignet angesehen wurde.

Überprüfung

Der öffentliche Auftraggeber überprüfte die in den Kooperationsvereinbarungen genannten gemeinnützigen Organisationen auf www.birosag.hu (offizielle Website des ungarischen Gerichts). Die Bieter mussten auch den Nachweis der öffentlichen Registrierung der gemeinnützigen Organisation einreichen. Zwei der vier Bieter erklärten, eine Kooperationsvereinbarung mit einer gemeinnützigen Roma-Stiftung zu haben. Dies konnte jedoch nur für einen Bieter bestätigt werden. Bei dem erfolgreichen Bieter handelte es sich um ein Unternehmen (Fort Facility Ltd.), das eine Kooperationsvereinbarung mit der Roma Civic Association, einer gemeinnützigen Roma-Stiftung, geschlossen hatte.

Auftragswert

Der Auftragswert lag unter dem EU-Schwellenwert: Der Höchstbetrag der Rahmenvereinbarung belief sich auf 42 000 000 HUF (entspricht 135 641,15 EUR) mit einem Mindestwert von 30 000 000 HUF (entspricht 96 886,53 EUR). Der Auftrag wurde im Dezember 2017 unterzeichnet und hatte eine Laufzeit von zwei Jahren.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU
- Ungarische nationale Strategie zur sozialen Integration (2014). Ungarn hat als erster Mitgliedstaat eine nationale Strategie zur sozialen Integration (im Dezember 2011) vorgelegt, die angesichts der Mitteilung der Kommission über den EU-Rahmen für nationale Roma-Integrationsstrategien ausgearbeitet wurde. Im Jahr 2014 überprüfte und aktualisierte die Regierung die Strategie, die in Form von dreijährigen Aktionsplänen umgesetzt wird. Sie ist Gegenstand eines jährlichen Berichts der Regierung, der auf der Grundlage des Überwachungssystems der Strategie erstellt wird. Die Strategie kann [hier](#) eingesehen werden

³ Nach dem Gesetz CLXXV von 2011 über das Vereinigungsrecht, den Status der Gemeinnützigkeit sowie die Arbeitsweise und Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen (Zivilgesetz) kann eine Stiftung als gemeinnützige Stiftung eingetragen werden, wenn die Tätigkeit der Stiftung als gemeinnützig angesehen wird, sie über ausreichende Ressourcen verfügt, um den gemeinsamen Bedürfnissen der Gesellschaft und des Einzelnen gerecht zu werden, und ihre Unterstützung durch die Gesellschaft nachweisbar ist.

Akteure

- Auftraggeber: Staatliches Unternehmen FŐKÉTÜSZ Capital Chimney Sweeper Ltd.
- Auftragnehmer: Fort Facility Ltd.
- Politischer Entscheidungsträger: Die Stadt Budapest legte die Strategie für die Vergabe öffentlicher Aufträge fest und beaufsichtigt ihre eigenen öffentlichen Unternehmen
- Hilfe bei der Überprüfung: In diesem Fall hat die Roma Civic Association – eine gemeinnützige Stiftung – dazu beigetragen, die Identität der Roma festzustellen, die vom Auftragnehmer beschäftigt werden sollten

Soziale Auswirkungen

- Dieses Verfahren war das erste seiner Art in Ungarn, das soziale Aspekte in die Zuschlagskriterien einbezog und damit zur sozialen und beruflichen Integration der Roma beitrug. Der öffentliche Auftraggeber ist mit der Erbringung der Reinigungsdienstleistungen vollumfänglich zufrieden.
- Die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer und der gemeinnützigen Roma-Stiftung war sehr gut. Gemäß Abschnitt 3 Buchstabe f der Vereinbarung zwischen dem erfolgreichen Bieter und der gemeinnützigen Roma-Stiftung verpflichtet sich der erfolgreiche Bieter, dass mindestens 8 bis 10 % seines durchschnittlichen Personalbestands Roma sind.
- Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und der Roma Civic Association wird fortgesetzt. Im Jahr 2019 wurde der Plan für Chancengleichheit von FÖKÉTÜSZ mit Beiträgen der Roma Civic Association aktualisiert.

Sonstige Vorteile

- Im Jahr 2019 wandte FÖKÉTÜSZ ähnliche soziale Aspekte bei den Zuschlagskriterien eines öffentlichen Vergabeverfahrens für die Erbringung von Call-Center-Dienstleistungen an. In dem im Anschluss an das öffentliche Vergabeverfahren vergebenen Auftrag verpflichtete sich der erfolgreiche Bieter, während der Auftragslaufzeit mindestens einen benachteiligten oder stark benachteiligten Roma einzustellen.
- Die Stadt Budapest entwickelt derzeit eine „grüne, nachhaltige, innovative und verantwortliche öffentliche Auftragsvergabestrategie“, die im ersten Quartal 2020 angenommen werden sollte. Obwohl die Strategie und das fragliche Verfahren nicht unmittelbar miteinander verknüpft sind, stellt dieses Verfahren einen Präzedenzfall für die Berücksichtigung sozialer Aspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge in der Stadt Budapest und in Ungarn insgesamt dar.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die Vorbereitung und nachträgliche Überprüfung sind für die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge von entscheidender Bedeutung. Es ist während der gesamten Vorbereitung des Verfahrens wichtig, dass der öffentliche Auftraggeber prüft, ob die anzuwendenden sozialen Kriterien erreichbar sind und den Wettbewerb nicht behindern. Es wird auch empfohlen, dass die öffentlichen Auftraggeber die Durchführung von Aufträgen überwachen und nützliche Erkenntnisse dokumentieren, die für die Vorbereitung künftiger ähnlicher Vergabeverfahren relevant sein könnten.
- Die Anwendung sozialer Kriterien ist in Ungarn noch nicht üblich und kann daher den Wettbewerb einschränken. Ein vorheriges Marktengagement bietet eine gute Gelegenheit, den Markt und die Zahl der potenziellen Bieter zu beobachten und den geschätzten Auftragswert zu bestimmen.

Ansprechpartnerin

Dr. Dalma Kittka, Leiterin des Amtes für öffentliches Auftragswesen, Stadt Budapest, KittkaD@budapest.hu

4. Beschäftigung, Schulungen und Ausbildungen als entscheidende Zuschlagskriterien

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Aarhus, Dänemark

Produkt oder Dienstleistungssektor: Arbeiten im Bereich Abwasseranlagen: Betrieb und Wartung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Aarhus widmet den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Auftragsvergabe, die durch die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose erreicht werden können, zunehmend Aufmerksamkeit. Vor diesem Hintergrund wollte die Vergabestelle das Potenzial der Einbeziehung von Schulungen und Beschäftigungsmöglichkeiten als Ziele der Auftragsvergabe untersuchen. Im Jahr 2019 wurde eine Rahmenvereinbarung für die Erbringung von Abwasserdienstleistungen als Pilotprojekt ausgewählt, und Aarhus beschloss, den Schwerpunkt auf Ausbildungsplätze sowie auf Schulungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu legen. Frühere Verträge über Abwasserdienstleistungen waren allein auf der Grundlage des Preises bewertet worden.

In Dänemark sind die öffentlichen Auftraggeber inzwischen dazu verpflichtet, Ausbildungsplätze als Bedingung für die Ausführung bestimmter Aufträge zu berücksichtigen. In diesem Fall hat sich die Vergabestelle jedoch dafür entschieden, sich stattdessen auf die Zuschlagskriterien zu konzentrieren.

Die Wahl des Instruments erfolgte nach einem Marktdialog, bei dem die Vergabestelle erfahren hatte, dass der Preisunterschied zwischen den Bietern marginal sein würde, da die Anbieter ähnliche Kosten für Material und Lohn zu haben schienen. Außerdem erfuhr sie, dass mehrere potenzielle Bieter Schwierigkeiten bei der Einstellung neuen Personals hatten.

Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt sechs Jahre (2019–2025). In der Bekanntmachung der Ausschreibung werden folgende Gründe genannt:

- Zur Öffnung des Marktes für den Wettbewerb aufgrund hoher Investitionskosten in Materialien; die Abschreibung von Investitionen in Materialien dauert länger als vier Jahre
- Zur Erfüllung der Umwelt- und Beschäftigungsbedingungen, einschließlich spezifischer Umwelanforderungen in Bezug auf Transportmittel

Gegenstand

Rahmenvereinbarung für Abwasserdienstleistungen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Zuschlagskriterien

Das wirtschaftlich günstigste Angebot wurde anhand des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses unter Anwendung folgender Kriterien und Gewichtungen ermittelt:

- Preis (80 %)
- Qualität (20 %), aufgeteilt auf die Unterkriterien Umwelleistung (10 %) und Beschäftigungsmaßnahmen (10 %)

Phase der Auftragsausführung

Der Auftrag enthält Ausführungsklauseln zu:

- Löhnen und Arbeitsbedingungen gemäß IAO-Übereinkommen Nr. 94
- Ausbildungsplätzen und Arbeitnehmerbindung
- sozialer Verantwortung (IAO-Übereinkommen Nr. 29 und 105, 100 und 111, 138 und 182, 87, 98 und 135 sowie 155)

Löhne und Arbeitsbedingungen müssen an das IAO-Übereinkommen Nr. 94 angeglichen werden. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass der Lohn und die Arbeitsbedingungen der in Dänemark für die Auftragsausführung beschäftigten Arbeitnehmer nicht weniger vorteilhaft sind als der Lohn und die Arbeitsbedingungen der Personen, die sich für die gleiche Art von Arbeit im Rahmen eines allgemein verbindlichen Tarifvertrags in dem betreffenden Bereich (d. h. im Rahmen einer repräsentativen Gewerkschaftsvereinbarung) bewerben. Diese Bedingung gilt für alle Unterauftragnehmer, und Leistungen und Arbeitszeiten fallen in ihren Geltungsbereich.

In Bezug auf Ausbildungsplätze und die Arbeitnehmerbindung war es zwingend vorgeschrieben, dass der Auftragnehmer seine Personalpolitik schriftlich niedergelegt hat. Diese Personalpolitik muss für die im Rahmen des Auftrags beschäftigten Personen eine Regelung im Hinblick auf die Ausbildung und die Arbeitnehmerbindung enthalten.

Hinsichtlich der sozialen Verantwortung sind sowohl der Auftragnehmer als auch die Unterauftragnehmer verpflichtet, die in Anhang X der Richtlinie 2014/24/EU aufgeführten internationalen Übereinkommen einzuhalten, die von Dänemark geschlossen wurden, darunter:

- Zwangs- oder Pflichtarbeit (IAO-Übereinkommen Nr. 29 und 105)
- Nichtdiskriminierung (IAO-Übereinkommen Nr. 100 und 111)
- Kinderarbeit (IAO-Übereinkommen Nr. 138 und 182)
- Vereinigungsfreiheit (IAO-Übereinkommen Nr. 87, 98 und 135)
- Arbeitsumgebung (IAO-Übereinkommen Nr. 155)

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die grundlegenden Menschenrechte einschließlich der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union zu achten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Schaffung von Ausbildungsplätzen im Rahmen der qualifizierten Beschäftigung sowie von Beschäftigungs- und Schulungsmöglichkeiten für arbeitslose Bürgerinnen und Bürger

Überprüfung

- Zur Überprüfung des Unterkriteriums „Beschäftigungsmaßnahmen“ sollte der Bieter angeben, wie viele Beschäftigte im Rahmen des Auftrags vermutlich eine Schulung oder Ausbildung absolvieren würden.
- In Bezug auf die Beschäftigungskriterien, die insgesamt 10 % der Zuschlagskriterien ausmachten, wurden verschiedenen Formen von Schulung und Ausbildung unterschiedliche Werte zugewiesen, die dann für ein kumuliertes Ergebnis addiert wurden:
 - Erwachsener Auszubildender: 10
 - Auszubildender: 8
 - Lohnbeihilferegulungen für Arbeitslose: 3
 - Praktikumsprogramm für Arbeitslose: 3

Auftragswert

Der geschätzte Gesamtwert des Rahmenvertrags belief sich auf 15 Mio. DKK (etwa 2 Mio. EUR).

Rechtsinstrument

Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Projektleitung und öffentlicher Auftraggeber: Ressort für Beschaffung und Ausschreibungen der Stadt Aarhus
- Ressortübergreifende Arbeitsgruppe, die die Endnutzer der Abwasserdienstleistungen in der kommunalen Organisation vertritt
- Schriftverkehr mit dem Beschäftigungsressort in Bezug auf das Kriterium der Beschäftigungsmaßnahmen

Soziale Auswirkungen

- Da der Preiswettbewerb sehr hart war, war das Kriterium der Beschäftigungsmaßnahmen letztendlich ein entscheidender Faktor. Im anschließenden Dialog mit den abgelehnten Bietern wurde klar, dass die Anwendung dieses Kriteriums eine starke Signalwirkung hatte. Die wichtigste soziale Auswirkung der Ausschreibung besteht also darin, dass dem Markt die Bereitschaft der Stadt vor Augen geführt wird, soziale Verantwortung zu honorieren. Es wird erwartet, dass das Ergebnis der Ausschreibung potenzielle Anbieter motivieren wird, die diese Option für die Schaffung von Ausbildungsplätzen oder Schulungsmöglichkeiten bisher nicht in Betracht gezogen haben.
- Auszubildende, die im Rahmen dieses Rahmenvertrags von dem Auftragnehmer oder einem Unterauftragnehmer eingestellt werden und Auszubildende, die aufgrund einer späteren Übernahme dieses Ansatzes eingestellt werden, werden unmittelbar von der erworbenen Berufserfahrung profitieren. Die Gemeinschaft als Ganzes wird ebenfalls von besser ausgebildeten Arbeitskräften profitieren.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die Verbindung von Zuschlagskriterien mit Mindestanforderungen belohnt potenzielle Bieter, die in der Lage sind, mehr als die Erfüllung der Mindestanforderungen zu bieten.
- Der Auftrag enthält keine genauen Vorgaben hinsichtlich der Überwachung, inwieweit der Auftragnehmer die Beschäftigungskriterien während der gesamten Auftragslaufzeit berücksichtigt. Bei einem ähnlichen Angebot wäre es ratsam, spezifische Bestimmungen in den Auftrag aufzunehmen, die den Auftragnehmer verpflichten, die Beschäftigungskriterien fortlaufend zu erfüllen. Dies könnte jährliche Kontrollen und Strafgebühren für den Fall der Nichteinhaltung umfassen.
- Soziale Zuschlagskriterien können für die Beschaffung auf neuen oder unbekanntem Märkten nützlich sein, auf denen es für den öffentlichen Auftraggeber schwierig ist, Mindestanforderungen und/oder Bedingungen im Zusammenhang mit der Ausführung des Auftrags festzulegen. Allzu niedrige Anforderungen können dazu führen, dass der öffentliche Auftraggeber die potenziellen Auswirkungen nicht erzielt, während zu strenge Anforderungen dazu führen können, dass er keine oder nur sehr wenige Angebote erhält.

Ansprechpartner

Jakob Laursen, Vergabeberater, Bürgermeisteramt, Stadt Aarhus, Jaklau@aarhus.dk

5. Verbesserung der Arbeitsbedingungen als Mittel zur Verbesserung der Qualität der Reinigungsdienste beim tschechischen Fernsehen

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Tschechisches Fernsehen (Česká televize), Tschechische Republik

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die langfristige Beschaffung von Reinigungsdiensten nur auf der Grundlage des günstigsten Preises hat zu schlechteren Arbeitsbedingungen und indirekt auch zu einer Verschlechterung der Qualität der Dienstleistungen beigetragen. Reinigungsdienste sind gekennzeichnet durch Niedriglohnarbeiter, eine hohe Mitarbeiterfluktuation usw. Das tschechische Fernsehen als öffentlicher Auftraggeber nutzte zahlreiche Instrumente mit dem allgemeinen Ziel, eine Reinigungsdienstleistung guter Qualität zu erhalten. Zu den Instrumenten zählte unter anderem die Gewährleistung angemessener Arbeitsbedingungen für die beteiligten Arbeitnehmer. Das tschechische Fernsehen stellte einen vernünftigen Zusammenhang zwischen der Betriebsbindung des Teams und der materiellen Qualität der angebotenen Dienstleistung her.

Gegenstand

Ausschreibung für Reinigungsdienste an Standorten des tschechischen Fernsehens (CT), einer öffentlichen Fernsehanstalt in Prag, Tschechische Republik

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Phase vor der Vergabe

Eine vorherige Marktkonsultation konzentrierte sich auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer (einschließlich Entlohnung und Arbeitsorganisation) und auf die Gewährleistung der Qualität der erbrachten Dienstleistungen. Auf der Grundlage der Ergebnisse der Konsultation beschloss CT, für mögliche Anpassungen an Änderungen der Mindestlohnregelung Überprüfungs- oder Optionsklauseln in den Auftrag aufzunehmen, und legte besonderes Augenmerk auf Aspekte wie Arbeitsbedingungen, Betriebsbindung und fortlaufende Weiterentwicklung des Teams. CT verlangte außerdem eine detaillierte Beschreibung der vom Bieter vorgeschlagenen Erbringung des Auftragsgegenstands (Plan der Reinigungsverfahren) und schuf Anreize für eine dauerhafte Zuständigkeit individueller Mitarbeiter für einen zugewiesenen Bereich.

Der Auftrag wurde in fünf Lose unterteilt. In Bezug auf die Lose eins bis vier durfte für höchstens zwei Lose gleichzeitig geboten werden.

Spezifikationen

Es wurde eine Etikettierung gefordert, um die Einhaltung der technischen Spezifikationen und Umweltmerkmale der verwendeten Reinigungsmittel zu belegen.

Zuschlagskriterien

In der Ausschreibung wurden die folgenden Zuschlagskriterien beschrieben:

- Die qualitativen Zuschlagskriterien (45 % der Gesamtpunktzahl) bestanden aus:
 - Organisation des Teams (diese Merkmale sollten Qualität und ein stabiles Arbeitsmanagement gewährleisten. Zum Beispiel: zugewiesener und fester Arbeitsplatz sowie zeitlicher Rahmen für die Arbeit der einzelnen Mitarbeiter, was ihnen die Möglichkeit bietet, sich an ihre Aufgaben zu gewöhnen und ihre Abläufe im Laufe der Zeit zu verbessern; eine klare Beschreibung der Verantwortung für Überwachung und Qualitätskontrolle war ebenfalls Teil der Zuschlagskriterien, was auch zu einer Verbesserung der Arbeitsleistung der Teammitglieder führen kann) – 9 %
 - Arbeitsorganisation – 9%
 - Methode, Geräte, Reinigungsmittel und -routinen zur Sicherstellung hochwertiger Reinigungsdienstleistungen (einschließlich mehrerer vorgeschriebener Routinen mit geringen Umweltauswirkungen) – 9 %
 - Angebotsmanagement, Auftragsverwaltung und Qualitätsmanagement der Dienstleistung – 9 %
 - Kontinuierliche Verbesserung des Teams (einschließlich der Betriebsbindung des Teams durch Maßnahmen zur Verringerung der Personalfuktuation, kontinuierlicher Kapazitätsaufbau usw.) – 9 %
- Preis (55 % des Gesamtbetrags)

Phase der Auftragsausführung

Es wurden folgende Auftragsausführungsklauseln verwendet:

- Zur Gewährleistung der Qualitätskontrolle musste der Bieter einem Mitarbeiter von CT gestatten, die Ausführung der Reinigungsdienstleistungen zu melden und diese zu überwachen.
- Die zu verwendenden Reinigungsmittel hatten umweltfreundlich zu sein. Der Bieter konnte sich beispielsweise auf Umweltzeichen verlassen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Insgesamt gutes Dienstleistungsmanagement, einschließlich Personalverwaltung, mit dem letztendlichen Ziel, die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter zu verbessern, die für die Ausführung des Auftrags zuständig sind. CT ist der Ansicht, dass dieses Ziel (Gesamtqualität der Arbeitsbedingungen des entsprechenden Personals) mit der Qualität der erbrachten Dienstleistungen verknüpft ist. Mitarbeiter, die ordnungsgemäß geführt, geschult und ausgerüstet sind und unter angemessenen Arbeitsbedingungen arbeiten, neigen weniger dazu, den Arbeitsplatz zu wechseln, erbringen kontinuierlich eine hochwertige Arbeitsleistung und können ihre Aufgaben besser erfüllen.
- Die Reinigungsdienstleistungen sollten auf umweltfreundliche Weise durchgeführt werden.

Überprüfung

- Die Bieter mussten einen Plan für die Reinigungspraxis vorlegen, in dem die für die Qualität der Dienstleistung relevanten Informationen aufgeführt sind. Der Plan enthielt auch eine Beschreibung des Teams und des Managements der Fähigkeiten sowie der Kapazitätsentwicklung der jeweiligen Mitarbeiter.
- Die Bewertung der Betriebsbindung des Teams erfolgte auf folgender Grundlage:
 - Prozentsatz der gekündigten Arbeitsverträge gemessen an der Zahl der Beschäftigten im Vorjahr
 - Prozentsatz der befristeten Arbeitsverträge gemessen an der Zahl der Beschäftigten im Vorjahr

- Prozentsatz der Leiharbeit⁴ gemessen an der Zahl der Beschäftigten im Vorjahr
- Der öffentliche Auftraggeber ist berechtigt, Unterlagen über die Umwelteigenschaften der Reinigungsmittel zu verlangen.

Auftragswert

Der geschätzte Auftragswert beläuft sich auf insgesamt 2 400 000 EUR (60 125 000 CZK) über vier Jahre.

- Los Nr. 1: ungefähr 130 000 EUR (3 430 000 CZK)
- Los Nr. 2: ungefähr 1 500 000 EUR (37 570 000 CZK)
- Los Nr. 3: ungefähr 250 000 EUR (6 165 000 CZK)
- Los Nr. 4: ungefähr 440 000 EUR (10 960 000 CZK)
- Los Nr. 5: ungefähr 80 000 EUR (2 000 000 CZK)

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2, Artikel 40, 46, 67 und 70 der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Tschechisches Fernsehen
- Teilnehmer an der vorherigen Marktkonsultation:
 - ZENOVA Services, s.r.o.
 - HONDL Global Services, a.s.
 - European Cleaning Services, s.r.o.
 - 111UKLID.CZ Trade, s.r.o.
- Auftragnehmer:
 - OCS Trading, s.r.o. (Lose Nr. 1 und 3)
 - INEX Česká republika, s.r.o. (Lose Nr. 2 und 4)
 - Für Los Nr. 5 gingen keine Angebote ein

Soziale Auswirkungen

- Die Aufteilung der Ausschreibung in Lose verbessert für kleinere Anbieter die Möglichkeit zur Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen.
- Ein erheblicher Teil der für die Zuschlagskriterien vergebenen Punkte wird auf der Grundlage des Konzepts des Bieters in Bezug auf seine Mitarbeiter sowie das gesamte Management und die Qualität der Dienstleistung vergeben. Ein gutes Management der Arbeit und des Personals ist von entscheidender Bedeutung für die Betriebsbindung des Teams, die Entwicklung der Kompetenzen der Mitarbeiter und die Gesamtqualität der Leistung. Dies trägt nicht nur zur Entwicklung der Arbeitskompetenzen des Einzelnen bei, sondern wirkt sich auch auf die Gesamtqualität der Dienstleistung aus.
- Die Bewertung der Qualität der Beschäftigung (einschließlich Arbeitsbedingungen und Betriebsbindung des Teams) verbessert nicht nur das Wohlbefinden der Arbeitnehmer, sondern auch ihre Zufriedenheit,

⁴ Ein Leiharbeitnehmer ist bei einem Leiharbeitsunternehmen beschäftigt, das ihn vorübergehend an einen Arbeitgeber ausleiht

<https://www.citizensadvice.org.uk/work/rights-at-work/agency-workers/agency-workers-what-you-need-to-know/>.

was sich positiv auf die Mitarbeiterfluktuation auswirkt und letztlich zu qualitativ hochwertigeren Dienstleistungen führt.

Sonstige Vorteile

- Die besondere Art der Dienstleistung setzt Kenntnis der Räumlichkeiten und des Nutzers der Dienstleistung voraus. Eine häufige Fluktuation innerhalb des Teams kann zu Schwierigkeiten und damit zusammenhängenden Kosten führen, z. B. aufgrund der Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters am jeweiligen Einsatzort. Die Betriebsbindung des Teams scheint folglich eine wichtige Voraussetzung für die Qualität des Reinigungsdienstes zu sein.
- Die Tendenz, Aufträge nur auf der Grundlage des niedrigsten Preises zu vergeben, kann leicht dazu führen, dass die Qualität der Dienstleistungen abnimmt, das Risiko für unzufriedene Mitarbeiter hoch ist und es eine hohe Mitarbeiterfluktuation gibt.
- Die Bemühungen, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu berücksichtigen, sind leicht auf andere öffentliche Auftraggeber und andere Dienstleistungen übertragbar, die von Mitarbeitern mit niedrigem Lohn ausgeführt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Zu Sicherstellung der Qualität der Dienstleistungen muss der öffentliche Auftraggeber in der Vorbereitungsphase der Ausschreibung, bei der Auftragsverwaltung und dem Management der Qualität der Dienstleistung größere Anstrengungen unternehmen.
- Bei der nächsten ähnlichen Ausschreibung wird der öffentliche Auftraggeber wahrscheinlich erneut auf eine vorherige Marktkonsultation zurückgreifen.
- In Zukunft möchte das tschechische Fernsehen nach Wegen suchen, um wesentliche Leistungsindikatoren für Reinigungsdienste festzulegen und die herausragende Leistung eines Anbieters anzuerkennen, beispielsweise mit einer Auszeichnung.

Ansprechpartner

Martin Rajman, Leiter der zentralen Beschaffungsstelle, tschechisches Fernsehen,
Martin.Rajman@ceskatelevize.cz

6. Soziale Verantwortung als Zuschlagskriterien für einen Reinigungsauftrag, Dänemark⁵

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Kommune Ballerup, Dänemark

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Februar 2019 nahm die Kommune Ballerup eine neue Beschaffungspolitik an, bei welcher der sozialen Verantwortung eine hohe Priorität eingeräumt wird.

Diese Politik⁶ verfolgt sechs Hauptziele:

1. Anwendung des Rechtsrahmens zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen
2. Konzentration auf andere Faktoren als den Preis, wie nachstehend dargestellt:
 - Die Anbieter erklären, dass sie die Menschenrechte, die Arbeitnehmerrechte, die Umweltauflagen und die Auflagen zur Korruptionsbekämpfung einhalten.
 - Die Kommune muss nach Möglichkeit soziale Aspekte in Beschaffungsverfahren einbeziehen (und Beschäftigungsklauseln in Verfahren für Dienstleistungs- und Bauaufträge) und die Gründe erläutern, wenn sie dies nicht für möglich hält.
 - Wenn der Verdacht besteht, dass ein Anbieter seinen Verpflichtungen im Bereich der sozialen Verantwortung nicht nachkommt, führt die Kommune eine Folgeuntersuchung durch und hat die Option, den Auftrag zu kündigen.
3. Nutzung des Marktdialogs und der Zusammenarbeit mit Unternehmen
4. Einleitung und Durchführung gemeinsamer Ausschreibungen
5. Nutzung der digitalen Auftragsvergabe und des elektronischen Geschäftsverkehrs
6. Sicherstellung eines hohen Maßes an Einhaltung

Der Auftrag über Reinigungsdienstleistungen wurde als geeignetes Pilotprojekt ausgewählt, bei dem diese Bestimmung erstmals angewandt wurde.

Der Auftrag läuft vom 1. April 2020 bis zum 31. Dezember 2023 und enthält die Option zur zweimaligen Verlängerung um jeweils 12 Monate.

Gegenstand

Tägliche Reinigungsdienste und regelmäßige Fensterreinigung in 157 verschiedenen kommunalen Gebäuden, einschließlich staatlicher Schulen, Kindertagesstätten, Bibliotheken, Schwimm- und Sporthallen.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Zuschlagskriterien

⁵ <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:440930-2019:TEXT:DE:HTML>

⁶ https://ballerup.dk/sites/default/files/udbuds- og_indkoebspolitik_2019_0.pdf

Im Rahmen der Auftragsvergabe wurde das wirtschaftlich günstigste Angebot anhand des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses unter Anwendung folgender Kriterien und Gewichtungen ermittelt:

- Preis: 60 %
- Qualitätssicherung: 20 %
- Soziale Verantwortung: 20 % Im Rahmen dieser Ausschreibung bedeutete soziale Verantwortung die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitslose, die Sozialleistungen beziehen, sowie für Personen, die langfristig krankgeschrieben sind

Phase der Auftragsausführung

Die Ausschreibungsunterlagen umfassten auch:

- Eine Arbeitsklausel, die den Bieter verpflichtet, die allgemeinen Arbeitsmarktnormen in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen zu erfüllen.
- Eine Klausel über die soziale Verantwortung, die eine Liste spezifischer Anforderungen in Bezug auf Menschenrechte, Arbeitnehmerrechte, die Umwelt und die Korruptionsbekämpfung enthält, die auf den zehn Prinzipien der Initiative „Global Compact“ der Vereinten Nationen beruhen. Der Auftragnehmer verpflichtet sich insbesondere, die Einhaltung der grundlegenden Menschenrechte und der grundlegenden Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten, die durch die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) geschützt sind.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das soziale Ziel der Kommune bestand darin, für zwei Zielgruppen Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen:

- „Arbeitsbereite“ arbeitslose Sozialhilfeempfänger, die mit anderen Herausforderungen als der Arbeitslosigkeit konfrontiert sind. Sie benötigen einen speziell konzipierten Schulungsweg, einschließlich unterstützender Maßnahmen zur Erlangung einer Beschäftigung.⁷
- Personen, die langfristig krankgeschrieben sind. Viele Personen dieser Gruppe werden wieder eine Arbeit aufnehmen können, sobald sie wieder arbeitsfähig sind. Sie werden Schulungen und möglicherweise Unterstützungsmaßnahmen benötigen, um auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Überprüfung

- Zur Überprüfung des Unterkriteriums „soziale Verantwortung“ wurden die Bieter aufgefordert, einen Vorschlag einzureichen, der Folgendes umfassen sollte:
 - Eine Beschreibung der Vorgehensweise, mit der der Bieter plant, für die oben genannten Zielgruppen eine Beschäftigung wahrscheinlicher zu machen. Dies könnte beispielsweise anhand einer Beschreibung eines „Schulungswegs“ und der darin enthaltenen Aktivitäten getan werden.
 - Zahl der angebotenen Kurse/Wege für jede der beiden Zielgruppen.
- Die Beschreibungen der Bieter wurden auf einer Skala von 0 (bestmögliche Erfüllung der Kriterien) bis 8 (geringstmögliche Erfüllung) bewertet, und zwar auf der Grundlage der Zahl der angebotenen Kurse/Wege sowie der vorgeschlagenen Vorgehensweise und der geschätzten Wahrscheinlichkeit ihrer erfolgreichen Auswirkung.
- Anschließend wurde die Punktzahl in ein entsprechendes Preisäquivalent umgewandelt. Für diese Berechnung wurde der angebotene Durchschnittspreis durch die Gesamtzahl der Bieter dividiert, die die

⁷ Die aktive Arbeitsmarktpolitik Dänemarks unterscheidet, ob eine arbeitslose Person als „berufsbereit“ oder „arbeitsbereit“ gilt, wobei letztere möglicherweise Schulungs- und/oder Unterstützungsmaßnahmen benötigt, um eine Beschäftigung zu finden.

erforderliche „Punktzahl für soziale Verantwortung“ erreicht haben. Auf diese Weise wurde der Auftrag an den Bieter mit der niedrigsten kombinierten Punktzahl der Bewertung vergeben, die der Summe der folgenden Werte entspricht:

- (Angebotener Preis x 0,6) +
- ((durchschnittlicher von den Bietern angebotener Preis / 8 x Punktzahl für die Qualitätssicherung) x 0,2) +
- ((durchschnittlicher von den Bietern angebotener Preis / 8 x Punktzahl für die soziale Verantwortung) x 0,2)

Auftragswert

Geschätzt auf 187 000 000 DKK ohne MwSt. (ca. 25 Mio. EUR)

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Gemäß dem Leitfaden der dänischen Wettbewerbs- und Verbraucherbehörde zu Sozialklauseln müssen staatliche, regionale und kommunale Auftraggeber die Verwendung von Sozialklauseln in Ausbildungs- und Praktikumsvereinbarungen in Erwägung ziehen. Werden keine Sozialklauseln verwendet, müssen sie hierfür eine Erklärung abgeben
- Neue Beschaffungspolitik der Kommune Ballerup zur Stärkung der sozialen Verantwortung⁸

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Vergabestelle der Kommune Ballerup
- Auftragnehmer: Coor Service Management A/S
- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: Die kommunale Agentur für Arbeit von Ballerup, die der bevorzugte Partner des erfolgreichen Bieters für die Anwerbung von Beschäftigten sein wird

Soziale Auswirkungen

- Das Angebot wurde einschließlich der darin enthaltenen Kriterien der sozialen Verantwortung vom Markt sehr positiv aufgenommen.
- Coor Service Management A/S, der erfolgreiche Bieter, legt den Schwerpunkt auf das Drei-Säulen-Modell der nachhaltigen Entwicklung. Das Unternehmen verfügt über viel Erfahrung und hat erfolgreich mit einer Reihe von Jobcentern in Dänemark zusammengearbeitet. Hierzu zählt auch ein bahnbrechendes OPI-Projekt (OPI = open innovation competencies).
- Der erfolgreiche Bieter bot eine Lösung mit einer Vorgehensweise an, die als Unterstützung positiver Prozesse für die Zielgruppe (Bewerber mit anderen Problemen als Arbeitslosigkeit) angesehen wird. Zu der Lösung gehörte Folgendes:
 - Einrichtung von vier Schulungskursen an vier ausgewählten Standorten in Ballerup. Ein ständiger Serviceleiter und „Buddies“ des Auftragnehmers planen Schulungs- und Einstellungskurse für die Bewerber und führen diese durch. „Buddies“ sind eine altmodische Lehrmethode.
 - Es werden vier Bewerber gleichzeitig geschult. Jedes Mal, wenn ein Bewerber eine Stelle erhält, kann ein neuer Bewerber mit der Schulung beginnen. Der Auftragnehmer geht davon aus, dass jedes Jahr acht Bewerber teilnehmen werden.
 - Die Bewerber gehören dem Team am Arbeitsplatz an, und es findet eine schrittweise Schulung statt, die mit einer angemessenen Stundenzahl pro Woche beginnt. Ziel ist es, dass die Schulungsteilnehmer reguläre Arbeitsplätze finden, möglicherweise einen „Flexjob“ oder eine Beschäftigung mit einem Lohnzuschuss.
 - Der Schulungskurs wird individuell auf den Bewerber zugeschnitten.
 - Der Auftragnehmer arbeitet eng mit dem Jobcenter zusammen. Dazu gehört die Einbeziehung bei Besuchen, Schulungskursen, Sprachunterricht und unterstützenden Maßnahmen.

Sonstige Vorteile

⁸ Ungefähr sieben von zehn dänischen Kommunen haben eine offizielle Beschaffungspolitik.

- Soziale Zuschlagskriterien können ein wirksames Instrument sein, um die Informationsasymmetrie zwischen dem Bieter und dem öffentlichen Auftraggeber in Bezug auf das Maß an sozialer Verantwortung zu überwinden, das vom Wettbewerb auf einem bestimmten Markt gefordert werden kann. Durch die Anwendung sozialer Zuschlagskriterien schafft der öffentliche Auftraggeber Anreize für den Markt, in Bezug auf diese Zuschlagskriterien in Wettbewerb zu treten, anstatt Anforderungen auf der Grundlage begründeter Vermutungen zu formulieren.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die Anbieter und der Markt scheinen sehr ausgereift und bereit zu sein, soziale Verantwortung zu übernehmen, insbesondere zu diesem Zeitpunkt, zu dem es in Dänemark in bestimmten Branchen schwierig ist, Arbeitskräfte einzustellen.
- Die Beschaffungspolitik hat der Vergabestelle ein starkes Mandat erteilt, soziale Erwägungen einzubeziehen. Das hat den Prozess erleichtert.

Ansprechpartner

Mette Kongsgaard Jensen, Leiterin Beschaffung, Kommune Ballerup, Indkøb - Center for Økonomi, met@balk.dk

Kim Funk, Berater im Bereich Beschaffung, Kommune Ballerup, Indkøb - Center for Økonomi, kimf@balk.dk

7. Einbeziehung Obdachloser durch die Erbringung von Reinigungsdiensten für die Stadt Breslau

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Wrocławskie Mieszkania Limited Company, im Eigentum der Stadt Breslau, Polen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Ausschreibung war Organisationen der Sozialwirtschaft vorbehalten und betrifft die Erbringung von Reinigungsdiensten für die Stadt Breslau.

Die Ausschreibung trägt auch zur Umsetzung der Strategie für die Entwicklung der Sozialwirtschaft bei, die von der Stadt Breslau ausgearbeitet wurde, um Probleme im Zusammenhang mit der sozialen und beruflichen Wiedereingliederung in Angriff zu nehmen. Die Strategie umfasst eine verstärkte sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge zur besseren Bewältigung sozialer Herausforderungen und zur Einbeziehung von Organisationen der Sozialwirtschaft. Die Obdachlosigkeit ist eine besondere soziale Herausforderung, der es zu begegnen gilt: In der Stadt leben ungefähr 1000 obdachlose Menschen, und das entspricht der viertgrößten Gruppe Obdachloser in Polen.

Diese Ausschreibung folgte auf einen ähnlichen Auftrag von 2017 bis 2018, der es Anbietern der Sozialwirtschaft ermöglichte, mehr Erfahrungen mit öffentlichen Ausschreibungen und der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu sammeln. Dieses Mal wurde der Wert des Auftrags verdreifacht.

Gegenstand

Erbringung von Reinigungsdiensten in Räumlichkeiten und zugehörigen Einrichtungen der Stadt Breslau

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der Auftrag war geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten, deren Ziel die soziale und berufliche Integration von Personen aus sozial ausgegrenzten Gruppen umfasst und bei denen gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU mindestens 30 % der Arbeitnehmer Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Arbeitnehmer sind. Ferner wurde verlangt, dass der Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer während der Auftragsausführung durchgängig Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Personen beschäftigt, die die in der Ausschreibung genannten Tätigkeiten unmittelbar ausführen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Förderung von Organisationen der Sozialwirtschaft
- Förderung fairer Beschäftigungsbedingungen

- Berufliche Eingliederung benachteiligter Arbeitnehmer

Überprüfung

- Zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe: Erklärung des Bieters über die Erfüllung der Kriterien hinsichtlich der Beschäftigung von mindestens 30 % benachteiligter Arbeitnehmer oder Arbeitnehmer mit Behinderungen.
- Während der Auftragsausführung: Der öffentliche Auftraggeber ist befugt, im Rahmen des Auftrags Kontrollen durchzuführen. Die Kontrollen können ohne Anwesenheit des Auftragnehmers durchgeführt werden und ohne ihn vorher über den Termin der Kontrolle zu informieren. Der Auftragnehmer zahlt jedes Mal eine Strafe, wenn er seiner Verpflichtung nicht nachkommt, Personen zu beschäftigen, die die in der Vereinbarung genannten Tätigkeiten unmittelbar ausführen. Der öffentliche Auftraggeber hat auch die Möglichkeit, den Auftrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und keine zufriedenstellende Klärung liefert.

Auftragswert

368 590 PLN (entspricht 86 100 EUR) für einen Auftrag mit einer Laufzeit von einem Jahr (von April 2019 bis April 2020)

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU (umgesetzt durch Artikel 22 Absatz 2 des polnischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen)
- Stadt Breslau: [lokales sozialwirtschaftliches Programm](#)
- Verordnung des Präsidenten der Stadt, in der die Berücksichtigung sozialer Aspekte bei jeder Vergabe von öffentlichen Aufträgen empfohlen wird

Laut dem polnischen Recht gehören die folgenden Kategorien von Personen sozial ausgegrenzten Gruppen an:

- Menschen mit Behinderungen im Sinne des Gesetzes vom 27. August 1997 über die berufliche und soziale Wiedereingliederung und die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen (Gesetzblatt der Republik Polen von 2011, Position 721)
- Arbeitslose im Sinne des Gesetzes vom 20. April 2004 über die Förderung der Beschäftigung und der Arbeitsmarktinstitutionen (Gesetzblatt der Republik Polen von 2016, Positionen 645, 691 und 868)
- Inhaftierte Personen oder aus der Haft entlassene Personen im Sinne des Gesetzes vom 6. Juni 1997 – Strafgesetzbuch (Gesetzblatt der Republik Polen, Position 557), die Schwierigkeiten bei der Integration in die Gesellschaft haben
- Personen mit psychischen Störungen im Sinne des Gesetzes vom 19. August 1994 über den Schutz der psychischen Gesundheit (Gesetzblatt der Republik Polen von 2016, Positionen 546 und 960)
- Obdachlose im Sinne des Gesetzes vom 12. März 2004 über die soziale Unterstützung (Gesetzblatt der Republik Polen von 2016, Position 930)

- Personen, denen von der Republik Polen die Flüchtlingseigenschaft oder der subsidiäre Schutz nach dem Gesetz vom 13. Juni 2003 über den Schutz von Ausländern in der Republik Polen zuerkannt wurde (Gesetzblatt der Republik Polen von 2012, Position 680; von 2013, Position 1650; von 2014, Position 1004; von 2015, Position 1607; von 2016, Position 783)
- Personen bis 30 Jahre und Personen, die das 50. Lebensjahr vollendet haben, den Status als Arbeitsuchender haben und arbeitslos sind
- Angehörige benachteiligter Minderheiten, insbesondere nationaler und ethnischer Minderheiten im Sinne des Gesetzes vom 6. Januar 2005 über nationale und ethnische Minderheiten und die Regionalsprache (Gesetzblatt der Republik Polen von 2015, Position 573 und von 2016, Position 749)

Akteure

- Wrocławskie Mieszkania Limited Company (Eigentum der Stadt Breslau) – öffentlicher Auftraggeber
- Wrocławska Social Cooperative (beschäftigt Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind) – Dienstleister, der den Zuschlag erhielt

Soziale Auswirkungen

- Die Sozialgenossenschaft Wrocławska Social Cooperative beschäftigt Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, insbesondere Obdachlose (90 % der Arbeitskräfte). Die Genossenschaft bietet Obdachlosen Schulungen, u. a. zum Erwerb eines Führerscheins. Dies ist Teil der Gesamttätigkeit der Genossenschaft, für die sie öffentliche Mittel erhält. Dies wurde in dem fraglichen Auftrag nicht gefordert.
- Im Rahmen dieses Auftrags werden vier Obdachlose beschäftigt.
- Der Auftrag ermöglichte es der Genossenschaft, zu expandieren und eine soziale und berufliche Wiedereingliederung der Personen zu erreichen, die an der Erbringung der im Rahmen des Auftrags erbrachten Reinigungsleistungen beteiligt waren.

Sonstige Vorteile

- Dieser Auftrag bot der Sozialgenossenschaft die Gelegenheit, bei der Stadt Vertrauen aufzubauen und zu zeigen, dass sozialwirtschaftliche Anbieter hochwertige Dienstleistungen sicherstellen können.
- In Polen sind vorbehaltene Aufträge und Sozialklauseln nach wie vor nicht sehr verbreitet. Mit dem kommunalen Programm für die Sozialwirtschaft und der Verordnung des Präsidenten von Breslau zur Förderung sozialwirtschaftlicher Organisationen, auch durch die Vergabe öffentlicher Aufträge, hat sich die Lage deutlich verbessert.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Eine der Herausforderungen für die Stadt Breslau liegt im Fehlen eines gut entwickelten sozialwirtschaftlichen Ökosystems begründet, in dem nur wenige Sozialunternehmen mit geringen Kapazitäten auf die Ausschreibungen antworten können. Deshalb beschloss die Stadt, kleinere Aufträge zu vergeben, damit Sozialunternehmen und NRO nach und nach Erfahrungen sammeln können, um an größeren Ausschreibungen teilnehmen zu können.

- In Polen steht der Markt für die Vergabe öffentlicher Aufträge insbesondere in Großstädten vor sehr spezifischen Herausforderungen (niedrige Arbeitslosenquote, große Zahl von Aufträgen auf dem Markt für die Auftragsvergabe), sodass nicht viele Bieter auf öffentliche Ausschreibungen reagieren und interessierte Unternehmen große Probleme haben, geeignete Mitarbeiter zu finden. Dies ermutigt öffentliche Auftraggeber nicht, zusätzliche Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge einzuführen. Für einige Bürgerinnen und Bürger ist die Eingliederung in den Arbeitsmarkt jedoch nach wie vor eine Herausforderung. Die Stadt führte für Sozialunternehmen und NRO, die „geschützte“ Arbeitsplätze bieten und die berufliche Eingliederung fördern, schrittweise Anreize für die Teilnahme an der öffentlichen Auftragsvergabe ein.
- Der Auftrag sollte den öffentlichen Auftraggebern auch zeigen, dass die öffentliche Auftragsvergabe ein wirksames Instrument für die Umsetzung öffentlicher Politik sein könnte. Es ist von entscheidender Bedeutung, öffentlichen Auftraggebern zu zeigen, wie viele soziale Probleme durch die Vergabe öffentlicher Aufträge gelöst werden können.

Ansprechpartnerin

Marta Pawlaczyk, Expertin für das öffentliche Auftragswesen, Stadt Breslau, marta.pawlaczyk@wm.wroc.pl

8. Sozialklauseln zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts bei Reinigungs- und Wartungsdienstleistungen für die Europäische Kommission

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Europäische Kommission, Belgien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigung und Pflege von Grünflächen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2019 suchte das Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik der Europäischen Kommission nach einem Anbieter für die Erbringung von Reinigungsdiensten und für die Pflege von Grünflächen im Innen- und Außenbereich ihrer Gebäude in der Region Brüssel-Hauptstadt. Mit dieser Ausschreibung wollte der öffentliche Auftraggeber den sozialen Zusammenhalt durch die Bereitstellung von Ausbildungsmöglichkeiten und Möglichkeiten der sozialen und beruflichen Integration stärken. In den Ausschreibungsunterlagen war die Verwendung von zwei Arten von Sozialklauseln vorgesehen. Alle vom Auftragnehmer erbrachten Dienstleistungen mussten auch die bei der Kommission geltenden Umweltaanforderungen erfüllen, insbesondere diejenigen, die im Rahmen ihrer EMAS-Politik festgelegt wurden.

Gegenstand

Diese Ausschreibung betrifft Folgendes:

- Erbringung von Reinigungsdienstleistungen in den Gebäuden der Europäischen Kommission in der Region Brüssel-Hauptstadt (72 Gebäude)
- Reinigung von Jalousien, Sonnensegeln, Vorhängen und Flaggen
- Lieferung von Hygieneartikeln
- Schädlingsbekämpfung
- Schneeräumdienste um die Gebäude (einschließlich der Lieferung von Auftausalz)
- Pflege von Pflanzen und Grünflächen sowohl innen (Terrassen, Innenhöfe, Garten, Pflanzgefäße usw.) als auch außen, einschließlich der angrenzenden Wege, Brunnenbecken und Fußwege bei den Gebäuden und deren Parkplätze

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Ausschreibung enthielt zwei Arten von Auftragsausführungsklauseln.

Während der Auftragsausführung muss der Auftragnehmer für alle Arbeitnehmer, die mit einem unbefristeten oder zeitlich befristeten Auftrag (mit einer Laufzeit von mehr als sechs Monaten) beschäftigt sind und an der Ausführung des Reinigungsdienstleistungsauftrags beteiligt sind, Schulungen zur Reinigung bereitstellen. Der Auftragnehmer muss spätestens zwei Monate nach Inkrafttreten des Auftrags Schulungspläne vorlegen, in denen die obligatorische Schulung und jährliche Weiterbildung für das gesamte Personal unabhängig von der Beschäftigungsdauer beim Auftragnehmer detailliert beschrieben sind, sowie individuelle offizielle

Schulungszertifikate für das Personal vor Ort (ausgestellt von einer externen Stelle oder gegebenenfalls Nachweis einer internen Schulung).

Der Auftrag sieht vor, dass das Reinigungspersonal in Bezug auf Reinigungsmethoden, Dosierung und Vorsichtsmaßnahmen im Hinblick auf Reinigungsmittel, Verpackungen und Abfälle (Sortierung und Entsorgung) sowie den Einsatz von Maschinen regelmäßig geschult und darüber informiert wird. Der Auftragnehmer muss Schulungszertifikate vorlegen, aus denen hervorgeht, dass alle Personen, die für die auftragsgegenständlichen Leistungen eingesetzt werden, die erforderliche und angemessene berufliche Schulung in technischer, sicherheitstechnischer und ökologischer Hinsicht erhalten haben.

Die Schulungen sollten entsprechend den vorgeschlagenen Modulen des Schulungszentrums für Reinigungstätigkeiten erfolgen oder gegebenenfalls anhand spezialisierter Module. Für Arbeitnehmer, deren grundlegende Schulung länger als acht Jahre her ist, wird auch ein Wiederholungsmodul benötigt. Jeder Arbeitnehmer muss während der Auftragslaufzeit mindestens 20 Schulungsstunden erhalten. Der Auftragnehmer muss bis zum Ende der Auftragslaufzeit jedes Jahr für mindestens 20 % aller Arbeitnehmer mit unbefristeten oder befristeten Aufträgen, die mit der Ausführung dieses Auftrags betraut sind, sowie für sein gesamtes Personal Schulungen bereitstellen. Für Arbeitnehmer mit unzureichenden Französischkenntnissen können diese Schulungen durch Sprachkurse ersetzt werden.

Die zweite Auftragsausführungsklausel verpflichtet den Auftragnehmer, im Rahmen der Erbringung der Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Pflege von Pflanzen und Grünflächen, Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Integration für Arbeitsuchende durchzuführen, die besonders schwer zu vermitteln sind, oder für Menschen mit Behinderungen. Diese Anforderung kann durch die Vergabe von Unteraufträgen an (ein) sozialwirtschaftliche(s) Unternehmen erfüllt werden, dessen/deren Hauptzweck die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist. Mindestens dreißig Prozent des Personals dieser Werkstätten, Wirtschaftsteilnehmer oder Programme müssen Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Arbeitnehmer sein.

Der Auftragnehmer wählt die zu pflegenden Grünflächen unter Anwendung einer solchen Klausel aus, die sich auf mindestens 25 % des jährlichen Gesamtbetrags der oben genannten Leistungen belaufen muss.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Mit diesem Auftrag möchte der öffentliche Auftraggeber die beruflichen Fertigkeiten und die Sicherheit des den Auftrag ausführenden Personals verbessern, indem er die Schulung aller Mitarbeiter vorschreibt, die an der Ausführung des Auftrags beteiligt sein werden (es sind 700 Mitarbeiter vorgesehen).
- Das zweite Ziel besteht in der Förderung der sozialen und beruflichen Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Arbeitnehmern im Sinne von Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU.

Überprüfung

- Ein wichtiger erster Schritt bei der Umsetzung und Überwachung der Sozialklausel ist die Abhaltung einer Auftaktsitzung zwischen dem Auftragnehmer und dem öffentlichen Auftraggeber. Diese Auftaktsitzung findet innerhalb eines Monats nach Zuschlagserteilung statt und deckt alle auszuführenden Sozialklauseln ab. Bei dieser Gelegenheit werden die Sozialklauseln eingehend erörtert, und es wird ein Datum festgelegt, ab dem diese beginnen müssen, oder das Datum der Vorabprüfung.

- Einmal jährlich übermittelt der Auftragnehmer die Liste der Arbeitnehmer, die an einer Schulung teilgenommen haben. Zum Nachweis ist eine Kopie der Zertifikate und Bescheinigungen des Schulungszentrums für Reinigungstätigkeiten und/oder des Sprachenzentrums vorzulegen.
- Bei Inkrafttreten des Vertrags übermittelt der Auftragnehmer dem öffentlichen Auftraggeber folgende Unterlagen zu dem/den sozialwirtschaftlichen Unternehmen, an das/die er Dienstleistungen weitervergeben wird:
 - Die von jedem sozialwirtschaftlichen Unternehmen im Sinne der vorstehenden Definition ordnungsgemäß unterzeichnete Verpflichtung
 - Nachweis, dass das/die sozialwirtschaftliche(n) Unternehmen über eine gültige Zulassung verfügt/verfügen oder die Voraussetzungen für die Anwendung von Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU erfüllt/erfüllen. Dieser Nachweis wird entweder durch die Vorlage einer (zeitlich befristeten oder unbefristeten) Genehmigung, die zum Zeitpunkt des Auftragsabschlusses mit dem/den sozialwirtschaftlichen Unternehmen gültig ist, oder durch Einreichen einer Akte zum Nachweis der Erfüllung der Bedingungen aus Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU erbracht
- Innerhalb von zwei Monaten nach der Vergabe des Rahmenvertrags wird eine Vorevaluierungssitzung organisiert, um zu prüfen, ob die Sozialklausel richtig verstanden wurde. Nach Abschluss des Rahmenvertrags findet eine dritte Sitzung statt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der Sozialklausel zu überprüfen.
- Der öffentliche Auftraggeber und seine Vertreter haben das Recht, die Umsetzung der Sozialklausel zu überprüfen und zu überwachen. Jeder Verstoß gegen die Bestimmungen der Sozialklauseln, den der öffentliche Auftraggeber oder eine andere hierzu ordnungsgemäß ermächtigte Person während der Auftragsausführung feststellt, kann vom öffentlichen Auftraggeber als Vertragsverletzung gewertet werden.

Auftragswert

Die Auftragsdauer ist auf vier Jahre festgelegt. Der Auftragswert beläuft sich auf 20 Mio. EUR pro Jahr und insgesamt auf 80 Mio. EUR.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) und Artikel 20 (vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik der Europäischen Kommission
- Unterstützung bei der Formulierung der Sozialklausel: Actiris, die öffentliche Arbeitsverwaltung der belgischen Region Brüssel-Hauptstadt
- Ein Vertreter der belgischen Gewerkschaften des Reinigungssektors, der bei der Vorbereitung des Verfahrens konsultiert wurde
- Beschäftigte des Auftragnehmers, die die ausgeschriebenen Reinigungsleistungen erbringen und die aus der im Auftrag vorgesehenen beruflichen Schulung und Eingliederung Nutzen ziehen können

Soziale Auswirkungen

- Es werden schätzungsweise 700 Mitarbeiter mit der Auftragsausführung beschäftigt sein. Die meisten von ihnen sind gering qualifiziert und/oder kommen aus benachteiligten Verhältnissen. Es wird erwartet, dass die Verpflichtung, ihnen Schulungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu bieten, zur Verbesserung ihrer sozialen und beruflichen Integration, ihrer Sicherheit sowie zur Verbesserung ihrer Fertigkeiten beitragen wird.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Es ist nicht möglich, bei der Ausarbeitung einer Sozialklausel in einem Vergabeverfahren einen Einheitsansatz anzuwenden. Parallel zu diesem Vergabeverfahren arbeitete das Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik beispielsweise mit Actiris zusammen, um in einem Verfahren im Zusammenhang mit Bauarbeiten eine angemessene Sozialklausel auszuarbeiten. Die Sozialklausel war in diesem Fall jedoch eine andere und sie war auf einen anderen Markt zugeschnitten. Bei der Ausgestaltung der Sozialklauseln sind die Besonderheiten des Verfahrens und des Marktes zu berücksichtigen.
- Die Zusammenarbeit mit Actiris, einer qualifizierten Stelle mit Fachkenntnissen bei der Umsetzung von Sozialklauseln, hat sich als entscheidend für die Gestaltung der für dieses spezifische Verfahren am besten geeigneten Sozialklausel erwiesen.
- Im Rahmen dieses Verfahrens wurden fünf technische Angebote eingereicht. Dies zeigt, dass der Markt bereit ist, auf große Aufträge mit Sozialklauseln zu reagieren und entsprechende Verfahren einzuführen.

Ansprechpartner

Pierre-Olivier Bindels, Referatsleiter, Amt für Gebäude, Anlagen und Logistik, Europäische Kommission, Pierre-Olivier.BINDELS@ec.europa.eu

9. Gewährleistung sozial verantwortlicher Arbeitsbedingungen im maltesischen Reinigungssektor

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Courts of Justice Department, Malta

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigungsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Um prekäre Arbeitsbedingungen zu mindern und die Einreichung von Angeboten mit gleich bewerteten Raten/Preisen zu fördern, entschied die maltesische Behörde „Courts of Justice Department“ im Jahr 2019, dass die Erbringung von Dienstleistungen, die mit einem hohen Anteil an prekären Arbeitsplätzen und Arbeitsplätzen mit geringer Qualität verbunden sind, wie z. B. Reinigungsdienstleistungen, über das Zuschlagskriterium des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses statt nur über den Preis oder die Kosten vergeben werden soll.

Zu diesem Zweck nutzte der öffentliche Auftraggeber soziale Zuschlagskriterien, die mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang standen und in Bezug auf die zu vergebenden Dienstleistungen verhältnismäßig waren.

Gegenstand

Bereitstellung von Reinigungsdiensten unter Verwendung umweltfreundlicher Reinigungsprodukte beim Courts of Justice Department (Malta) und der Generalstaatsanwaltschaft

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Zur Bestimmung des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses werden die technische Qualität und der Preis im Verhältnis 60:40 gewichtet.

Es wird das folgende Bewertungsschema verwendet:

- Schulung, Fertigkeiten und Fähigkeiten der Beschäftigten: bis zu 6 Punkte
- Auftragsmanagement und Tätigkeiten (Zeiterfassung, Dienstleistungsniveau, Notfallpläne, Methodik, Berichtspflichten, umweltorientiertes öffentliches Beschaffungswesen – Reinigungsprodukte): bis zu 64 Punkte
- Chancengleichheit und gleiche Arbeitsbedingungen: bis zu 30 Punkte

Im Hinblick auf die Chancengleichheit hat der Wirtschaftsteilnehmer Folgendes vorzulegen:

- Nachweis, dass der Wirtschaftsteilnehmer eine Politik der Chancengleichheit im Sinne des Gleichstellungszeichens „Equality Mark“ oder eines gleichwertigen Zeichens verfolgt (Ergänzung) (2 Punkte)
- Nachweis, dass der Wirtschaftsteilnehmer die rechtlichen Anforderungen in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen erfüllt (obligatorisch) (2 Punkte)

In Bezug auf die Beschäftigungsbedingungen hat der Wirtschaftsteilnehmer Nachweise vorzulegen, aus denen Folgendes hervorgeht:

- Beschäftigte/potenzielle Beschäftigte haben einen schriftlichen Vertrag (obligatorisch) (2 Punkte)
- Löhne werden per Überweisung gezahlt und die Kosten hierfür werden vom Auftragnehmer getragen (obligatorisch) (2 Punkte)
- Zeitplan für die Zahlungstermine für die Jahre 2019 und 2020 mit Angabe der Daten, an denen die Löhne an die Arbeitnehmer ausgezahlt werden (Ergänzung) (höchstens 3 Punkte)
- Beschäftigte erhalten eine detaillierte Lohnabrechnung (obligatorisch) (3 Punkte)
- Nachweis des Versicherungsschutzes für Arbeitnehmer im Fall von Arbeitsunfällen (Ergänzung) (3 Punkte)
- Erklärung des Auftragnehmers über die Vereinigungsfreiheit (ohne Beschränkungen) (obligatorisch) (3 Punkte)
- Kopie eines gültigen Tarifvertrags, der bei der Abteilung für Arbeits- und Beschäftigungsbeziehungen eingetragen ist (Ergänzung) (3 Punkte)
- Fahrtkostenzulage oder Erbringung von Beförderungsleistungen – (Ergänzung) (2 Punkte)
- Ressourcen für Gesundheit und Sicherheit (Qualitätssicherungssysteme des Auftragnehmers zur Gewährleistung einer guten/sicheren Arbeitsumgebung) (obligatorisch) (5 Punkte)

„Einzelunternehmer/Unternehmen ohne Arbeitnehmer“, die die Dienstleistungen in der Ausschreibungsphase an bekannte Dritte weitervergeben, mussten für die Unterauftragnehmer auch die erforderlichen Nachweise/Belege entsprechend den Anforderungen des „Unternehmens mit Arbeitnehmern“ vorlegen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit der Ausschreibung sollte sichergestellt werden, dass die Wirtschaftsteilnehmer:

- ihren Mitarbeitern eine grundlegende Schulung in Sauberkeit und Hygiene anbieten
- die Chancengleichheit fördern und die rechtlichen Anforderungen in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen einhalten
- menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten und die grundlegenden Sozial- und Arbeitnehmerrechte einhalten
- über ein Qualitätssicherungssystem einschließlich Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz verfügen

Überprüfung

Zur Erfüllung der Teilkriterien für den Zuschlag „Chancengleichheit und Arbeitsbedingungen“ mussten die Bieter folgende Unterlagen vorlegen:

- eine Kopie des Zertifikats „NCPE Equality Mark“ (oder eines gleichwertigen Zertifikats)
- Beweis/Nachweis durch geeignete Unterlagen des Jobcenters oder der zuständigen staatlichen Stelle, dass der Wirtschaftsteilnehmer die gesetzlichen Anforderungen in Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen erfüllt
- Kopie einer vertraglichen Vereinbarung zwischen dem Bieter und einem Arbeitnehmer
- Vereinbarung mit einer Bank oder schriftliche Kommunikation zwischen dem Bieter und der Bank, in der die direkte Lohnabrechnung bestätigt wird
- Kopie einer Lohnabrechnung
- Kopie der Arbeitgeberhaftpflichtversicherung des Unternehmens

- Erklärung des Wirtschaftsteilnehmers, dass Arbeitnehmern keine Beschränkungen hinsichtlich eines Beitritts zu einer Gewerkschaft auferlegt werden
- Kopie eines gültigen Tarifvertrags (falls zutreffend)

Neun Angebote wurden eingereicht. Dem Bewertungsbericht zufolge erzielten drei Bieter mit ihrem technischen Angebot einen abschließenden Durchschnittswert von mehr als 65 Punkten. Die anderen sechs Bieter wurden als in technischer Hinsicht nicht zulässig eingestuft, da sie eines oder mehrere der obligatorischen Kriterien nicht erfüllten.

Auftragswert

486 944,80 EUR ohne MwSt. über einen Zeitraum von 36 Monaten

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Auftragsabteilung (Zentrale Regierungsbehörde)
- Endbegünstigter: Courts of Justice Department
- Auftragnehmer: Specialist Group Cleaners Ltd
- Bieter: Wirtschaftsteilnehmer, die die spezifische Dienstleistung erbringen, die beschafft wird
- Endempfänger: Arbeitnehmer des erfolgreichen Bieters

Soziale Auswirkungen

- Das Referat für Beschaffung wies im Auftrag des öffentlichen Auftraggebers auf Folgendes hin: „Das in dieser Ausschreibung angewandte Verfahren hat sich positiv auf das Bewusstsein der Arbeitgeber in Bezug auf die Notwendigkeit ausgewirkt, gute Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer zu schaffen, die die Dienstleistung erbringen. Da in der ursprünglichen Ausschreibung eine Reihe verbindlicher Anforderungen in Bezug auf gute Arbeitsbedingungen gefordert wurde, führte dies zu besseren Arbeitsbedingungen für die betroffenen Arbeitnehmer.“

Sonstige Vorteile

- Diese Vorgehensweise kann auch in anderen Branchen mit einem hohen Anteil an prekären Arbeitsplätzen angewandt werden. Die maltesische öffentliche Verwaltung beabsichtigt, die Anwendung des Mechanismus des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses bei Vergabeverfahren zu fördern, um die Arbeitsbedingungen in Sektoren mit Tätigkeiten mit niedriger Arbeitsplatzqualität zu verbessern.
- Aufforderungen zur Abgabe von Angeboten werden im e-Procurement-System der Regierung (abrufbar unter www.etenders.gov.mt) sowie im Amtsblatt der Europäischen Union (sofern sie über dem EU-Schwellenwert liegen) veröffentlicht. Die öffentlichen Auftraggeber können das System nach ähnlichen Auftragsvergaben durchsuchen, um die Kriterien des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses sowie die

Ausschreibung im Allgemeinen zu überprüfen. Dies erleichtert es anderen, diese Vorgehensweise zu wiederholen.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die Vorgehensweise wird aus konzeptioneller Sicht beibehalten, die Auftragsabteilung wird die Zuschlagskriterien jedoch verfeinern, die bei der Erstellung einer Matrix für das beste Preis-Leistungs-Verhältnis für die Erbringung einer Dienstleistung mit einem hohen Anteil an prekären Arbeitsplätzen zu verwenden sind.
- Obwohl die Auftragsabteilung Vorlagen für die Erbringung von Dienstleistungen mit einem hohen Anteil an prekären Arbeitsplätzen veröffentlicht hat, wird den öffentlichen Auftraggebern empfohlen, die Zuschlagskriterien für das beste Preis-Leistungs-Verhältnis an ihre Beschaffungsbedürfnisse anzupassen.
- Bei der Ausarbeitung der Zuschlagskriterien wird eine Konsultation mit den zuständigen Behörden empfohlen, um sicherzustellen, dass die Kriterien nicht restriktiv sind und einen breiten Wettbewerb ermöglichen.
- Dennoch werden die Konsultation und die Anleitung der Auftragsabteilung dringend empfohlen, damit Kenntnisse ausgetauscht und gegebenenfalls Vorlagen aktualisiert werden können.

Ansprechpartner

Anthony Cachia, Generaldirektor (AUFTRÄGE), Auftragsabteilung, Ministerium für Finanzen und Finanzdienstleistungen, anthony.j.cachia@gov.mt, +356 25670100

10. *Inklusives und nachhaltiges Gebäudemanagement für die Olympischen Spiele 2024*

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Organisationskomitee PARIS 2024 für die Olympischen und Paralympischen Spiele, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gebäudemanagement (Reparatur und Wartung, allgemeines Management, Lieferung von Reinigungs- und Hygieneartikeln, Abfallmanagement, Lebensmittelversorgung)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Organisationskomitee PARIS 2024 für die Olympischen und Paralympischen Spiele ist entschlossen, die „inklusivesten und nachhaltigsten Spiele der Geschichte“ zu veranstalten. Auf der Ebene der Auftragsvergabe schlägt sich dieser Ansatz in starken Maßnahmen zur ökologischen und sozialen Verantwortung von PARIS 2024 und seinen Zulieferern nieder.

Um den Zugang zu Aufträgen im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen für sozialwirtschaftliche Unternehmen zu verbessern, startete PARIS 2024 im Mai 2018 in Partnerschaft mit der Stadt Paris, SOLIDEO (öffentliches Unternehmen, das die Arbeiten für die Olympischen und Paralympischen Spiele beaufsichtigt), LES CANAUX (gemeinnützige Vereinigung zur Unterstützung der Sozial- und Solidarwirtschaft, der sozialen Innovation und der Kreislaufwirtschaft) und dem Yunus-Zentrum (NRO zur Unterstützung von Sozialunternehmen und Inklusion) die „Solidaritätsplattform ESS 2024“⁹. Die Käufe im Zusammenhang mit der Infrastruktur für die Olympischen Spiele belaufen sich auf 3 Mrd. EUR. Hierbei verfolgt ESS 2024 folgende Ziele:

- Kanalisierung von 25 % des Einkaufswerts an Sozialunternehmen und KMU
- Gewährleistung, dass 10 % der für Bau-, Ausrüstungs- und Wartungsarbeiten geleisteten Arbeitsstunden von benachteiligten Arbeitnehmern erbracht werden

ESS 2024 möchte diese Ziele durch folgende Maßnahmen erreichen:

- Strategische und rechtliche Beobachtung der Ausschreibungen, der Beschäftigungsmöglichkeiten und der Erwartungen der Organisatoren von Paris 2024
- Vorbereitung von Treffen zwischen Sozialunternehmen, den Veranstaltern der Spiele und Großkonzernen zur Förderung von Sozialunternehmen als potenzielle Lieferanten durch ihre Einbeziehung in Konsortien oder als Subunternehmer großer Zulieferer
- Bereitstellung von Instrumenten und Unterstützung, um Sozialunternehmen bei der Erfüllung der Angebotserfordernisse zu helfen
- Ermittlung und Messung der sozialen und ökologischen Auswirkungen von Paris 2024 in Zusammenarbeit mit Universitäten, Interessenträgern im Bereich der sozialwirtschaftlichen Unternehmen (SEE), Think-Tanks, internationalen Organisationen usw.
- Überwachung bewährter Verfahren aus anderen Ländern und Verbreitung bewährter Verfahren, die von den französischen Vergabestellen für die Spiele angewandt werden

Als Beispiel dafür, wie die Plattform eine sozial verantwortliche öffentliche Auftragsvergabe unterstützt, wird im Folgenden ein Verfahren für „Gebäudemanagement“ untersucht.

Gegenstand

⁹ <https://ess2024.org>

Gemischter Rahmenvertrag für Gebäudemanagement, einschließlich der Lieferung von Reinigungs- und Hygieneartikeln, Abfallmanagement, allgemeinem Gebäudemanagement, Lebensmittelversorgung, delegierter Verwaltung von Aufträgen und gesetzlicher Kontrolle für den Hauptsitz von PARIS 2024

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Vergabeverfahren wurde im Herbst 2019 als Verhandlungsverfahren mit vorherigem Aufruf zum Wettbewerb gemäß Artikel L. 2124-3 und R. 2124-3 des französischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen eingeleitet.

In der ersten Phase des Verfahrens wurden die Wirtschaftsteilnehmer vom öffentlichen Auftraggeber aufgefordert, bis zum 4. Oktober 2019 ihr Interesse an der Teilnahme am Wettbewerb zum Ausdruck zu bringen.

Die Ausschreibung wurde objektiv abgegrenzt und stand allen interessierten Unternehmen offen, unabhängig von ihrer Rechtsform oder dem Mitgliedstaat ihrer Niederlassung. Die Bewerber wurden anhand von drei Kriterien bewertet:

- Berufliche Leistungsfähigkeit (40 %)
- Technische Leistungsfähigkeit (40 %)
- Finanzielle Leistungsfähigkeit (20 %)

In der zweiten Phase des (Ende Oktober 2019 eingeleiteten) Verfahrens reichten die ausgewählten Bewerber ihre anfänglichen Angebote ein, die nach dem Kriterium des wirtschaftlich günstigsten Angebots bewertet wurden. 30 % wurden für den Preis vergeben, 70 % für Qualität und andere Kriterien (davon 10 % für Qualität, Hygiene, Sicherheit und Umweltschutz und 5 % für Fortschritt und Innovationsplanung).

Mit dem Kriterium „Fortschritt und Innovationsplanung“ sollte erfasst werden, wie die Erbringung der Dienstleistungen organisiert werden könnte, um ein verbessertes Bereitstellungsmodell zu gewährleisten, wobei der Schwerpunkt insbesondere auf den entscheidenden Faktoren liegt, die die Qualität, die Kosten und die Leistung der Unternehmen im Bereich der sozialen Verantwortung beeinflussen.

Am Ende der Antragsphase wurden zwei Unternehmen ausgewählt, die die Räumlichkeiten, die Gegenstand des Vergabeverfahrens sind, besichtigen und ein Angebot einreichen sollten: Samsic und Arteis. Nach Eingang der Angebote fand ein Treffen zwischen dem Organisationskomitee Paris 2024 für die Olympischen und Paralympischen Spiele und den beiden für Verhandlungen ausgewählten Kandidaten statt. Nach Abschluss der Verhandlungen reichten die Bieter ihre endgültigen Angebote ein, die anhand derselben Kriterien bewertet wurden, die bei der Bewertung der anfänglichen Angebote zugrunde gelegt wurden. Arteis erhielt den Zuschlag. Vitaservices, ein Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung, ist ein Unterauftragnehmer von Arteis.

Vitaservices ist Teil der [Gruppe Vitamine T](#), deren Aufgabe es ist, Langzeitarbeitslose, Flüchtlinge, Asylbewerber, Alleinerziehende, junge Menschen, die weder arbeiten noch eine Schule besuchen oder eine Ausbildung absolvieren (NEET), ältere Arbeitnehmer, die Schwierigkeiten haben, ihre Fertigkeiten neu anzupassen oder wieder in den Arbeitsmarkt einzusteigen, sowie von Armut bedrohte oder in benachteiligten Gebieten lebende Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Während der Auftragsausführung sind die Dienstleistungserbringer zu Folgendem verpflichtet:

- Einhaltung der Sozialvorschriften und der Rechtsvorschriften über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen
- Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen
- Förderung der Inklusion und Entwicklung des Personals (d. h. Beschäftigung von Menschen aus schutzbedürftigen oder benachteiligten Gruppen, Förderung der Gleichstellung von Männern und Frauen und Verbesserung der Fertigkeiten, insbesondere von Menschen aus benachteiligten Gruppen, Verbesserung der Chancengleichheit bei der Beschäftigung)

- Maßnahmen zur Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung (d. h. Schaffung und Erhaltung neuer Arbeitsplätze, Partnerschaften mit lokalen Akteuren und Projekte zur Entwicklung von Fähigkeiten und Fertigkeiten in dem Gebiet, in dem die Olympischen Spiele in Paris stattfinden)
- Aufforderung an die Bieter zur Erläuterung der Maßnahmen, mit denen sie zu den Zielen der von der Vergabestelle geförderten Strategie hinsichtlich der sozialen Verantwortung der Unternehmen beitragen werden

Die Anbieter werden aufgefordert, dem öffentlichen Auftraggeber alle zur Erfüllung dieser Verpflichtungen ergriffenen Maßnahmen darzulegen. Der öffentliche Auftraggeber kann vom Anbieter jederzeit einen Nachweis über die getroffenen Maßnahmen verlangen.

Überprüfung

In der Antragsphase mussten Bieter und Unterauftragnehmer einen ausführlichen technischen Bericht vorlegen, aus dem das gesamte Personal, die Materialien und Techniken hervorgingen, die sie für die Ausführung des Auftrags einsetzen würden. Die Bieter wurden aufgefordert, Verfahren und Maßnahmen einzuführen, um einen Mehrwert für ihre Mitarbeiter und die Gemeinschaft zu schaffen, insbesondere hinsichtlich der:

- allgemeinen Corporate Governance
- der Beschäftigung schutzbedürftiger oder benachteiligter Personen
- der Förderung der beruflichen Gleichstellung von Männern und Frauen
- der Entwicklung der Fertigkeiten des Personals, insbesondere der Fähigkeiten und Beschäftigungsaussichten schutzbedürftiger oder benachteiligter Gruppen
- der Vielfalt und Chancengleichheit am Arbeitsplatz

Der öffentliche Auftraggeber überprüft die Auftragsausführung durch Sitzungen mit dem Auftragnehmer sowie anhand monatlicher, vierteljährlicher und jährlicher Tätigkeitsberichte. Auftragnehmer und Unterauftragnehmer müssen über die oben genannten Punkte während der Fortschrittssitzungen mit dem öffentlichen Auftraggeber und in den Tätigkeitsberichten Bericht erstatten.

Die Leistung wird durch zwei Arten von Indikatoren überwacht: operative Indikatoren und wesentliche Managementindikatoren. Die operativen Indikatoren werden monatlich überwacht und betreffen folgende Aspekte:

- Beachtung der Qualitätsniveaus
- Einhaltung der Reaktionszeiten
- Überwachung der vorbeugenden Instandhaltung
- Verfügbarkeit von Ausrüstung
- Anzahl an Beschwerden
- Einhaltung der Sicherheitsvorschriften

Jeder Indikator wird mit 0 bis 10 Punkten bewertet, wobei der Gesamtwert höchstens 100 beträgt. Werden die erzielten Ergebnisse mit weniger als 80 Punkten bewertet, werden Strafen verhängt (die bei der Auftragsunterzeichnung festgelegt werden).

Die wesentlichen Managementindikatoren werden im Rahmen der vierteljährlichen und jährlichen Überprüfung und der Auftragsüberprüfungssitzung überwacht. Anhand der Indikatoren wird die Gesamtleistung des Auftrags gemessen: Zufriedenheit der Nutzer, Reaktionsfähigkeit, proaktives Verhalten, Kontrolle der Dienstleistungen,

Fortschrittspläne. Die Bieter mussten ihre Überwachungs- und Messpläne vorschlagen, die mit dem öffentlichen Auftraggeber zu vereinbaren sind.

Auftragswert

Der Auftrag sieht vor, dass ein Teil als Pauschalbetrag, ein Teil als Kaufauftrag und ein Teil als Folgeauftrag abgewickelt wird. Er wird ohne Mindest- oder Höchstwert oder -menge geschlossen.

Die auftragsgegenständlichen Leistungen werden wie folgt bezahlt:

- Für den Teil, der durch Kaufaufträge ausgeführt wird, gemäß dem der Auftragsvereinbarung beigefügten Einheitspreisverzeichnis
- Für den Teil, der im Rahmen des Pauschalbetrags ausgeführt wird, gemäß dem Pauschalbetrag aus der Gliederung des Angebotspreises in Einzelpositionen, die der Auftragsvereinbarung beigefügt wird
- Für den Teil, der durch Folgeaufträge ausgeführt wird, gemäß dem Pauschalbetrag des Folgeauftrags

Die Preise können nicht geändert werden.

Der Wert des Unterauftrags zwischen Arteis und Vitaservices beträgt 80 850 EUR bei einer Mindestlaufzeit von 11 Monaten und 132 200 EUR bei einer maximalen Laufzeit von 18 Monaten. Nach 11 Monaten kann der Auftrag bis Ende Mai 2021 monatlich verlängert werden.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) und Artikel 71 (Vergabe von Unteraufträgen) der Richtlinie 2014/24/EU
- Paris 2024 „Vermächtnis und Nachhaltigkeitsstrategie“; diese schreibt vor, dass sich alle Anbieter zu vier Bereichen der sozialen Verantwortung von Unternehmen (Hygiene, Umwelt, Sicherheit am Arbeitsplatz und soziale Aspekte) verpflichten und in ihren Ausschreibungen spezifische Maßnahmen in Bezug auf die soziale Verantwortung von Unternehmen für sozialen und ökologischen Mehrwert vorlegen
- Der öffentliche Auftraggeber hat den Auftragsunterlagen eine Verhandlungsverordnung beigefügt, in der Regeln für das jeweilige Verhandlungsverfahren festgelegt sind

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Organisationskomitee PARIS 2024 für die Olympischen und Paralympischen Spiele
- Verhandlungsteilnehmer: Samsic und Arteis
- Auftragnehmer: Arteis
- Unterauftragnehmer: Vitaservices, ein Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung
- Unterstützender Akteur: Solidaritätsplattform ESS 2024

Soziale Auswirkungen

- In den ersten sechs Monaten ihres Betriebs (ab Mai 2018) hat die Plattform ESS 2024 Folgendes erreicht:
 - 20 Aufträge wurden in verschiedenen Bereichen (Verpflegung, Beratung und Logistik) an Unternehmen der Sozial- und Solidarwirtschaft vergeben
 - Mehr als 350 Organisationen der Sozial- und Solidarwirtschaft nahmen an Workshops und Treffen zur Umsetzung von Paris 2024 teil

- Zwei internationale Seminare mit London 2012 und Rio 2016 zum Austausch und zur Verbreitung bewährter Verfahren
 - An der Aktivität der Plattform ESS 2024 sind 40 Partner beteiligt
 - Start der Einführung der Plattform ESS-2024 im gesamten französischen Hoheitsgebiet im Oktober 2019
- Die Unterstützung und die Dienstleistungen der Solidaritätsplattform ESS erwiesen sich als nützlich, da Vitaservices den Zuschlag erhielt. Die Solidaritätsplattform ESS erleichterte die Begegnung zwischen Vitaservices und dem Bieter Arteis sowie zwischen Vitaservices und dem Leiter der Beschaffungsabteilung von PARIS 2024. Die Plattform spielt auch eine sehr wichtige Rolle bei der Sensibilisierung der öffentlichen Auftraggeber für die Besonderheiten der beruflichen Eingliederung benachteiligter Arbeitnehmer.
 - Vitaservices musste sechs Mitarbeiter des früheren Auftragnehmers beschäftigen. Es handelt sich hierbei um eine in Frankreich bestehende Verpflichtung zum Schutz der Mitarbeiter von Reinigungsdienstleistern. Darüber hinaus beschäftigte Vitaservices einen Teamleiter und eine Person, die als benachteiligter Arbeitnehmer im Sinne von Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU gilt. Vitaservices ersetzt Arbeitnehmer, die krankgeschrieben sind oder sich im Urlaub, Vaterschaftsurlaub, Mutterschafts- oder Elternurlaub befinden, durch Personen, die Wege der beruflichen Eingliederung verfolgen.

Sonstige Vorteile

Es besteht ein hohes Potenzial für die Nachahmung dieser Initiative bei öffentlichen Auftraggebern in anderen Ländern, in Sportverbänden oder Konzernen, die große sportliche, kulturelle usw. Veranstaltungen organisieren, sowie bei öffentlichen Stellen, die große öffentliche Arbeiten vergeben.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Die wichtigste Erkenntnis aus der Gesamtinitiative scheint die Notwendigkeit eines breiten Konsenses auf mehreren Ebenen hinsichtlich des vorrangigen Ziels der Inklusivität und Nachhaltigkeit zu sein. Bei den Olympischen Spielen 2024 in Paris stehen Inklusivität und Nachhaltigkeit im Zentrum und machen die Identität der Spiele aus. Dieser visionäre Ansatz hat zu einem breiten kollektiven Engagement geführt.
- Das Beispiel „Gebäudemanagement“ zeigt, dass die Vergabe von Unteraufträgen ein nützliches Instrument ist, um die Beteiligung kleiner und mittlerer Wirtschaftsteilnehmer einschließlich Sozialunternehmen zu verbessern. Leider verfügt PARIS 2024 nicht über „Vermittler“, die neben ihren anderen Aufgaben überwachen, wie der Prozess der beruflichen Eingliederung während der Ausführung von Aufträgen in der Praxis erfolgt. Obwohl diese nach französischem Recht bei größeren Aufträgen vorgesehen sind, verfügen nicht alle öffentlichen Auftraggeber in Frankreich über die Mittel, Vermittler bereitzustellen.

Ansprechpartner

Yoko Youssouf, Programmmanagerin, Yunus Center, yoko.youssouf@yunussporthub.com

Baptiste Odin, Responsable Développement Ile-de France, Group VitamineT, baptiste.odin@groupevitaminet.com

SEKTOR 2 Bauwesen

11. Verwendung von Gütezeichen Dritter, um die Lieferung von sozial verantwortlich produziertem Naturstein für Bauarbeiten sicherzustellen

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin, Deutschland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Als der Mehringplatz 2018-2019 neu gepflastert wurde, entschied der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg in Berlin, seine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge durch eine Pilotausschreibung für zertifizierte verantwortlich produzierte Natursteine zu stärken. Der Grund hierfür waren die schwerwiegenden Verletzungen der Menschen- und Arbeitnehmerrechte, die in diesem Sektor häufig beobachtet werden, einschließlich der schwerwiegenden Risiken für Gesundheit und Leben der im Bergbau und in der Verarbeitung tätigen Personen, der Praktiken der Kinderarbeit, der Unterbezahlung und des Mangels an Gesundheits- und Sicherheitsmaßnahmen.

Nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz sind die Auftragnehmer verpflichtet, die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards nachzuweisen. Das frühere Vertrauen in Eigenerklärungen bot jedoch keine verlässlichen Belege für die Entscheidungsfindung. Friedrichshain-Kreuzberg entschied, verstärkt Gütezeichen wie [Xertifix](#)¹⁰ oder [Fair Stone](#)¹¹ oder gleichwertige Gütezeichen zu nutzen, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, um die Einhaltung der IAO-Normen und anderer Normen nachzuweisen.

Gegenstand

Umbau des Mehringplatzes

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Bieter mussten in ihrem Angebot angeben, in welchen Ländern/Gebieten die Steine, die sie für die Ausführung dieses Auftrags verwenden werden, abgebaut und hergestellt werden, und eine Erklärung abgeben, in der sie sich verpflichten, Steine zu liefern, die alle in den technischen Spezifikationen genannten Arbeits- und Sozialstandards einhalten. Angebote ohne diese Erklärung werden nicht weiter berücksichtigt.

Die Bieter wurden aufgefordert, bei der Einreichung von Angeboten Bescheinigungen oder gleichwertige Nachweise dafür vorzulegen, dass Steine aus verantwortlichen Bergbau- und Produktionsanlagen stammen würden. Bei Steinen aus Ländern, die in der DAC-Liste der Entwicklungsländer (OECD-Liste aller Länder mit

¹⁰ Xertifix möchte in Ländern wie Indien, China und Vietnam die Kinder- und Sklavenarbeit im Bergbau und bei der Verarbeitung von Natursteinen bekämpfen. Das Gütezeichen garantiert die Einhaltung sozialer Mindeststandards in Bezug auf die Bedingungen und Verfahren in Steinbrüchen und allen Verarbeitungsbetrieben in den Ursprungsländern. Es steht auch eine Xertifix-PLUS-Zertifizierung zur Verfügung, für die zusätzliche Anforderungen gestellt werden. Alle Produktionsstätten, denen das Xertifix-Siegel verliehen wurde, werden mindestens zweimal jährlich kontrolliert.

¹¹ Fair Stone ist ein internationaler Sozialstandard für Natursteinimporte aus Entwicklungs- und Schwellenländern. Er wird für Produkte vergeben, die im Einklang mit den IAO-Kernarbeitsübereinkommen hergestellt wurden und mit der Software Tracing Fair Stone rückverfolgbar sind und Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltmaßnahmen berücksichtigen.

niedrigem und mittlerem Einkommen)¹² aufgeführt sind, kann die Einhaltung der erforderlichen Sozialstandards wahlweise nachgewiesen werden durch:

- Besitz des Zertifikats von Xertifix
- Besitz des Zertifikats von Fair Stone
- Besitz aller anderen Nachweise mit detaillierten produktspezifischen Informationen, die den geforderten Standards entsprechen, vorbehaltlich einer unabhängigen Prüfung

Da die Auftragnehmer darüber hinaus in diesem Sektor in der Regel erst Steine kaufen, nachdem der Auftrag vergeben wurde, kann der endgültige Nachweis der Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards erst bei der Lieferung der Steine erbracht werden.

Der ausgewählte Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Ausführung dieses Auftrags ausschließlich Natursteine zu beziehen, die aus Steinbrüchen und Verarbeitungsverfahren stammen, die nachweislich allen IAO-Kernnormen entsprechen (siehe unten – „Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard“). Darüber hinaus muss sich der Auftragnehmer zu weiteren Verbesserungen hinsichtlich der folgenden zusätzlichen Arbeits- und Sozialstandards verpflichten:

- Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (Schutzkleidung, Minimierung des Kontakts mit Kieselsäure und anderem mineralischen Staub)
- Zahlung gesetzlicher Mindestlöhne entsprechend den Anforderungen im Land der Gewinnung und Verarbeitung

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- IAO-Übereinkommen Nr. 29 und 105 über das Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit
- IAO-Übereinkommen Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes und IAO-Übereinkommen Nr. 98 über das Recht zu Kollektivverhandlungen
- IAO-Übereinkommen Nr. 138 und 182 über das Verbot der Kinderarbeit
- IAO-Übereinkommen Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit und IAO-Übereinkommen Nr. 111 über das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf

Überprüfung

Der Nachweis der Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards ist sowohl bei der Angebotsabgabe als auch bei der Lieferung der Steine in Form einer Bescheinigung einer unabhängigen Zertifizierungsorganisation (oder eines gleichwertigen Nachweises, der die genannten Bedingungen erfüllt) vorzulegen, in der bestätigt wird, dass die Sozialstandards in den Steinbrüchen und bei den Herstellungsverfahren überprüft wurden, von denen die Steine stammen.

Der Auftragnehmer, der die Arbeiten ausführt, muss über vollständige und überprüfbare Unterlagen zur Einsichtnahme verfügen, die dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen vorgelegt werden können. Verstößt der Auftragnehmer gegen vertragliche Verpflichtungen, kann pro Verstoß eine Strafe in Höhe von 1 % des Auftragswerts oder bei mehreren Verstößen von bis zu 5 % des Auftragswerts verhängt werden.

¹² Dieser Ansatz kann nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung gerechtfertigt sein, der verlangt, dass vergleichbare Sachverhalte nicht unterschiedlich und unterschiedliche Sachverhalte nicht gleichbehandelt werden, sofern eine solche Behandlung nicht objektiv gerechtfertigt ist. In diesem Fall gilt die unterschiedliche Behandlung von Industrie- und Entwicklungsländern im Fragebogen aufgrund der unterschiedlichen Risikoprofile bei Verstößen gegen grundlegende Arbeitnehmerrechte als gerechtfertigt.

Verliert der Auftragnehmer aufgrund seines eigenen Fehlverhaltens die Zertifizierung als verantwortlicher Auftragnehmer, so hat der öffentliche Auftraggeber das Recht, den Auftrag zu kündigen, und der Auftragnehmer hat dem öffentlichen Auftraggeber die sich daraus ergebenden Kosten zu zahlen, insbesondere die Kosten für die Wiedereröffnung der Ausschreibung.

Rechtsinstrument

- Artikel 43 (Gütezeichen) der Richtlinie 2014/24/EU
- Das Angebot erfüllt auch die Anforderungen aus § 8 Abs. 1 des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG vom 8. Juli 2010), dass keine Waren Gegenstand der Leistung sind, die unter Missachtung der in den IAO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind¹³ und geht über diese Anforderungen hinaus

Akteure

Öffentlicher Auftraggeber: Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg

Unterstützende Organisation: WEED, eine NRO für nachhaltige Entwicklung

Soziale Auswirkungen

- Durch die Verwendung von unabhängig überprüften Gütezeichen stellt Friedrichshain-Kreuzberg sicher, dass die im Rahmen dieses Auftrags gekauften Steine nur aus sozial verantwortlichen Quellen stammen.
- Durch die Förderung einer unabhängigen Überprüfung im Bergbau und in der Steinverarbeitung trägt das Bezirksamt dazu bei, die Transparenz in einem Sektor zu erhöhen, in dem häufig gegen Sozial- und Arbeitnehmerrechte verstoßen wird, und Standards zu fördern, die über die Kernübereinkommen der IAO hinausgehen.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Mit dieser Ausschreibung sollen die aus früheren Aufträgen gewonnenen Lehren umgesetzt werden, die gezeigt haben, dass Eigenerklärungen allein nicht genügend Informationen liefern, um zuverlässige Entscheidungen zu ermöglichen und sicherzustellen, dass die Ziele der sozialen Verantwortung verwirklicht werden.
- Die Verwendung von Gütezeichen, die von unabhängigen Prüfern überwacht werden, ist eine Strategie, die für eine Reihe von Sektoren mit einer ähnlichen Lieferkette relevant ist, z. B. Dienstleistungs- oder Bauaufträge, bei denen Auftragnehmer erst nach der Auftragsvergabe Material erwerben.
- Das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg forderte auch mehr als die Kernanforderungen der IAO. Im Bezirksamt ist man überzeugt davon, dass es für den Kauf wirklich sozial verantwortlicher Produkte notwendig ist, in Bezug auf die Bezahlung sowie die Sicherheit und den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz über diese Anforderungen hinauszugehen.

Ansprechpartnerin

Helena Jansen, Koordinatorin für Bezirkliche Entwicklungspolitik, Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin, Helena.Jansen@ba-fk.berlin.de

¹³<http://gesetze.berlin.de/jportal/?quelle=jlink&query=VergabeG+BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true>

12. Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten durch Klauseln für die berufliche Eingliederung

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Département d'Ille-et-Vilaine, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2018 veröffentlichte das Département Ille-et-Vilaine Ausschreibungen für drei neue Schulen in den Gemeinden Guipry-Messac, Laillé und Bréal-Sous-Montfort. Gemäß Artikel 30 der französischen Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge 2015-899 (später ersetzt durch die [Verordnung 2018-1074](#), die in das Gesetz über das öffentliche Auftragswesen integriert wurde) wurden in die Ausschreibungen jeweils verpflichtende Klauseln zur Auftragsausführung in Bezug auf die soziale und berufliche Integration aufgenommen.

Gegenstand

Bau von drei neuen Schulen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die drei Aufträge wurden in 52 Lose unterteilt, von denen 28 obligatorische Auftragsklauseln nach Artikel 38-1 der Verordnung (2015-899) enthielten (in dem es heißt, dass soziale Aspekte zulässig sind, sofern sie mit dem Auftragsgegenstand in Zusammenhang stehen), die die Einstellung von Personen mit besonderen Integrationsschwierigkeiten vorsahen.

Die Entscheidung darüber, in welche Lose Beschäftigungsklauseln aufgenommen werden sollten, wurde von den Fachabteilungen und der Plattform „Sozialklauseln“ geleitet, einem speziellen Team, das bei der Einbeziehung von Arbeitsklauseln behilflich ist. Erstens müssen Lose einen hohen Arbeitskräftebedarf aufweisen (einige Lose beziehen sich auf hochtechnische Tätigkeiten und erfordern nur wenige hochqualifizierte Arbeitskräfte). Zweitens muss der öffentliche Auftraggeber sicher sein, dass in der Zielgruppe unqualifizierte oder qualifizierte Arbeitskräfte gefunden werden können, um sicherzustellen, dass der Auftrag erfüllt werden kann und dass die Auftragsausführungsklauseln erreichbar sind.

Um die Bieter hierbei zu unterstützen, legte das Département Ille-et-Vilaine für Unternehmen seinen Leitfaden „Aktivierung von Sozialklauseln zur Integration“ als Anhang zu der Ausschreibung bei. In diesem wird erklärt, wie der Begriff „Personen mit besonderen Integrationsschwierigkeiten“ definiert wird, und er enthält die Kontaktdaten von Organisationen, die bei der Einstellung von Arbeitskräften aus jeder dieser Gruppen helfen können.

Personen, die Schwierigkeiten bei der Integration haben, werden wie folgt definiert:

- Empfänger von „aktivem Solidaritätseinkommen“ („RSA“) (d. h. Arbeitsuchende) und ihre Unterhaltsberechtigten
- Langzeitarbeitslose (Personen, die seit mehr als 12 Monaten arbeitslos gemeldet sind)
- Arbeitnehmer, die als Menschen mit Behinderungen anerkannt sind (gemäß Artikel L 5212-13 des Arbeitsgesetzbuchs)
- Empfänger der besonderen Solidaritätsbeihilfe (SSA), der Beihilfe für Erwachsene mit Behinderungen (AAH) und der Behindertenbeihilfe

- Junge Menschen unterhalb des französischen Bildungsniveaus „Niveau 5“ (d. h. ohne Weiterbildung oder Bildungsabschluss über den schulischen Bildungsstand hinaus)
- Personen, die einen Kurs bei den SIAE (Structures d'insertion par l'Activité Economique – eine Gruppe von Vereinigungen, Werkstätten und Integrationsstätten oder Unternehmen der vorübergehenden Integration, die mit dem Staat Vereinbarungen zur Unterstützung von Arbeitnehmern mit sozialen und beruflichen Schwierigkeiten geschlossen haben) absolvieren
- Beschäftigte in der GEIQ (Groupement d'Employeurs pour l'Insertion et la Qualification – eine Gruppe von Unternehmen, die sich verpflichtet haben, Arbeitnehmern Schulungen und Berufserfahrung zu bieten)
- Begünstigte von Weiterbildungs- oder Ausbildungsverträgen

Für jeden Auftrag zum Schulbau wurde je Los die Anzahl der Stunden für die berufliche Eingliederung festgelegt. Diese lagen bei Losen wie Tischlerarbeiten, Malerarbeiten, Elektroarbeiten und Landschaftsgestaltung zwischen 105 und 860 Stunden. Angebote, die sich nicht zur Einhaltung dieser Klauseln verpflichteten, wurden als vorschriftswidrig angesehen und vom Wettbewerb ausgeschlossen. Nach der Zuschlagserteilung musste der Wirtschaftsteilnehmer dem öffentlichen Auftraggeber innerhalb von sieben Tagen Vorschläge dazu unterbreiten, wie er die Beschäftigungsklauseln zu erfüllen gedenkt, indem er den Anhang „Abschnitt Integration“ der Auftragsunterlagen ausfüllte.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Seit 2005 ist das Département Ille-et-Vilaine verpflichtet, Sozialklauseln in seine öffentliche Auftragsvergabe aufzunehmen und eine ethische, gerechte und umweltverträgliche Auftragsvergabe zu fördern. Seine nachhaltige Einkaufspolitik wurde im Juni 2018 angenommen, und bis 2021 möchte das Département Ille-et-Vilaine im Rahmen öffentlicher Aufträge 70 000 Arbeitsstunden pro Jahr ermöglichen, indem Sozialklauseln in die Verträge aufgenommen und vorbehaltene Aufträge genutzt werden. Im Jahr 2018 übertraf das Département dieses Jahresziel und erreichte im Rahmen von Beschäftigungsklauseln 80 556 Stunden für 355 Personen.

Überprüfung

Das Département Ille-et-Vilaine hat ein System zur Überwachung der Umsetzung der Sozialklauseln in allen seinen Aufträgen eingerichtet. Es wurde ein Überwachungsausschuss eingesetzt (darunter Vertreter, die in den Bereichen Beschaffung, Integration, lokale soziale Entwicklung, Bildung und Ausbildung sowie Umwelt tätig sind), der für die Überwachung des Fortschritts und die Planung der Einbeziehung von Sozialklauseln in künftige Vergabeverfahren zuständig ist.

Auftragswert

Die 28 Aufträge für den Bau von drei Schulen, die aus Losen mit Sozialklauseln hervorgegangen sind, belaufen sich auf insgesamt 22 374 885 EUR ohne MwSt. Sie werden wie folgt aufgeteilt:

- Weiterführende Schule Guipry-Messac: 7 591 457 EUR ohne MwSt.
- Weiterführende Schule Laillé: 8 008 063 EUR ohne MwSt.
- Weiterführende Schule Bréal sous Montfort: 6 775 365 EUR ohne MwSt.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Département d'Ille-et-Vilaine

- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: eine spezielle Plattform für Sozialklauseln, die Auftraggebern bei der Verwendung von Klauseln hilft und Unternehmen mit einem Werkzeugkasten unterstützt, der ihnen bei der Umsetzung der Klauseln (einschließlich Definitionen und Kontaktangaben für unterstützende Organisationen) behilflich ist, und sogar einige Unternehmen bei der Suche nach Bewerbern unterstützen kann. In der weiterführenden Schule Guipry beispielsweise unterstützte die Plattform aktiv Integrations- und Beschäftigungsorganisationen, um für ihre Kunden auf der Baustelle Beschäftigungsmöglichkeiten zu sichern
- Auftragnehmer: 22 Unternehmen (darunter drei Unternehmen, die zwei Lose gewonnen haben, und ein Unternehmen, das vier Lose gewonnen hat)

Soziale Auswirkungen

- Der Auftrag wurde im März 2019 vergeben. Von diesen drei Bauvorhaben wird eine Mindestbeschäftigungszeit von 7230 Stunden zugunsten der Zielgruppen erwartet. Bei Abschluss des Projekts wird eine Bewertung durchgeführt, um dies zu überprüfen.
- Von den erfolgreichen Bietern sind 16 in dem Département ansässig und die übrigen in anderen Orten in Frankreich.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Bei der Umsetzung von Sozialklauseln können mehrere Schwierigkeiten auftreten, darunter die Abstimmung des prognostizierten Beschäftigungsbedarfs mit den flexiblen Anforderungen an der Baustelle und das Regeln der Erwartungen der Unternehmen an die Zielgruppe der Arbeitnehmer.
- Die fehlende Mobilität der Zielgruppe (d. h. kein verfügbares Auto oder kein Geld für Benzin) kann sich negativ auf die Erreichbarkeit bestimmter Baustellen für die Betroffenen auswirken. Dies gilt insbesondere für diejenigen, die außerhalb der Stadt und des Ballungszentrums weit von den öffentlichen Verkehrsnetzen entfernt leben.
- Ein spezielles Team für Sozialklauseln spielte eine Schlüsselrolle bei der erfolgreichen Umsetzung der Sozialklauseln. Das war der Schlüssel zum Erfolg.
- Viele Behörden in Frankreich wenden inzwischen Klauseln zur beruflichen Eingliederung an, wodurch die Rolle des öffentlichen Auftragswesens als Hebel zur Förderung von Beschäftigung und Integration gestärkt wird. Darüber hinaus können diese Klauseln nicht nur im Baugewerbe, sondern bei allen Arten von Aufträgen angewendet werden, einschließlich bei Ausschreibungen für Dienstleistungen und Projektmanagement.

Ansprechpartnerin

Marie-Eve Depasse, Referentin, Département d' Ille-et-Vilaine, clausessociales@ille-et-vilaine.fr

13. *Bau einer Brücke mit Nutzen für die Gemeinschaft*

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Behörde Windsor-Detroit Bridge Authority (WDBA), Kanada

Produkt oder Dienstleistungssektor: Hoch- und Tiefbau

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Brücke „Gordie Howe International Bridge“ wird ein neuer Grenzübergang zwischen den Städten Windsor in Ontario, Kanada, und Detroit in Michigan, USA, sein. Die bestehende Mautbrücke, auf die fast 30 % des gesamten Warenhandels zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten entfallen, befindet sich in Privatbesitz und wurde 1929 eröffnet. Nach dem Bau wird die neue Brücke die größte Spannweite aller Schrägseilbrücken in Nordamerika haben. Neben sechs Fahrbahnen für den Kraftfahrzeugverkehr verfügt die Brücke über eine gemeinsame Spur für Radfahrer und Fußgänger und hat an jedem Ende Grenzkontrolleinrichtungen. Der Bau begann 2018, und die Brücke soll 2024 eröffnet werden.

Von Beginn des Projekts an wurde es als Chance angesehen, Nutzen für die Gemeinschaft zu erzielen. Darunter versteht man Vorteile, die die wirtschaftlichen, sozialen oder ökologischen Bedingungen für die lokalen Interessengruppen verbessern können. Es wurden zwei Gebiete auf jeder Seite der Grenze (Sandwich in Windsor und Delray in Detroit) als besondere Ziele für diese Vorteile ermittelt. So wird das Projekt beispielsweise auch dazu beitragen, den Verkehr von den Straßen der Innenstadt von Windsor umzuleiten und die Verkehrsüberlastung zu verringern. Es ist ein zunehmender Trend in Kanada, dass Infrastrukturprojekte nutzbringend für die Gemeinschaft sein sollen, und die „Gordie Howe International Bridge“ verdeutlicht die entscheidende Rolle der Konsultation der Anwohner, um diese Vorteile zu definieren und zu erbringen.

Gegenstand

Entwurf, Bau, Finanzierung, Betrieb und Instandhaltung der Brücke „Gordie Howe International Bridge“

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Projekt wird im Rahmen einer [öffentlich-privaten Partnerschaft](#) (ÖPP) durchgeführt. Vor der Auftragsvergabe legte eine internationale Grenzübergangsvereinbarung zwischen der Regierung Kanadas und dem Staat Michigan Leitlinien für das Projekt fest, einschließlich des Nutzens für die Gemeinschaft, der zu gleichen Teilen zwischen den beiden Ländern aufzuteilen ist. Das Vergabeverfahren begann 2015 und umfasste mehrere Phasen zur Entwicklung und Weiterentwicklung des für die Gemeinschaft nutzbringenden Ansatzes.

- Vor der Auftragsvergabe recherchierte die WDBA internationale bewährte Verfahren, mit denen bei ähnlichen Projekten Nutzen für die Gemeinschaft erzielt wurde.
- Von 2015 bis 2017 führte die WDBA eine breit angelegte Konsultation unter Einbeziehung von Anwohnern, Unternehmen, Schulen, indigenen Gruppen, öffentlichen Einrichtungen, gemeinnützigen Gruppen, Umwelt- und Sozialaktivisten und anderen Interessenträgern durch.
- In der Qualifizierungsphase wurden potenzielle Bieter auf der Grundlage ihrer bisherigen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Entwicklung und Durchführung von gemeinschaftlichen Konsultationsprozessen und Plänen zum Nutzen der Gemeinschaft bewertet.
- Die WDBA hat eine Datenbank entwickelt, in der über 230 einzigartige Ideen für Vorteile für die Gemeinschaft gesammelt werden. Diese Ideen sollen in das Projekt aufgenommen werden und wurden den Bieterkonsortien zur Verfügung gestellt.
- Die Bieterkonsortien wurden aufgefordert, Kontakt mit den Anwohnern aufzunehmen, und es fand eine Reihe von Veranstaltungen zum „Treffen mit den Bietern“ statt, an denen 125 verschiedene Gruppen teilnahmen, die lokale Interessengruppen vertreten.

- In der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wurden ein Rahmen und Prioritäten festgelegt, um die Entwicklung der Pläne der Bieter zum Nutzen der Gemeinschaft zu unterstützen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Ziel des Projekts „Gordie Howe International Bridge“ ist es, auf der Grundlage öffentlichen Inputs eine Reihe von Initiativen zu ergreifen, die einen messbaren Nutzen für die vom Brückenbau betroffenen Stadtviertel bringen. Der Plan sieht Folgendes vor:

- Schaffung wirtschaftlicher Möglichkeiten für die vom Brückenbau betroffenen Stadtviertel
- Leisten eines positiven Beitrags zu den Programmen zur Arbeitskräfteentwicklung
- Verbesserung der Nachbarschaft¹⁴
- Gewährleistung klarer Verpflichtungen und der Rechenschaftspflicht aller Parteien für die Umsetzung

Um diese Ziele zu erreichen, werden die Grundsätze des Rahmens „I-CARE“ angewandt:

Integriert (*integrated*) – der Nutzen für die Gemeinschaft ist integraler Bestandteil des Projekts, das während der Bau- und Betriebsphase durchgeführt wird.

Gemeinschaftlich (*collaborative*) – der Nutzen für die Gemeinschaft spiegelt den Input der vom Brückenbau betroffenen Stadtviertel wider und wird im Rahmen von Partnerschaften erbracht, die sicherstellen, dass die Interessen der jeweiligen Stadtviertel berücksichtigt werden.

Zugänglich (*accessible*) – der Nutzen für die Gemeinschaft ist leicht verständlich, leicht zugänglich, wird regelmäßig gemessen und veröffentlicht.

Regional (*regional*) – der Nutzen für die Gemeinschaft spiegelt den Charakter der Region wider, ist auf die Region zugeschnitten und erbringt einen Mehrwert für die Region.

Unternehmerisch (*enterprising*) – der Nutzen für die Gemeinschaft besteht aus neuen Methoden, Ideen und innovativen Konzepten, um die angrenzenden Stadtviertel einzubeziehen und ihnen Nutzen zu bringen.

Überprüfung

Der Plan zum Nutzen der Gemeinschaft ist Teil der endgültigen [Projektvereinbarung](#), die von der WDBA und dem erfolgreichen Konsortium „Bridging North America“ (BNA) unterzeichnet wurde. Nach der Auftragsvergabe legte das BNA bei der Nominierung den Gemeinschaftsgruppen und anderen Interessengruppen seinen Plan vor und führte eine weitere sechsmonatige Konsultation durch, um die im Plan vorgeschlagenen Maßnahmen zu bestätigen und Partnerschaften für die Durchführung einzugehen. In dieser Phase fanden auf beiden Seiten der Grenze mehr als 70 Sitzungen mit insgesamt mehr als 1000 Teilnehmern statt. 400 Umfragen wurden durchgeführt und ausgewertet.

Während der Durchführungsphase des Projekts berichtet das BNA dem WDBA monatlich über den Nutzen für die Gemeinschaft. Darüber hinaus wird viermal jährlich öffentlich über den Nutzen für die Gemeinschaft berichtet. Die Projektvereinbarung enthält eine Reihe spezifischer Parameter, z. B. das Benchmarking der an die Arbeitnehmer gezahlten Löhne, die Einstellung von Angehörigen indigener Völker und die Auftragsvergabe an Unternehmen, die sich im Eigentum von Angehörigen indigener Völker befinden, sowie die Bereitstellung von Schulungs-, Praktikums- und Ausbildungsplätzen.

Auftragswert

¹⁴ Die durch das Projekt erzielten Verbesserungen in der Nachbarschaft hängen mit seinen Auswirkungen auf die betroffenen Gemeinden zusammen und sind Teil des Projekts, wie es den Auftragsunterlagen festgelegt wird.

5,7 Mrd. CAD (3,8 Mrd. EUR)

Rechtsinstrument

Community Benefit Agreements (CBAs) sind rechtliche Vereinbarungen zwischen Regierung, Entwicklern/Eigentümern und Interessengruppen der Gemeinschaft, mit denen festgelegte soziale Ergebnisse aus großen Bau- und Infrastrukturprojekten erzielt werden sollen. In Kanada sind diese Vereinbarungen Teil der meisten Projekte, die im Rahmen des Infrastrukturprogramms [Investing in Canada Infrastructure Programme](#) finanziert werden. Mit dieser Initiative in Höhe von 180 Mrd. CAD (120 Mrd. EUR) werden Mittel für fünf vorrangige Infrastrukturströme bereitgestellt: öffentlicher Personennahverkehr, grüne Infrastruktur, soziale Infrastruktur (z. B. erschwinglicher Wohnraum, Kinderbetreuung), Handel und Verkehr sowie ländliche und nördliche Gemeinden.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: WDBA (öffentlicher Auftraggeber)
- Strategische Partner (im Rahmen einer Grenzübergangsvereinbarung): Kanadische Regierung, Bundesstaat Michigan
- Gemeinschaftsgruppen: Interessenträger der Stadt Detroit, Interessenträger der Stadt Windsor
- Auftragnehmer: Bridging North America (BNA) (Konsortium aus kanadischen, amerikanischen und internationalen Unternehmen)
- Unterauftragnehmer

Soziale Auswirkungen

Der Plan zum Nutzen der Gemeinschaft umfasst zwei Komponenten:

1. *Strategie für die Entwicklung und Beteiligung der Arbeitskräfte*

Diese Strategie umfasst mehr als 80 Einzelinitiativen. Folgendes sind Beispiele für die zu erzielenden Vorteile:

- Zusammenarbeit mit lokalen Gewerkschaften und Organisationen für die Entwicklung der Arbeitskräfte bei der Bereitstellung von Praktikums- und Ausbildungsprogrammen und bei der Koordinierung von Schulungen
- Organisation und Ausrichtung einer jährlichen Sitzung, um Gewerkschaften, lokale Auftragnehmer, postsekundäre Bildungseinrichtungen, Unternehmer und Verbände darüber zu informieren, wie sie die Durchführung des Projekts unterstützen und sich für künftige Geschäftsmöglichkeiten qualifizieren können
- Eine Vortragsreihe, um die Schüler der Primar- und Sekundarschule für das Projekt und Handwerksberufe zu sensibilisieren und Möglichkeiten für die Mentorbeziehungen zwischen Schülern und Projektmitarbeitern zu erleichtern
- Ermittlung und Umsetzung von Möglichkeiten für die Vermittlung von Forschungs- und Lernangeboten für postsekundäre Einrichtungen
- Anwendung fairer Verfahren und Bestimmungen für die Einstellung von Arbeitskräften, einschließlich einer zeitnahen Lösung von Beschäftigungsproblemen und Verpflichtung zur unverzüglichen Bezahlung
- Angebot von Möglichkeiten für kanadische indigene Frauen und andere Frauen in den vom Brückenbau betroffenen Stadtvierteln, einen Mentor zu erhalten
- Übernahme eines Teils der Kinderbetreuungskosten, um Arbeitslosen oder unterbeschäftigten Personen die Teilnahme an Projektworkshops und Schulungsmöglichkeiten zu ermöglichen (im Rahmen festgelegter Kriterien)

- Befähigung von Menschen mit Englisch als Zweitsprache zur Teilnahme an Schulungen für Vorstellungsgespräche, zur Nutzung von Online-Suchwerkzeugen, für die Erstellung von Lebensläufen und für Einstellungsverfahren

2. Strategie für die Infrastruktur in der Umgebung

Diese Strategie umfasst die folgenden Vorteile:

- Radweginfrastruktur, einschließlich des Ausbaus von Verbindungswegen und eines lokalen Wettbewerbs für Fahrradständer
- Eine Beobachtungsplattform, die es Schülern, Einwohnern und Touristen ermöglicht, den Bau der Brücke zu beobachten
- Verbesserte Gestaltung von Straßen und Parks der Umgebung, einschließlich der Anpflanzung von Bäumen und dem Ankauf von Saatgut für eine Wildbrücke, die es Wildtieren einschließlich gefährdeter Arten ermöglicht, die Straße sicher zu überqueren
- Jährliche Investitionszulage für lokale Gruppen zur Unterstützung ihrer Veranstaltungen, zur Programmplanung und Verbesserung der Infrastruktur
- Eine Reihe von Workshops zur Unternehmensentwicklung, die sich an lokale Unternehmen richten
- Ein Hausreparaturprogramm zur Unterstützung der Anwohner bei der Sanierung der Dächer, Öfen, Fenster und bei Dämmungsarbeiten bis zu einem bestimmten Betrag je Haushalt

Der erste öffentliche Bericht über den Nutzen der Gordie-Howe-Bridge für die Gemeinschaft wird 2020 veröffentlicht. Mit der ersten Freigabe von Mitteln für lokale Initiativen wurde in Windsor ein Kunstprojekt der Stadt unterstützt, das auf die Einbeziehung junger Menschen ausgerichtet ist und die Geschichte und Kultur der Stadt widerspiegelt. In Southwest Detroit wurden ein Programm zur Unternehmensentwicklung zur Unterstützung von kleinen Unternehmen und Start-up-Unternehmen und mehrere andere Initiativen unterstützt. Die im März 2020 freigegebenen Mittel beliefen sich auf über 475 000 CAD.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Zwar fanden vor und während des Vergabeverfahrens umfangreiche Konsultationen statt, es stellte jedoch eine Herausforderung dar, die Anforderungen der Aufforderung zur Angebotsabgabe oder die eingereichten Pläne zum Nutzen der Gemeinschaft bis zum Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen des Projekts nicht freizugeben. Nach dem Abschluss der Finanzierungsvereinbarungen musste das erfolgreiche Konsortium seine Tätigkeiten aufnehmen, Mitarbeiter einstellen, Büros finden und den Übergang von der Angebotsabgabe zur Auftragsdurchführung vollziehen.
- Stephanie Campeau, Director of Stakeholder Relations der WDBA, ist der Ansicht, dass sich die Arbeit, die in den frühen Planungsphasen geleistet wurde, um Kontakte zu den lokalen Gruppen herzustellen und ihr Vertrauen zu gewinnen, bei der allmählichen Entwicklung des Projektprofils als wertvoll erwiesen hat. „Man muss früh anfangen, wenn man einen wirklichen Nutzen für die Gemeinschaft erbringen möchte, der von den Menschen vor Ort akzeptiert wird“, sagt sie. „Das Beste, was mir gesagt wurde, war ‚Sie haben zugehört‘.“

Ansprechpartnerin

Stephanie Campeau, Director of Stakeholder Relations der WDBA, info@wdbridge.com, 1-519-946-3038

Website des Projekts: <http://gordiehoweinternationalbridge.com>, Twitter: @GordieHoweBrg Facebook: @GordieHoweBridge

14. Berufliche Eingliederung durch Bedingungen für die Auftragsausführung in Castilla y León (Spanien)

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Regierung von Castilla y León (Regionales Gesundheitsministerium), Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Mit ihrer [Vereinbarung 44/2016 vom 21. Juli](#) legte die Regionalregierung von Castilla y León Bestimmungen für die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen der von regionalen Behörden durchgeführten Vergabeverfahren fest. Diese Vereinbarung sieht in öffentlichen Vergabeverfahren die Anwendung von Sozialklauseln durch soziale Kriterien, vorbehaltene Aufträge und Maßnahmen zur Erleichterung der Beschäftigung von Personen vor, die aus den Arbeitsmärkten ausgegrenzt sind.

Dieses spezifische Verfahren zielte darauf ab, Menschen, die benachteiligten Gruppen angehören oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind und folglich geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, Beschäftigungsmöglichkeiten zu bieten. Der Auftrag sah die Beschäftigung von Personen dieser Gruppen als Voraussetzung für die Ausführung der Arbeiten vor. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens waren die meisten der in der Vereinbarung von 2016 [Anhang I Abschnitt II.1 Buchstaben a bis f] aufgeführten Personengruppen.

Gegenstand

Erweiterung und Umbau eines Krankenhauses in der Stadt Soria (Castilla y León, Spanien)

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Verfahren enthielt eine Bedingung für die Ausführung des Auftrags in Bezug auf die Beschäftigung von Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Diese umfasste insgesamt 14 600 Stunden (70 Stunden pro Woche x 4,34523 Wochen/Monat x 48 Monate). Die Einbeziehung benachteiligter Personen sollte durch Arbeitsverträge mit einer Mindestdauer von drei Monaten (einer kürzeren Dauer konnte vom öffentlichen Auftraggeber für bestimmte Teile der Arbeiten mit einer Dauer von weniger als drei Monaten zugestimmt werden) und mindestens 20 Stunden pro Woche erfolgen.

Personen, die im Rahmen dieser Maßnahmen zur Ausführung der Arbeiten berechtigt sind, können einer der folgenden Gruppen angehören:

- Bezieher von Mindesteinkommen oder Mitglieder eines Haushalts, in dem Empfänger des Mindesteinkommens leben
- Personen, die keinen Anspruch auf ein Mindesteinkommen haben, weil sie aufgrund einer zu kurzen Aufenthaltsdauer nicht anspruchsberechtigt sind oder weil sie bereits den Höchstzeitraum für den Bezug des Mindesteinkommens überschritten haben
- junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, die unter Jugendschutz standen; junge Straftäter, die älter als 16 Jahre sind, und ehemalige Straftäter, die jünger als 30 Jahre sind
- Menschen mit Problemen wegen Medikamentenmissbrauchs oder anderer Formen der Abhängigkeit, die derzeit behandelt werden
- Straftäter und ehemalige Straftäter mit einem Rechtsanspruch auf Arbeit

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen, die keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Überprüfung

Vor Beginn der Arbeiten musste der erfolgreiche Bieter einen Plan vorlegen, aus dem hervorging, wie die berufliche Eingliederung umgesetzt werden soll. Dazu zählte die Art der von den Beschäftigten auszuführenden Arbeiten und Aufgaben.

Zum Nachweis der Einhaltung der oben genannten Leistungsbedingung musste der erfolgreiche Bieter für jeden neuen Mitarbeiter, der von der beruflichen Eingliederung profitiert, innerhalb eines Monats nach seiner Einstellung folgende Unterlagen vorlegen:

- Arbeitsvertrag, in dem die Art des Arbeitsvertrags, seine Dauer und die Arbeitszeit angegeben sind
- Nachweis der Anmeldung bei der Sozialversicherung
- Identitätsnachweis des Arbeitnehmers mit Bescheinigung der sozialen Ausgrenzung, ausgestellt von einem öffentlichen Sozialdienst

Der Bieter musste jedem Bericht über die durchgeführten Arbeiten eine Erklärung beifügen, dass keine Änderungen am vereinbarten Plan zur beruflichen Eingliederung vorgenommen wurden.

Auftragswert

32,1 Mio. EUR über 48 Monate

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- [Vereinbarung 44/2016 vom 21. Juli](#) der Regionalregierung von Castilla y León über verbindliche Leitlinien für öffentliche Auftraggeber, die regionalen Regierungsstellen angehören, über eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Castilla y León
- Auftragnehmer
- Arbeitnehmer
- Öffentliche Sozialleistungen: Dem erfolgreichen Bieter steht es frei, die Mitarbeiter auszuwählen, die die Arbeiten im Rahmen des Programms zur beruflichen Eingliederung ausführen werden, sofern sie einer der förderfähigen Gruppen angehören. Auf Antrag des Bieters können Behörden geeignete Bewerber über Sozialdienste an ihn verweisen, die dem Ministerium für Familie und Chancengleichheit der Regionalregierung unterstehen und die die infrage kommenden, von Ausgrenzung bedrohten Personengruppen betreuen

Soziale Auswirkungen

- Hauptziel der Maßnahme ist es, die Chancen der Personen, die Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung wahrnehmen, auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen.
- Der Auftragnehmer muss innerhalb des Teams eine Person benennen, die die Mitarbeiter am Arbeitsplatz beaufsichtigt und begleitet, um den Erfolg der Vermittlungen zu gewährleisten. Diese

Person ist während der gesamten Überwachung dieser Leistungsbedingung der Ansprechpartner für den öffentlichen Auftraggeber.

- Bei Abschluss des Auftrags treffen der Auftragnehmer und der öffentliche Auftraggeber zusammen, um das Programm zur beruflichen Eingliederung, die Fortschritte bei der Beschäftigungsfähigkeit der Begünstigten, die erworbenen Fertigkeiten und die Herausforderungen zu bewerten. Die Integration der Begünstigten als fest angestellte Mitarbeiter sowie die Fortsetzung solcher Programme zur beruflichen Eingliederung im Rahmen der Beschäftigungspraktiken des Auftragnehmers werden ebenfalls untersucht. An solchen Bewertungen können auch Vertreter des regionalen Ministeriums für Familie und Chancengleichheit teilnehmen.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

Öffentliche Auftraggeber haben wegen der Gefahr von Anfechtungsklagen häufig Vorbehalte gegen die Anwendung solcher Verfahren. Deshalb können wegweisende Erfahrungen entscheidende Initiativen auslösen. Dieser Auftrag ist der erste seiner Art und wurde in andere Vergabeverfahren der Regionalregierung von Castilla y León übernommen. Zu diesen zählen:

- Bau eines Seniorenpflegeheims und eines Tagesbetreuungsentrums in Salamanca
- (A2019/001392, Link zu dem Verfahren: [hier](#)). Dieser Auftrag sieht 8680 Arbeitsstunden für Personen vor, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, und schließt von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Frauen als Zielgruppe ein
- Bau eines Zentrums für die medizinische Grundversorgung in Calzada de Vanduciel (Salamanca) (2020008538, Link zu dem Verfahren: [hier](#)), einschließlich 1140 Arbeitsstunden
- Bau eines Zentrums für die medizinische Grundversorgung (Parada del Molino) in Zamora (2020008470, Link zu dem Verfahren: [hier](#)), einschließlich 1520 Arbeitsstunden
- Bau eines Zentrums für die medizinische Grundversorgung in Bemibre (León) (2020008470, Link zu dem Verfahren: [hier](#)), einschließlich 1370 Arbeitsstunden

Die wichtigste zukünftige Herausforderung wird darin bestehen, die Durchsetzung von Klauseln zur beruflichen Eingliederung als Bedingungen für die Ausführung von Bauaufträgen zu fördern, die von öffentlichen Auftraggebern unter Aufsicht der Regionalregierung von Castilla y León vergeben werden, wann immer dies aufgrund der Dauer und des Budgets dieser Arbeiten möglich ist. Das angestrebte Ziel besteht darin, dass mindestens 3 % der insgesamt im Rahmen der Auftragsausführung geleisteten Arbeitsstunden von Arbeitnehmern geleistet werden, die Begünstigte eines Programms zur beruflichen Eingliederung sind.

Ansprechpartnerin

María del Rocío Andrés, Rechtsberaterin bei der Dienstleistungskoordination, Ministerium für Familie und Chancengleichheit, Junta de Castilla y León, mrocio.andres@jcyl.es, +34 983 410 942

15. Straßenbauarbeiten für die Eingliederung in den Arbeitsmarkt

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Eurometropole Straßburg (Kommunalbehörde), Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen, Straßenbauarbeiten

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Seit mehr als zwei Jahrzehnten setzt die Stadt und Eurometropole Straßburg Sozialklauseln in ihren öffentlichen Aufträgen ein, die unter Berücksichtigung des Zwecks jedes Auftrags, der benötigten Arbeitskräfte und der technischen Leistungsfähigkeit systematisch analysiert werden. Dieses System, das von jeder Kommunalbehörde kopiert werden kann, wurde durch die Anwendung der Straßburger Strategie zur Förderung der sozial und ökologisch verantwortlichen Beschaffung (SPASER)¹⁵ gestärkt.

Am 7. April 2019 veröffentlichte die Eurometropole Straßburg [eine Ausschreibung](#), um Auftragnehmer für Reparaturarbeiten an der Straße Rue Coulaux im Stadtviertel Port du Rhin auszuwählen. Damit sollten Menschen, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind, benachteiligten Gruppen angehören oder von sozialer Ausgrenzung bedroht sind und folglich geringe Chancen auf einen Arbeitsplatz haben, Beschäftigungsmöglichkeiten geboten werden.

Gegenstand

Sanierung einer Straße im Stadtteil Port du Rhin in Straßburg, Frankreich

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der öffentliche Auftraggeber leitete ein offenes Verfahren unterhalb des Schwellenwerts ein (Artikel 27 der Verordnung 2016-360 vom 25. März 2016) und teilte den Auftrag in zwei Lose auf.

Los 1 betraf die Sanierung der Straße, was die Auftragsnehmer gemäß Artikel 38 und 52 der Verordnung 2015-899 vom 23. Juli 2015 (französisches Recht) verpflichtete, sich zur Beschäftigung von Personen zu verpflichten, die „schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln“ sind (Personen, die sich in der beruflichen Eingliederung befinden, oder vorrangige Gruppen, die beim Zugang zur Beschäftigung besondere Schwierigkeiten haben)¹⁶, um eine Integration in den Arbeitsmarkt zu erreichen.

Als Bedingung für die Auftragsausführung (ausschließlich für Los 1) musste sich der Auftragnehmer verpflichten, während der gesamten Auftragslaufzeit 245 Stunden lang Menschen zu beschäftigen, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Aufgrund der Beschäftigungsmöglichkeiten während der

¹⁵ SPASER ist ein nationales Instrument, das durch das nationale Gesetz über das öffentliche Auftragswesen und das Gesetz über die Sozialwirtschaft eingeführt wurde. Nach diesem Instrument müssen Kommunalbehörden, die mehr als 100 000 EUR pro Jahr ausgeben, eine Strategie für eine sozial und ökologisch verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge annehmen.

¹⁶ Im Einzelnen: junge Menschen mit niedrigem Ausbildungsniveau; junge Menschen, die noch nie gearbeitet haben; Arbeitsuchende, die seit mehr als einem Jahr ununterbrochen beim Jobcenter gemeldet sind oder seit mehr als zwei Jahren immer wieder arbeitslos oder älter als 50 Jahre sind; Sozialhilfeempfänger, insbesondere Begünstigte der Programme RSA und A.S.S.; Einzelpersonen, die durch sozialwirtschaftliche Unternehmen für die Integration in den Arbeitsmarkt (SIAE) eingegliedert wurden; Arbeitnehmer mit Behinderungen, die von der Kommission für die Rechte und die Autonomie für Menschen mit Behinderungen (CDAPH) anerkannt wurden usw.).

Auftragsausführung können die Beschäftigten im Hinblick auf eine gesteigerte Beschäftigungsfähigkeit und nachhaltige Integration Qualifikationen und Erfahrungen erwerben oder verbessern.

Die Angebote wurden wie folgt bewertet:

- Preis für die Dienstleistungen: 80 %
- Technische Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers: 10 %
- Umweltschutzleistung: 10 %

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Die Personengruppen, auf die dieses Vergabeverfahren abzielt, sind in den Besonderen Vertragsbedingungen (BVB) aufgeführt.¹⁷

Überprüfung

Nur für Los 1:

Während der Ausführung des Auftrags prüft Relais Chantiers¹⁸ auf Antrag des Vertreters der Eurometropole Straßburg die Unterlagen, um festzustellen, ob die Beschäftigung bei den maßgeblichen Personengruppen tatsächlich gefördert wird. Zu diesem Zweck übermittelt der Auftragnehmer am Ende jedes Quartals die Informationen über die Dienstleistung „Arbeitsplatzförderung“ an Relais Chantiers, z. B.:

- Informationen über direkt oder indirekt vorgenommene Einstellungen, einschließlich aller Gehaltsabrechnungen, Bescheinigungen über die Vergabe von Unteraufträgen oder Bescheinigungen über die Bereitstellung von Personal im Falle der Einstellung über Unternehmen für die berufliche Eingliederung oder Unternehmen für die vorübergehende berufliche Eingliederung
- Gegebenenfalls sonstige Verpflichtungen sozialer Art, die im Auftrag vorgesehen sind

Zu diesem Zweck muss der Auftragnehmer einen Ansprechpartner benennen, der Relais Chantiers über die wirksame Umsetzung der Beschäftigung von Personen Bericht erstattet, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind. Der Ansprechpartner ist während der gesamten Überwachung dieser Leistungsbedingung die Referenzperson für den öffentlichen Auftraggeber.

Auftragswert

366 657,46 EUR (ohne MwSt.)

Rechtsinstrument

¹⁷ Das „Cahier des Clauses Administratives Particulières (CCAP)“ ist das Vertragsdokument, das alle rechtlichen und finanziellen Bestimmungen enthält, die für die Ausführung des Auftrags gelten, wie Zahlungsbedingungen, Finanzierung, etwaige Garantien, Lieferbedingungen, Strafen, Ausführungsfristen, Überprüfungsverfahren usw. Die BVB sind auch das Vertragsdokument für die Ausführung des Auftrags.

¹⁸ Eine öffentlich-private Vereinigung, die gegründet wurde, um für die öffentlichen Auftraggeber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Rahmen des Beschäftigungspools Straßburg Klauseln für die Integration in den Arbeitsmarkt zu verwalten.

- Der Auftrag liegt zwar unter dem EU-Schwellenwert, erfordert aber im Einklang mit Artikel 70 der Richtlinie 2014/24/EU die Beschäftigung von Personen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind, als Voraussetzung für die Ausführung der Arbeiten sowie eine Unterteilung in Lose gemäß Artikel 46 (Unterteilung von Aufträgen in Lose) der Richtlinie 2014/24/EU
- [SPASER](#) – französische Strategie zur Förderung einer sozial und ökologisch verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Eurometropole Straßburg
- Auftragnehmer
- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: Relais Chantiers
- Angestellte des Bieters

Soziale Auswirkungen

- Hauptziel des Verfahrens ist es, für Menschen, die Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung wahrnehmen, die Chancen auf eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu erhöhen. Aus den verfügbaren Daten von Relais Chantiers aus dem Jahr 2015 geht hervor, dass seit 2010 durch die Durchführung von Aufträgen wie dem vorliegenden mehr als 3,5 Millionen Arbeitsstunden (dies entspricht mehr als 450 Vollzeitverträgen über fünf Jahre) erfüllt wurden.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Eine Evaluierung bestätigt, dass die Sozialklauseln, die seit vielen Jahren auf den öffentlichen Beschaffungsmärkten der Stadt verwendet werden, von Vorteil sind. Diese Studie zur Bewertung der Zukunft der begünstigten Gruppen bestätigt, dass das System auf Probleme hinsichtlich der Integration und Qualifikation von Menschen reagiert, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind.
- Sie weist insbesondere darauf hin, dass 55 % der Gruppen, die von einer Sozialklausel profitieren, noch sechs bis 12 Monate nach ihrer Vermittlung in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder eine Ausbildung absolvieren, während 39 % von ihnen noch in dem Unternehmen beschäftigt sind, das ihnen ihre erste Chance gegeben hat.

Ansprechpartner

Bruno Koebel, Stellvertretender Direktor für Effizienz und Rechtsfragen, Stadt und Eurometropole Straßburg,
Bruno.Koebel@strasbourg.eu

16. *Skien-Modell für die Qualität der Beschäftigung im Baugewerbe*

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Kommune Skien, Norwegen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Ziel der Kommune Skien ist es, in allen Lieferketten menschenwürdige Arbeit zu fördern und arbeitsbezogene Kriminalität, Sozialdumping und die Ausbeutung von Arbeitnehmern in allen Lieferketten zu bekämpfen. Zu diesem Zweck hat sie Standardauftragsbestimmungen eingeführt, die für ausgewählte Waren, Dienstleistungen sowie Bauaufträge gelten, die als besonders sensibel in Bezug auf Arbeitnehmerrechte angesehen werden. Diese Reihe kollektivvertraglicher Anforderungen, die für Sektoren mit hohem Risiko gelten, wird als Skien-Modell bezeichnet.

Das Skien-Modell wurde 2014 im Rahmen einer Entschließung des Stadtrats umgesetzt und 2019 überarbeitet. [Hier](#) findet sich eine Zusammenfassung des Modells (auf Norwegisch). Das Modell ist für alle Bauaufträge verbindlich und wird für Verträge über Waren und Dienstleistungen verwendet, sofern dies praktikabel und verhältnismäßig ist.

Durch die Festlegung solcher Standards zielt Skien darauf ab, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Anbieter zu schaffen und einen günstigen Rahmen für Arbeitgeber zu schaffen, die die Vorschriften einhalten und in hochwertige Beschäftigung und soziale Verantwortung der Unternehmen investieren.

Skien ist mit fünf weiteren Kommunen (Bamble, Drangedal, Kragerø, Porsgrunn, Siljan) auch Teil einer interkommunalen Vergabepartnerschaft – Grenlandskommunenenes innkjøpsenhet. Im Januar 2019 nahmen diese Kommunen das Skien-Modell ebenfalls an.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Informelle Beschäftigung und arbeitsbezogene Kriminalität lassen sich nur schwer messen, sie haben jedoch geschätzte wirtschaftliche Auswirkungen von rund 1,2 % des nationalen BIP, d. h. 28 Mrd. NOK (ca. 3 Mrd. EUR).¹⁹

Angesichts der Herausforderungen im Zusammenhang mit der arbeitsbezogenen Kriminalität und dem illegalen Arbeitsmarkt im Baugewerbe hat die Kommune Skien das Auftragswesen in den Mittelpunkt ihrer Initiativen für menschenwürdige Arbeit, faire Arbeitsbedingungen und hochwertige Beschäftigung gestellt.

Das Skien-Modell ist das Ergebnis gemeinsamer Anstrengungen der Kommune Skien als öffentlicher Auftraggeber und aller anderen maßgeblichen Akteure im öffentlichen Auftragswesen. Es fanden Gespräche mit Organisationen des Baugewerbes statt, die über die wichtigsten Herausforderungen bei ihrer Tätigkeit sprachen, und mit Gewerkschaften, die ihre Ideen für geeignete Maßnahmen und Beschaffungsanforderungen vorlegten, um bessere Ergebnisse zu erzielen. Die öffentlichen Auftraggeber erkannten an, dass die Arbeitsstandards verbessert werden müssen und gleichzeitig sicherzustellen ist, dass das Niveau der

¹⁹ Laut Economics Norway in einer vom norwegischen Ministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegebenen Arbeit: <https://www.eurofound.europa.eu/publications/article/2017/norway-strategies-to-tackle-work-related-crime>.

Anforderungen keine zusätzlichen Hindernisse für die Teilnahme zuverlässiger Anbieter an öffentlichen Aufträgen schafft.

Die Kommune bemühte sich bei der Frage, wie im Rahmen der Auftragsvergabe Einfluss auf die Arbeitsbedingungen und -standards genommen werden kann, um einen koordinierten Ansatz mit den anderen öffentlichen Auftraggebern, die Teil der interkommunalen Vergabepartnerschaft sind. Dies hat zur Ausarbeitung von Standardbestimmungen und -aufträgen geführt, die für die Anbieter ein höheres Maß an Vorhersehbarkeit sowie ein sicheres Betriebsumfeld für Fachleute für die Vergabe öffentlicher Aufträge schaffen.

Das Modell befasst sich mit folgenden Bereichen²⁰:

- *Einsatz überwiegend fester Mitarbeiter*

Feste Beschäftigungsverhältnisse fördern einerseits die Sicherheit der Arbeitnehmer und erleichtern andererseits den Behörden die Überprüfung der Lohnzahlungen durch die Auftragnehmer und die Gewährleistung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz. Der Bausektor erfordert jedoch aufgrund des unterschiedlichen Umfangs von Projekten oder des Marktzyklus ein gewisses Maß an Flexibilität. Daher verlangt die Kommune, dass Auftragnehmer die an der Ausführung der Arbeiten beteiligten Arbeitnehmer im Einklang mit norwegischem Recht beschäftigen, das „Null-Stunden-Verträge“ verbietet. Darüber hinaus sieht das Modell vor, dass der Einsatz von Leiharbeitnehmern (die von den Leiharbeitsagenturen bereitgestellt werden) vorab vom öffentlichen Auftraggeber genehmigt wird. Darüber hinaus müssen die Auftragnehmer nachweisen, dass die für die Ausführung der Arbeiten eingesetzten Leiharbeitnehmer Arbeitsverträge haben, die ein Lohnniveau gemäß rechtsverbindlichen Tarifverträgen gewährleisten.

- *Einsatz von Auszubildenden*

Um die Spezialisierung und ein angemessenes Ausbildungsniveau in den einschlägigen Sektoren zu fördern, hat die Kommune den besonderen Einsatz von Auszubildenden bei Aufträgen gefordert, bei denen es um spezialisierte Tätigkeiten geht. Darüber hinaus müssen die Auftragnehmer einem Ausbildungsprogramm angeschlossen sein.

Um sicherzustellen, dass sich diese Anforderung nicht unverhältnismäßig auf kleinere Aufträge und Anbieter auswirkt, gilt sie nur für Aufträge mit einer Laufzeit von mehr als drei Monaten und einem Wert von mehr als 0,5 Mio. NOK (ca. 50 000 EUR) für Bauaufträge und mit einem Wert von mehr als 2 Mio. NOK (200 000 EUR) für Aufträge über Waren und Dienstleistungen. Alle anderen Ausnahmen müssen von der Kommune genehmigt werden.

- *Einsatz von Fachkräften*

Die Förderung angemessener Qualifikations- und Kompetenzniveaus schränkt die Möglichkeit ein, schutzbedürftige Arbeitnehmer auszubeuten, die nicht über Branchenkenntnisse verfügen oder ihre Rechte nicht kennen. Darüber hinaus erfordert der Einsatz von Auszubildenden Fachkräfte vor Ort, die in der Lage sind, als Mentoren zu fungieren. Das Skien-Modell verlangt, dass die Mehrheit der Arbeitnehmer, die an der Ausführung von Bauaufträgen beteiligt sind, über eine einschlägige berufliche Qualifikation verfügt.

- *Begrenzung der Zahl der Unterauftragnehmer*

Eine Begrenzung der Höchstzahl von Unterauftragnehmern ermöglicht eine bessere Nachverfolgung und Kontrolle der angewandten Arbeitsbedingungen und -standards durch den öffentlichen Auftraggeber. Zu diesem Zweck hat die Kommune festgelegt, dass höchstens eine Ebene Unterauftragnehmer unter dem Hauptauftragnehmer gestattet ist. Zwar gibt es keine Beschränkungen hinsichtlich der Zahl der

²⁰ In dieser aktualisierten Fassung des Berichts fehlt ein Absatz zu Aspekten dieser Praxis in Bezug auf die Unterauftragsvergabe, der in der ursprünglichen Fassung enthalten war. Der Absatz wurde aufgrund von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit dieser Aspekte entfernt.

Unterauftragnehmer oder des Anteils des Auftrags, der an Unterauftragnehmer vergeben wird, doch müssen alle Unterauftragnehmer der direkten Kontrolle des Hauptauftragnehmers unterliegen, um eine Aufsplittung der Verantwortung zu vermeiden. Die Unterauftragnehmer sind in dem Vertrag aufzuführen.

Diese Bestimmung trägt dem möglichen Spezialisierungsbedarf im Rahmen eines Auftrags Rechnung und beeinträchtigt nicht den Zugang kleinerer Marktteilnehmer zu öffentlichen Aufträgen. Daher dürfen die öffentlichen Auftraggeber vor dem Wettbewerb nur aus marktbezogenen Gründen oder während der Ausführung des Auftrags nur aus besonderen oder unvorhergesehenen Gründen Ausnahmen von dieser Regel vorsehen.

- *Verhütung von Menschenrechtsverletzungen in der gesamten Lieferkette*

Der Lieferant ist für seine eigenen Tätigkeiten und für seine Lieferkette zur Übernahme von Leitlinien verpflichtet, die die Achtung der grundlegenden Menschenrechte und der Kernübereinkommen der IAO umfassen. Es sind Kontrollmaßnahmen durchzuführen und über die spezifische Kontrolle der Unterauftragnehmer entlang der gesamten Lieferkette Bericht zu erstatten. Darüber hinaus legt die Kommune zusätzliche Anforderungen fest:

- *Keine Barzahlungen:* Alle Lohnzahlungen und sonstigen Vergütungen werden auf das Bankkonto des einzelnen Arbeitnehmers überwiesen. Die Lohnzahlungen müssen auf ein Bankkonto überwiesen werden, und der Arbeitgeber muss in der Lage sein, die Zahlung zurückzufolgen. Alle Zahlungen des Auftragnehmers im Zusammenhang mit der Auftragsausführung, bei denen es sich nicht um Löhne handelt, werden ebenfalls auf elektronischem Wege durchgeführt und sind rückverfolgbar. Auftragnehmer sind verpflichtet, auf Anfrage ihre Bank zu nennen.
- *Mindestlohn und Arbeitsbedingungen:* Auftragnehmer der Kommune müssen sicherstellen, dass die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer nicht schlechter sind, als die in den einschlägigen landesweiten Tarifverträgen vorgeschriebenen Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Überprüfung

Die Anforderungen sind Teil der Auftragsbedingungen, sodass sich die Auftragnehmer durch ihre Teilnahme am Wettbewerb verpflichten, diese Bedingungen während der Ausführung einzuhalten.

Die Bieter müssen auf Anfrage Unterlagen über die Löhne und Beschäftigungsbedingungen ihrer Mitarbeiter vorlegen. Die Bieter müssen die Einhaltung des [IAO-Übereinkommens Nr. 94 über die Arbeitsklauseln in den von Behörden abgeschlossenen Aufträgen](#) bescheinigen.

Der öffentliche Auftraggeber kann von den Bietern eine tägliche Strafe verlangen, wenn sie oder einer ihrer Unterauftragnehmer Arbeitskräfte illegal oder nicht ordnungsgemäß einsetzen und die Situation nicht vor Ablauf einer vom Auftraggeber schriftlich gesetzten Frist behoben wird. Die tägliche Strafe beträgt ein Tausendstel des Auftragswerts, mindestens jedoch 1000 NOK (ca. 100 EUR) pro Geschäftstag, bis die Situation behoben ist.

Im Falle eines bestätigten Verstoßes gegen die Bestimmungen des Modells und der Unfähigkeit des Auftragnehmers, diesen Verstoß zu beheben, kann der öffentliche Auftraggeber den Auftrag auflösen und den Auftragnehmer für eine bestimmte Frist von der Teilnahme an Vergabeverfahren ausschließen.

Auftragswert

Abhängig von den jeweiligen ausgeschriebenen Aufträgen

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 (verbindliche Sozialklausel) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU Die Anwendung dieser Bestimmungen muss mit der Entsende-Richtlinie (Richtlinie 96/71/EG in der durch die Richtlinie (EU) 2018/957 geänderten Fassung) im Einklang stehen

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Kommune Skien und ihre Dienststellen, Agenturen usw.
- Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände (das Modell beruht auf einer trilateralen Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Sozialpartnern)
- Auftragnehmer im Bauwesen
- Arbeitnehmer

Soziale Auswirkungen

- Effiziente und sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge – und ein Modell, das andere Kommunen dazu inspiriert hat, Verantwortung zu übernehmen
- Stärkung des öffentlichen Ansehens durch Übernahme sozialer Verantwortung
- Schutz menschenwürdiger Arbeit und Verbesserung der Qualität der Arbeit
- Bessere Kontrolle der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz (sicherere Arbeitsumgebungen)
- Förderung der Ausbildung und des Einsatzes von Fachkräften sowie Steigerung der Zahl der regionalen Unternehmen, die an ein Ausbildungsprogramm angeschlossen sind
- Förderung seriöser und zuverlässiger Auftragnehmer, was wiederum zu Stabilität, Qualität und Vorhersehbarkeit führt
- Fairer Wettbewerb und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Bieter
- Weniger Steuerhinterziehung und Steuerbetrug – weniger arbeitsbezogene Kriminalität

In einem Bericht über die Bemühungen zur Beseitigung von Sozialdumping bei der Vergabe öffentlicher Aufträge stellt das Amt des Rechnungsprüfers fest, dass viele Kommunalbehörden in diesem Bereich noch Möglichkeiten für Verbesserungen haben, und empfahl, dem Beispiel von Skien zu folgen. Tatsächlich übernehmen immer mehr norwegische Kommunalbehörden das Skien-Modell. Bis 2019 führten etwa 180 von 426 Kommunen in Norwegen verschiedene Arten von Beschaffungsmodellen ein, um eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge zu gewährleisten. Das Skien-Modell ist das Vorreiter-Modell, und in norwegischen Kommunen werden verschiedene Modelle genutzt. Einige Modelle kopieren das Skien-Modell, andere wurden angepasst, sodass sie den Interessen und Bedürfnissen verschiedener Bereiche, Zweige und Politikfeldern gerecht werden.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Der Dialog mit den Sozialpartnern und Interessenträgern des Sektors ist von entscheidender Bedeutung, um die Anforderungen realistisch zu formulieren und die Einhaltung der Vorschriften sowie wirksame Ergebnisse sicherzustellen.

- Es ist wichtig, in Bezug auf die Anforderungen einen inkrementellen Ansatz zu wählen. In diesem Zusammenhang bauen die im Bausektor angenommenen Standards auf früheren Maßnahmen der Kommune auf, die in diesem Sektor angesichts der als hoch eingeschätzten Gefahr der Nichteinhaltung forciert wurden.
- Standardklauseln und -verträge sind nützlich, um die Einhaltung der Standards generell zu operationalisieren. Gemeinsame Standards zu zentralen/horizontalen Fragen wie Arbeitnehmerrechte und Qualität der Beschäftigung sind mit der Anpassung der Verfahren an die spezifischen Bedürfnisse der öffentlichen Auftraggeber vereinbar.
- Das Modell wurde 2019 überarbeitet, um es auf der Grundlage der bisherigen praktischen Erfahrungen anzupassen und zu verbessern und nach der Umsetzung der Vergaberichtlinie von 2014 das nationale Recht und das EWR-Recht einzuhalten. Die Kommune berücksichtigte, wie sich das Modell auf den Markt, die Arbeitnehmer und die Bedürfnisse und Strategien der Kommunen auswirkt. So sah das frühe Modell beispielsweise vor, dass die Löhne auf ein norwegisches Bankkonto überwiesen werden. Bei dem Skien-Modell wurde jedoch überlegt, ob dies wirklich notwendig ist – die Kommune muss nur in der Lage sein, das Geld zurückzuerhalten, was auch dann möglich ist, wenn das Bankkonto nicht norwegisch ist. In der alten Fassung des Modells war der Einsatz von Auszubildenden nur durch norwegische Auftragnehmer vorgeschrieben, jetzt ist es eine allgemeine Anforderung (wenn Auszubildende gefördert werden müssen).
- Das Modell wird alle zwei Jahre überarbeitet, um es an die Veränderungen und Entwicklungen der Märkte und der arbeitsbezogenen Kriminalität und auch an die Anforderungen der Kommune anzupassen.
- Die Überwachung und Kontrolle der Anforderungen des Modells stellen eine ständige Herausforderung dar. Für die Erreichung dieses Ziels stellen Digitalisierung, Echtzeitinformationen und systematische Datenerhebung entscheidende Instrumente dar.

Ansprechpartner

Ingrid Buset, Beraterin, Fagforbundet (Norwegische Gewerkschaft für kommunale und sonstige Angestellte), Ingrid.Buset@fagforbundet.no

Anette Wessel Gerner, Leiterin des Referats Interkommunale Beschaffung, Kommune Skien, AnetteWessel.Gerner@skien.kommune.no

Mr Jonas Bals, Berater, LO (Norwegischer Gewerkschaftsbund), Jonas.bals@lo.no

17. *Beschäftigungscharta von Grangegorman, Irland*

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Entwicklungsagentur von Grangegorman, Irland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauwesen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Entwicklungsagentur von Grangegorman (im Folgenden „GDA“) hat gemeinsam mit dem Koordinator für Beschäftigung und Ausbildung und dem Arbeits- und Lernforum von Grangegorman (GLLF) die [Beschäftigungscharta von Grangegorman](#) entwickelt und umgesetzt.

Im Anschluss an eine [Studie aus dem Jahr 2009](#) über Beschäftigungsmöglichkeiten, die sich aus der Entwicklung des Stadtteils Grangegorman in Dublin (North Inner City) ergeben, wurde eine Strategie ausgearbeitet und anschließend in die Charta weiterentwickelt. Diese wurde 2012 eingeführt, zu einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit in Irland (ca. 16 %) und sogar einer noch höheren Arbeitslosigkeit in Gebieten im Umkreis von Grangegorman, zu denen auch Gemeinden zählten, die von starker Armut und Benachteiligung betroffen sind. Die Entwicklung des Stadtteils konzentrierte sich auf die Bereitstellung wichtiger Bildungs-, Gesundheits- und Freizeitinfrastrukturen. Kernstück der Entwicklung ist der Ausbau der TU Dublin, der größten irischen Universität, am Standort Grangegorman. Das traditionelle Engagement und die Öffentlichkeitsarbeit der TU Dublin waren sehr hilfreich, um in den umliegenden Gemeinden die Unterstützung für die Beschäftigungscharta zu gewinnen und halfen bei der Bereitstellung von Unterstützungselementen.

Ziel der Charta ist die Gewährleistung, dass die lokale Gemeinschaft, insbesondere arbeitslose Einzelpersonen, von den Beschäftigungsmöglichkeiten profitieren können, die sich aus dem Grangegorman-Projekt ergeben, das die Entwicklung eines neuen Stadtteils in der Dublins Innenstadt (North Inner City) umfasst.

In der Charta ist festgelegt, was Auftragnehmer und Unterauftragnehmer tun können, um die Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu optimieren, die sich aus dem Projekt „Grangegorman Development“ für Einwohner des Stadtteils Grangegorman ergeben. In der Charta wird auch dargelegt, wie dies überwacht und darüber Bericht erstattet werden soll.

Alle Auftragnehmer und Unterauftragnehmer, die einen Zuschlag erhalten, werden eingewiesen. So soll sichergestellt werden, dass sie die Anforderungen im Hinblick auf die Berichterstattung einschließlich der Vorausplanung genau verstehen und die potenziellen Arbeitsplätze ermitteln, für die ortsansässige Personen eingestellt werden können. Die Charta gilt für die Auftragnehmer, die die spezifischen Arbeiten ausführen, die Gegenstand von Aufträgen mit der GDA sind. Sie dient der Wahrung der Rechte des Auftragnehmers nach irischem und europäischem Recht und ist entsprechend auszulegen.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die bewährte Praxis bezieht sich auf die Phase nach der Auftragsvergabe.

In den Ausschreibungsunterlagen wird auf die Beschäftigungscharta von Grangegorman verwiesen, die Bedingungen für die Auftragsausführung im Zusammenhang mit sozialen Erwägungen enthält. Die Charta ist unverbindlich, und der Auftragnehmer kann entscheiden, ob es sich an diese hält. Bisher haben sich alle Auftragnehmer dazu verpflichtet.

Die Verpflichtungen aus der Charta gelten nur für die Durchführung der Bauleistung und die Auftragsausführung. Ziel der GDA ist die Gewährleistung, dass mindestens 20 % der Arbeitsplätze, die im Rahmen der Projekte im Zusammenhang mit der neuen Entwicklung neu geschaffen werden, den Einwohnern des Stadtteils Grangegorman und danach den Einwohnern der umliegenden Gebiete angeboten werden. Wenn der Auftragnehmer der Charta zustimmt, verpflichtet er sich, alle zumutbaren Schritte zu unternehmen, um mindestens 10 % der für die Durchführung des Projekts geschaffenen neuen Arbeitsplätze durch Neueinsteiger

oder Langzeitarbeitslose zu besetzen. Einwohner werden gleichbehandelt und ihre Beschäftigung besonders berücksichtigt.

Darüber hinaus nimmt der Auftragnehmer innerhalb von vier Wochen nach Auftragsbeginn und/oder vor Aufnahme der geplanten Beschäftigungsmöglichkeiten an einem „Meet the Contractor Day“ zum Treffen des Auftragnehmers teil (gemäß Artikel 5 der Beschäftigungscharta von Grangegorman). Ziel des „Meet the Contractor Day“ ist es, den Bürgern und Unternehmen vor Ort das Projekt und den Auftragnehmer vorzustellen, sodass sich die Auftragnehmer vernetzen und geeignete Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für die Einwohner entwickeln können.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Beschäftigungscharta der GDA ist eine Unterstützungsmaßnahme zur beruflichen Eingliederung von schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermittelnden Personen und Langzeitarbeitslosen durch die Anwendung von Bedingungen für die Auftragsausführung im Zusammenhang mit sozialen Aspekten. Diese Anwendung erfolgt, indem die Auftragnehmer die Charta umsetzen.

Überprüfung

- Das Planungsteam der GDA ist für die Überwachung der Umsetzung der Charta durch die Auftragnehmer zuständig und erstattet dem Koordinator für Beschäftigung entsprechend Bericht.
- Es finden monatliche Sitzungen zwischen dem Koordinator für Beschäftigung und dem Verbindungsbeauftragten des Auftragnehmers statt, um die Umsetzung der Charta zu überwachen und zu überprüfen.
- Der Koordinator für Beschäftigung überwacht und überprüft die Wirksamkeit der Maßnahmen, die ergriffen wurden, um etwaige Verpflichtungen oder Ziele des Auftragnehmers gemäß der Charta zu erfüllen.
- Der Verbindungsbeauftragte des Auftragnehmers überwacht in Zusammenarbeit mit dem Koordinator für Beschäftigung auch die Zahl der Einwohner, die für das Projekt beschäftigt wurden und erstattet darüber Bericht

Auftragswert

Variiert von Auftrag zu Auftrag

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Entwicklungsagentur von Grangegorman
- Auftragnehmer, die den Zuschlag erhalten haben einschließlich Unterauftragnehmern:
 - Auftragnehmer 1: John Sisk & Son und FCC Construcción (Unterauftragnehmer: SISK, FCC, Sodexo, Building Management Services, Kennedy Security, Duggan Systems Ltd., Techrete Ireland & UK, Crown Roofing Ltd., Wintrop Engineering, Cleartech, Designer Group).
 - Auftragnehmer 2: Energy Centre, John Paul Construction
 - Auftragnehmer 3: Purcell Construction

Soziale Auswirkungen

- Strukturelle und soziale Wiederbelebung des Stadtteils Grangegorman für eine nachhaltige Zukunft für die Einwohner und Unternehmen

- Soziale Inklusion durch Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für ausgegrenzte soziale Gruppen
- Da die lokale Gemeinschaft an der Entwicklung beteiligt ist, hat sich ein Gefühl der lokalen Eigenverantwortung für das Projekt entwickelt. Dank dieses Ansatzes hat sich die lokale Gemeinschaft für das Projekt engagiert und dieses unterstützt
- Schaffung von Synergien zwischen öffentlichen und privaten Interessen zugunsten der Gemeinschaft Grangegorman.
- Optimierung der Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, die sich aus dem Projekt Grangegorman Development ergeben
- Unterstützung durch Schulungen, Ausbildungen und Beschäftigungsmöglichkeiten für schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermittelnde Personen, insbesondere Langzeitarbeitslose
- Die Einhaltung der Vorschriften wird auf Monatsbasis ermittelt, indem die Anzahl der ortsansässigen Beschäftigten in einem bestimmten Monat im Verhältnis zur Gesamtzahl der Beschäftigten auf der entsprechenden Baustelle für diesen Monat berechnet wird. Die einzelnen Arbeitnehmer werden nicht ermittelt, und es wird nur der prozentuale Anteil der ortsansässigen Arbeitnehmer pro Monat erfasst. Durchschnittliche Anzahl an Beschäftigten auf den Baustellen pro Jahr: 2015 – 130 insgesamt/24 ortsansässig d. h. 19 % waren ortsansässige Beschäftigte; 2016 – 49 insgesamt/8 ortsansässig d. h. 17 %; 2017 – keine Bautätigkeiten; 2018 – 275 insgesamt/35 ortsansässig d. h. 13 %; 2019 – 760 insgesamt/76 ortsansässig d. h. 10 %²¹. Dieser Rückgang spiegelt die allmähliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage und die sinkenden Arbeitslosenzahlen in Irland wider. Infolgedessen wurde die Charta so angepasst, dass sie auf Menschen ausgerichtet ist, die schwer auf dem Arbeitsmarkt zu vermitteln sind und spezifischere Unterstützungsbedürfnisse haben

Sonstige Vorteile

- Das Modell wurde von der Technischen Universität Dublin (TU) übernommen, was zeigt, dass diese bewährte Praxis übertragbar ist.
- Einzelheiten zu den Auftragnehmern, die im Rahmen der Entwicklung von Grangegorman arbeiten, werden auch auf der Website der GDA (www.ggda.ie/employment-and-training) veröffentlicht. Dies ermöglicht es Personen, einschließlich derer, die außerhalb des geografischen Geltungsbereichs der Charta leben, auf Wunsch direkt Kontakt mit Arbeitgebern aufzunehmen.
- Agenturübergreifende Arbeit als Ergebnis der Charta, d. h. der (Unter-) Auftragnehmer übermittelt dem Koordinator für Beschäftigung die Stellenangebote. Dieser leitet dann die Einzelheiten an Intreo (Department of Employment Affairs and Social Protection) weiter, das sie an die einschlägigen Agenturen, wie die lokalen Arbeitsämter, weiterleitet.
- Am 21. Januar 2020 fand bei der Entwicklungsagentur von Grangegorman Development Agency eine „Meet the Contractor“-Veranstaltung statt. Die Veranstaltung richtete sich an Anwohner sowie an Gemeinden aus der ganzen Stadt (insbesondere diejenigen mit einem hohen Maß an wirtschaftlicher und sozialer Benachteiligung). Die Reaktion übertraf die Erwartungen. Die GDA traf mit rund 400 Menschen aus allen Kommunen zusammen, die daran interessiert waren, in der neuen TU Dublin Quads in Grangegorman, die in den kommenden Monaten eröffnet werden soll, im Gebäudemanagement zu arbeiten. Dies sind die ersten unbefristeten Arbeitsplätze im Rahmen der Entwicklung von Grangegorman und einige der ersten Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen (das Baugewerbe ist nach wie vor ein geschlechtsspezifischer Sektor in Irland).

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

²¹ Diese Zahlen und einen umfassenderen Überblick über die Auswirkungen der Beschäftigungscharta auf das sozioökonomische Profil der North West Inner City in Dublin finden Sie unter: <http://ggda.ie/assets/Joining-up-the-Dots-3-Report.pdf> (S. 91-94).

- Die GDA wendet die Charta weiterhin an, obwohl ein veränderter Arbeitsmarkt es schwieriger macht, die ursprünglichen Ziele zu erreichen.
- Vor diesem Hintergrund wird nun untersucht, wie Organisationen und Projekte (einschließlich Sozialunternehmen) unterstützt werden können, die sich auf die 5 % Personen konzentrieren, die dem Arbeitsmarkt nach wie vor fern sind, wenn die Definition der irischen Regierung von außerhalb einer „Vollbeschäftigung“ zugrunde gelegt wird.
- Zu diesem Zweck hat das Arbeits- und Lernforum von Grangegorman (GLLF) die Grangegorman Business & Enterprise Group gegründet, deren Ziel es ist, das Bewusstsein für das Potenzial der Entwicklung von Grangegorman für lokale Unternehmen zu schärfen und zu sondieren, wie das GLLF lokale Unternehmen (insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen) unterstützen könnte.

Ansprechpartnerin

Kathleen McCann, Koordinatorin für Beschäftigung und Ausbildung bei der Entwicklungsagentur von Grangegorman, kathleen.mccann@ggda.ie

SEKTOR 3 – Lebensmittel/Verpflegungsdienstleistungen

18. Vorbehaltene Ausschreibung für Sozialunternehmen

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Département Vendée, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Auf der Grundlage eines Beschlusses seines Rates beschloss das Département 2010, die Verwendung hochwertiger und ökologischer Erzeugnisse in Schulen (weiterführende Schulen) zu fördern.

Ziel war es, ein Zentrum für Agrarlebensmittel durch verschiedene Ausschreibungen mit ökologischen Erzeugern von Gemüse, Obst und Milcherzeugnissen zusammen zu bringen.

Eine im Jahr 2010 durchgeführte Bedarfsanalyse ergab, dass es ein Sozialunternehmen gibt, in dem Menschen mit Behinderungen beschäftigt sind, die Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel anbieten, und zertifizierte ökologische Erzeuger, die möglicherweise durch die Aufträge des Départements zusammengebracht werden könnten. Nach Bekanntmachung einer vorbehaltenen Ausschreibung vergab das Département Vendée 2011 einen Auftrag an das im Rahmen der Bedarfsanalyse ermittelte Sozialunternehmen, das rund 10 Menschen mit Behinderungen bei der Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel beschäftigt. Nach einer Neuausschreibung im Jahr 2015 wurde der Auftrag um sechs Jahre verlängert.

Die Dienstleistungen werden an mehr als 30 Schulen auf dem Gebiet des Départements erbracht. Im Jahr werden durchschnittlich 100 Tonnen Produkte verarbeitet.

Nach Unterzeichnung des ersten Auftrags schloss das Département die Möglichkeit ein, die unverarbeitete Produkte an das Sozialunternehmen zu liefern, das bei den Ausschreibungen in den Jahren 2012 und 2016 den Zuschlag für die Lieferung von Lebensmitteln erhalten hatte. Zwischen dem Département und den Schulen wurde eine Käufergruppe gebildet, die die Nutzung des Zentrums für Agrarlebensmittel fördert.

Gegenstand

Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel: Lagerung, Verarbeitung (Reinigung, Schälen und Schneiden), Verpackung von unverarbeiteten Produkten und Lieferung verarbeiteter Erzeugnisse

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Ausschreibung war Organisationen vorbehalten, die zwischen 55 und 100 % Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Die veröffentlichte Ausschreibung enthielt keine geografische Anforderung. Die Anforderungen wurden in der Ausschreibung objektiv abgegrenzt, um Antworten verschiedener Bieter zu erhalten.

Nach der Veröffentlichung der Ausschreibung gab nur ein Bieter ein Angebot ab. Dieses Angebot wurde anhand der im Angebot festgelegten Zuschlagskriterien geprüft:

- Preis: 35 % auf der Grundlage der geschätzten jährlichen Menge verarbeiteter Lebensmittel
- Umweltleistung: 25 % auf der Grundlage vorgeschlagener Dienstleistungen und der Energiequellen, die für die umweltgerechte Erbringung dieser Dienstleistungen genutzt werden
- Technische Qualität: 25 % auf der Grundlage der Qualität des Personals und der institutionellen Organisation sowie auf der Grundlage der Ertragsgarantien für die Verarbeitung der Lebensmittel

Die Organisation ADAPEI-ARIA 85 erhielt den Zuschlag. Dieses Sozialunternehmen arbeitet mit Menschen mit Behinderungen und bietet ihnen nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern auch medizinische und soziale Unterstützung. Insgesamt sind in Frankreich mehr als 1400 Mitarbeiter bei der Organisation beschäftigt und etwa zehn in dem Unternehmen, das den in der Vendée vergebenen Auftrag ausführt.

Sozialpolitisches Ziel und Referenzstandard

Der ursprüngliche Auftrag, der vor der Annahme der EU-Vergaberichtlinien von 2014 vergeben wurde, war gemäß Artikel 15 des französischen Gesetzes über die Vergabe öffentlicher Aufträge von 2006 vorbehalten.

Überprüfung

- Einführung eines Systems zur Überprüfung des Prozentsatzes der Beschäftigten mit Behinderungen. Das französische Recht schreibt für „angepasste Unternehmen“, die einen Vertrag mit französischen Behörden schließen, ein Überprüfungssystem vor, um die zu genehmigenden Ziele (Prozentsatz der Menschen mit Behinderungen, Unterstützungs- und Mobilitätsplan für Menschen mit Behinderungen) festzulegen und eine staatliche Beihilfe zu erhalten. Die staatlichen Behörden müssen regelmäßige Kontrollen durchführen. Darüber hinaus enthält der Auftrag eine Bestimmung, nach der der Auftragnehmer jedes Jahr einen Tätigkeitsbericht vorlegen muss, der Folgendes enthält: den prozentualen Anteil von Menschen mit Behinderungen, die für die Erbringung von Dienstleistungen mobilisiert werden, die verschiedenen Arten von erbrachten Dienstleistungen und die von den betroffenen Menschen mit Behinderungen geleisteten Arbeitsstunden.
- Der Bieter wird aufgefordert, während der Auftragsausführung fortlaufend detailliert über die Menge an verarbeitetem Gemüse und Obst sowie an verarbeiteten Milcherzeugnissen, über die Lieferung an Schulen und die Einhaltung der Vorschriften über ökologische Erzeugnisse zu berichten.
- Der Auftraggeber hat gemäß den Spezifikationen das Recht, die gelieferten Erzeugnisse von einem amtlichen Labor, das zur Durchführung solcher Analysen befugt ist (z. B. LEAV, Laboratory of Environment and Food of Vendée), analysieren zu lassen.
- In der Ausschreibung wurden die Strafen bei Nichteinhaltung aufgeführt. Die Strafen (Geldstrafe bei ausbleibender Zahlung) sind in der Ausschreibung und in dem Vertrag festgelegt, den die Organisation mit den staatlichen Behörden geschlossen hat: niedrigere Beihilfen, Nichtverlängerung oder Kündigung des Auftrags.

Auftragswert

Der Auftragswert beläuft sich auf etwa 105 000 EUR pro Jahr für Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel für die Zubereitung ökologischer Lebensmittel (insbesondere Gemüse, Obst und Milcherzeugnisse).

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Département Vendée
- Auftragnehmer: Sozialunternehmen ADAPEI-ARIA 85
- Begünstigte: Mehr als 30 Schulen (weiterführende Schulen), die Kommune Olonne-sur-Mer und eine weiterführende Schule in Luçon kaufen die verschiedenen Lebensmittel
- Unterstützung bei der Ausschreibung: RESECO (vormals RGO, Réseau Grand Ouest), eine unabhängige Vereinigung, deren Ziel es ist, Kommunen zu vernetzen und Kontakte zwischen ihnen herzustellen sowie ihre Aktivitäten im Bereich der umweltgerechten und sozial verantwortlichen öffentlichen Auftragsvergabe zu unterstützen

Soziale Auswirkungen

Durch die Vergabe eines vorbehaltenen Auftrags an ein Sozialunternehmen, das mit Menschen mit Behinderungen arbeitet, gewährleistete das Département Vendée positive soziale Auswirkungen und förderte die Verwendung lokal erzeugter ökologischer Lebensmittel. Dies führte zu folgenden Ergebnissen:

- Die vergebenen Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel unterstützen die Beschäftigung von zehn Personen.
- Jedes Jahr werden mehr als 1,8 Millionen Mahlzeiten, die mehr als 100 Tonnen ökologische Erzeugnisse enthalten, an die 34 Schulen geliefert. Die ausgegebenen Mahlzeiten enthalten 10 bis 15 % ökologische Erzeugnisse.

Sonstige Vorteile

- Im Rahmen des Verpflegungsdienstleistungs-Projekts werden jährlich voraussichtlich 281,59 Tonnen CO₂-Emissionen eingespart.
- Da weniger Transporte erforderlich sind, werden Primärenergieeinsparungen in Höhe von 1,03 GWh/Jahr erwartet. Bei gemeinsamen Lieferungen des Sozialunternehmens verringert sich das Liefervolumen um zwei Drittel (2200 Lieferungen, wenn jede Schule getrennt beliefert wird; ungefähr 700 Lieferungen, wenn die Dienstleistungen des Sozialunternehmens in Anspruch genommen werden). Diese Vorgehensweise hat Geschäftsmöglichkeiten für kleine Erzeuger aus der Umgebung eröffnet und zu einer Senkung der logistischen Kosten geführt. Im Rahmen dieser Regelung liefern derzeit mehr als 30 Kleinerzeuger von ökologischem Gemüse, Obst und ökologischen Milcherzeugnissen Lebensmittel im Wert von etwa 170 000 EUR pro Jahr.
- Weitere Vorteile sind die Gründung der Käufergruppe, was zu Kostensenkungen bei der Beschaffung und der Auftragsverwaltung führte, sowie die vom Sozialunternehmen erbrachten Dienstleistungen wie medizinische und soziale Unterstützung für seine Beschäftigten.
- In Frankreich ist die Bekämpfung der Lebensmittelverschwendung ein politisches Ziel. Mit diesem Projekt wird das Bewusstsein der Schüler für die Bedeutung der Verringerung der Lebensmittelverschwendung und der nachhaltigen Entwicklung geschärft.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Dies war ein erfolgreiches Modell für die Festlegung eines gemeinsamen und globalen Einkaufskonzepts für den Lebensmittel- und Verpflegungsdienstleistungssektor, das die drei Säulen der nachhaltigen Entwicklung umfasst, nämlich Umwelt, Soziales und Wirtschaft.
- Der Ansatz hat die Bedürfnisse der Anbieter von Dienstleistungen im Bereich Agrarlebensmittel wirksam mit dem Versorgungsbedarf verschiedener Käufer verknüpft, indem einem Sozialunternehmen ein vorbehaltener Auftrag erteilt wurde.
- Das Département Vendée erwägt nun eine Ausweitung des Programms auf andere Käufer (Altersheime, Schulen und Gemeinden). Seit 2016 verfolgt das Département Vendée einen ähnlichen Ansatz bei der Beschaffung von Fisch und Fleisch.
- Das Projekt wurde in Europa (über RESECO, am Projekt beteiligt) und in Frankreich insbesondere von einer E-Community publik gemacht, die sich mit Verpflegungsdienstleistungen befasst und von RESECO und CNFPT (Centre National de la Fonction Publique Territoriale) verwaltet wird: <https://e->

communautes.cnfpt.fr/alimentation-restauration-collective. Das ist eine Organisation, die verschiedene Akteure technischer und rechtlicher Ausrichtung miteinander verbindet.

Ansprechpartner

Mickaël TESSIER, Rechtsexperte für Ausschreibungen für das Département Vendée, mickael.tessier@vendee.fr

19. Sozial verantwortliche Beschaffung von Lebensmitteln und Getränken durch die Stadt Oslo

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Oslo, Norwegen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Oslo hat 50 Agenturen. Jede ist für ihre eigenen Beschaffungen zur Unterstützung des täglichen Betriebs verantwortlich. Die Agentur für Verbesserung und Entwicklung (AID) ist die zentrale Beratungsstelle für die Auftragsvergabe. Die AID bereitet die agenturübergreifenden Rahmenvereinbarungen der Stadt vor, verwaltet diese und bietet allen Agenturen Orientierungshilfe, Standardverträge sowie Schulungs- und Beratungsdienste an.

Im Zeitraum 2017-2018 hat die AID Aufträge für drei Rahmenvereinbarungen über Lebensmittel und Getränke, Obst und Gemüse sowie Milcherzeugnisse vergeben. Neben umfassenden Umweltauflagen, einschließlich der Forderung nach ökologischen Alternativen, verwendete die Stadt Oslo eine Reihe sozialer Kriterien und Auftragsklauseln, um die Achtung grundlegender Menschen- und Arbeitnehmerrechte in den Lieferketten für landwirtschaftliche Erzeugnisse zu gewährleisten, die in dieser Hinsicht mit einem hohen Risiko behaftet sind.

Die Stadt verwendet in allen Aufträgen, bei denen Produktionsprozesse das Risiko negativer Auswirkungen auf die internationalen Menschen- und Arbeitnehmerrechte bergen, soziale Kriterien. Die derzeitigen Anforderungen an die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge stehen im Einklang mit den wichtigsten internationalen Rahmenwerken wie den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und dem OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht für verantwortliches unternehmerisches Handeln.

Gegenstand

Beschaffung von Lebensmitteln und Getränken, einschließlich Obst, Gemüse und Milcherzeugnissen für verschiedene Einrichtungen und Dienstleistungen der Stadt Oslo, z. B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Altersheime usw.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Diese Auftragsvergabe wurde im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens durchgeführt.

Auswahlkriterien:

Um als potenzieller Lieferant für die Stadt Oslo angesehen zu werden, musste das Unternehmen das Qualitätsmanagement und ein geeignetes Rückverfolgbarkeitssystem dokumentieren, um die Einhaltung der Sozialklauseln in der gesamten Lieferkette zu belegen.

Spezifikationen:

- Fairtrade-Kaffee (der gesamte Kaffee muss als „fairtrade“ zertifiziert sein und das Gütezeichen „Fairtrade“ oder ein gleichwertiges Gütezeichen aufweisen)
- Fairtrade-Bananen (alle Bananen müssen als „fairtrade“ zertifiziert sein und das Gütezeichen „Fairtrade“ oder ein gleichwertiges Gütezeichen aufweisen)

Zuschlagskriterien:

- Für andere Erzeugnisse aus fairem Handel wurden Punkte vergeben (andere Produkte, die als fairtrade angeboten werden, müssen als Fairtrade, UTZ oder gleichwertig gekennzeichnet sein)

Bedingungen für die Auftragsausführung:

- Der Auftrag enthält die Standardklauseln von Oslo für die soziale Auftragsausführung (siehe nachstehende Beschreibung unter „Instrument“)

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Im Jahr 2017 wurde im Rahmen des Dialogs mit internen und externen Interessenträgern eine neue Strategie für die Vergabe öffentlicher Aufträge entwickelt. Sie baut auf Nachhaltigkeitsgrundsätzen auf. Das Hauptziel besteht darin, dass Oslo angemessene und kostenwirksame Beschaffungsverfahren durchführt, die sowohl kurz- als auch langfristig tragfähige und nachhaltige Lösungen bieten. Die Teilziele sehen vor, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge dazu beitragen soll, Oslo zu einer grüneren, sozial integrativeren und innovativeren Stadt zu machen, die ihren Bewohnern, Unternehmen und ihrer Industrie Lösungen und Dienstleistungen bietet, die ihrem gegenwärtigen und künftigen Bedarf entsprechen. Teilziel 3 befasst sich mit sozialen Aspekten der Auftragsvergabe und enthält strategische Leitlinien, in denen festgelegt ist, dass „die Stadt keinen Anbietern Aufträge erteilen darf, die mit Verletzungen grundlegender Menschenrechte, der Kernübereinkommen der IAO oder des Völkerrechts, dem Norwegen aufgrund von UN-Resolutionen unterliegt, in Verbindung gebracht werden können“. Weiter wird festgestellt: „Die Stadt Oslo muss aktiv dafür sorgen, dass die globalen Lieferketten der Stadt die grundlegenden Menschenrechte, die Kernübereinkommen der IAO und die internationalen Regeln, denen Norwegen durch UN-Resolutionen unterliegt, schützen.“ Schließlich: „Die Stadt muss Produktgruppenmanagement (strategisches Management von Produktgruppen im Rahmen von Handelspartnerschaften) nutzen, um den Anteil der Fairtrade-Produkte zu erhöhen.“

Verordnung des Stadtrats gegen Kinderarbeit: Die erste Verordnung des Stadtrates von Oslo gegen Kinderarbeit wurde 1996 angenommen. Ihre Bestimmungen wurden in einer begrenzten Anzahl von Aufträgen angewandt. Im Jahr 2005 wurde sie auf alle Standardaufträge für Waren ausgeweitet, bei denen ein hohes Risiko von Verletzungen der Menschen- und Arbeitnehmerrechte besteht.

Das „Oslo-Modell“: Im Jahr 2012 beantragte Oslo den Beitritt zu der Initiative „Global Compact“ der Vereinten Nationen. Es wurde eine überarbeitete Verordnung über die Umsetzung der zehn Prinzipien bei der Auftragsvergabe angenommen. Sie enthielt auch eine verstärkte Standardklausel für die soziale Auftragsausführung und soziale Auswahlkriterien. Die Klausel und die Kriterien wurden in allen mit hohem Risiko verbundenen Aufträgen über Warenlieferungen verwendet. Mit der jüngsten, als „Oslo-Modell“ bekannten Verordnung, die 2017 angenommen wurde, werden die sozialen Anforderungen weiterentwickelt und gestärkt und ihre Anwendung auf Dienstleistungs- und Bauaufträge ausgeweitet, die mit einem hohen Risiko behaftete Produkte wie Baustoffe umfassen.

Ethical Trade Norway: 2017 wurde Oslo Mitglied bei Ethical Trade Norway. Ethical Trade Norway ist eine Multi-Stakeholder-Initiative, die von NRO, Gewerkschaften, Unternehmen und dem norwegischen Unternehmensverband vertreten wird. Die Initiative ist ein Ressourcenzentrum und setzt sich für ethische Handelspraktiken ein. Durch seine Mitgliedschaft bei Ethical Trade Norway möchte Oslo sein Engagement signalisieren, durch die Vergabe öffentlicher Aufträge auf den ethischen Handel hinzuarbeiten. Die Stadt ermutigt ihre Lieferanten und Partner, ethischen Handel zu betreiben.

Fairtrade-Stadt: Oslo ist auch eine Fairtrade-Stadt. Es wurde ein Lenkungsausschuss eingerichtet, der sich aus Vertretern der Stadt, von Unternehmen und NRO zusammensetzt und Maßnahmen ergreift, um fairen Handel²² bei den wichtigsten Maßnahmen der Stadt, einschließlich der Auftragsvergabe, und unter den Bürgern Oslos zu fördern. Der wichtigste Schritt in diesem Bereich in den letzten zwei Jahren war das

²² Der Begriff „fairtrade“ oder „fairer Handel“ bezieht sich auf Handelsbedingungen, die gewährleisten, dass die in den Lieferketten der erworbenen Güter beschäftigten Arbeitnehmer menschenwürdige Arbeitsbedingungen haben und mindestens den derzeitigen Mindestlohn erhalten und dass die Hersteller gute Handelsbedingungen haben, da sie einen Mindestpreis für ihre Produkte erhalten.

Produktgruppenmanagement, um den Anteil der von der Stadt beschafften zertifizierten Produkte aus fairem Handel zu erhöhen.

Überprüfung

Die Lieferanten müssen aktive Maßnahmen zur Förderung der internationalen Menschenrechte ergreifen und sicherstellen, dass die Arbeitsbedingungen in der gesamten Lieferkette zumindest mit den grundlegenden Menschenrechten, den Kernübereinkommen der IAO und den einschlägigen nationalen arbeitsrechtlichen Vorschriften in den Erzeugerländern im Einklang stehen. Es wurden die folgenden Überprüfungsverfahren verwendet:

- Selbstbewertungsformular, das 2018 ausgefüllt wurde
- Interner Überwachungsprozess 2019-2020
- Koordinierter Überwachungsprozess 2019-2020: Die Stadt Oslo leitet gemeinsam mit einer Reihe anderer norwegischer Behörden ein Expertenteam für die koordinierte Überwachung sozialer Kriterien in Aufträgen über Lebensmittel und Getränke. Dies ist Teil eines Projekts, das von Ethical Trade Norway initiiert und geleitet wurde. Ziel ist es, die Wirksamkeit des Überwachungsprozesses hervorzuheben, da mehrere große Behörden ihre Anstrengungen in Richtung gemeinsamer Lieferanten bündeln, und eine Ressourcenersparnis sowohl bei den Behörden als auch bei den Lieferanten zu erreichen

Im Falle der Nichteinhaltung würde die Stadt Oslo den Lieferanten zunächst warnen und dann Strafen verhängen, wie sie dies bei anderen Aufträgen getan hat. Die Stadtverwaltung hat zweimal mit der Kündigung anderer Aufträge gedroht. Im ersten Fall erfolgte dies nach einer Kontrolle durch Dritte in einer Produktionsstätte für Arbeitskleidung in China. Im zweiten Fall wurde die Warnung nach einer Kontrolle durch Dritte im Hauptbüro eines ehemaligen Lieferanten medizinischer Ausrüstung in Norwegen ausgesprochen. In beiden Fällen führten die Lieferanten jedoch Abhilfemaßnahmen durch, die von der Verwaltung genau dokumentiert und genehmigt wurden. Bisher musste noch nie ein Auftrag allein aufgrund eines Verstoßes gegen Sozialklauseln des Auftrags im Zusammenhang mit globalen Lieferketten gekündigt werden. Die Kommunalbehörde ist jedoch berechtigt, einen Auftrag wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz gegen Kinderarbeit oder gegen andere grundlegende Arbeitnehmer- und Menschenrechtsgesetze zu kündigen, selbst wenn Lieferanten Abhilfemaßnahmen ergreifen.

Auftragswert

Der geschätzte jährliche Auftragswert für die drei Auftragsbereiche Lebensmittel und Getränke, Obst und Gemüse sowie Milcherzeugnisse beläuft sich auf 80 Mio. NOK (6,9 Mio. EUR). Im Jahr 2018 belief sich der Gesamtbetrag auf 78 720 462 NOK (6,8 Mio. EUR).

Instrumente

- Artikel 18 Absatz 2 über die Einhaltung der geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Oslo
- Auftragnehmer:
 - Lebensmittel und Getränke – Servicegrossistene AS
 - Obst und Gemüse – Cater Drammen AS
 - Milcherzeugnisse – Tine SA

Soziale Auswirkungen

Durch die Anwendung sozialer Auswahlkriterien hat die Stadt verantwortlichere Lieferanten. Dies führte zu folgenden Ergebnissen:

- Der Anteil der öffentlich beschafften Fairtrade-zertifizierten und ökologischen Bananen stieg in den ersten vier Monaten des Jahres 2019 von 3 auf 50 %.
- Im selben Zeitraum stieg der Anteil von Fairtrade-zertifiziertem Kaffee von 9 auf 13 %.

Dies zeigt, dass zentrale Rahmenvereinbarungen und das Produktgruppenmanagement wirksame Instrumente zur Stärkung des ethischen Handels sind. Die Stadt arbeitet mit Lieferanten zusammen, um den Markt sozial verantwortlicher zu machen und das Angebot an Alternativen aus fairem Handel und ökologischem Anbau zu einem guten Preis zu erhöhen.

Sonstige Vorteile

- Der Anteil der ökologischen Lebensmittel stieg parallel zu Fairtrade-Lebensmitteln ebenfalls an.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

Folgendes werden die nächsten Schritte zur weiteren Verbesserung der sozialen Verantwortung bei der Auftragsvergabe in Oslo sein:

- Berücksichtigung sozialer Zuschlagskriterien, z. B. auf der Grundlage einer Risikobewertung ausgewählter Produkte
- Berücksichtigung progressiver sozialer Auftragsausführungsklauseln, wie etwa ein steigender Anteil an anderen ausgewählten Fairtrade-Produkten während der Auftragslaufzeit

Ansprechpartnerin

Katja Khardikova, Koordinatorin für nachhaltige Beschaffung, Stadt Oslo,
katja.khardikova@uke.oslo.kommune.no

20. Verbindliche Klausel über fairen Handel in den Aufträgen der Stadt Madrid

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Madrid, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung und Ziele der Auftragsvergabe

Am 18. Juli 2016 verabschiedete die Stadt Madrid eine Verordnung über die Aufnahme verbindlicher Sozialklauseln in öffentliche Aufträge, Konzessionen und Genehmigungen der Kommunalbehörde.

Die Verordnung verpflichtet öffentliche Stellen, bei ihrer Vergabe öffentlicher Aufträge eine Klausel über den fairen Handel anzuwenden, wonach mindestens ein fair oder verantwortlich gehandeltes Produkt der ausgewählten Produktgruppen in das Angebot aufgenommen werden muss. Die Klausel umfasst ausgewählte Produkte, die bei der Beschaffung von Lebensmitteln für Verpflegungs- und Restaurantdienstleistungen ausgewählt werden.

Die Verordnung war Teil eines umfassenderen Plans der Stadt Madrid zur Förderung eines positiven Umfelds für verantwortlichen Konsum und fairen Handel, der bereits in der Kommunalverordnung von 2011 zum Verbraucherschutz (siehe Artikel 48, 49 und 50 über die verantwortliche öffentliche Auftragsvergabe und soziale Kriterien) verankert war.

Im Rahmen der Umsetzungsphase der lokalen Rechtsvorschriften wurden Online-Module und Beispiele für die Unternehmen bereitgestellt, die bei einer öffentlichen Ausschreibung ein Angebot abgeben wollten (siehe Abschnitt „Überprüfung“). Ziel der Bestimmung war es, das Verfahren für alle Unternehmen reibungsloser und zugänglicher zu gestalten.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Verordnung sieht vor, dass eine Klausel über den fairen Handel in den Gegenstand der Ausschreibung, ihren Titel und ihre Bekanntmachung aufgenommen wird. Die obligatorische Aufnahme der Fairtrade-Klausel kann je nach den Merkmalen der Auftragsvergabe entweder als besondere Ausführungsklausel des Auftrags oder als Zuschlagskriterium erfolgen. Die Bereitstellung eines Gütezeichens (siehe Abschnitt über Referenzstandards) oder eines gleichwertigen Gütezeichens wird für die Auftragsvergabe als unbedingt notwendig erachtet. Bei den Zuschlagskriterien können für fairen Handel bis zu 10 % der Gesamtpunktzahl vergeben werden. Das Gesetz definiert und unterscheidet Fairtrade-Produkte nach dem Konzept des fairen und verantwortlichen Handels wie folgt:

- Der Begriff „fair“ bezieht sich auf die Achtung der Arbeitnehmerrechte und den Umweltschutz im Einklang mit dem Bericht des Europäischen Parlaments über fairen Handel und Entwicklung 2005/2245.
- Der Begriff „verantwortungsbewusst/verantwortlich“ bezieht sich auf denselben Bericht 2005/2245 des Europäischen Parlaments. Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff des verantwortlichen Handels keine Vorgaben für einen Mindestpreis und für die Gewährung einer Fairtrade-Prämie an die Erzeuger umfasst. Es ist somit eine weniger strenge Definition als die für fairen Handel.

Die folgenden Erzeugnisse fallen unter die Verordnungen: Kaffee, Tee oder andere teeähnliche Erzeugnisse, Zucker, Bonbons, Kekse, Kakao und Schokoladerzeugnisse. Bei diesen Produkten sollten bei Verpflegungsdienstleistungen, in Restaurants, Cafeterien, Kantinen und Verkaufsautomaten die Kriterien des fairen Handels erfüllt werden. In diesen Fällen muss mindestens eines dieser Erzeugnisse zu 100 % fair oder verantwortlich sein.

Die Klausel ist auch für geringfügige Aufträge verbindlich. Nach spanischem Recht decken geringfügige Aufträge besondere Bedürfnisse oder Maßnahmen ab, die im Laufe der Zeit nicht systematisch wiederholt werden, und ihr geschätzter Wert sollte 15 000 EUR nicht übersteigen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Verordnung über faire Handelspraktiken für Kommunalbehörden war Teil einer umfassenderen Initiative zur Verbesserung des fairen Handels in Spanien. Zwischen 2000 und 2016 stiegen die Gesamtausgaben für Fairtrade-Produkte von 10 Mio. EUR auf 40 Mio. EUR an. Zur Unterstützung dieser Entwicklung haben sich die nationale Regierung und die Kommunalbehörden verpflichtet, das Bewusstsein der Bürger für dieses Thema zu schärfen und die öffentlichen Ausgaben für einen fairen und verantwortlichen Handel zu erhöhen. Die Stadtverordnung von 2016 wurde im Rahmen der Förderung des verantwortlichen Handels erlassen, wie sie in der Kommunalverordnung der Stadt Madrid aus dem Jahr 2011 zum Verbraucherschutz festgelegt wurde.

Als Referenz für die Definition eines Fairtrade-Produktes sieht die Verordnung die Verpflichtung zur Einbindung folgender Normen und Organisationen vor:

- World Fair Trade Organisation: die führende Organisation, die im Bereich der Überprüfung und Standardisierung des fairen Handels tätig ist
- Fairtrade: internationale Fairtrade-Organisation, die an Produzenten und Unternehmen, die internationalen Standards entsprechen, ein FAIRTRADE-Siegel vergibt
- Naturland Fair: internationale Organisation des ökologischen Landbaus, die in 58 Ländern weltweit tätig ist
- EcoCert: internationaler Nachhaltigkeitsverband, der Zertifizierungen für fairen Handel erteilt, einschließlich nachhaltiger Landwirtschaft und verantwortlicher Beschaffung
- Fair for Life: internationale Fairtrade-Organisation mit Schwerpunkt auf Menschenrechten und fairen Arbeitsbedingungen
- Símbolo de Pequeños Productores: internationales Netz kleiner und mittlerer ökologischer Erzeuger, die hauptsächlich in lateinamerikanischen Ländern tätig sind
- Rainforest Alliance Certified: Zertifizierung der ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit des Produkts
- UTZ certified: Gütezeichen für die Nachhaltigkeit der gesamten Lieferkette
- Andere Gütezeichen und Organisationen mit einem vergleichbaren Ziel und Zweck

Überprüfung

- Der Bieter bestätigt über ein Online-Modul der Verwaltung von Madrid, dass er ein Fairtrade-Produkt verwendet. Die Überprüfung erfolgt in der Zuschlagsphase.
- Während des Ausschreibungsverfahrens können Unternehmen eine Vorlage und Beispiele zu Rate ziehen, die das Ausfüllen der Unterlagen erleichtern.
- Aufgrund der Neuheit des Verfahrens sowohl für das Verwaltungspersonal als auch für die Unternehmen, denen Aufträge erteilt wurden, bot die Stadt Madrid ihren Mitarbeitern spezielle Schulungen zu fairen Handelspraktiken an.

Rechtsinstrument

- Artikel 43 (Gütezeichen) der Richtlinie 2014/24/EU

- Erlass der Stadtverwaltung von Madrid vom Juli 2016 zur Umsetzung eines nationalen Rahmenerlasses des Wirtschaftsministeriums über die Aufnahme von Sozialklauseln in die öffentliche Auftragsvergabe der Kommunalbehörden von Madrid (19. Januar 2016). Die Bestimmungen wurden anschließend in dem Gesetz über die öffentliche Auftragsvergabe vom November 2017 zur Umsetzung der Richtlinie 2014/24/EU verankert.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Madrid (Abteilung Beschaffung und Dienstleistungen sowie Abteilung Wirtschaft, Innovation und Beschäftigung)
- Bieter und Auftragnehmer

Soziale Auswirkungen

- Die Verordnung hat dazu geführt, dass Unternehmen und Kommunalbehörden bei ihren Verpflegungsdienstleistungen der Nutzung von fairen und verantwortlichen Produkten mehr Beachtung schenken. Bei den unter die Verordnungen fallenden Produkten wirkt sich der Verbrauch von Fairtrade-Produkten am stärksten aus: 2016 entfielen 43 % aller Fairtrade-Verkäufe auf Kaffee, gefolgt von Zucker und Süßwaren (40 %), Tee (3 %) und anderen Nahrungsmitteln (7 %).
- Die Verordnung hat somit die sozialen Bedingungen der Arbeitnehmer im Bereich der Erzeugung von Kakao, Tee und Zucker verbessert, indem sie Erzeugnisse auf der Grundlage eines Gütezeichens für fairen Handel auswählte. Im Zeitraum 2016–2018 wurden von den Kommunalbehörden von Madrid 126 Aufträge vergeben, die Klauseln über den fairen oder verantwortlichen Handel enthielten. Im Jahr 2018 waren es 46. Dies schließt Aufträge für 47 Kindergärten mit Verpflegungsdiensten ein.

Gewonnene Erkenntnisse und weiteres Vorgehen

- Die Stadt Madrid hat konsequent Fairtrade-Gütezeichen verwendet, um die positiven sozialen Auswirkungen der lokalen Verwaltung zu verstärken.
- Städtische Beamte haben betont, wie wichtig eine computergestützte Überwachung für die wirksame Ausführung der Aufträge ist, da eine große Anzahl an Auftragnehmern und Produkten betroffen ist. Für eine wirksame Beschaffung nach ethischen Grundsätzen und nach Grundsätzen des fairen Handels sowie für eine Ausweitung des Anwendungsbereichs der Gütezeichen wäre darüber hinaus die Standardisierung dieser Gütezeichen eine dringende Maßnahme.
- Aufgrund des Erfolgs der Initiative erwägt der Stadtrat derzeit, die Palette der Produkte auf der Liste für fairen Handel zu erweitern.

Ansprechpartner

Maria Sanchez Rebollo, Generaldirektion für Auftragsvergabe und Dienstleistungen, rebollosmc@madrid.es
(Hauptansprechpartnerin)

Angel Rodrigo Bravo, Stadt Madrid, Dg.contraser@madrid.es (zweiter Ansprechpartner)

21. Die Aufteilung in Lose für vorbehaltene Aufträge mit komplexer Budgetstruktur

Stand: Abgeschlossen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Korfu, Griechenland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Anfang der 2000er-Jahre und als Ergebnis der Reform des Systems für psychische Gesundheit wurde das soziale Unternehmertum für die soziale und berufliche Eingliederung von Menschen mit psychosozialen Problemen in Korfu stark gefördert. In diesem Zusammenhang hat die Stadt Korfu ein hohes Maß an Bewusstsein in Bezug auf „soziale Einkäufe“ erreicht und wichtige Erfahrungen im Hinblick auf die Nutzung vorbehaltener Ausschreibungen für Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung gesammelt.

In diesem bestimmten Fall sollte die soziale Einkaufstätigkeit der Stadt ausgeweitet werden, indem die Verpflegungsdienstleistungen für zwei verschiedene kommunale Einrichtungen mit unterschiedlichen Finanzierungsquellen (eine Bildungseinrichtung, die durch einen Zuschuss des griechischen Innenministeriums an die Stadt finanziert wurde, und eine Sozialeinrichtung, die im Rahmen eines NSRP-Projekts aus EU-Mitteln und nationalen Mitteln kofinanziert wird) im Rahmen einer einzigen vorbehaltenen Ausschreibung vergeben werden.

Gegenstand

Bereitstellung von Schulessen für die Musikschule Korfu und Bereitstellung vorbereiteter Mahlzeiten für Frauen und Kinder in dem Sozialwohnheim von Korfu für Opfer häuslicher Gewalt

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Ausschreibung wurde am 28. Dezember 2017 von der Stadt Korfu als vorbehaltene Ausschreibung für Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung ausschließlich auf der Grundlage des Kriteriums der Kosten (niedrigster Preis) eingeleitet. Die Aufforderung zur Angebotsabgabe wurde objektiv abgegrenzt, und es wurde klar festgelegt, dass sie allen in Griechenland oder in einem anderen Mitgliedstaat ansässigen Sozialunternehmen offensteht, die in der Gastronomie tätig sind und bei denen mindestens 30 % der Beschäftigten Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Arbeitnehmer sind.

Die Besonderheit dieser Ausschreibung war die Initiative der Vergabestelle, den Auftrag in Lose aufzuteilen, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich daraus ergaben, dass diese beiden kommunalen Einrichtungen über unterschiedliche Finanzierungsquellen verfügten (unterschiedliche Laufzeit, unterschiedliche Zahlungsmodalitäten usw.). Die beiden Lose wurden wie folgt definiert:

- Los 1: Verpflegungsdienstleistungen für die Musikschule Korfu für einen Zeitraum ab dem Datum der Auftragsunterzeichnung bis zum 31. Dezember 2018 oder später, falls Vorräte übrigbleiben bleiben sollten (und bis zum Aufbrauchen der Vorräte)
- Los 2: Verpflegungsdienstleistungen für die Mahlzeiten, die Frauen und Kindern in dem Kommunalen Wohnheim für Opfer häuslicher Gewalt zur Verfügung gestellt werden, für den Zeitraum vom Datum der Auftragsunterzeichnung bis zum Abschluss des kofinanzierten Projekts am 31. November 2018

Der öffentliche Auftraggeber hat in der Bekanntmachung angegeben, dass Angebote für ein Los oder für beide Lose eingereicht werden können.

In der Phase der Auftragsvergabe wurde nur ein Angebot eingereicht. Bieter war KoiSPE Corfu New Horizons, ein lokales Sozialunternehmen für berufliche Eingliederung von Personen mit psychosozialen Problemen, das in

großem Umfang im Gastronomiebereich tätig war. Das Ausbleiben von mehr Bietern sollte den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Art der angebotenen Dienstleistungen (frische Mahlzeiten) in Verbindung mit der geografischen Lage der Insel Korfu zugeschrieben werden, da Unternehmen mit Sitz außerhalb Korfus hätten sicherstellen müssen, dass täglich frische Mahlzeiten per Boot (mindestens 1,5 Stunden) vom Festland aus geliefert werden.

Der Auftrag wurde an den einzigen Bieter, KoiSPE Corfu New Horizons, vergeben. Der Dienstleister hat die Dienstleistungen vollständig und auftragsgemäß erbracht.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Sozialpolitisches Ziel war es, für Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung den Zugang zum lokalen Auftragsmarkt durch eine einzige vorbehaltene Ausschreibung zu verbessern, die trotz ihrer unterschiedlichen Finanzierungsquellen den Beschaffungsbedarf für mehrere kommunale Einrichtungen abdeckt.

Überprüfung

Die Überprüfung des Zwecks der beruflichen Eingliederung und des erforderlichen Anteils benachteiligter Arbeitnehmer erfolgt sowohl während der Ausschreibungsphase als auch während der Auftragsausführung. Die Bieter (und später der Auftragnehmer) werden vom öffentlichen Auftraggeber aufgefordert, einschlägige Bescheinigungen der zuständigen Behörden vorzulegen. In Griechenland werden diese Bescheinigungen vom Register für Sozialunternehmertum des Ministeriums für Arbeit und Soziales und (insbesondere für KoiSPEs) von der Direktion für psychische Gesundheit des Gesundheitsministeriums ausgestellt.

Der Auftrag wurde für Los 1 bis Ende Dezember 2018 und für Los 2 bis Ende November 2018 erfolgreich ausgeführt.

Auftragswert

Der Gesamtauftragswert für beide Lose betrug 177 653 EUR ohne MwSt., wobei Los 1 einen Wert von 113 243 EUR und Los 2 einen Wert von 64 410 EUR hatte.

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) und Artikel 46 (Unterteilung von Aufträgen in Lose) der Richtlinie 2014/24/EU
- Umgesetzt durch Artikel 20 und 59 des griechischen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen Nr. 4412/2016

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Korfu
- Auftragnehmer: KoiSPE Corfu New Horizons, ein Sozialunternehmen der Rechtsform KoiSPE (Soziale Genossenschaft mit beschränkter Haftung) mit Sitz in Korfu, das auf die berufliche Eingliederung von Menschen mit psychosozialen Problemen spezialisiert ist
- Unterstützende Akteure: EAADHSY, die unabhängige griechische Behörde für das öffentliche Auftragswesen (die für die Prüfung und Anleitung der nationalen Vergabebehörden zuständig ist) und die Region Ionisches Meer (über ihre spezielle regionale Verwaltungsbehörde zuständig für die Verwaltung des operationellen Regionalprogramms des NSRP) gaben der Stadt technische Unterstützung und Beratung im Hinblick auf die Komplexität der verschiedenen Finanzierungsquellen des Auftrags. Ihr positiver Ansatz und die Zusammenarbeit trugen zum Erfolg dieser Bemühungen bei

Soziale Auswirkungen

Der erfolgreiche Bieter, KoiSPE Corfu New Horizons, hat 234 Mitglieder (Fachkräfte im Bereich der psychischen Gesundheit und Menschen mit psychosozialen Problemen) und führt ein breites Spektrum unternehmerischer

Tätigkeiten durch, wie Verpflegungsdienstleistungen, Reinigungsdienste, Lebensmittelherstellung und -verarbeitung, Parkplatzmanagement und die Pflege von Freiflächen. Das Unternehmen beschäftigt 85 Personen, von denen 60 Menschen mit psychischen Erkrankungen sind. Daher liegt der Anteil der Arbeitnehmer mit Behinderungen bei über 70 % und übersteigt den im Angebot festgelegten Mindestanteil von 30 %.

Die sozialen Auswirkungen dieser spezifischen Aufforderung wurden nicht gemessen. Das Unternehmen KoiSPE Corfu New Horizons hat jedoch (durch eine externe Bewertung, die von unabhängigen Sachverständigen durchgeführt wurde – ein Psychiater und ein Personalexperte) die sozialen Auswirkungen seiner wirtschaftlichen Tätigkeit in den letzten fünf Jahren (2014–2018) gemessen, wovon etwa die Hälfte auf die Ausführung öffentlicher Aufträge entfällt. Den vorliegenden Daten zufolge hat KoiSPE Corfu New Horizons unter anderem die folgenden sozialen Auswirkungen auf die Gesundheit und das Wohlbefinden der von dem Unternehmen beschäftigten Menschen mit psychischen Erkrankungen erzielt:

- deutliche Verringerung der Rückfälle (- 35 %)
- deutliche Verbesserung der Kommunikationsindikatoren am Arbeitsplatz (+ 25 %)
- Verringerung des Bedarfs an psychiatrischen Dienstleistungen
- berufliche und soziale Integration
- Verbesserung des Stressmanagements
- Verbesserung der Lernfähigkeit
- beträchtliche Unterstützung im Hinblick auf das Einkommen

Die Wirtschaftstätigkeit von KoiSPE Corfu New Horizons hat generell auch zur lokalen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Insel beigetragen, wodurch folgende Vorteile erzielt wurden:

- Sensibilisierung der Gemeinschaft
- Nachhaltigkeit des lokalen sozialen Unternehmertums
- Entwicklung bewährter Verfahren für andere gefährdete Gruppen
- Gesunkener Bedarf an Dienstleistungen aus den lokalen Subsystemen Gesundheit und Sozialfürsorge

Sonstige Vorteile

- Der Fall hat ein hohes Nachahmungspotenzial für andere öffentliche Auftraggeber in Griechenland und anderen Ländern, die Projekte im Rahmen des NSRP durchführen – insbesondere auf regionaler Ebene.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

Dieser Fall war eine mutige Anstrengung einer kleinen lokalen Kommunalbehörde ein komplexeres Modell für vorbehaltene Ausschreibungen anzuwenden. Die wichtigsten Erkenntnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Eine soziale Auftragsvergabe kann erfolgreich durchgeführt werden, auch wenn das Budget für den Auftrag komplexe Finanzierungsquellen aufweist.
- Die Aufteilung eines Auftrags in Lose ist ein intelligenter Ansatz, der nicht nur dazu genutzt werden kann, Sozialunternehmen den Zugang zum Markt für öffentliche Aufträge zu erleichtern, sondern auch, um in komplexen Fällen der Auftragsvergabe Flexibilität zu bieten.
- Da die größte Herausforderung in solchen Fällen darin besteht, dass sich alle an der Finanzierung des Budgets für den Auftrag beteiligten Parteien trotz der verschiedenen Finanzierungsmechanismen auf die Verwendung einer einzigen vorbehaltenen Ausschreibung einigen, ist die enge Zusammenarbeit

zwischen der Vergabebehörde und der für den NSRP zuständigen Verwaltungsbehörde der Schlüssel zum Erfolg. Die Befugnisübertragung durch die nationalen Vergabeprüfer kann ebenfalls von entscheidender Bedeutung sein.

Die wichtigste künftige Herausforderung besteht darin, die lokalen Vergabebehörden und die für den NSRP zuständigen regionalen Verwaltungsbehörden für die gestraffte Förderung der sozialen Auftragsvergabe bei öffentlichen Aufträgen im Zusammenhang mit von der EU kofinanzierten Projekten zu sensibilisieren.

Ansprechpartner

Mr. Athanasios Papavlassopoulos, Generaldirektor von KoiSPE Corfu New Horizons, thanassiou@yahoo.gr und koi-spekerk@yahoo.gr

22. Vorbehaltene Aufträge für die berufliche Eingliederung zur Erreichung mehrerer Nachhaltigkeitsziele

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Föderaler Öffentlicher Programmierungsdienst Sozialeingliederung, Armutsbekämpfung, Sozialwirtschaft und Politik der Großstädte (ÖPD SE), BELGIEN (<https://www.mi-is.be>)

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Der ÖPD SE ist eine föderale öffentliche Agentur Belgiens, deren Aufgabe es ist, durch die Konzipierung, Umsetzung, Bewertung und Weiterverfolgung einer integrativen föderalen Politik für soziale Integration, allen in Armut lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu garantieren. In diesem Zusammenhang ist der ÖPD SE auch für die Verwaltung des operationellen Programms des FEAD (Europäischer Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen) in Belgien zuständig, der bedürftigen Menschen Nahrungsmittelhilfe bietet. Als nationale Verwaltungsbehörde des FEAD beschafft der ÖPD SE alle Lebensmittel, die kostenlos an Menschen verteilt werden, die unterhalb der Armutsgrenze leben.

Im vorliegenden Fall verfolgte die Vergabebehörde drei Ziele:

1. Sicherstellen gesunder und nahrhafter Produkte für die am stärksten benachteiligten Menschen in Belgien
2. Beitrag zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung, indem die Verwendung unverkaufter Gemüseüberschüsse als Ausgangsmaterialien vorgeschrieben wird
3. Verstärken der beruflichen Eingliederung benachteiligter Arbeitnehmer, indem das Vergabeverfahren für Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung vorbehalten wird

Gegenstand

Zubereitung, Verpackung und Transport von Suppen, die aus Gemüseüberschüssen zubereitet wurden, zu vorher festgelegten Lagerräumen. Die Suppe wäre eines der Lebensmittel, die im Rahmen des belgischen nationalen FEAD-Programms kostenlos an die am stärksten benachteiligten Personen verteilt werden.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Vergabeverfahren wurde 2018 von der ÖPD SE als Verhandlungsverfahren eingeleitet, das geschützten Werkstätten und Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten ist, deren Hauptzweck die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder von benachteiligten Personen ist. Der Auftragswert lag unter dem EU-Schwellenwert, und die Anwendung dieses Verfahrens ermöglichte es den Bietern, ihr Angebot an die Erwartungen des öffentlichen Auftraggebers anzupassen und über den Preis zu verhandeln, falls dieser das verfügbare Budget überstieg.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wurde objektiv abgegrenzt: Sozialunternehmen aller Art für die berufliche Eingliederung, die ihren Sitz entweder in Belgien haben und die in Artikel 59 des Gesetzes vom 26. März 1999 festgelegten Kriterien für die „Eingliederung in die Sozialwirtschaft“ erfüllen (in Bezug auf den belgischen Aktionsplan für Beschäftigung von 1998), oder die ihren Sitz in einem anderen Mitgliedstaat oder einem Land haben, das Vertragspartei des Übereinkommens über das öffentliche Beschaffungswesen ist und gleichwertige Kriterien nach den einschlägigen nationalen Rechtsvorschriften erfüllen.

Angesichts der Komplexität und des innovativen Charakters dieser bestimmten Ausschreibung veranstaltete die Vergabestelle vor Ablauf der Frist für die Einreichung der Angebote eine Informationssitzung für potenzielle Bieter.

Die Zuschlagserteilung erfolgte auf der Grundlage des wirtschaftlich günstigsten Angebots, das dem besten Preis-Leistungs-Verhältnis entsprach, das anhand zweier Kriterien ermittelt wurde:

1. Vorgeschlagener Preis je Einheit des Endprodukts (70 % der Gesamtpunktzahl)
2. Beschreibung des vorgeschlagenen Ansatzes für die Auftragsausführung (30 % der Gesamtpunktzahl), einschließlich dreier Unterkriterien:
 - Zuverlässigkeit der vorgeschlagenen Quelle für die Gemüseüberschüsse
 - Vertrauenswürdigkeit des vorgeschlagenen Herstellungsverfahrens für die Suppe
 - Vertrauenswürdigkeit des vorgeschlagenen Lieferzeitplans des Produkts in die von der den Zuschlag erteilenden Behörde angegebenen Lagerräume

Während der Beschaffungsphase wurde nur ein Angebot von einem Konsortium mehrerer Sozialunternehmen eingereicht, das schließlich den Zuschlag erhielt. Das Ausbleiben von weiteren Angeboten ist darauf zurückzuführen, dass die technischen Spezifikationen für die Dienstleistungen sehr anspruchsvoll waren (strenge technische Spezifikationen für Lebensmittel, strikte Lieferfristen, Lieferungen in gekühlter Umgebung usw.), die die Kapazitäten anderer Akteure der Sozialwirtschaft überstiegen.

Das erfolgreiche Konsortium hat die Dienstleistungen im Zeitraum Oktober 2018 bis Juli 2019 fachgerecht und auftragsgemäß erbracht.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das sozialpolitische Ziel dieser Beschaffung war, wie in der Ausschreibung klar dargelegt, die Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung von Menschen mit Behinderungen oder Benachteiligungen. In Flandern gehören zu den Beschäftigten von Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung Personen mit (leichten) geistigen oder körperlichen Behinderungen und andere Personen, die nicht in der Lage sind, auf dem regulären Arbeitsmarkt zu arbeiten (Menschen mit schweren psychischen Problemen, einschließlich Flüchtlingen, die Traumata erlitten haben, Menschen ohne die erforderlichen sozialen Kompetenzen usw.).

Überprüfung

Zur Überprüfung vor der Zuschlagserteilung gehörte:

- Administrative Anforderungen an die Bieter (Unternehmen der Sozialwirtschaft, Zahlungsfähigkeit usw.)
- Herkunft der Gemüseüberschüsse
- Herstellungs- und Verpackungsmethoden
- Planung der Lieferungen

Die administrativen Anforderungen wurden von den Beschaffungsexperten der Finanzabteilung auf der Grundlage der Informationen überprüft, die in den Finanz- und Steuerdatenbanken (Knuspuntbank) und im Register der anerkannten sozialwirtschaftlichen Unternehmen verfügbar sind. Die Überprüfungen der anderen drei Elemente wurden von der Verwaltungsbehörde des FEAD auf der Grundlage der im Angebot enthaltenen Unterlagen durchgeführt.

Während der Auftragsausführung wurden folgende Überprüfungen durchgeführt:

- Qualitätskontrolle des Produkts
- Qualität der Lieferungen

Die Verwaltungsbehörde des FEAD überprüfte die Qualität der Produkte und der Lieferungen. Im Hinblick auf die Qualität der Produkte werden Proben entnommen und in einem Labor untersucht. In Bezug auf die Qualität der Lieferungen werden zum Zeitpunkt der Lieferung eine oder mehrere stichprobenartige Kontrollen durchgeführt.

Im Rahmen der Überprüfung nach der Lieferung wurden alle Lieferunterlagen mit den Rechnungen abgeglichen, um sicherzustellen, dass die gesamte Menge der Erzeugnisse gemäß der Planung geliefert wurde.

Obwohl es keine „sozialen“ Leistungskriterien gab, legte der ÖPD SE im Einklang mit dem EMAS-Gütezeichen zur Minimierung der Umweltauswirkungen seiner Tätigkeiten eine Reihe von Umweltleistungskriterien fest, wie die Verwendung von Recyclingpapier und die Priorisierung des elektronischen Datenaustauschs zur Reduzierung des Papierverbrauchs.

Auftragswert

Der Gesamtwert des Auftrags belief sich auf 134 500 EUR (ohne MwSt.).

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU
- Umgesetzt durch Artikel 15 des belgischen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen vom 17. Juni 2016

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Öffentlicher Programmierungsdienst Sozialeingliederung (ÖPD SE)
- Auftragnehmer: Konsortium aus zehn Sozialunternehmen unter der Leitung von Trabajo Arbeidskansen vzw.
- Unterstützende Akteure: Der belgische Verband der Lebensmittelbanken unterstützte das Verfahren, indem er die Lieferung des Produkts an seine Räumlichkeiten akzeptierte und es an die FEAD-Partnerorganisationen des ÖPD SE weiterleitete

Soziale Auswirkungen

Im Rahmen dieses ersten Pilotprojekts sollte untersucht werden, wie eine einzige Auftragsvergabe so gestaltet werden könnte, dass die Ziele der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nachhaltigkeit verbessert werden. Der öffentliche Auftraggeber hofft, auf dieser Erfahrung aufzubauen und im nächsten Programmplanungszeitraum 2021–2027 zusammen mit anderen regionalen Behörden ähnliche Projekte im Rahmen des ESF+ zu entwickeln.

Durch das Vorbehalten des Auftrags für geschützte Werkstätten und Beschäftigungsprogramme wurden die sozialen Auswirkungen verstärkt, während das Verhandlungsverfahren genutzt wurde, um die Bieter aufzufordern, ein Produkt zur Vermeidung von Lebensmittelverschwendung (Suppe aus Gemüseüberschüssen) anzubieten. Obwohl die formale Bewertung dieses Prozesses noch nicht abgeschlossen ist, zählt Folgendes zu den wichtigsten Auswirkungen:

- Die Sozialunternehmen hatten die Möglichkeit, ihre Fähigkeit zu testen, frische Lebensmittel nach strengen technischen Spezifikationen zu verarbeiten und in die erforderlichen Ausrüstungen und Systeme zu investieren.
- Das Auftragskonsortium aus zehn Sozialunternehmen beteiligte sich an der Erfüllung dieses Auftrags und wird daher in Zukunft besser für die Zusammenarbeit mit anderen Sozialunternehmen und für die Teilnahme an Ausschreibungen öffentlicher Aufträge geeignet sein.
- Die Vergabebehörde hatte die Möglichkeit, nachhaltige und gesunde Lebensmittel für die am stärksten benachteiligten Personen zu sichern, Gemüseüberschüsse aktiv zu nutzen und Lebensmittelverschwendung zu vermeiden.

Sonstiger Vorteil

- Durch die Förderung der Verwertung von Gemüseüberschüssen für die Suppe erreichte der öffentliche Auftraggeber eine Verringerung der Lebensmittelabfälle und eine entsprechende Verringerung des im

Rahmen der regionalen Abfallbewirtschaftung zu behandelnden organischen Abfallvolumens. Die Verwendung dieser Gemüseüberschüsse zeigt auch eine ressourceneffiziente und wirtschaftliche Methode zur Verwaltung der belgischen Durchführung des FEAD-Programms.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Der Fall hat ein hohes Nachahmungspotenzial für die Vergabebehörden in allen anderen EU-Mitgliedstaaten, die Projekte im Rahmen des FEAD-Programms durchführen. Diejenigen, die an der Durchführung ähnlichen Vergabeverfahren interessiert sind, sollten folgende Tipps berücksichtigen:
- Die Leistungsfähigkeit von Sozialunternehmen und ihre Fähigkeit, sich zu einem Konsortium zusammenzuschließen, sind entscheidende Faktoren für den Erfolg. Der öffentliche Auftraggeber sollte die Kapazität des Marktes erforschen, um sicherzustellen, dass er wettbewerbsfähige Angebote erhält, mit denen die gewünschten Produkte oder Dienstleistungen bereitgestellt werden können.
- Dieser Fall ist durch starke innovative Aspekte gekennzeichnet, da er gleichzeitig die soziale Tragfähigkeit (soziale Beschaffung) und die Rentabilität natürlicher Ressourcen (Vermeidung von Lebensmittelverschwendung) im Rahmen eines landesweit durchgeführten EU-Programms fördert.

Die wichtigsten Erkenntnisse können wie folgt zusammengefasst werden:

- Eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge kann sowohl zur sozialen Tragfähigkeit als auch zur Rentabilität natürlicher Ressourcen beitragen, wenn die Vergabebehörden verschiedene Instrumente auf kreative Weise kombinieren.
- Da das FEAD-Programm ein Nahrungsmittelhilfeprogramm ist, ist es für die Erreichung der Nachhaltigkeitsziele im Bereich der Vermeidung von Lebensmittelverschwendung geeignet.

Zu den künftigen Herausforderungen gehören:

- Unterstützung von Sozialunternehmen, um ihre Fähigkeit zur erfolgreichen Reaktion auf diese Art der Auftragsvergabe zu verbessern.
- Verbesserung der technischen Anforderungen, damit die Logistik einfacher und kosteneffizienter wird (z. B. Begrenzung der Notwendigkeit der gekühlten Lagerung).
- Entwicklung spezieller Kooperationstechniken zwischen dem FEAD-Programm und ESF-Programmen (z. B. lokale ESF-Initiativen), um die Finanzierungsquellen für Beschäftigungs- und Schulungskosten im Zusammenhang mit dieser Art der Auftragsvergabe zu verbessern.

Ansprechpartner

Tom Anthuenis, Leiter der Abteilung „Europäische Fonds“ (ÖPD SE), tom.anthuenis@mi-is.be

23. AQUA Mühle & die Städte Feldkirch und Bregenz schließen sich für soziale Lebensmittelleistungen zusammen

Stand: Identifiziert

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Städte Bregenz und Feldkirch, Österreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Lebensmittel und Verpflegungsdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

In den Jahren 2017 und 2018 nutzten die beiden westösterreichischen Städte Bregenz und Feldkirch die Möglichkeiten des Vergaberechts zur Förderung der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit. Ziel der beiden analysierten Ausschreibungen war es, allen öffentlichen Schulen und Kindergärten gesunde Lebensmittel zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig einen Beitrag zu einem sozialen Ziel zu leisten.

Die öffentlichen Ausschreibungen für die Verpflegung aller öffentlichen Schulen und Kindergärten umfassten daher Zuschlagskriterien für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und von Menschen mit Behinderungen. Beide Verträge wurden an AQUA Mühle vergeben, ein Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung.

Gegenstand

Einbeziehung sozialer und ökologischer Aspekte in Ausschreibungen im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Lebensmitteln an öffentliche Schulen und Kindergärten im Bundesland Vorarlberg in Österreich.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Zuschlagskriterien: Basierend auf den folgenden Kriterien wurden insgesamt 100 Punkte vergeben:

- Preis (50)
- Qualität der Menüplanung (5)
- formale Kriterien hinsichtlich der Menüplanung (20)
- Qualität der Lebensmittel (10)
- Verringerung der Umweltbelastung (5)
- Verkürzung der Reaktionszeit (5)
- Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen (2,5)
- Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen (2,5)

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Der grundlegende Referenzstandard war das österreichische Bundesvergabegesetz 2006, das die Einbeziehung sozialpolitischer Belange und ökologischer Aspekte ermöglicht (5. Abschnitt: Grundsätze des Vergabeverfahrens, §19 (6); 6. Abschnitt: Die Ausschreibung – 4. Unterabschnitt: Bestimmungen über den Leistungsvertrag, §99(1))

Das soziale Ziel dieser Auftragsvergabe war die Eingliederung benachteiligter Menschen durch die Integration in den Arbeitsmarkt, um Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit miteinander zu verknüpfen.

Überprüfung

Als Bieter mit der höchsten Gesamtpunktzahl und Punkten für die Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen als Arbeitnehmer erhielt Aqua Mühle beide Aufträge.

In Bezug auf die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen legte AQUA Mühle eine Erklärung der Gebietskrankenkasse über den Behindertenstatus der Arbeitnehmer vor. Für Langzeitarbeitslose legte der Bieter interne Unterlagen als Nachweis für den öffentlichen Auftraggeber vor.

Dem öffentlichen Auftraggeber wurden interne Indikatoren und Berechnungen in Bezug auf den Anteil ökologischer Lebensmittel zur Verfügung gestellt, und die wichtigsten Lebensmittellieferanten wurden offengelegt.

Diese Kriterien wurden bisher nicht weiter bewertet.

Auftragswert

Beide Verträge hatten eine Laufzeit von einem Jahr. Der Auftrag in Bregenz hatte einen Wert von etwa 300 000 EUR, der Auftrag in Feldkirch von etwa 400 000 EUR. Zusammengenommen stehen sie für 150 000 Mahlzeiten in öffentlichen Schulen pro Jahr.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Städte Bregenz und Feldkirch
- Auftragnehmer: Aqua Mühle ist ein Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung mit einem breiten Spektrum von Tätigkeiten, einschließlich Lebensmitteldienstleistungen, das in der Region gut etabliert ist. Das Unternehmen hat den Zuschlag für beide Aufträge erhalten. Aqua Mühle bietet Schulungen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose und andere gefährdete Gruppen an. Die Organisation verfügt über langjährige Erfahrung im Bereich der Lebensmitteldienstleistungen. Aqua Mühle bietet öffentlichen Einrichtungen sowie privaten Organisationen und Einzelpersonen Verpflegung an, betreibt ein Café und produziert gesunde Convenience-Produkte.

Soziale Auswirkungen

- Die Einbeziehung sozialer Kriterien in diese Ausschreibung trug zur beruflichen Eingliederung von Langzeitarbeitslosen und von Menschen mit Behinderungen in dem Gebiet bei. Die öffentlichen

Auftraggeber konnten qualitativ hochwertige Lebensmittel für ihre öffentlichen Schulen sicherstellen und gleichzeitig soziale und ökologische Ziele erreichen.

- Da es sich bei dem Auftragnehmer um ein lokales Unternehmen handelte, bietet die Beschäftigung den zusätzlichen Vorteil für das Beschaffungswesen, dass das erzeugte Vermögen in der Gemeinde verbleibt.

Sonstige Vorteile

- Da das Transportaufkommen in der Region im Zusammenhang mit der Bereitstellung von Schulmahlzeiten sinkt und durch die Förderung ökologischerer Lebensmittel wurden Umweltvorteile erzielt.
- Diese Praxis ist im Prinzip übertragbar, auch wenn nicht alle Sozialunternehmen für die berufliche Eingliederung über die Größe, Erfahrung und das Potenzial verfügen, an Ausschreibungen wie dieser teilzunehmen.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Vor Vertragsbeginn könnte eine stärkere Kommunikation mit dem öffentlichen Auftraggeber hilfreich sein, da dadurch mögliche künftige, den Auftragsgegenstand betreffende Szenarien besser bewertet werden können. So ist der Auftragnehmer beispielsweise der Ansicht, dass ein verstärkter Dialog zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und dem Auftragnehmer über Aspekte wie mögliche Änderungen hinsichtlich des Auftragsvolumens (z. B. zusätzliche Kindergärten) hilfreich wäre.

Ansprechpartnerin

Clara Moder, Wissenschaftlerin, arbeit plus – Sozialunternehmen Österreich, clara.moder@arbeitplus.at

SEKTOR 4 – Möbel

24. Emilia-Romagna entscheidet sich für Möbel mit geringeren ökologischen und sozialen Auswirkungen

Stand: Endfassung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Intercent-Emilia Romagna, Italien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Möbel

Einführung und Ziele der Auftragsvergabe

Die „Regionalagentur der Emilia-Romagna für die Entwicklung elektronischer Märkte“ (Intercent-ER) ist eine wegweisende regionale Einrichtung für Gemeinschaftseinkäufe, die von der Regionalregierung der Emilia Romagna finanziert wird.

Seit Beginn ihres Bestehens im Jahr 2006 fungiert Intercent-ER als zentrale Beschaffungsstelle für die regionale öffentliche Verwaltung und verwaltet das e-Procurement-System. Nachdem sie sich als eine führende Institution in den Bereichen umweltorientiertes und soziales öffentliches Beschaffungswesen und nachhaltige Praktiken etabliert hat, hat sie auf dem Compraverde-Forum (einer jährlichen nationalen Veranstaltung zur nachhaltigen Vergabe öffentlicher Aufträge in Italien) zwei Jahre in Folge den italienischen Preis für die Vergabe sozialer Aufträge erhalten.

Im Jahr 2018 wurde ein Vergabeverfahren für die Beschaffung von Mobiliar für öffentliche Verwaltungsämter eingeleitet. Ziel des Ausschreibungsverfahrens war es, die Büros mit neuen Möbeln mit geringeren Umweltauswirkungen auszustatten. Darüber hinaus war auch die Entsorgung der ersetzten Möbel Teil der Beschaffung. Ziel war es, sie an eine Wohltätigkeitsorganisation wie das Rote Kreuz oder andere in Italien oder in einem anderen Land eingetragene Freiwilligenorganisationen zu spenden.

Gegenstand: Beschaffung neuer Möbel mit geringeren ökologischen und sozialen Auswirkungen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Vergabeverfahren begann am 21.11.2017 mit der Veröffentlichung auf der Intercent-ER-Website und auf dem Portal der Europäischen Union. Es wurde ein zweistufiges Verfahren angewandt. Während der offenen Phase wurden zwei Runden Fragen und Antworten zugelassen und auf transparente Weise auf der Website veröffentlicht. Die Auftragsvergabe wurde auf der Grundlage der materiellen und technischen Spezifikationen des Mobiliars in drei Lose unterteilt. Ziel der Aufteilung war es, spezialisierte Anbieter bei der Bewerbung zu unterstützen. Die Verträge sollten eine Laufzeit von 24 Monaten haben, mit der Möglichkeit einer Verlängerung um 12 Monate nach Ablauf der Laufzeit. Der Zuschlag erfolgte auf der Grundlage des wirtschaftlich günstigsten Angebots unter Berücksichtigung der technischen Qualität sowie der Umwelt- und Sozialstandards in den Angeboten.

Sieben Unternehmen nahmen an der Ausschreibung teil. Drei verschiedene Unternehmen erhielten jeweils einen Zuschlag für Metallmöbel, Holzmöbel und Stühle.

Zuschlagskriterien

Die Zuschlagskriterien wurden wie folgt gewichtet:

- Kosten – 30 %
- Technisches Angebot – 70 %

Das technische Angebot enthielt soziale Kriterien, für die 7 von 70 Punkten (10 %) vergeben wurden und die wie folgt aufgeteilt wurden:

- 2 Punkte für das Vorliegen einer SA 8000-Zertifizierung oder einer gleichwertigen Zertifizierung gegen Kinderarbeit, Zwangsarbeit und Diskriminierung
- 2 Punkte für das Vorliegen einer Zertifizierung nach BS OHSAS 18001 oder eines gleichwertigen Gütezeichens für Sicherheit und Gesundheitsschutz
- 3 Punkte für die Wiederverwendung alter Möbel, nachgewiesen durch eine Erklärung im Angebot

Darüber hinaus standen bis zu 5 Punkte für das Vorliegen einer Zertifizierung gemäß EMAS, ISO 14001 oder eines Standards für die Erstellung eines Carbon Footprints oder eines gleichwertigen Standards zur Verfügung.

Bedingungen für die Auftragsausführung

Die Auftragsbedingungen umfassten in der Überwachungsphase des Auftrags auch einen Mechanismus zur Bewertung und Verbesserung der Lieferkette durch die Einrichtung eines Bewertungssystems. Der Überwachungsmechanismus stützt sich auf die Erklärung des bietenden Unternehmens darüber, wie die Auftragsklauseln unter Berücksichtigung der sozialen Ziele der Ausschreibung erfüllt werden. Sobald die Unterlagen eingegangen sind, überwachen und überprüfen Mitarbeiter von Intercent-ER die Einhaltung, wie im folgenden Abschnitt „Überprüfung“ beschrieben wird. Die bietenden Unternehmen werden aufgefordert, die Lieferkette ihrer Produkte darzulegen und die Einhaltung der sozialen Standards der Bieterorganisation zu überprüfen, um Sozialdumping zu vermeiden.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit dem Ausschreibungsverfahren wurden zwei sozialpolitische Ziele verfolgt:

- Im Hinblick auf die Förderung von sozialen Gütezeichen und -standards wollte die Verwaltung einen angemessenen sozialen Standard für Unternehmen gewährleisten, die mit der Regionalbehörde zusammenarbeiten, und auf diese Weise eine Politik der sozialen Nachhaltigkeit in der gesamten Region fördern.
- In Bezug auf die Wiederverwendung alter Möbel, sollte mit dem sozialen Ziel ein Umfeld für positive Partnerschaften zwischen der öffentlichen Verwaltung, privaten Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen geschaffen werden.

Das Ausschreibungsverfahren stützte sich in den Zuschlagskriterien auf zwei wesentliche soziale Referenzstandards, SA 8000 und BS OHSAS 18001:

- SA 8000 ist ein internationaler Zertifizierungsstandard, mit dem Organisationen ermutigt werden, sozialverträgliche Verfahren am Arbeitsplatz zu entwickeln, aufrechtzuerhalten und anzuwenden. Er umfasst Fragen wie Kinderarbeit, Vereinigungsfreiheit, Diskriminierung, Arbeitszeit und Managementsysteme unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitnehmer.
- Die Zertifizierung nach BS OHSAS 18001 betrifft die berufliche und gesundheitliche Beurteilung der Arbeitnehmer. Organisationen, die eine Zertifizierung nach dem Standard BS OHSAS 18001 beantragen, sollten ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzsystem für ihre Beschäftigten gewährleisten.

Die Umweltnormen entsprachen dem Ministerialerlass vom 11. Januar 2017 über die technischen Spezifikationen für Möbel und Energieeinsparungen. Hauptziel des Erlasses war es, die Energieeinsparungen in der öffentlichen Verwaltung angesichts der europäischen Ziele für das Jahr 2020 zu fördern.

Auftragswert

Der Auftragswert beläuft sich auf insgesamt 4,1 Mio. EUR für zwei Jahre und ist wie folgt aufgeteilt:

- Los 1: 1,65 Mio. EUR (Holzmöbel)

- Los 2: 1,05 Mio. EUR (Metallmöbel)
- Los 3: 1,38 Mio. EUR (Bürostühle)

Überprüfung

Bei der Auftragsvergabe wurde der Mechanismus für die nachfassende Überprüfung zur Gewährleistung einer wirksamen Durchführung der Ausschreibung besonders aufmerksam verfolgt. Die Überprüfung umfasste Folgendes:

- Das Unternehmen, dem der Zuschlag erteilt wurde, erklärt sich bereit, externe Prüfungen zur Überprüfung sozialer Mindeststandards zu akzeptieren.
- Innerhalb von sechs Monaten nach Zuschlagserteilung sollte das Unternehmen Intercent-ER ein klares und dokumentiertes Bild der Lieferkette für die zu liefernden Produkte vorlegen.
- Es sollte ein Überwachungs- und Bewertungssystem entlang der Lieferkette bestehen, wobei die „kontinuierliche Verbesserung“ der Umwelt- und Sozialstandards im Mittelpunkt stehen sollte.
- Innerhalb von 12 Monaten nach Auftragsbeginn sollte der Auftragnehmer ein Dokument über die Abhilfemaßnahmen vorlegen, die in der Lieferkette ergriffen wurden.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Italienischer Gesetzeserlass vom 18. April 2016

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber:
 - Region Emilia Romagna
 - Intercent-ER – regionale öffentliche Beschaffungsbehörde, die die Auftragsvergabe koordiniert
- Teilnehmer an den vorbereitenden Marktkonsultationen
 - Armet s.r.l.
 - Mobilferro s.r.l.
 - Metalplex s.p.a
 - L.T. Form2 s.r.l.
 - Laezza s.p.a.
 - Moschella sedute s.r.l.
 - SO.C.A.M. Società Cooperativa
- Auftragnehmer
 - Los 1 (Holzmöbel): Metalplex s.p.a
 - Los 2 (Metallmöbel): Mobilferro s.r.l.
 - Los 3 (Bürostühle): Moschella sedute s.r.l

Soziale Auswirkungen

- Die Auftragsvergabe stellt einen innovativen Ansatz der regionalen Behörden hinsichtlich der Umsetzung sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dar. Intercent-ER war Zeuge des Interesses lokaler Einrichtungen und NRO, die sich für nachhaltige Entwicklung und soziale Nachhaltigkeit einsetzen. Aufgrund des kürzlich erfolgten Auftragsbeginns wurde zu diesem Zeitpunkt keine Organisation ermittelt, die das gebrauchte Mobiliar erhält. Der Prozess wird jedoch von Intercent-ER überwacht.

- Im Jahr 2011 begann die Region, sich in Richtung einer nachhaltigen öffentlichen Auftragsvergabe zu bewegen. Seitdem wurden in dreißig von Intercent-ER vergebenen Aufträge Kriterien der sozialen Verantwortung aufgenommen. Die Initiative wurde als Erfolg gewertet. Heutzutage ist wahrscheinlicher, dass die Mehrzahl der an Ausschreibungen teilnehmenden Unternehmen und der Bieter, die sich um öffentliche Aufträge bemühen, die SA 8000-Zertifizierung besitzen. Darüber hinaus konkurriert eine wachsende Anzahl an Unternehmen und Bietern im Hinblick auf die soziale Verantwortung.

Gewonnene Erkenntnisse und zukünftige Herausforderungen

- Intercent-ER ist bestrebt, weiterhin eine sozial verantwortliche Beschaffung mit noch ehrgeizigeren Zielen zu nutzen. Die Verwaltung hat jedoch betont, wie wichtig Verbreitungsinstrumente, vor allem Schulungen, sowohl bei den regionalen Verwaltungsstellen als auch bei den Unternehmen sind, um konkretere Ergebnisse zu erzielen.
- Intercent-ER wird die soziale Verantwortung der Unternehmen bei Ausschreibungen weiterhin als Mittel zur Optimierung sozialer Unternehmen und Ressourcen in der Region belohnen und würdigen. Darüber hinaus hofft die regionale Behörde, nationale und regionale Strategien für die soziale Integration durch integrierte öffentliche Beschaffungsverfahren und die Entwicklung eines sozial verantwortlichen Marktes auf der Angebots- und Nachfrageseite weiterzuverfolgen und zu verknüpfen. So wäre die soziale Beschaffung von zentraler Bedeutung für die Umsetzung einer verantwortungsvollen Nachfrage in änderungsresistenteren Produktsektoren. Intercent-ER verpflichtet sich zu einer umfassenderen Aufnahme von Klauseln für die sozial verantwortliche Auftragsvergabe in künftigen Aufträgen.

Ansprechpartnerinnen

Rossella Galli, Region Emilia Romagna, rossella.galli@regione.emilia-romagna.it, 051 5273480
(Hauptansprechpartnerin)

Elisabetta Bonfiglioli, Region Emilia Romagna, elisabetta.bonfiglioli@regione.emilia-romagna.it, 0515273027
(zweite Ansprechpartnerin)

25. Zentrale Beschaffung von Büromöbeln für öffentliche Einrichtungen in Rumänien

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Nationales Amt für zentrale Beschaffung (National Office for Centralised Procurement, NOCP), Rumänien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Möbel

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Ziel dieses öffentlichen Beschaffungsverfahrens ist es, die zentralisierte Beschaffung von Büromöbeln wirtschaftlich effizient zu gestalten und zugleich die beteiligten Akteure (öffentliche Auftraggeber und Bieter) für den sozialen Aspekt zu sensibilisieren.

Als zentrale Stelle für öffentliche Beschaffung untersucht das NOCP den Bedarf der Kunden (Regierung und öffentliche Einrichtungen) an Büromöbeln. Danach entscheidet das NOCP, welche Produkte zentralisiert beschafft werden sollen, legt die technischen Spezifikationen für die ausgewählten Artikel fest und schließt für die zentralisierte Beschaffung der Büromöbel einen Rahmenvertrag mit mindestens drei Wirtschaftsteilnehmern.

Das NOCP befindet sich in der Vorbereitungsphase für die Beschaffung von Büromöbeln. In dieser Phase vor der Auftragsvergabe sollen der spezifische Bedarf der rumänischen Regierung und der öffentlichen Einrichtungen ermittelt und das Interesse der potenziellen Wirtschaftsteilnehmer an der Berücksichtigung sozialer Belange im Verfahren geprüft werden. Das Verfahren wird voraussichtlich im April 2020 eingeleitet.

Gegenstand

Büromöbel

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Vor der Auftragsvergabe:

Die Phase vor der Auftragsvergabe wurde im rumänischen System für öffentliche Beschaffung angekündigt und umfasste drei Schritte:

1. Im Rahmen einer offenen Konsultation wurde ein Fragebogen übermittelt¹, der von sechs Wirtschaftsteilnehmern ausgefüllt wurde.
2. In der Phase der Erstellung der Auftragsunterlagen fand eine erste Sitzung mit potenziellen Wirtschaftsteilnehmern statt, um sie über die Absicht des NOCP zu informieren, die Beschaffung nach sozialen und ökologischen Kriterien durchzuführen.
3. Nachdem der Bedarf der öffentlichen Behörden erfasst worden war, wurde eine zweite Sitzung in Form einer Marktkonsultation mit potenziellen Bietern zwecks Fertigstellung der Auftragsunterlagen abgehalten.

An der zweiten Sitzung nahmen fünf Wirtschaftsteilnehmer teil. Nach Prüfung des Bedarfs der öffentlichen Behörden wird eine dritte Sitzung stattfinden.

Im Rahmen der Marktkonsultation wurden folgende Fragen gestellt:

¹ <http://e-licitatie.ro/pub/notices/mc-notice/view/100059944>; das NOCP verschickte außerdem Einladungen an 25 Wirtschaftsteilnehmer, vier Profilcluster und den Verband der Möbelhersteller in Rumänien.

- Sind Sie damit einverstanden, dass Maßnahmen zur sozialen Verantwortung im Bereich des öffentlichen Auftragswesens durch Festlegung entsprechender Bewertungsfaktoren gefördert werden? *Die Antwort der potenziellen Anbieter lautete einstimmig „ja“.*
- Welche Maßnahmen zur sozialen Verantwortung schlagen Sie für diese zentralisierte Rahmenvereinbarung vor? *Die Antworten der potenziellen Anbieter umfassten: Investitionen in die Gemeinschaft (soziale Projekte), Inklusion, Nutzung von Technologien zur Lösung sozialer Probleme, Unternehmensethik, Nutzerrechte, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz, Chancengleichheit und moralische Integrität.*

Technische Spezifikationen:

Ein Los bezieht sich auf die Bereitstellung von höhenverstellbaren Büromöbeln, die an die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiter, etwa Mitarbeiter mit körperlichen Behinderungen oder Erkrankungen der Lendenwirbelsäule, die bei der Arbeit stehen müssen, angepasst werden können.

Zuschlagskriterien:

Den Zuschlag erhält das wirtschaftlich günstigste Angebot. Die Kriterien werden wie folgt gewichtet:

- Preis: 80 %
- Zusätzliche Produktgarantie (Gewährleistung): 10 %
- Wert des vorgeschlagenen sozialen Projekts: 10 %

In Bezug auf die Gewährleistung werden Punkte wie folgt vergeben:

- 0 Punkte für drei Jahre Gewährleistung (Mindestanforderung)
- 5 Punkte für vier Jahre Gewährleistung
- 10 Punkte für fünf Jahre Gewährleistung

Das soziale Projekt umfasst die Bereitstellung von Möbeln für soziale Einrichtungen wie Sonderschulen, Kindergärten oder Seniorenheime. Die Bieter werden in den Auftragsunterlagen (Teilnahmebekanntmachung, Leistungsbeschreibung, Rahmenvereinbarung und anschließender Vertrag) darüber in Kenntnis gesetzt, dass das soziale Projekt nach Maßgabe von Artikel 67 der Richtlinie 2014/24/EU in direktem Zusammenhang mit den gelieferten Produkten stehen muss. Das soziale Projekt muss im ersten Vertragsjahr abgeschlossen werden.

Bedingungen für die Auftragsausführung:

Die Auftragsunterlagen enthalten eine „Erklärung über die Einhaltung der Umweltbedingungen, der sozialen Bedingungen und der Arbeitsbedingungen während der gesamten Laufzeit des Bauauftrags“.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das sozialpolitische Ziel dieses Verfahrens besteht in der Bereitstellung wirksamer und inklusiver öffentlicher Dienstleistungen unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Nutzer. Ein spezifisches Ziel der rumänischen Strategie zur sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderungen (2014–2020) ist eine bessere Gestaltung von Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen (je nach Art der Behinderung), z. B. durch architektonische Anpassungen oder angepasste Möbel. Durch die Bereitstellung von auf die jeweiligen Bedürfnisse angepassten Möbeln soll es Menschen mit Behinderungen ermöglicht werden, individuelle Tätigkeiten oder Tätigkeiten im Team durchzuführen. Darüber hinaus wird das NOCP geeignete Maßnahmen treffen, um dafür zu sorgen, dass die Wirtschaftsteilnehmer bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen einhalten, die im Unionsrecht und im nationalen Recht festgelegt sind. Die in den Auftragsunterlagen enthaltene Erklärung

basiert auf Artikel 18 der Richtlinie 2014/24/EU, in dem die Einhaltung der geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Vorschriften vorgeschrieben ist.

Überprüfung

Die vorgeschlagenen sozialen Projekte werden auf der Grundlage der Höhe des investierten Kapitals bewertet. Die Freigabe der Finanzgarantie für die ordnungsgemäße Ausführung hängt von der Erfüllung des angegebenen Projekts ab.

Für das Los, das sich auf höhenverstellbare Büromöbel bezieht, müssen die Bieter eine Reihe von technischen Mindestanforderungen erfüllen; Angebote, die diesen nicht entsprechen, werden abgelehnt.

Auftragswert

Der Gesamtauftragswert steht noch nicht fest, wird aber voraussichtlich über dem in der Delegierten Verordnung (EU) 2019/1828 der Kommission vom 30. Oktober 2019 festgelegten Schwellenwert für die Ausschreibung im Amtsblatt liegen.

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 sowie Artikel 40, 42, 67 und 70 der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

Die an der Beschaffung beteiligten Akteure sind:

- Öffentlicher Auftraggeber: NOCP als zentrale Stelle für öffentliche Beschaffung
- Begünstigte: im Nutzerregister registrierte öffentliche Auftraggeber, die ihren Bedarf an das NOCP übermitteln
- Mitarbeiter der öffentlichen Auftraggeber, die die beschafften Möbel im Endeffekt nutzen
- Wirtschaftsteilnehmer, die Angebote zur Teilnahme am zentralisierten Verfahren einreichen, und ihre Mitarbeiter

Das NOCP führt für die im Nutzerregister registrierten öffentlichen Auftraggeber, die ihren Bedarf übermittelt haben, die Beschaffung durch. Im Februar 2020 waren 2978 Nutzer im Nutzerregister registriert, siehe: http://onac.gov.ro/wp-content/uploads/2019/10/RU_07.10.2019_ONAC.pdf

Angesichts der Tatsache, dass an der ersten zentralen öffentlichen Beschaffung von Druckpapier 1153 öffentliche Einrichtungen beteiligt waren, kann bei der zentralen öffentlichen Beschaffung von Büromöbeln mit einer Teilnahme von mehr als 1000 Nutzern gerechnet werden.

Soziale Auswirkungen

- Durch die Vergabe zusätzlicher Punkte für den sozialen Aspekt in Bezug auf die für soziale Projekte bereitgestellten Mittel beabsichtigt das NOCP, einen Teil des Gewinns der Bieter in soziale Projekte zu lenken.
- Um die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen und/oder atypischer Körpergröße in den Arbeitsmarkt zu fördern, hat das NOCP ein spezielles Los für diese Gruppen eingerichtet, um ihre Integration am Arbeitsplatz zu unterstützen.

Sonstige Vorteile

- Da es sich hierbei um die erste zentrale Beschaffung von Büromöbeln in Rumänien handelt, dürfte die Anwendung sozialer Kriterien sehr große Auswirkungen haben, da die vom NOCP getätigten

Beschaffungen von anderen nationalen öffentlichen Auftraggebern als Benchmark herangezogen werden.

- Darüber hinaus kann das Beschaffungsverfahren des NOCP von anderen zentralen Beschaffungsstellen in anderen EU-Ländern übernommen werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Keine Angabe, da das Verfahren noch läuft.

Kontakt

Alin Ion Izvoran, Nationales Amt für zentrale Beschaffung, Direktor, alin.izvoran@onac.gov.ro,
0786.826.901

SEKTOR 5 – Gärtnerische Dienstleistungen

26. Zusammenarbeit mit Sozialgenossenschaften für Arbeitsmarktintegration in der Toskana

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: ESTAR, Italien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gartenarbeiten

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Mai 2017 leitete der öffentliche Auftraggeber ESTAR (ein technisch-administratives regionales Unterstützungsunternehmen, gegründet durch das Gesetz 40/2005) ein offenes Verfahren für die Pflege von Grünflächen toskanischer Gesundheitseinrichtungen ein.

Ziel der Auftragsvergabe war die Beteiligung von Sozialgenossenschaften vom Typ b (im Folgenden „Sozialgenossenschaften“) sowie die Förderung der Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen und benachteiligten Personen bei gleichzeitiger Gewährleistung positiver Auswirkungen auf die Umwelt. Dies wurde erreicht, indem

- der Auftrag in Lose aufgeteilt wurde (acht von elf Losen waren Sozialunternehmen vorbehalten) und
- ökologische und soziale Anforderungen aufgenommen wurden.

Gegenstand

Pflege von Grünflächen von Gesundheitseinrichtungen in der italienischen Region Toskana

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Zuschlagskriterien

Für die vorbehaltenen Lose 1–8 galten folgende Zuschlagskriterien:

Soziale Kriterien (insgesamt 22 Punkte):

- Maßnahmen und Verfahren im Zusammenhang mit der Einstellung, Auswahl und Vermittlung von Arbeitnehmern, die in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen – 4 Punkte
- Methoden der Arbeitsorganisation – 7 Punkte
- Methodik für die Unterstützung der Arbeitnehmer bei der Erbringung der Dienstleistung – 7 Punkte
- Schulungen, einschließlich Anzahl der Stunden und Ziele pro Person – 4 Punkte

Umweltkriterien (insgesamt 40 Punkte):

- Anwendung von Techniken, bei der keine Pestizide verwendet werden müssen (phytopharmazeutische Produkte) – 12 Punkte
- Anwendung weniger wasserintensiver Bewässerungsmethoden und -technologien – 2 Punkte
- Anpflanzung einheimischer Pflanzenarten, die an die Merkmale des Gebiets (d. h. Klima, Bewässerungsbedarf und endemische Krankheiten) angepasst sind – 5 Punkte
- Einsatz von Kompost als Düngemittel – 8 Punkte

- Einsatz recycelter oder mehrfach verwendeter Behälter und Verpackungen – 5 Punkte
- Einsatz von Produkten, die europäischen Umweltkriterien entsprechen – 8 Punkte

Bedingungen für die Auftragsausführung

Die Verträge für jedes der acht Lose enthalten Sozial- und Umweltklauseln, die von den Sozialgenossenschaften umzusetzen sind. In den Sozialklauseln ist festgelegt, dass die beauftragten Sozialgenossenschaften:

- eine stabile Beschäftigung der unter Vertrag genommenen Arbeitnehmer fördern, indem sie sich dazu verpflichten, Arbeitsverträge für die gesamte Dauer des Auftrags, d. h. 72 Monate, anzubieten, und
- sich verpflichten, für die gesamte Laufzeit des Auftrags die Arbeitnehmer zu beschäftigen, die zuvor zur Erbringung derselben Dienstleistungen in den Räumlichkeiten der Gesundheitsagenturen beschäftigt waren, und zwar Arbeitnehmer, die in die Kategorien „benachteiligte Arbeitnehmer“ oder „Arbeitnehmer mit Behinderungen“ fallen (Beschäftigungsschutzklausel). Um der Verpflichtung nachzukommen, dass mindestens 30 % der Beschäftigten zur Ausführung der vertraglich vereinbarten Leistungen eingesetzt werden, kann der Auftragnehmer auch neue Arbeitnehmer derselben Kategorien einstellen.

Darüber hinaus werden die beauftragten Sozialgenossenschaften durch die Umweltklauseln zum Einsatz von Methoden, Techniken und Produkten, bei denen keine übermäßigen Mengen an Wasser oder bestimmten Pestiziden verwendet werden, und gegebenenfalls zur Verwendung von recycelten und wiederverwendeten Materialien verpflichtet.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Schaffung von Arbeitsintegrationsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Menschen
- Förderung des Zugangs von Sozialgenossenschaften zu den Märkten für öffentliche Beschaffung
- Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in Sozialgenossenschaften

Überprüfung

Die Überwachung erfolgt durch die Gesundheitsagenturen der Region Toskana sowie durch ESTAR (zentrale Beschaffungsstelle). Die Gesundheitsagenturen legen auf der Grundlage ihrer Vorschriften den Zeitplan und die Art und Weise der Überwachung fest. ESTAR kann die von den Gesundheitsagenturen durchgeführten Überprüfungen ad hoc überwachen, z. B. durch Vor-Ort-Kontrollen und Kontrollbesuche, um sicherzustellen, dass die vertraglichen Verpflichtungen vollständig erfüllt werden. Diese Ad-hoc-Kontrollen können sich sowohl auf die in den technischen Spezifikationen aufgeführten Verpflichtungen als auch auf die im technischen Angebot des Auftragnehmers enthaltenen Leistungen beziehen, die Gegenstand der Bewertung durch den öffentlichen Auftraggeber waren.

Auftragswert

Rund 24 Mio. EUR für die acht vorbehaltenen Lose, bei einem Gesamtauftragswert von 40 Mio. EUR für alle elf Lose (Laufzeit: 72 Monate)

Beträge je Los:

- Los 1: 3 110 000 EUR
- Los 2: 6 000 000 EUR

- Los 3: 3 400 000 EUR
- Los 4: 810 000 EUR
- Los 5: 1 910 000 EUR
- Los 6: 625 000 EUR
- Los 7: 3 610 000 EUR
- Los 8: 4 685 000 EUR

Rechtsinstrument

Diese Praxis beruht auf einem am 10. April 2017 für eine Dauer von fünf Jahren unterzeichneten Memorandum of Understanding (MoU) zwischen der Region Toscana, ESTAR, ConfCooperative Toscana, Federsolidarietà, Legacoopsociali, Lega Coop Toscana und dem Allgemeinen Italienischen Genossenschaftsverband (General Italian Cooperatives Association, AGCI), mit dem die Beziehungen zwischen den öffentlichen Einrichtungen und Sozialgenossenschaften gefördert werden sollen. Das MoU sieht vor, dass die öffentlichen Auftraggeber sich verpflichten, Instrumente wie vorbehaltene Aufträge oberhalb und unterhalb des Schwellenwerts für Sozialgenossenschaften sowie die Unterteilung in Lose einzusetzen, um die Teilnahme von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu gewährleisten.

Für das Regionalgesetz der Region Toscana Nr. 58 vom 31. Oktober 2018 über Normen für die soziale Zusammenarbeit in der Toscana war das MoU ein Eckpfeiler bei der Ausarbeitung. Mit diesem neuen Gesetz schafft die Region Toscana innovative Lösungen sowohl für die Vermittlung von Arbeitsplätzen für benachteiligte Menschen und Menschen mit Behinderungen als auch für die Verwaltung von Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdiensten.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: ESTAR (zentrale Beschaffungsstelle)
- Beteiligte am MoU: Sozialgenossenschaften
- Beauftragte Sozialgenossenschaften und ihre Mitarbeiter

Soziale Auswirkungen

- Die beauftragten Sozialgenossenschaften werden durch ihre Beteiligung am öffentlichen Beschaffungswesen gestärkt, was wiederum zum Kapazitätsaufbau aufseiten der Wirtschaftsteilnehmer beiträgt und die Nachhaltigkeit ihrer Programme und Projekte gewährleistet. Aufgrund der Funktions- und Arbeitsweise von Sozialgenossenschaften in Italien bedeutet dies auch, dass benachteiligte Menschen in den Arbeitsmarkt integriert werden und von den angebotenen Unterstützungsmaßnahmen profitieren.

Sonstige Vorteile

- Die Einbeziehung von Umweltkriterien in Bezug auf die Produkte und Techniken, die bei der Pflege von Grünflächen zum Einsatz kommen, trägt zur Verringerung der Auswirkungen der entsprechenden Dienstleistungen auf die Umwelt bei und kommt zudem der Gesundheit der Arbeitnehmer zugute.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Trotz der erfolgreichen Umsetzung dieser spezifischen Praxis haben die öffentlichen Auftraggeber bis dato nicht so viele Ausschreibungen unter Verwendung der Instrumente des MoU (d. h. vorbehaltene Aufträge oder Unterteilung in Lose) veröffentlicht, wie von den Unterzeichnern erwartet (nach Angaben der Unterzeichner wurden nur sehr wenige Aufträge dieser Art veröffentlicht). Daher wird die künftige Herausforderung darin bestehen, die Politik der Region in konkrete Maßnahmen umzusetzen. Der politische Wille für eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge ist da, wie durch das MoU und das Gesetz

der Region Toscana von 2018 belegt wird. Es besteht jedoch ein echter Bedarf an gezielteren Sensibilisierungs- und Schulungsmaßnahmen in Bezug auf die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge, um die öffentlichen Auftraggeber (Beamte und Direktoren) dazu zu ermutigen und dabei zu unterstützen, soziale Erwägungen in ihre Ausschreibungen aufzunehmen.

Kontakt

Francesco Fragola, Regionalsprecher Confcooperative Toscana, fragola.f@confcooperative.it

27. Vorbehaltene Aufträge für gärtnerische Dienstleistungen in Kastilien-La Mancha

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Regionalregierung Kastilien-La Mancha, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gartenarbeiten

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Ministerium hat eine Möglichkeit ermittelt, ein Ausschreibungsverfahren für gärtnerische Dienstleistungen in Form eines vorbehaltenen Auftrags durchzuführen. Obwohl die nationalen und regionalen Rechtsvorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge vorbehaltene Aufträge als Instrument für die berufliche und soziale Eingliederung von Menschen mit verschiedenen Formen der Benachteiligung fördern, zögern die öffentlichen Auftraggeber in einigen Fällen noch, entsprechende Verfahren anzuwenden. Dies ist häufig auf mangelnde Kenntnisse der sozialwirtschaftlichen Akteure und ihr fehlendes Potenzial zurückzuführen, auf den Bedarf der Behörden zu reagieren.

Bei diesem Verfahren war die Phase vor der Auftragsvergabe daher von entscheidender Bedeutung, um die auf dem Markt verfügbaren Möglichkeiten zu verstehen, sicherzustellen, dass die Vertragsanforderungen den Besonderheiten der Sozialunternehmen für Arbeitsintegration (Work Integration Social Enterprises, WISE) und ihrer Mitarbeiter entsprechen, und so eine erfolgreiche Dienstleistungserbringung zu gewährleisten.

Das Verfahren umfasst auch soziale Erwägungen für die Auftragsausführung. Der Gesamtauftragswert liegt deutlich unter dem Schwellenwert für die Anwendung der Richtlinie 2014/24/EU.

Gegenstand

Gärtnerische Dienstleistungen am Hauptsitz des regionalen Wirtschaftsministeriums Kastilien-La Mancha und einem Schulungszentrum in der Stadt Toledo

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Ausschreibung wurde am 2. August 2019 veröffentlicht.²

Das Ministerium beabsichtigte, dieses Verfahren in Form eines vorbehaltenen Vertrags für WISE durchzuführen. Das Ministerium hat in der Phase vor der Auftragsvergabe erhebliche Anstrengungen unternommen, um sicherzustellen, dass die Vertragsbedingungen für die gärtnerischen Dienstleistungen den Merkmalen von WISE und ihrer Beschäftigten entsprechen. Diese Marktforschung war eine der ersten Erfahrungen des Ministeriums in der Phase vor der Auftragsvergabe.

Nach der anfänglichen Marktforschungsphase untersuchte das Ministerium die Besonderheiten von WISE, einschließlich des für diese Art von Wirtschaftsteilnehmer geltenden Tarifvertrags.

Das Verfahren umfasste soziale Erwägungen als Bedingungen für die Auftragsausführung. Der Vertrag enthielt die Verpflichtung zur Schaffung von Arbeitsverhältnissen, die in Bezug auf Entlohnung, Ausbildung und Sozialversicherungspflichten dem geltenden Tarifvertrag entsprechen.

Darüber hinaus mussten die Arbeitsverträge nach den Vertragsbedingungen eine Stundenzahl von wöchentlich mindestens 20 Stunden aufweisen. Der Auftragnehmer war verpflichtet, dem öffentlichen

² https://contrataciondelestado.es/wps/wcm/connect/e632650d-197a-4981-95c0-ff6bcf877dc6/DOC_CD2019-843013.html?MOD=AJPERES (in spanischer Sprache).

Auftraggeber Informationen über die Arbeitsbedingungen der bei der Ausführung des Auftrags beschäftigten Personen zu übermitteln.

Der Auftragnehmer musste zudem eine geschlechtsspezifische Dimension in die Auftragsausführung einbeziehen (z. B. eine Verpflichtung zur Gleichbehandlung und zur Vorlage von nach Geschlecht aufgeschlüsselten Daten). Die Geschlechterperspektive war in alle Dokumente, Berichte, Daten usw. aufzunehmen; sämtliches Verbreitungsmaterial musste geschlechtsneutral sein.

Die qualitativen Zuschlagskriterien betrafen den Einsatz einheimischer Pflanzen, nicht chemischer Herbizide, nachhaltiger Pflanzenschutzmittel und organischer Düngemittel. Diese Kriterien wurden mit maximal 10 Punkten gewichtet (2,5 für jedes Kriterium), während sich die verbleibenden 90 Punkte ausschließlich auf den Preis bezogen.

Zu den Entscheidungskriterien für Angebote mit gleicher Punktzahl gehörten die folgenden sozialen Kriterien (in dieser Reihenfolge): a) Bieter mit dem größten Anteil von Arbeitnehmern mit Behinderungen oder anderen Formen der sozialen Ausgrenzung, wobei bei mehreren Bietern mit gleichem Anteil die Zahl der ständigen Mitarbeiter ausschlaggebend ist, b) Bieter mit dem niedrigsten Anteil an befristeten Verträgen und c) Bieter mit dem höchsten Anteil an weiblichen Beschäftigten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind
- Förderung des Zugangs von WISE zu den Märkten für öffentliche Beschaffung
- Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen für Beschäftigte in WISE

Überprüfung

Der öffentliche Auftraggeber überwacht die Einhaltung der Sozialklauseln und erstattet vierteljährlich Bericht. Zu diesem Zweck kann er bei Bedarf eine schriftliche Erklärung des Auftragnehmers verlangen.

Der Auftragnehmer ist außerdem verpflichtet, einen Verantwortlichen für die Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Auftraggeber zu benennen und die Auftragsausführung mit besonderem Augenmerk auf die Aufgabenverteilung unter den Arbeitnehmern, ihre Anwesenheit am Arbeitsplatz oder etwaige Änderungen im Team zu überwachen.

Auftragswert

23 747 EUR über zwei Jahre

Rechtsinstrument

- Artikel 20 über vorbehaltene Aufträge der Richtlinie 2014/24/EU
- Umsetzung in spanisches Recht (Gesetz 9/2017, disposición adicional 4a), wonach der Wettbewerb auf geschützte Werkstätten, geschützte Beschäftigungsprogramme und WISE beschränkt ist, die mindestens 30 % Menschen mit Behinderungen oder anderen Formen der Benachteiligung beschäftigen

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Wirtschaftsministerium, Regierung Kastilien-La Mancha
- Auftragnehmer: WISE

- Mitarbeiter des beauftragten Unternehmens: Die mit der Ausführung der Gartenarbeiten beauftragten Arbeitnehmer werden vom Auftragnehmer beschäftigt. Wenn ein neuer Vertrag für den Dienst aufgesetzt wird, besteht gemäß Richtlinie 2001/23/EG die Verpflichtung, die derzeit Beschäftigten zu übernehmen.

Soziale Auswirkungen

- Durch den Auftrag konnten drei Vollzeitbeschäftigte mit Behinderungen – sowohl körperlichen (zwei) als auch geistigen (einer) – in ein normales Arbeitsumfeld in der öffentlichen Verwaltung integriert werden.
- Diese Beschäftigten sind vollständig in die Gruppe der übrigen Mitarbeiter des Ministeriums integriert, die den Wert ihrer Arbeit anerkennen. Der Dienst wurde erfolgreich und ohne größere Probleme erbracht und entspricht voll und ganz den Spezifikationen und Erwartungen des öffentlichen Auftraggebers.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Erfahrungen waren durchweg positiv, und aus diesem Grund hat das Ministerium anderen öffentlichen Auftraggebern die Einzelheiten dieses Verfahrens mitgeteilt, um seine Nachahmung zu fördern. Zwar besteht nach einem regionalen Gesetz die Verpflichtung, mindestens 6 % des Auftragswerts für bestimmte Dienstleistungen vorzubehalten, doch zögern die öffentlichen Auftraggeber manchmal, entsprechende Verfahren anzuwenden, da sie als relativ neu und somit unbekannt erachtet werden.
- Sobald der aktuelle Vertrag abgeschlossen ist, wird eine neue Ausschreibung nach demselben Konzept durchgeführt. In diesem Fall strebt das Ministerium eine stärkere Gewichtung der Qualitätskriterien in den Zuschlagskriterien an (für die immer noch weitgehend der Preis maßgeblich ist). Darüber hinaus sollen auch andere Zielgruppen erreicht werden, z. B. durch die Einrichtung von Partnerschaften mit öffentlichen Arbeitsvermittlungsstellen und Sozialdiensten, die WISE mit entsprechenden Profilen vermitteln können.
- Durch die Investition von Zeit in der Phase vor der Auftragsvergabe konnte eine gute Abstimmung der Leistungsbeschreibung mit den auf dem Markt verfügbaren Lösungen für vorbehaltene Aufträge sichergestellt werden.

Kontakt

Frau María Jesús Hernández García, Provinzsekretariat der Delegation für Wirtschaft, Unternehmen und Beschäftigung der Provinz Kastilien-La Mancha,
delegacionprovincialeconomiaempresasyempleoto@jccm.es, +34 925389179

28. Vorbehaltene Aufträge als Instrument zum Schutz der schutzbedürftigsten Menschen und der Umwelt

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Salamanca, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gartenarbeiten

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Salamanca hat mit Vereinbarung vom 11. November 2016 die Förderung von vorbehaltenen Aufträgen in ihre öffentliche Beschaffungstätigkeit eingeführt. Die [Vereinbarung](#) war eine direkte Reaktion auf die Bestimmungen der spanischen Gesetzgebung, in denen auf die zentrale Rolle vorbehaltener Aufträge zur Stärkung der Sozialwirtschaft hingewiesen wird. In der Vereinbarung wurde in Bezug auf die lokalen Aufwendungen ein Mindestanteil von 17,56 % für vorbehaltene Aufträge festgelegt. Gemäß der Vereinbarung gelten vorbehaltene Aufträge für bestimmte Arten von Dienstleistungen: Gartenarbeiten, Schädlingsbekämpfung, Reinigung, Verpflegung, Altkleidersammlung, Abfallsammlung und -bewirtschaftung sowie Ölrecycling.

Das Hauptziel der vorbehaltenen Aufträge, die von WISE ausgeführt werden, besteht darin, durch die Erbringung von Umweltdienstleistungen personalisierte Lösungen für Arbeit und soziale Integration für Menschen zu schaffen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Durch die Zusammenführung sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Ziele leisten beide Aufträge einen positiven Beitrag zur Sozial- und Beschäftigungspolitik der Stadt.

Die Ausschreibung wurde im März 2018 im *Amtsblatt der Europäischen Union* veröffentlicht.

Gegenstand

Für WISE vorbehaltene Dienstleistungen der Reinigung und Pflege/Instandhaltung für lokale Parks, Grünflächen, Stadtbäume und Sportzentren

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Zuschlagskriterien für den Auftrag über Gartenarbeiten umfassten eine Reihe von sozialen Bestimmungen, die über die Anforderungen hinausgehen, die speziell mit der Berechtigung zur Teilnahme an vorbehaltenen Aufträgen zusammenhängen.

- Preis (maximal 35 Punkte)
- Beschäftigung von Menschen in benachteiligten Situationen über den erforderlichen Mindestanteil hinaus (maximal 10 Punkte)
- Einsatz emissionsarmer Fahrzeuge und Maschinen (maximal 5 Punkte)
- Einsatz neuer Pflanzenarten (maximal 5 Punkte)
- Soziale Kriterien (15 Punkte), einschließlich der Aufstellung eines Gleichstellungsplans (5 Punkte), von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben (5 Punkte) und eines Mitarbeiterschulungsprogramms (5 Punkte)
- Umweltkriterien (15 Punkte), einschließlich Emissionsminderungsmaßnahmen (5 Punkte), Sensibilisierungsmaßnahmen (5 Punkte) oder Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen (5 Punkte)
- Qualität der Dienstleistungsorganisation (15 Punkte)

Den Zuschlag erhielt das WISE La Encina. La Encina ist ein in Salamanca tätiges Unternehmen, das im Jahr 2000 von der örtlichen Caritas (der sozialen Hilfsorganisation der katholischen Kirche) gegründet wurde.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Verringerung der Armutsquoten und der sozialen Ausgrenzung durch Förderung integrativer Arbeitsmärkte
- Eingehen auf die Bedürfnisse der schutzbedürftigsten Personengruppen, um ihnen die Teilnahme am Arbeitsmarkt zu ermöglichen
- Verbesserung und Stärkung von Maßnahmen zur aktiven Inklusion durch ein ganzheitliches Maßnahmenkonzept, das sich auf die Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Organisationen im Umgang mit den Zielgruppen stützt

Überprüfung

Die Überprüfung der Auftragsanforderungen erfolgte während der Phase der Auftragsvergabe. Danach obliegt die Überwachung der Einhaltung der sozialen und technischen Anforderungen während der gesamten Auftragsausführung der Stadt. Der Auftragnehmer ist ferner zur Vorlage eines jährlichen Tätigkeitsberichts verpflichtet.

Auftragswert

2 177 403,48 EUR über vier Jahre (einschließlich einer möglichen Verlängerung um weitere zwei Jahre)

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) und Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Die Möglichkeit, auf vorbehaltene Aufträge zurückzugreifen, wurde erstmals von der Stadt Salamanca in ihrer Vereinbarung von 2016 genutzt. Im Dezember 2018 wurde in einem neuen lokalen Gesetz (Instrucción) das Engagement der Stadt Salamanca für eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge noch stärker betont und eine durchgängige Einführung sozialer Kriterien in allen Vergabeverfahren gefordert. Durch diese sozialen Kriterien sollte insbesondere ein Beitrag geleistet werden zu einer höheren Qualität der Beschäftigung, zu besseren Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen³ (einschließlich Menschen mit Behinderungen), zur Förderung der Gleichstellung, der Zugänglichkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit und des fairen Handels sowie zu mehr Transparenz in allen Phasen der Vergabeverfahren.

Akteure

³ Zu den benachteiligten Personen, die für Beschäftigungsklauseln in Betracht kommen, zählen: a) Bezieher von Mindesteinkommen oder Mitglieder eines Haushalts, in dem Empfänger des Mindesteinkommens leben; b) Personen, die keinen Anspruch auf ein Mindesteinkommen haben, weil sie aufgrund einer zu kurzen Aufenthaltsdauer nicht anspruchsberechtigt sind oder weil sie bereits den Höchstzeitraum für den Bezug des Mindesteinkommens überschritten haben; c) junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, die unter Jugendschutz standen; junge Straftäter, die älter als 16 Jahre sind, und ehemalige Straftäter, die jünger als 30 Jahre sind; d) Menschen mit Problemen wegen Medikamentenmissbrauchs oder anderer Formen der Abhängigkeit, die derzeit behandelt werden; e) Straftäter und ehemalige Straftäter mit einem Rechtsanspruch auf Arbeit; f) Langzeitarbeitslose; g) Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt sind, und h) Obdachlose, die von Unterstützungsdiensten begleitet werden.

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Salamanca
- Auftragnehmer: WISE
- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: Arbeits- und Sozialämter
- Begünstigte: Arbeitnehmer, die entweder von lokalen Arbeits- oder Sozialämtern an La Encina verwiesen oder über personalisierte Eingliederungsprogramme der örtlichen Caritas eingestellt wurden

Soziale Auswirkungen

- Mithilfe der vorbehaltenen Aufträge, die einen Beitrag zur Förderung von sozialer Eingliederung und Zusammenhalt geleistet haben, konnten neue Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen geschaffen werden, die von sozialer Ausgrenzung betroffen sind.
- Es wurde ein höherer sozialer und wirtschaftlicher Nutzen für die Stadt erzielt, indem es lokalen sozialwirtschaftlichen Akteuren mit sozialer Zielsetzung ermöglicht wurde, sich an Tätigkeiten zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung auf lokaler Ebene zu beteiligen.
- Es wurden positive Ergebnisse sowohl für die lokale Gemeinschaft als auch für die Arbeitnehmer erzielt, die Zugang zu Einkommensmöglichkeiten erhalten, die ihre Lebensqualität verbessern.
- Es wurden ökologisch nachhaltige Praktiken entwickelt.

Sonstige Vorteile

- Die Partnerschaft mit zivilgesellschaftlichen Organisationen kann zur Nachhaltigkeit der Arbeits- und Sozialämter beitragen.
- Der Zugang zu öffentlichen Aufträgen für gemeinnützige Unternehmen hat sich verbessert, sodass Unternehmen mit sozialem Zweck, die den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen, mehr Raum erhalten.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Seit dem Jahr 2000 besteht eine Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und der Sozialwirtschaft in Form von Ad-hoc-Vereinbarungen. Die Vereinbarung über vorbehaltene Aufträge hat jedoch den Raum für formale Beschäftigung und bewährte Arbeitsbedingungen für Menschen in benachteiligten Situationen in Salamanca vergrößert.
- Durch Partnerschaften zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft können gesellschaftliche Herausforderungen wirksam bewältigt werden. Ein Schlüsselement einer solchen innovativen Governance-Struktur ist die effektive Beteiligung von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Ihre Stimme ist entscheidend, um zu verstehen, wie sie den Integrationsprozess erleben und welche Verbesserungen notwendig sind.
- Vorbehaltene Aufträge haben sich als Hebel für Arbeit und die soziale Inklusion von Menschen erwiesen, die in unterschiedlicher Weise benachteiligt sind und für die der Zugang zu den regulären Arbeitsmärkten sehr schwierig ist. Die wichtigsten Gruppen, die als Arbeitnehmer vertreten sind, sind Migranten ohne Ressourcen, Menschen mit einer Vorgeschichte von Problemen wegen Medikamentenmissbrauchs und Langzeitarbeitslose.
- Durch die Erbringung von Umweltdienstleistungen konnten WISE sich stärker spezialisieren und ihre Tätigkeit nachhaltiger gestalten. So verwendet La Encina etwa keine Herbizide oder chemischen Produkte mehr für die Pflanzengesundheit und setzt jetzt emissionsarme Maschinen ein.

Kontakt

Frau Ana Fe Félix Iglesias, Managerin, La Encina Servicios Integrados, laencina_ei@infonegocio.com,
923193149

SEKTOR 6 – Gesundheitsversorgung

29. Erbringung von Dienstleistungen für Menschen mit HIV in der Ukraine

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Nationales Zentrum für öffentliche Gesundheit, Ukraine

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gesundheitsversorgung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Der rechtliche und technische Rahmen für das öffentliche Auftragswesen in der Ukraine hat in den vergangenen Jahren eine Reform durchlaufen, unter anderem durch die Entwicklung der bekannten Plattform [ProZorro](#). Die vorrangigen Ziele bestanden darin, die Transparenz zu erhöhen und Korruptionmöglichkeiten einzudämmen sowie gleichzeitig für mehr Vertrauen unter den Unternehmen und damit für einen stärkeren Wettbewerb bei öffentlichen Aufträgen zu sorgen. Im Rahmen des [Assoziierungsabkommens](#) der Ukraine mit der EU wird das Vergaberecht schrittweise mit den EU-Vergaberichtlinien harmonisiert. Im April 2020 tritt ein neues Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Public Procurement Law, PPL) in Kraft, mit dem mehrere neue Bestimmungen für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt werden.

Eine der sozialen Herausforderungen, vor denen die Ukraine steht, ist die Versorgung von 240 000 Menschen mit HIV. Zwar wurden Fortschritte bei der Verringerung der Zahl der AIDS-bedingten Todesfälle und der HIV-Neuinfektionen erzielt, doch kannten 2018 weniger als die Hälfte der Menschen mit HIV ihren Status und nur 35 % erhielten eine Behandlung. 2019 übernahm das [Zentrum für öffentliche Gesundheit](#) der Ukraine (Public Health Centre, PHC) die Verantwortung für die Beschaffung von Dienstleistungen für Menschen mit HIV, die zuvor von internationalen humanitären Organisationen erbracht wurden. Dies ist Teil eines [umfassenderen Pakets von Reformen](#) des ukrainischen Gesundheitsversorgungssystems, zu dem auch die Einrichtung einer zentralen Beschaffungsstelle für Arzneimittel gehört. Die Nichtregierungsorganisation (NRO) [100% Life](#), die größte von Patienten geführte Organisation in der Ukraine, spielt ebenfalls eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der Erbringung von Dienstleistungen für Menschen mit HIV im Land und in der Region.

Gegenstand

Pflege- und Unterstützungsdienste für Menschen mit HIV

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der Markt für die Erbringung der erforderlichen Dienstleistungen ist in der Ukraine recht begrenzt, was dazu führte, dass 2019 verschiedene Ausschreibungen annulliert wurden. Das PHC beschloss, separate Aufträge zu vergeben, um alle Regionen und Unterstützungsdienste für HIV-Patienten abzudecken. Die Qualifikationskriterien (Auswahlkriterien) für die Aufträge umfassen die folgenden Anforderungen:

- Nachweis früherer Erfahrungen mit der Ausführung ähnlicher Aufträge. Unter einem ähnlichen Auftrag ist eine Dienstleistungsvereinbarung, eine karitative Hilfe, ein Zuschuss, die Untervergabe von Zuschüssen oder eine andere Vereinbarung zu verstehen, die der Bestätigung von mindestens zwei Jahren Erfahrung mit der Erbringung von Dienstleistungen wie HIV-Prävention und -Behandlung, Betreuungsunterstützung und Sozialschutz für Gruppen mit erhöhtem HIV-Risiko und für Menschen mit HIV dient.
- Verfügbarkeit von Personal mit einschlägigen Qualifikationen, Kenntnissen und Erfahrungen, darunter mindestens ein Mitarbeiter mit einem höheren Abschluss in den Bereichen Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Medizin, öffentliche Gesundheit oder Psychologie, und mindestens fünf Mitarbeiter, die spezielle Schulungen zur Betreuung von Menschen mit HIV oder anderen chronischen Erkrankungen absolviert haben.

In den technischen Spezifikationen wird die Art der zu erbringenden Unterstützungs- und Betreuungsleistungen festgelegt, einschließlich:

- Einholung der Einwilligung nach Aufklärung durch die Teilnehmer
- Bewertung der gesundheitlichen Bedürfnisse der Teilnehmer
- Entwicklung individueller Unterstützungspläne – dazu gehören strukturierte thematische Sitzungen, die sich auf die spezifischen Bedürfnisse jedes Teilnehmers konzentrieren und die Verfügbarkeit von sozialer Unterstützung zur Verbesserung der Lebensqualität und der Gesundheit sicherstellen
- Gewährleistung einer aktiven Neuausrichtung (einschließlich Überweisung an medizinische Einrichtungen, Programme zur Schadensbegrenzung, Behandlung von Drogenabhängigkeit usw.)

Steigerung der Motivation und des Bewusstseins der Teilnehmer, sich um ihre eigene Gesundheit zu kümmern, einschließlich der Weitergabe von Informationen über ihren HIV-Status an Verwandte und Freunde und eines sicheren Verhaltens

Bei der Erbringung der oben genannten Dienstleistungen sind die Anbieter zu Folgendem verpflichtet:

- Anpassung von Ort und Zeit der Leistungserbringung an die Bedürfnisse der Leistungsempfänger
- Vermittlung des Verständnisses der Diagnose und des Behandlungsverlaufs ab dem Zeitpunkt, zu dem ein Klient ein positives Ergebnis des HIV-Schnelltests erhält
- Entwicklung von Methoden zur Motivierung der Klienten, einschließlich solcher mit komplexen Bedürfnissen
- Anwendung eines internen Überwachungssystems und Zuweisung einzelner Spezialisten, die für dessen Umsetzung verantwortlich sind
- Gewährleistung eines ständig verfügbaren Schulungssystems für die direkten Dienstleistungsanbieter

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Im Jahr 2013 wurden im Rahmen des Gemeinsamen Programms der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS) die [90-90-90-Ziele](#) für weltweite Fortschritte bei der Behandlung von HIV bis 2020 festgelegt:

- 90 % der Menschen mit HIV kennen ihren HIV-Status,
- 90 % der Menschen, die wissen, dass sie HIV-positiv sind, lassen sich behandeln und
- 90 % der in Behandlung Befindlichen weisen eine unterdrückte Viruslast auf.

Die Regierung und das Parlament der Ukraine haben verschiedene Gesetze, Dekrete und Beschlüsse zur Behandlung von HIV und Tuberkulose erlassen, die [hier](#) abgerufen werden können. Darin ist der grundlegende rechtliche, organisatorische und finanzielle Rahmen für die Tätigkeiten von Behörden festgelegt, die in der Ukraine unmittelbar für HIV/AIDS zuständig sind.

Überprüfung

Nachweis über die Ausführung ähnlicher Aufträge in der Vergangenheit; Lebensläufe der einschlägigen Mitarbeiter; Projektplan.

Auftragswert

Zehn Aufträge mit einem geschätzten Wert zwischen 250 000 UAH (10 000 EUR) und 10,9 Mio. UAH (405 000 EUR) Die Aufträge betreffen die folgenden Regionen in der Ukraine:

- Dnipropetrowsk
- Donezk
- Transkarpatien
- Saporischschja
- Poltawa
- Sumy
- Cherson
- Tscherkassy
- Winnyzja
- Wolyn

Rechtsinstrument

Im ukrainischen Recht gibt es kein Äquivalent zur Sonderregelung für Sozial-, Gesundheits- und andere spezifische Dienstleistungen, d. h. für diese Dienstleistungen gelten dieselben Regeln wie für andere öffentliche Aufträge. Gemäß dem PPL von 2016 war die Anwendung anderer Verfahren als des offenen Verfahrens und anderer Zuschlagskriterien als der Kostenkriterien auf Sonderfälle beschränkt. Mit dem PPL von 2020 wird eine Reihe neuer Bestimmungen eingeführt:

- Möglichkeit, Aufträge unterhalb des Schwellenwerts Unternehmen vorzubehalten, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen
- Zwingender Ausschluss von Bietern, die wegen Kinderarbeit oder Menschenhandel verurteilt wurden
- Zwingender Ausschluss von Bietern mit Steuer- oder Sozialversicherungsschulden, es sei denn, es wurde eine Vereinbarung mit den zuständigen Steuerbehörden getroffen
- Möglichkeit der Anwendung des nicht offenen Verfahrens (zusätzlich zu dem offenen Verfahren und dem wettbewerblichen Dialog im Rahmen des PPL von 2016)
- Anforderung, dass bei jeglicher Beschaffung, die zur Nutzung durch natürliche Personen vorgesehen ist, die technischen Spezifikationen so erstellt werden, dass die Kriterien der Zugänglichkeit für Personen mit Behinderungen oder der Konzeption für alle Nutzer berücksichtigt werden
- Fähigkeit zur Anwendung der Lebenszykluskostenrechnung
- Einführung von Regeln für ungewöhnlich niedrige Angebote

Die Verwendung von nicht kostenbezogenen (qualitativen) Zuschlagskriterien ist zulässig, allerdings dürfen diese nicht mehr als 30 % der verfügbaren Punkte ausmachen, außer bei wettbewerblichen Dialogen, für die es keine solche Grenze gibt. Es sei darauf hingewiesen, dass die überwiegende Mehrheit der Aufträge in der Ukraine auf der Grundlage des niedrigsten Preises vergeben wird, wobei das preisgünstigste Angebot durch eine elektronische Auktion ermittelt wird. In Zukunft könnten im Rahmen des PPL von 2020 qualitativere Ansätze zur Beschaffung von Dienstleistungen für Menschen mit HIV verfolgt werden.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Zentrum für öffentliche Gesundheit der Ukraine (zuständig für die Beschaffung der Dienstleistungen)
- 100 % Life (Organisation zur Unterstützung und Vertretung von Patienten)
- Gesundheitsministerium der Ukraine (Aufsicht des PHC)
- ProZorro-Plattform (Veröffentlichung von und Teilnahme an Ausschreibungen)

Soziale Auswirkungen

- Eine stärkere Sensibilisierung und eine höhere Zahl von HIV-Infizierten, die sich einer Behandlung unterziehen, werden dazu beitragen, die Zahl der Neuinfektionen zu verringern und gleichzeitig die Lebensqualität der Betroffenen und ihrer Familien zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit qualifizierten und erfahrenen Organisationen, einschließlich NRO, und die Konzentration auf die Einbeziehung der Patienten in ihre eigene Versorgung werden als Schlüssel zum Erfolg dieser Aufträge angesehen.

Sonstige Vorteile

- Transparente Vergabeverfahren, auch für Gesundheitsdienstleistungen und Arzneimittel, bringen der ukrainischen Gesellschaft weitreichende Vorteile. Durch die Erhöhung der Transparenz und des Wettbewerbs bei öffentlichen Aufträgen hat ProZorro schätzungsweise zu einer Einsparung von 10 % bei den öffentlichen Ausgaben geführt, die für soziale Zwecke verwendet werden können. Für Bürger und Unternehmen ist transparent, wie öffentliche Gelder ausgegeben werden, wodurch das Vertrauen in staatliche Dienstleistungen gestärkt wird.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Ausschreibung von Unterstützungsdiensten für Menschen mit HIV erfordert ein Verständnis des Marktes und die Anwendung zielgerichteter Kriterien, um ein gutes Ergebnis zu gewährleisten.
- Die Anforderungen in Bezug auf frühere Erfahrungen und die Qualifikation des Personals müssen angemessen sein, um sicherzustellen, dass eine Reihe von Organisationen, einschließlich NRO und Sozialunternehmen, an der Ausschreibung teilnehmen können.
- Ferner sollten die technischen Spezifikationen die Ergebnisse widerspiegeln, die mit den Dienstleistungen erzielt werden sollen, ohne dabei zu präskriptiv zu sein.

Kontakt

Artem Kremen, Zentrum für öffentliche Gesundheit der Ukraine, a.kremen@phc.org.ua

30. Verantwortungsbewusste Beschaffung von Schutzhandschuhen für das Gesundheitswesen in Finnland

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Tampere (Tuomi Logistiikka Oy), Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gesundheitsversorgung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Herstellung von Schutzhandschuhen für das Gesundheitswesen ist bekanntermaßen mit Fragen im Zusammenhang mit den Rechten und der Gesundheit der Arbeitnehmer, den Arbeitszeiten und den Arbeitsbedingungen verbunden. Auf diese Probleme haben Finnwatch, eine NRO, die sich mit der globalen Verantwortung von Unternehmen befasst, und andere Organisationen hingewiesen. Die Herstellung, Verwendung und Entsorgung von Schutzhandschuhen wirft auch verschiedene Umweltprobleme auf. Dies war zum Beispiel der Fall bei Vinylhandschuhen aus PVC, die früher im Gesundheitswesen getragen wurden. Aufgrund des Materials war die Entsorgung solcher Handschuhe kompliziert. Die Bewirtschaftung von PVC-Abfällen ist aufgrund ihres Chlorgehalts äußerst problematisch. Zudem setzen Vinylhandschuhe den Träger Chemikalien aus und verursachen bei vielen Menschen Hautprobleme.

Vor diesem Hintergrund leitete die Stadt Tampere (Tuomi Logistiikka Oy) ein Beschaffungsverfahren für Schutzhandschuhe für das Gesundheitswesen ein, das die Anforderung an die Anbieter umfasste, verantwortungsvolle Produktionsmethoden anzuwenden. Die Stadt berücksichtigte dabei auch Umweltaspekte, indem sie die Lebenszykluskosten der Schutzhandschuhe und nicht nur den Anschaffungspreis in Betracht zog.

Gegenstand

Beschaffung von Schutzhandschuhen für das Gesundheitswesen in der Stadt Tampere

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Stadt hat in die Auftragsunterlagen Anforderungen in Bezug auf die Produktionsmethoden gemäß Artikel 18 Absatz 2 und Artikel 42 der Richtlinie 2014/24/EU aufgenommen.

Die Anbieter/Hersteller waren zur Einhaltung der Erklärung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit in der gesamten globalen Wertschöpfungskette im Zusammenhang mit der Herstellung der Schutzhandschuhe verpflichtet. Die Anforderungen wurden als Auftragsausführungsklauseln festgelegt. Auch die Lebenszykluskosten wurden als Zuschlagskriterium berücksichtigt.

Sozialpolitisches Ziel und Referenzstandard

Mit ihrem Beschaffungswesen will die Stadt Tampere die globale Verantwortung, das Wohlergehen der Mitarbeiter, den Umweltschutz sowie eine gerechtere Wirtschaft fördern. Diese Beschaffung zielte daher auf Kosteneinsparungen, Umweltqualität und soziale Aspekte ab. Die Stadt wollte auch eine vernünftigeren Produktauswahl; während im Rahmen früherer Aufträge beinahe zehn Arten von Schutzhandschuhen zur Verfügung standen, strebte die Stadt jetzt nur noch eine Art von Schutzhandschuhen an.

Überprüfung

Den Angeboten musste ein vom finnischen Arbeitsministerium entwickelter Fragebogen zur Selbsteinschätzung der sozialen und ethischen Aspekte beigefügt werden. Die Fragen sollten Aufschluss über die soziale Verantwortung der Produktion in Risikoländern geben. Diese Fragen betrafen die

Herstellungsbedingungen für die im Rahmen des Auftrags gelieferten Waren, unabhängig davon, ob die Waren vom Anbieter oder von einem Unteraanbieter hergestellt wurden. Die Bieter füllten den im Rahmen dieser Auftragsvergabe übermittelten Fragebogen aus und wurden außerdem aufgefordert, einen Nachhaltigkeitsbericht oder eine ähnliche Erklärung zwecks Überprüfung der Einhaltung der IAO-Erklärung vorzulegen. Die Umsetzung der Unternehmensverantwortung wird während der gesamten Laufzeit der Vereinbarung jährlich von der Stadt Tampere überwacht.

Auftragswert

Der Auftragswert für die Beschaffung von Schutzhandschuhen belief sich zwischen Januar 2016 und Oktober 2016 auf rund 300 000 EUR.

Rechtsinstrument

- Artikel 42 (Technische Spezifikationen) und Artikel 18 Absatz 2 (Grundsätze der Auftragsvergabe – Einhaltung der geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Im finnischen Gesetz über öffentliche Aufträge und Konzessionen ist festgelegt, dass die öffentlichen Auftraggeber sich bemühen müssen, ihre Aufträge so zu gestalten, dass sie möglichst wirtschaftlich, qualitativ hochwertig und systematisch durchgeführt werden können, wobei sich auf die bestehenden Wettbewerbsbedingungen gestützt wird und ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt werden.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Tampere
- Anbieter: Abena Finland Oy
- Endnutzer der Handschuhe: Beschäftigte im öffentlichen Gesundheitswesen und die behandelten Patienten

Soziale Auswirkungen

Der Fokus auf Lebenszykluskosten führte zur Beschaffung von Handschuhen aus Nitril statt Vinyl. Nitrilhandschuhe haben zwar einen höheren Anschaffungspreis pro Stück, betrachtet man jedoch die Lebenszykluskosten, ist es insgesamt billiger, eine größere Menge an Nitrilhandschuhen zu beschaffen. Auch fallen bei größeren Mengen geringere Logistikkosten an. Die Kosten liegen damit um rund 100 000 EUR unter denen des vorherigen Vertrags über Schutzhandschuhe. Gleichzeitig ist die Stadt Tampere in der Lage, die Umweltauswirkungen ihres Beschaffungswesens zu verringern und gleichzeitig auf die Rechte der Beschäftigten und die Arbeitsbedingungen zu achten.

Zusammenfassend kann Folgendes festgestellt werden:

- Durch die Berücksichtigung der Lebenszykluskosten wurden erhebliche Kosteneinsparungen erzielt. Dies führte zu einer strafferen Produktauswahl und einer höheren Qualität der Produkte.
- Durch die Beschaffung werden sauberere Stoffkreisläufe gefördert, da die Entsorgung von Nitrilhandschuhen umweltfreundlicher ist als die Entsorgung von Vinylhandschuhen.
- Bei der Beschaffung werden die sozialen Aspekte der Produktionskette berücksichtigt.

Sonstige Vorteile

- Nitrilhandschuhe bieten einen besseren Schutz und eine höhere mechanische Festigkeit als Latexhandschuhe. Sie sind für Allergiker geeignet und können durch Verbrennung entsorgt werden.

- Die Straffung der Beschaffung von Schutzhandschuhen auf nur einen Handschuhtyp führt zu geringeren Logistikkosten.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Eine Erkenntnis für die Stadt Tampere besteht darin, dass es möglich ist, qualitativ hochwertigere und nachhaltig hergestellte Handschuhe zu niedrigeren Kosten und mit geringeren Umweltauswirkungen zu beschaffen.

Kontakt

Nina Wihlman, Bereichsleitung Tuomi Logistiikka Oy, Nina.wihlman@tuomilogistiikka.fi

31. Oslos Strategie zur Förderung von gemeinnützigen Anbietern von Gesundheits- und Sozialdiensten

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Oslo, Norwegen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Gesundheitsversorgung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Gemeinnützige Organisationen haben eine lange Tradition bei der Bereitstellung von Gesundheits- und Sozialdiensten für Menschen mit Pflege- bzw. Betreuungsbedarf in Oslo. In Anerkennung des gesellschaftlichen Nutzens, den gemeinnützige Anbieter erbringen, wollte die Stadt Oslo den Zugang dieser Art von Anbietern zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten derart verbessern, dass bis 2025 mindestens 25 % aller Pflegeheimplätze in Oslo von gemeinnützigen Anbietern betrieben werden.

Mit Stand Juni 2019 entfallen 1188 Plätze in Pflegeheimen in Oslo auf kommerzielle Anbieter, was 29 % der Gesamtzahl entspricht. Auf gemeinnützige Anbieter entfallen derzeit 746 Plätze, was 18 % der Gesamtzahl entspricht. Die restlichen 53 % der Plätze sind in öffentlicher Trägerschaft.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Erbringung von Gesundheits- und Sozialdiensten ist eine gesetzliche Verpflichtung, der die Stadt Oslo entweder selbst als direkter Anbieter oder über Verträge mit Anbietern, die die Dienste in ihrem Namen erbringen, nachkommen kann. Diese Verträge sollten so weit wie möglich den Anforderungen entsprechen, die für die Stadt gelten, wenn diese als direkter Anbieter auftritt.

Die Verträge für Gesundheits- und Sozialdienste haben in der Regel einen hohen Wert und eine Laufzeit von mehreren Jahren (oft bis zu 10 Jahre). Es ist von entscheidender Bedeutung, dass diese Dienste den Bedürfnissen der Nutzer und Nutzergruppen entsprechen. Das bedeutet, dass der Preis nicht unbedingt das wichtigste Element bei der Bewertung der Dienste ist, was möglicherweise auch eine Anpassung der Dienste an die sich ändernden Bedürfnisse der Nutzer erfordert.

Die Strategie Oslos für einen verbesserten Zugang und die Förderung von gemeinnützigen Anbietern von Gesundheits- und Sozialdiensten ist Teil eines umfassenderen strategischen Konzepts für das öffentliche Auftragswesen der Stadt Oslo (Vorschlag der Stadt 1104/17). Das allgemeine Ziel der Strategie, die im Januar 2017 in Kraft getreten ist, nachdem die Richtlinie 2014/24/EU in nationales Recht umgesetzt wurde (Gesetz Nr. 73 vom 17. Juni 2016 und Verordnung Nr. 974 vom 12. August 2016 über das öffentliche Auftragswesen), besteht darin, die Vorschriften über die Vergabe öffentlicher Aufträge zu vereinfachen und strategischer zu nutzen.

Um die Zielvorgabe von 25 % für gemeinnützige Anbieter zu erreichen, will die Stadt einige der derzeitigen Verträge mit kommerziellen Anbietern auslaufen lassen und gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, die darauf abzielen, die Beteiligung von gemeinnützigen Anbietern am lokalen Beschaffungsmarkt zu erhöhen.

Aufgrund der zusätzlichen sozialen Dimension ihrer Tätigkeit hat die Stadt Oslo den Schwerpunkt auf Gesundheits- und Sozialdienste gelegt. In diesem Zusammenhang möchte die Stadt sicherstellen, dass die öffentlichen Mittel, die für sozial ausgerichtete Tätigkeiten ausgegeben werden, einen Nutzen für die Gemeinschaft bringen.

In der Strategie sind vier Hauptinstrumente zur Erreichung des angestrebten Ziels vorgesehen. Diese Instrumente sind vielfältig und wirken auf den gesamten Beschaffungszyklus.

- **Vorbehaltene Aufträge:** Die Strategie zielt darauf ab, den Spielraum für die Nutzung vorbehaltener Aufträge für gemeinnützige Anbieter zu maximieren, um ihre Stellung bei der Erbringung von Gesundheits- und Sozialdiensten zu verbessern. Nach Artikel 77 darf die Laufzeit von Verträgen, die infolge eines vorbehaltenen Auftrags geschlossen werden, drei Jahre nicht überschreiten.
- **Einführung von Erwägungen, die für gemeinnützige Anbieter von besonderer Bedeutung sind:** In Bezug auf Aufträge, die allen Arten von Wettbewerbern offenstehen, zielt die Strategie darauf ab, den Schwerpunkt auf Qualitätskriterien zu legen, entweder als Teil der technischen Spezifikationen, der Zuschlagskriterien, der Qualifikationsanforderungen, der Ausführungskriterien oder der allgemeinen Auftragsbedingungen. Zu diesen Erwägungen gehören: die Bedürfnisse der Nutzer in Bezug auf Qualität, Kontinuität, universelle Gestaltung, akzeptable Preise, Zugänglichkeit und ein umfassendes Dienstleistungsangebot, Fachwissen und Erfahrung, Beteiligung der Nutzer und Wahrung der Nutzerintegrität. Der Klient kann auch seine Bedürfnisse im Hinblick auf Vielfalt, Kontinuität und Innovation hervorheben. Die Mobilisierung von Ressourcen im unmittelbaren Umfeld des Nutzers ist ebenfalls eine Priorität.
- **Aufnahme von Vertragsbestimmungen zur Gewährleistung qualitativer Dienste für die Bürger und guter Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten:** Der Stadtrat hat das Osloer Modell für den Gesundheits- und Pflegesektor übernommen (Stadtratsdrucksache 1006/19). Dieser Kodex für die gute Praxis sieht vor, dass der Großteil der Arbeitnehmer, die einen Auftrag für die Stadt Oslo ausführen, fest angestellt sein muss. Dies gilt auch für Unterauftragnehmer. Im Gesundheits- und Sozialbereich gibt es einen hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Im Durchschnitt arbeiten in den norwegischen Gemeinden zwei von drei Beschäftigten in Teilzeit. Lange, wechselnde Schichten und Nacharbeit erschweren die Durchsetzung der Anforderungen in Bezug auf eine Vollzeitbeschäftigung. Aus diesem Grund verlangt die Stadt, dass die unter Vertrag genommenen Arbeitnehmer möglichst nah an der Vollzeitbeschäftigung sind und dass dieses Ziel nach Möglichkeit zumindest gefördert wird. Dem Kodex zufolge müssen alle Arbeitnehmer, die mit Patienten und Nutzern in Kontakt kommen, sowohl mündlich als auch schriftlich gut auf Norwegisch kommunizieren können. Dies ist eine zwingende Anforderung, die aber für die einzelnen Stellenkategorien gerechtfertigt ist und im Zusammenhang mit der Stellenbeschreibung steht. Die norwegische Arbeits- und Wohlfahrtsverwaltung (NAV) ist der wichtigste Kanal für Neueinstellungen in diesem Sektor. Der Stadtrat ist auch bestrebt, den Sektor so integrativ wie möglich zu gestalten, d. h. mit Arbeitnehmern, die für eine vollständige Integration am Arbeitsplatz zusätzliche Unterstützung oder Begleitung benötigen.
- **Dialog mit gemeinnützigen Akteuren:** Um die Stellung gemeinnütziger Akteure im Gesundheits- und Sozialbereich zu stärken, wird die Stadt einen systematischen Dialog mit gemeinnützigen Pflegeanbietern und den Verbänden, die ihre Interessen vertreten, fördern. Im Mittelpunkt dieses Dialogs steht dabei insbesondere, was für die Erbringung qualitativ hochwertiger Dienste für die Stadt und die Gemeinde erforderlich ist, was für sie als Anbieter machbar ist und wie ihr Zugang zum öffentlichen Auftragswesen verbessert werden kann. Bei jeder Ausschreibung von Gesundheits- und Sozialdiensten führt die Stadt vor der Auftragsvergabe Maßnahmen durch, um zu prüfen, inwieweit gemeinnützige Organisationen an der jeweiligen Ausschreibung teilnehmen können.

Auftragswert

Abhängig von den jeweiligen ausgeschriebenen Aufträgen. Zur Information: Die Stadt Oslo gab 2018 mehr als 59 Mrd. NOK (5,9 Mrd. EUR) für Gesundheits-, Pflege-, Betreuungs- und Sozialdienste aus (Statistics Norway).

Rechtsinstrument

- Artikel 20, 40, 67, 70 und 77 der Richtlinie 2014/24/EU

- Strategie Oslos für einen verbesserten Zugang und die Förderung von gemeinnützigen Anbietern von Gesundheits- und Sozialdiensten

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Oslo
- Auftragnehmer: gemeinnützige Anbieter von Gesundheits- und Sozialdiensten
- Unterstützung bei der Einbindung der Beschäftigungsklausel: NAV
- Teilnehmer des Dialogs: Anbieterorganisationen und Nutzergruppen
- Nutzer: Empfänger von Gesundheits- und Sozialdiensten

Soziale Auswirkungen

- Die Strategie wurde erst im Oktober 2019 verabschiedet, und die sozialen Auswirkungen gilt es noch zu ermitteln bzw. zu quantifizieren. Das Hauptziel einer solchen Bestimmung ist die Erhöhung des Anteils der Plätze in Pflegeheimen, die von gemeinnützigen Anbietern von Gesundheits- und Sozialdiensten betrieben werden. Durch die Erhöhung des Anteils der Plätze, die auf gemeinnützige Anbieter entfallen, auf mindestens 25 % bis 2025 will die Stadt auch einen Multiplikatoreffekt fördern, da viele dieser Anbieter ein soziales Ziel verfolgen und dafür arbeiten. Die Vorteile, die sich aus der Beauftragung von gemeinnützigen Anbietern durch die Stadt ergeben, kommen somit der Gemeinde insgesamt zugute.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Strategie, die im Oktober 2019 verabschiedet wurde, befindet sich in der Umsetzungsphase.

Kontakt

Stadtrat Oslo, Abteilung für ältere Menschen, Gesundheit und Arbeit, postmottak@byr.oslo.kommune.no

SEKTOR 7 – Soziale Dienstleistungen

32. Arbeitsmarktintegration von Zuwanderern mithilfe eines Social Investment Bond

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Beschäftigung, Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2015 erfuhr Finnland einen rasanten Anstieg von Zuwanderern. Als Reaktion darauf hat das Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Beschäftigung ein Projekt durchgeführt, um kürzlich angekommenen Zuwanderern den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Die Arbeitslosenquote unter den Migranten war etwa doppelt so hoch wie unter der finnischen Bevölkerung.

Nach Recherchen und Marktkonsultationen beschloss das Ministerium, das Projekt in Form eines Social Impact Bond (SIB) durchzuführen. Dabei handelt es sich um eine Form der an sozialen Ergebnissen orientierten Auftragsvergabe, bei der ein privater Partner Finanzmittel bereitstellt und das Leistungsrisiko übernimmt. Bei SIB-Aufträgen zahlt die öffentliche Stelle nur dann, wenn bestimmte Leistungsergebnisse erzielt werden. In diesem Fall basierten die Leistungsindikatoren auf der Verringerung des Bedarfs an Arbeitslosenunterstützung und der Erhöhung der Steuereinnahmen durch die Beschäftigung der Teilnehmer des Programms.

Dieses Projekt, genannt Koto-SIB, war eines der ersten seiner Art in Europa und wurde vom Europäischen Investitionsfonds und der Europäischen Kommission gemeinsam mit verschiedenen anderen privaten und institutionellen Investoren kofinanziert.

Gegenstand

Ende 2015 wurde ein Vergabeverfahren zur Ernennung eines Projektleiters für den SIB eingeleitet. Dem Projektleiter würden unter anderem folgende Aufgaben zufallen:

- Einrichtung eines Investitionsfonds
- Vermarktung des Fonds an externe Investoren wie Stiftungen und Privatpersonen
- Vermittlung von Ausbildern und Arbeitsplätzen und Organisation von Schulungen für die Teilnehmer

Die angestrebte Zahl der Programmteilnehmer wurde auf 2500 über einen Zeitraum von drei Jahren festgelegt, wobei die Leistungen auch allgemeine und berufsspezifische Schulungen umfassen sollen. Nach der Vermittlung in ein Beschäftigungsverhältnis erhalten die Teilnehmer fortlaufend fachliche, sprachliche und kulturelle Unterstützung.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Im Dezember 2015 wurde im Amtsblatt eine Vorabinformation (Prior Information Notice, PIN) veröffentlicht, in der um Marktinformationen ersucht wurde. In der PIN war das Interesse des Ministeriums an der Einrichtung eines SIB dargelegt, um neue Bildungs- und Beschäftigungsmodelle zur Beschleunigung der Beschäftigung von Zuwanderern zu erproben. Mehrere Organisationen antworteten auf die PIN, und es wurde ein Informationstag abgehalten, bei dem Entwürfe von Dokumenten vorgelegt wurden und die Marktteilnehmer Kommentare abgeben konnten.

Im März 2016 wurde im Rahmen des offenen Verfahrens eine Bekanntmachung veröffentlicht, in der zur Einreichung von Vorschlägen für die Projektleitung des SIB aufgefordert wurde. Dem Projektleiter würden unter anderem folgende Aufgaben zufallen:

- Ausgestaltung und Leitung des Projekts
- Organisation von Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen für Migranten entsprechend den Projektergebnissen in Zusammenarbeit mit den Dienstleistern
- Überwachung sowie Zwischen- und Abschlussberichterstattung

Die Zuschlagskriterien konzentrierten sich auf den Projektplan (60 %) und die Erfahrung der Mitarbeiter der Projektleitung (40 %). Auf die Ausschreibung ging nur ein Angebot ein, und zwar von Epicus Oy (mittlerweile FIM Vaikuttavuussijoitus Oy). Dies spiegelt den innovativen Charakter des Projekts und die relativ geringe Zahl der auf diesem Markt tätigen Unternehmen wider. Verschiedene Dienstleister wurden als Unterauftragnehmer in die Ausschreibung einbezogen, um an verschiedenen Standorten in Finnland Bildung, Ausbildung und Arbeitsvermittlung anzubieten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das wichtigste sozialpolitische Ziel der Beschaffung bestand darin, Beschäftigungsmöglichkeiten anzubieten und die Integration von Zuwanderern in den finnischen Arbeitsmarkt zu fördern. Das Projekt wurde auch als Gelegenheit gesehen, das SIB-Modell in Finnland zu testen und sein Nachahmungspotenzial zu bestimmen.

Überprüfung

Die Vergütung des Projektleiters wird durch einen Vergleich der durch die folgenden Beteiligten erwirtschafteten Steuern und der für die folgenden Beteiligten eingesparten Leistungen bei Arbeitslosigkeit bestimmt:

- Teilnehmer des SIB-Programms und
- Kontrollgruppe, die nach einem traditionellen Modell integriert wird.

Der Vergleich erfolgt am Ende der Vertragslaufzeit. Wenn das Projekt zu Einsparungen für die Regierung führt, erhält der Projektleiter die Hälfte davon. Darüber hinaus erhält der Projektleiter für jeden Teilnehmer, der mehr als 70 Schulungstage absolviert, ein Honorar von 1500 EUR.

Auftragswert

Der geschätzte Auftragswert belief sich auf 8 625 000 EUR. Der Gesamtauftragswert wird jedoch auf der Grundlage der vertragsgemäßen Leistung ermittelt. Der Investitionsfonds im Rahmen des SIB ist mit 14,2 Mio. EUR dotiert.

Rechtsinstrument

- Artikel 40 (Vorherige Marktconsultationen) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Auftraggeber: Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Beschäftigung, Finnland
- Strategische Partner: Hansel (zentrale Beschaffungsstelle) SITRA (finnischer Innovationsfonds)
- Projektleitung: Epicus Oy

- Andere Investoren: Europäischer Investitionsfonds
- Dienstleister

Programmteilnehmer

Soziale Auswirkungen

- Die bisherigen Ergebnisse deuten darauf hin, dass etwa 50 % der Teilnehmer am Koto-SIB eine Beschäftigung gefunden haben, was deutlich besser ist als bei der Kontrollgruppe.
- Die Teilnehmer des Programms erhalten zusätzlich zu Sprachkursen und Arbeitsvermittlung ein persönliches Coaching. Die Kurse dauern in der Regel 3–4 Monate.
- Unterstützt werden auch die Arbeitgeber, von denen einige bisher keine Erfahrung mit der Beschäftigung von Zuwanderern hatten.
- Ende 2019 lag die Zahl der Teilnehmer am Koto-SIB insgesamt bei 2211, wovon 869 in Beschäftigung waren. Es handelt sich um eine Vielzahl von Arbeitsplätzen und Arbeitgebern, wobei die meisten im Gaststättengewerbe, in der Logistik, in der Reinigung und im verarbeitenden Gewerbe angesiedelt sind. Was die demografische Verteilung der Programmteilnehmer anbelangt, so sind 63 % männlich und 37 % weiblich, was zum Teil auf den höheren Anteil männlicher Migranten in Finnland zurückzuführen ist.
- Teilnehmern mit höherem Bildungsniveau wurden auch Schulungen in den Bereichen Wirtschaft und Unternehmertum angeboten, darunter ein [Programm zur Gründung von Technologieunternehmen](#).

Sonstige Vorteile

- Das Ministerium hat durch diese Initiative seit 2016 mindestens 20 Mio. EUR eingespart. Der Erfolg des Koto-SIB hat bewirkt, dass dieses Modell auch von anderen finnischen Behörden, zum Beispiel für die Erbringung von Dienstleistungen für Jugendliche, genutzt wird.
- Das Ministerium beschloss ferner, ein zweites Projekt nach einem ähnlichen Modell in Auftrag zu geben, bei dem die Vermittlung langzeitarbeitsloser Nicht-Migranten in ein Beschäftigungsverhältnis unterstützt werden soll. Dieses Projekt wurde im Rahmen des wettbewerblichen Dialogs ausgeschrieben, und die Vertragslaufzeit begann 2019.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Sonja Hämäläinen, Migrationsdirektorin im Ministerium und Projektbeauftragte, sagt: „Für das Projekt und seinen Erfolg ist es von entscheidender Bedeutung, einen Vermittler zu haben, der die Komplexität von sozialwirkungsorientierten Investitionen versteht, weil so viele Dinge ins Spiel kommen: die Einwerbung privater Investitionen, die Beauftragung eines neuen Projektleiters, die Messung der Auswirkungen auf eine neue Art und Weise ... Ein unabhängiger Vermittler, der mit Ihnen Ideen austauschen kann, ist der Schlüssel zum Erfolg.“

Kontakt

Susanna Piepponen, Senior Specialist, Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Beschäftigung, susanna.piepponen@tem.fi

33. Gemeinsame Gestaltung der Auftragsvergabe für die Instandhaltung von Sozialwohnungen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Seoul Housing and Communities Corporation, Republik Korea (Südkorea)

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Bei dieser Initiative handelt es sich um ein Beispiel für die Mitgestaltung der öffentlichen Beschaffung von Dienstleistungen durch die Seoul Housing and Communities Corporation (SH) und das Seoul Social Economy Center (SSEC). Mit der Initiative wurden zwei Ziele verfolgt:

- Gewährleistung eines guten Lebensumfelds für die Bewohner öffentlicher Mietwohnungen, bei denen es sich hauptsächlich um einkommensschwache Haushalte handelt, durch die Bereitstellung hochwertiger Instandhaltungsdienste durch sozialwirtschaftliche Organisationen und Unternehmen (social economy organisations and enterprises, SEOE)
- Erschließung eines neuen Markts für Sozialunternehmen in einem großen öffentlichen Wohnkomplex

In Korea gibt es vier gesetzlich festgelegte Kategorien von SEOE: Sozialunternehmen, Genossenschaften, Gemeinschaftsunternehmen und Selbsthilfeunternehmen. In diesem Fall bestand das Konsortium aus einer Genossenschaft und einem Sozialunternehmen.

Wie erstmals im Jahr 2017 von der SSEC und einigen SEOE vorgeschlagen, haben die SH und das SSEC ein Instandhaltungsbüro für Sozialwohnungen (Mietwohnungen) nach einem sozialwirtschaftlichen Modell eingerichtet. Dieses integrierte Verwaltungsmodell befindet sich in kommunaler Hand und bietet mehr Perspektiven in Bezug auf soziales Wohnen.

Es umfasst nicht nur die traditionelle Gebäudeinstandhaltung (z. B. Reinigung, Sicherheit, Klempnerarbeiten, Stromversorgung, Aufzüge usw.), sondern auch Gemeinschaftsdienste in dem Wohnkomplex (z. B. Beschäftigungsberatung für die Bewohner, Betreuung von älteren Menschen und Kindern, Verwaltung von Gemeinschaftsräumen, kulturelle Veranstaltungen usw.).

Gegenstand

Instandhaltung und Verwaltung von öffentlichen Mietwohnungen sowie Erbringung gemeinschaftlicher Dienstleistungen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die SH hat das Ausschreibungsverfahren so gestaltet, dass die Teilnahme von SEOE an der Initiative durch folgende Elemente gewährleistet ist:

- Mitgestaltung des Vergabeverfahrens mit dem sozialwirtschaftlichen Sektor
 - Verringerung der Hindernisse für die Teilnahme an der Ausschreibung, um sicherzustellen, dass neu in den Markt eingetretene SEOE teilnehmen können
 - Verwendung eines vorbehaltenen Auftrags für sozialwirtschaftliche Unternehmen

- Coaching von SEOE zwecks Erwerb der Zertifizierung für die Verwaltung kollektiver Wohnflächen in Form eines öffentlichen Wohnkomplexes

Das Instrument, das beim öffentlichen Vergabeverfahren verwendet wurde, war ein vorbehaltener Auftrag für Sozialunternehmen (ähnlich Artikel 77 der Richtlinie 2014/24/EU), basierend auf Artikel 9 (Methods of Contracting – Methoden der Auftragsvergabe) des [Act on Contracts to Which a Local Government is Party](#) (südkoreanisches Gesetz über Aufträge, an denen eine lokale Regierung beteiligt ist) und Artikel 12 (Preferential Purchase by Public Institutions – Bevorzugte Beschaffung durch öffentliche Einrichtungen) des [Social Enterprise Promotion Act](#) (südkoreanisches Gesetz zur Förderung von Sozialunternehmen) in der bis zum 30. Juni 2013 geltenden Fassung.

Die folgenden Wirtschaftsteilnehmer waren berechtigt, ein Angebot abzugeben (gemeinsame Angebote waren erwünscht):

- Wohnungsverwaltungsdienste (85 % des Gesamtvertrags): Wohnungsverwaltungsgesellschaften
- Dienste im Rahmen des sozialen Wohnens (15 % des Gesamtvertrags): Wohlfahrtsverbände oder Sozialunternehmen im Sinne von Artikel 7 und 8 des südkoreanischen Gesetzes zur Förderung von Sozialunternehmen

Zur Bewertung der Angebote wurden folgende Kriterien herangezogen:

- Kapazität des Unternehmens: 80 %
(bewertet auf der Grundlage von: Finanzstatus und Kreditwürdigkeit des Unternehmens, frühere Erfahrungen mit ähnlichen Projekten in Bezug auf Umfang und Inhalt, Anzahl der Techniker mit den erforderlichen Fähigkeiten, Prozentsatz der Investitionen in Forschung und Entwicklung, Risikomanagementpolitik und Zeitmanagement)
- Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf die vorgeschlagenen Kosten des gesamten Projekts: 20 %

Die SH entschied sich für ein Konsortium von SEOE, bestehend aus einer Genossenschaft und einem Sozialunternehmen, das die Funktionen eines Instandhaltungsdienstleisters und eines Sozialdienstleisters übernahm. Die Initiative begann 2017 in einem Wohnkomplex in Shinnae Town, Jungrang District, Seoul, wo die beauftragten SEOE für die Verwaltung der Instandhaltungsbüros des gesamten Komplexes (1300 Haushalte) zuständig sind.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das sozialpolitische Ziel des Verfahrens bestand darin, die Beteiligung sozialwirtschaftlicher Organisationen an einer Ausschreibung für die Erbringung hochwertiger Instandhaltungsdienstleistungen für öffentliche Mietwohnungen zu erleichtern. Ein weiteres Ziel war die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Bewohner des Wohnkomplexes, wo die Konzentration einkommensschwacher Familien hoch ist.

Überprüfung

Der öffentliche Auftraggeber überprüfte, ob die Wirtschaftsteilnehmer die Kriterien entsprechend den nationalen Rechtsvorschriften erfüllten.

Der Wert des Auftrags für die Verwaltung des Instandhaltungsbüros beläuft sich auf etwa 300 000 EUR, und der Auftrag für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich gemeinschaftliche Dienstleistungen hat einen Wert von etwa 1,1 Mio. EUR.

Der Gesamtwert der in Auftrag gegebenen Dienstleistungen betrug somit 1,4 Mio. EUR über zwei Jahre (Oktober 2015 bis Oktober 2017), wobei die Ausschreibung in drei Aufträge aufgeteilt wurde (zwei im Bereich Instandhaltung und einer im Bereich gemeinschaftliche Dienstleistungen).

Rechtsinstrument

- Artikel 9 (Methoden der Auftragsvergabe) des [südkoreanischen Gesetzes über Aufträge, an denen eine lokale Regierung beteiligt ist](#), nach dem der Vorbehalt von Aufträgen, ähnlich dem Vorbehalt gemäß Artikel 77 der Richtlinie 2014/24/EU, zulässig ist.
- Artikel 12 (Bevorzugte Beschaffung durch öffentliche Einrichtungen) des [südkoreanischen Gesetzes zur Förderung von Sozialunternehmen](#) in der bis zum 30. Juni 2013 geltenden Fassung
- Korea ist Vertragspartei des Übereinkommens der Welthandelsorganisation über das öffentliche Beschaffungswesen, und die angewandten Maßnahmen stehen im Einklang mit diesem Übereinkommen.

Akteure

- Projektleitung und öffentlicher Auftraggeber: Seoul Housing and Communities Corporation (SH) – eine kommunale Körperschaft, die für den Bau und die Verwaltung öffentlicher Mietwohnungen zuständig ist
- Unterstützung von Sozialunternehmen: Seoul Social Economy Centre (SSEC)
- Bieter: sozialwirtschaftliche Organisationen, einschließlich Green Environment Co., Ltd. als Dienstleister
- Begünstigte: Bewohner des Wohnkomplexes, die sowohl als Verbraucher als auch als Mitarbeiter des Dienstleisters an der Umsetzung beteiligt waren

Soziale Auswirkungen

- In diesem Fall arbeiteten eine Regierungsbehörde und der sozialwirtschaftliche Sektor bereits in der Planungsphase des Beschaffungsprozesses zusammen und verfolgten das gemeinsame Ziel, den Bewohnern von Sozialwohnungen bessere Dienstleistungen und ein besseres Umfeld zu bieten.
- SEOE sind für ihre Spezialisierung auf technische und soziale Aspekte der Entwicklung und Instandhaltung von Sozialwohnungen bekannt. Das öffentliche Unternehmen erhöhte den sozialen Wert der Ausschreibung, indem es seine herkömmliche Ausschreibungspraxis zugunsten von SEOE änderte.
- Der Dienstleister schaffte Arbeitsplätze für die Bewohner der öffentlichen Mietwohnungen, vor allem Haushaltsführende und Pflegende auf der Suche nach einer Teilzeitbeschäftigung oder arbeitslose Bewohner.

Sonstige Vorteile

- Das Beispiel ließe sich leicht auf andere öffentliche und private kollektive Wohnflächen übertragen, d. h. große Wohnkomplexe mit Tausenden von Haushalten, die in der Stadt Seoul die am weitesten verbreitete Form des städtischen Wohnungsbaus darstellen. Daher kann mit diesem Modell ein neues Geschäftsfeld für sozialwirtschaftliche Unternehmen mit großen Aussichten und sozialen Auswirkungen eröffnet werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Das beschriebene Modell war ursprünglich als integriertes Angebot verschiedener, auf die Bedürfnisse der Bewohner abgestimmter Dienstleistungen (einschließlich Gebäudemanagement, Betreuung und Berufsausbildung) als eine Art Kreislaufwirtschaftsmodell in einem Wohngebäudekomplex konzipiert. Die Tatsache, dass verschiedene Anbieter für die Erbringung

verschiedener Dienstleistungen zuständig waren, machte eine kohärente und umfassende Dienstleistungserbringung bisweilen jedoch schwierig.

- Bei einer möglichen Übertragung dieses Beispiels sollte der Umfang des Auftrags vergrößert werden und die Beschaffung sollte mehr integrierte Dienstleistungen umfassen. Die Laufzeit des Auftrags sollte verlängert werden, um eine stabilere Dienstleistungserbringung zu gewährleisten.
- Es wird empfohlen, die Bedingungen für die Bildung eines Konsortiums unter den Unternehmen flexibler zu gestalten.

Kontakt

Frau Ahreum Kim, Teamleiterin, Sekretariat des Global Social Economy Forum (GSEF), ahreum.kim@gsef-net.org

Frau Li Yoo, Leitende Managerin, Seoul Social Economy Center, lilyatom@sehub.net

34. Gemeinsame Gestaltung und Umsetzung eines Dienstes zur Verbesserung der Kenntnisse und Fähigkeiten von Eltern mit Minderjährigen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Brescia, Italien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Verfahren sieht die Auswahl von Wirtschaftsteilnehmern vor, die geeignet sind, sich gemeinsam mit der Stadt Brescia an der Gestaltung eines Dienstes für Familien mit Minderjährigen (Kinder unter 18 Jahren) zu beteiligen. Das endgültige Ziel des Dienstes, der zu einem späteren Zeitpunkt erbracht werden soll, besteht darin,

- die korrekte Entwicklung und das Wachstum jedes Kindes in der jeweiligen Familie zu fördern, indem die familiären Beziehungen gestärkt werden und das Kind oder der Minderjährige vor Störungen geschützt wird, die sein Wohlbefinden beeinträchtigen könnten,
- die Familien besser in die lokalen Gemeinschaften zu integrieren.

Dieser Dienst richtet sich an Familien mit Minderjährigen, die in der Gemeinde Brescia leben und den Dienst spontan in Anspruch nehmen oder aufgrund eines Gerichtsbeschlusses mit ihm zusammenarbeiten müssen.

Sind die Standards einer zu beschaffenden Dienstleistung genau definiert, kann die Stadt ein Standardverfahren für die Vergabe öffentlicher Aufträge einleiten. Wenn sie jedoch ihre Standards besser definieren oder neue innovative Elemente einführen möchte, kann ein Verfahren zur gemeinsamen Gestaltung eine interessante Möglichkeit sein, die Wirtschaftsakteure einzubeziehen und neue Ideen für eine verbesserte Gestaltung und Erbringung von Diensten zu finden.

In der Vergangenheit hat die Stadt Brescia ihre Dienste für Kinder und ihre Familien zentral organisiert. Im Jahr 2015 erfolgte eine Neuorganisation der Dienste: Es wurden fünf territoriale Dienste eingerichtet, für die jeweils eine Person zuständig ist. Mit dieser Ausschreibung wollte die Stadt die Organisation des bestehenden Dienstes auf territorialer Ebene verbessern, indem territoriale und multiprofessionelle Teams eingerichtet werden, die sich auf die Gemeinwesenarbeit konzentrieren.⁴ Ziel der Gemeinwesenarbeit ist es, Not und Ausgrenzung von Familien zu verhindern und, in den extremsten Fällen, Kinder zu schützen sowie ihre Trennung von den Familien so weit wie möglich zu vermeiden.

Die Idee zu dieser Ausschreibung entstand aus dem regelmäßigen Dialog und der Zusammenarbeit zwischen der Stadt Brescia und den am örtlichen Gebietsplan (Piano di Zona) für Brescia Beteiligten. Ein solcher Plan ist im italienischen Gesetz Nr. 328/2000 vorgeschrieben, in dem die Regeln für die Planung und Umstrukturierung sozialer Maßnahmen und Dienstleistungen festgelegt sind. Dieser Plan ist das Instrument für die Programmierung der Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen auf lokaler Ebene. In ihm sind die Prioritäten, strategischen Ziele, Wege, Mittel und die Personalausstattung festgelegt, die für die Umsetzung eines integrierten Systems öffentlicher Dienstleistungen und sozialer Interventionen erforderlich sind.

⁴ Gemeinwesenarbeit ist der Prozess, bei dem Sozialarbeiter und andere Fachleute den Menschen durch kollektive Maßnahmen dabei helfen, ihre Beziehung und Zugehörigkeit zur lokalen Gemeinschaft, in der sie leben, zu verbessern.

Gegenstand

Gemeinsame Gestaltung eines Dienstes zur Verbesserung der Kenntnisse und Fähigkeiten von Eltern mit Minderjährigen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die erste Phase der Auftragsvergabe bestand in einem offenen Verfahren zur Auswahl des (der) Wirtschaftsteilnehmer(s), mit dem (denen) die Maßnahmen zur gemeinsamen Gestaltung des entsprechenden Dienstes entwickelt werden sollten. Die Angebote wurden auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses bewertet. Für die Qualität des Projekts wurden maximal 80 Punkte und für die Wirtschaftlichkeit des Angebots maximal 20 Punkte vergeben.

Für die Qualität wurden folgende Kriterien herangezogen:

- Organisation des Dienstes: maximal 40 Punkte, wie folgt aufgeteilt:
 - Gesamtentwicklung des Projektvorschlags (20 Punkte) unter besonderer Berücksichtigung der für jedes Berufsprofil erforderlichen Tätigkeiten und der Verwirklichung der allgemeinen Ziele des Dienstes
 - Beschreibung der Verfahren und Methoden für die Gestaltung, Bewertung und Planung der Interventionen in Zusammenarbeit mit dem öffentlichen Sozialdienst (10 Punkte)
 - Beschreibung der Art und Weise, wie die verschiedenen Berufsprofile mit den spezifischen laufenden Diensten (etwa dem PIPPI-Familienberatungsprojekt⁵ oder dem Pflegefamilienprojekt) und den neu einzuführenden Diensten (z. B. Erziehungsdienste in den städtischen Kindergärten) zusammenarbeiten (10 Punkte)
- Professionelles Team: maximal 25 Punkte, wie folgt aufgeteilt:
 - Quantität und Qualität des Personals, das in dem gemeinsam zu gestaltenden Dienst eingesetzt werden soll (Angabe der Zahl der Vollzeit- und Teilzeitkräfte, des durchschnittlichen Dienalters, sowie der spezifischen zusätzlichen Erfahrungen und Qualifikationen in dem betreffenden Bereich) (10 Punkte)
 - Koordinierungs- und Unterstützungsmechanismen für die Schaffung einer gemeinsamen Sprache zwischen den verschiedenen beteiligten Fachleuten (Methoden zur Stärkung der Teambildung, Instrumente für die Aufstellung multiprofessioneller integrierter Bewertungen und spezifischer Leistungsziele für jeden Fachmann sowie die Ermittlung der Zwischen- und Endergebnisse) (10 Punkte)
 - Plan für die Schulung und technische Weiterbildung der Mitarbeiter, mit Ausnahme der gesetzlich vorgeschriebenen und der im wirtschaftlichen Angebot vorgesehenen Schulungen (5 Punkte)

⁵ Das Interventionsprogramm zur Prävention der Institutionalisierung (PIPPI-Programm) wurde 2010 auf den Weg gebracht und war das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, der Universität Padua, zehn italienischen Städten sowie Sozialdiensten zum Schutz von Minderjährigen. Ziel des Programms ist die Entwicklung innovativer Interventionspraktiken, um das Risiko der Misshandlung und der daraus folgenden Entfernung von Kindern aus ihren Herkunftsfamilien zu verringern. Dies wird dadurch erreicht, dass die verschiedenen Maßnahmenbereiche rund um die Bedürfnisse von Kindern, die in solchen Familien leben, in kohärenter Weise artikuliert werden, wobei die Perspektive der Eltern und die der Kinder bei der Erstellung der Analyse und der Reaktion auf diese Bedürfnisse berücksichtigt wird.

- Arbeit mit der Gemeinschaft: maximal 15 Punkte, wie folgt aufgeteilt:
 - Beschreibung der Art und Weise, wie mit den verschiedenen Berufsprofilen und den im Gebiet tätigen Institutionen und Akteuren zusammengearbeitet wird, sowie der Instrumente zur Erleichterung der Zusammenarbeit (10 Punkte)
 - Innovative Vorschläge zur Entwicklung und Stärkung der Kenntnisse und Fähigkeiten von Eltern (5 Punkte)

Die verschiedenen Berufsprofile arbeiten mit den Familien wie folgt zusammen:

- Der Psychologe bietet Unterstützung aus psychologischer, pädagogischer, sozialer und klinischer Sicht.
- Die Aufgabe des Erziehers besteht darin, die Beziehungen zwischen Eltern und Kindern und innerhalb der Familie zu unterstützen; dazu arbeitet der Erzieher in der Wohnung der Familie und im Kontext ihres täglichen Lebens.
- Der Sozialarbeiter sorgt dafür, dass die Pflege- und Hygienebedürfnisse der Haushalte erfüllt werden.
- Der Pflegefamilienberater unterstützt die laufenden oder zu aktivierenden Pflegefamilienprojekte.
- Der ethnoklinische Berater ist dafür zuständig, das Verständnis, die Beziehungen und die Verhandlungen zwischen einer ausländischen Familie und den verschiedenen beteiligten Diensten und Fachleuten zu erleichtern.
- Der Kultur- und Sprachmittler hat die Aufgabe, die Kommunikation zwischen den Diensten und nicht-italienischen Familien zu erleichtern.
- Der Koordinator des Dienstes garantiert die Qualität des Dienstes, überwacht die Durchführung der Tätigkeiten, beaufsichtigt das beteiligte Personal und kontrolliert die Effizienz und Wirksamkeit des Dienstes.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Verbesserung der strategischen Programmierung und operativen Planung der beschriebenen Dienste
- Förderung der Entwicklung der Gemeinwesenarbeit in den fünf Gebietskörperschaften von Brescia
- Verstärkung des präventiven Ansatzes der betreffenden Dienste, um Härtefälle, Missbrauch oder Störungen zu vermeiden, die Kinder und Minderjährige betreffen könnten
- Verbesserung der Eingliederung der Familien, die von dem Dienst profitieren, in die lokale Gemeinschaft und Vermeidung von Bildungsarmut

Überprüfung

In Bezug auf die technischen und finanziellen Kapazitäten wurde die Erfüllung der Anforderungen für die sechs Berufsprofile (Psychologe, Erzieher, Sozialarbeiter, Pflegefamilienberater, ethnoklinischer Berater, Kultur- und Sprachmittler und Koordinator des Dienstes) vom öffentlichen Auftraggeber anhand der Lebensläufe der vom Bieter vorgeschlagenen Fachkräfte überprüft.

Auftragswert

Der Auftragswert für die Dienstleistung beträgt 600 275 EUR ohne Mehrwertsteuer (MwSt) pro Jahr, der Gesamtauftragswert für vier Jahre beläuft sich also auf 2 401 102,10 EUR ohne MwSt. Dieser Betrag ist durch die Mittel zu ergänzen, die der (die) ausgewählte(n) Wirtschaftsteilnehmer in Form einer Kofinanzierung bereitstellen müssen.

Rechtsinstrument

- Artikel 74–77 über die Sonderregelung für soziale oder andere besondere Dienstleistungen der Richtlinie 2014/24/EU
- Artikel 55 des Gesetzesdekrets Nr. 117 vom 3. Juli 2017 (Kodex des Dritten Sektors), in dem neben anderen Formen der Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Verwaltung und den Akteuren des Dritten Sektors auch das Instrument der gemeinsamen Gestaltung von Diensten definiert ist
- Italienisches Gesetz Nr. 328/2000, in dem die Regeln für die Planung und Umstrukturierung sozialer Maßnahmen und Dienstleistungen festgelegt sind

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Brescia
- Partner des lokalen Aktionsplans für Brescia: Gemeinden, Verbände, Sozialgenossenschaften, Caritas (ein Zusammenschluss römisch-katholischer Hilfs-, Entwicklungs- und Sozialdienstorganisationen) und die Kirchengemeinden, die aktiv an der Planung und Erbringung sozialer Maßnahmen und Dienstleistungen auf lokaler Ebene beteiligt sind
- Auftragnehmer: eine Gruppe von drei Sozialgenossenschaften: (an dieser Ausschreibung haben sich zwei Gruppen von jeweils drei Sozialgenossenschaften mit einem Angebot beteiligt)
- Nutzer des gemeinsam gestalteten Dienstes: Familien mit Minderjährigen (sowohl Eltern als auch Kinder)

Soziale Auswirkungen

Die Tätigkeiten, die im Herbst 2019 aufgenommen wurden, wurden im Hinblick auf ihre Auswirkungen noch nicht bewertet. Schlüsselindikatoren sind die erwartete Verringerung der Zahl der Fälle, in denen Kinder von ihren Familien getrennt werden, und der Fälle von häuslicher Gewalt gegen Frauen. Die wichtigsten sozialen Auswirkungen, die bisher erzielt wurden:

- Die gemeinsame Gestaltung dieses Dienstes mit Sozialgenossenschaften hat zu hochwertigeren Dienstleistungen geführt, da die Perspektiven von Sozialgenossenschaften berücksichtigt werden, die auf dem Gebiet erfahren sind und sich der Umstände der Familien bewusst sind, die den Dienst in Anspruch nehmen.
- Die gemeinsame Gestaltung hat zusammen mit anderen Projekten und Interventionen der Stadt zur Umsetzung eines präventiven Ansatzes in den Kinderschutzdiensten und in den Diensten für Minderjährige und ihre Familien beigetragen.
- Die Partnerschaftsarbeit zwischen den verschiedenen beteiligten Akteuren (insbesondere mit den Schulen, verstärkte Unterstützung von Familien mit Hilfe anderer Familien) wurde ausgebaut.

- Es wurden Sicherheitsnetze für Familien in Not geschaffen, um Isolation und Ausgrenzung zu verhindern.

Sonstige Vorteile

- Das Verfahren zur gemeinsamen Gestaltung von Diensten wurde in Brescia bereits angewandt. Bei dieser Ausschreibung handelt es sich um die zweite Ausschreibung, die im Rahmen der Dienste für Kinder, Minderjährige und ihre Familien durchgeführt wird. Außerdem wurde ein Mitgestaltungsverfahren für die Umstrukturierung der Dienste zur Bekämpfung von extremer Armut und sozialer Ausgrenzung eingeleitet. Eine ähnliche Ausschreibung könnte auch im Hinblick auf Menschen mit Behinderungen durchgeführt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Für die Einführung eines ähnlichen Verwaltungsverfahrens für die gemeinsame Gestaltung von Diensten ist ein um 30 % längerer Zeitrahmen vorzusehen als bei einem Standardverfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, was entsprechende Personalkosten und eine sehr gute Organisation und Planung seitens der Stadt erfordert.
- Vor der Einleitung dieses Verfahrens zur gemeinsamen Gestaltung war eine strategische Vorplanung im Rahmen des lokalen Aktionsplans vonnöten. Die Planung diente dazu, den Bedarf, die Prioritäten und die Ressourcen der Stadt im Hinblick auf die allgemeine Erbringung von sozialen Dienstleistungen zu ermitteln. Sie hat dazu beigetragen, die Standards des Dienstes zu definieren.
- Es ist unerlässlich, dass sowohl die Stadt als auch die übrigen beteiligten Akteure über kompetentes Personal mit Kenntnissen in Bezug auf Verfahren der gemeinsamen Gestaltung und die soziale Situation auf lokaler Ebene verfügen. Außerdem müssen aussagekräftige Daten über die soziale Situation zur Verfügung stehen.

Kontakt

Massimo Molgora, Bereich Humandienstleistungen und Bildung, Verantwortlicher für den Sektor Sozialdienste, MMolgora@comune.brescia.it

35. Partizipative Definition von Qualitätsstandards für die Gestaltung, Organisation und Erbringung von Pflegediensten und deren Einbeziehung in das öffentliche Auftragswesen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Miejski Ośrodek Pomocy Społecznej, Gdynia (Städtisches Zentrum für soziale Dienste in Gdynia), Polen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

In den Jahren 2011 und 2012 organisierte die Stadt Gdynia den „Dialog zur Qualität von Pflegediensten“. Ziel war es, die Bedürfnisse und Erwartungen der an Pflegediensten Beteiligten zu ermitteln und zu thematisieren, um die Qualität der Pflegedienste zu verbessern. Der Dialog bot eine Gelegenheit für eine umfassende Debatte unter Beteiligung aller interessierten Parteien: Mehr als 1000 Personen nahmen teil, darunter Empfänger und Anbieter von Pflegediensten. Empfänger und Anbieter von Pflegediensten kamen sowohl in Gruppen als auch einzeln zusammen; diejenigen, die an keiner der 18 Sitzungen teilnehmen konnten, wurden zu Hause besucht und befragt. Die Teilnehmer wurden gefragt, was ihrer Meinung nach einen guten Pflegedienst ausmacht.

Infolgedessen wurden gemeinsame Qualitätskriterien, Leitlinien und Standards formuliert, die zu einer Verbesserung der Qualität der Pflege und der Arbeit im Pflegesektor führen sollten.

Die festgelegten Standards für Pflegedienste wurden dann in die öffentlichen Vergabeverfahren integriert. Durch die Festlegung von Anforderungen an die Beschäftigung von Pflegekräften (z. B. Mindestlohn, Vorhandensein eines ordnungsgemäßen Vertrags und eines Ausbildungsfonds – für Fachschulungen und berufliche Kurse zur Entwicklung von Pflegequalifikationen und -fähigkeiten – oder Beitrag der Arbeitgeber zu einem lokalen Ausbildungsfonds) wollen die lokalen Behörden das Ansehen der Pflegeberufe und das Ausbildungsniveau der Pflegekräfte verbessern. Das Motto des Dialogs der Stadt Gdynia zur Qualität von Pflegediensten lautete: *„Wir wollen sehen. Wir wollen hören. Wir wollen gemeinsam entscheiden.“*

Gegenstand

Bereitstellung von wirksamen und inklusiven Pflegediensten unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Pflegedienstempfänger

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Vor der Auftragsvergabe:

Das erste Ergebnis des Verfahrens im Vorfeld der Auftragsvergabe war die „Charta für hochwertige Pflegedienste“, in der die von den Beteiligten genannten übergeordneten Werte und die wichtigsten Qualitätskriterien (Effizienz, gutes Management, positive Einstellung zur Zusammenarbeit, Informationsfluss, gegenseitige Achtung, Verfügbarkeit, Verantwortung, Anpassungsfähigkeit und Solidarität) beschrieben werden.

Spezifikationen

Bei den Vergabeverfahren sind in den technischen Spezifikationen für Pflegedienste die auf der Grundlage der Konsultation ermittelten wesentlichen Anforderungen enthalten. Die Wahl des günstigsten Angebots erfolgt anhand folgender Zuschlagskriterien:

- Preis – 45 %

- Qualität und Quantität des beauftragten Personals – 45 % (die Qualität wird anhand der beruflichen Qualifikation des zugewiesenen Personals bewertet)

Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal – 10 % Bedingungen für die Auftragsausführung

Die Verträge umfassen strenge Anforderungen, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte (einschließlich Gehälter und Arbeitszeiten) sowie die Möglichkeit zur Weiterbildung und zur Steigerung der beruflichen Qualifikation zu gewährleisten. So war der Auftragnehmer bis 2014 verpflichtet, einen Ausbildungsfonds in Höhe von 1 % der Lohnsumme einzurichten, der für die Fachausbildung von Pflegekräften verwendet werden sollte.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Da es nach wie vor keine gesetzlichen Standards für Pflegedienste oder Leitlinien des polnischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Sozialpolitik gibt, wurde der Standard der Stadt Gdynia für am Wohnort erbrachte Pflegedienste aufgestellt.

In dem Dokument wird beschrieben, wie hochwertige Pflegedienste so organisiert und erbracht werden können, dass sie den Bedürfnissen der lokalen Akteure gerecht werden. Zunächst werden die Ziele der Pflegedienste und die erwarteten Ergebnisse definiert, dann wird der Katalog der lokalen Pflegedienste vorgestellt, der ein breites Angebot an persönlichen und häuslichen Dienstleistungen umfasst.

Anschließend werden die Pflichten und Rechte der Organisatoren und Anbieter von Pflegediensten und der Pflegekräfte sowie die Anforderungen an die berufliche Qualifikation der Pflegekräfte festgelegt. Die wichtigsten Werte in Bezug auf die Beschäftigung von Pflegekräften umfassen Folgendes: tägliche Arbeitszeit von acht Stunden, das Bestehen eines Arbeitsvertrags, angemessene Entlohnung, Diskriminierungsverbot in Bezug auf die Beschäftigungsbedingungen und Zugang zu beruflicher Aus- und Weiterbildung.

Der Standard wurde vom Bürgermeister der Stadt Gdynia als lokaler Grundsatz für die Erbringung von Pflegediensten eingeführt und muss seit Mai 2011 in Leistungsbeschreibungen und Vertragsklauseln enthalten sein.

Zu den Referenzstandards gehörten einschlägige Kernübereinkommen der IAO, darunter:

- Die Verfassung der IAO – Artikel 427
- Das Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts
- Das Übereinkommen (Nr. 111) über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
- Das Übereinkommen (Nr. 140) über den bezahlten Bildungsurlaub
- Das Übereinkommen (Nr. 175) über Teilzeitarbeit

Überprüfung

Überprüfung und Überwachung erfolgen anhand der folgenden Indikatoren:

- Quantitative und qualitative Kriterien für die Erbringung von Pflegediensten gemäß dem Standard der Stadt Gdynia für Pflegedienste
- Sicherstellung, dass die Entlohnung der Pflegekräfte den polnischen Rechtsvorschriften entspricht (gesetzlicher Mindestlohn pro Stunde, der nicht unter den in den polnischen Rechtsvorschriften festgelegten Lohnstandards liegt und vom Bildungsniveau und der beruflichen Qualifikation abhängt)
- Sicherstellung der erforderlichen Arbeitsbedingungen und der persönlichen Schutzausrüstung

- Sicherstellung der erforderlichen Beschäftigungsform (Arbeitsvertrag)
- Gewährleistung der Arbeitszeitstandards (Arbeitstag von acht Stunden)
- Gewährleistung des Zugangs zu Schulungen für Pflegekräfte
- Bildungsniveau der Pflegekräfte, einschließlich der Zahl der voll qualifizierten Pflegekräfte
- Ersatz des Pflegepersonals, Effizienz bei der Organisation von Vertretungen

Auftragswert

Im Zeitraum 2011 bis 2018 wurden 39 öffentliche Vergabeverfahren mit Sozialklauseln durchgeführt und 39 Verträge für Pflegedienste im Gesamtwert von 49,1 Mio. PLN (etwa 11,4 Mio. EUR) abgeschlossen.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Lokale Verordnung – Verordnung des Bürgermeisters von Gdynia Nr. 2073/11/VI/R vom 24. Mai 2011

Akteure

Mehr als 1000 direkte und indirekte an Pflegediensten Beteiligte nahmen an dem Dialog teil, darunter:

- Endnutzer (Senioren und deren Familienangehörige)
- Personal an vorderster Front (Pflegekräfte)
- Ehrenamtliche Mitarbeiter
- Sozialarbeiter
- Management der Pflegedienstbeschaffer und -anbieter
- Lokale Behörde

Soziale Auswirkungen

- Eine gemeinsame Vision für hochwertige Pflege im lokalen Umfeld
- Verbesserung der Qualität der Arbeitsbedingungen im Pflegesektor als einer der unterbewerteten Sektoren mit schlechten Arbeits- und Lohnbedingungen
- Verbesserung der Kompetenzen und des Bildungsniveaus der Pflegekräfte
- Verbesserung des Ansehens der Pflegeberufe
- Verbesserung der Qualität der Pflegedienste und somit der Lebensqualität im Alltag für die Nutzer

Sonstige Vorteile

- Die Erfahrungen der Stadt Gdynia mit der Durchführung eines partizipativen Verfahrens zur Bestimmung des Wesens und des sozialen Werts öffentlicher Dienstleistungen und mit dem Einsatz von beschäftigungsfördernden Instrumenten im öffentlichen Auftragswesen bestätigen, dass ein solches Verfahren und diese Instrumente zur Verbesserung der Qualität dieser Dienstleistungen sowie zur Beeinflussung des Arbeitsmarktes und zur Förderung sozial verantwortlicher Unternehmen beitragen können.

- Das partizipative Verfahren, das zur Festlegung sozial verantwortlicher Standards für die Vergabe öffentlicher Aufträge geführt hat, wurde erfolgreich erprobt und umgesetzt und bewährt sich auch heute noch. Das Verfahren ist auf andere soziale Dienste übertragbar und kann auch von anderen Organisationen durchgeführt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die fortschreitenden demografischen Prozesse und Veränderungen des Familienmodells stellen bereits jetzt eine ernsthafte Herausforderung für die Sozialpolitik dar und werden zweifellos dazu führen, dass sowohl der Umfang und die Größenordnung der Pflegedienste als auch die Höhe und die Wirksamkeit der Ausgaben für diesen Zweck ständig angepasst werden müssen.
- Dank eines partizipativen Ansatzes bei der Planung, Organisation und Erbringung von Pflegediensten sind diese effektiver, integrativer und besser auf die individuellen Bedürfnisse der Leistungsempfänger zugeschnitten, wobei den Auftragnehmern angemessene Bedingungen für die Bereitstellung der Dienste geboten werden.

Kontakt

Katarzyna Stec, Städtisches Zentrum für soziale Dienste in Gdynia, Polen, k.stec@mopsgdynia.pl

36. Erbringung von Sozialdienstleistungen durch mehrere Organisationen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Sozialabteilung des Stadtrates Riga, Lettland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

In der Stadt Riga werden soziale Dienstleistungen derzeit von verschiedenen Organisationen auf der Grundlage einer Rahmenvereinbarung erbracht. Dieses Instrument wird seit sechs Jahren von der Sozialabteilung des Stadtrates Riga eingesetzt.

Bis dahin hatte der öffentliche Auftraggeber Ausschreibungen veröffentlicht, bei dem in der Regel ein einziger Anbieter mit sehr begrenzten Kapazitäten im Hinblick auf die räumliche Abdeckung der Dienstleistungen den Zuschlag erhielt. Die lettischen Samariter haben diese Praxis vor dem staatlichen Amt für öffentliches Auftragswesen (als Berufungsinstanz) mit dem Argument angefochten, dass es sich dabei um eine Monopolisierung der Erbringung von Sozialdienstleistungen in Riga handelt. Der Fall wurde zugunsten der lettischen Samariter entschieden. Dies hat zur Einstellung von Beschaffungspraktiken geführt, die eine Monopolstellung ermöglichen. Sie wurden durch transparentere, wettbewerbsorientierte und offene Vergabeverfahren ersetzt. Hierzu hat der öffentliche Auftraggeber Rahmenvereinbarungen für Sozialdienstleistungen in der Stadt Riga abgeschlossen. Diese Dienstleistungen unterliegen der Sonderregelung nach den Artikeln 74 bis 77 der Richtlinie 2014/24/EU.

Zu den auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung beschafften Dienstleistungen gehört die Unterstützung bei der Körperpflege und/oder der Erledigung von Hausarbeiten für Personen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung selbst nicht dazu imstande sind. Die Zielgruppe sind Personen, die entweder allein leben oder deren Familienmitglieder aufgrund ihres Alters, ihrer Gesundheit oder ihrer beruflichen Situation nicht in der Lage sind, die erforderliche Pflege zu leisten. Die Rahmenvereinbarung umfasst auch die Betreuung von Minderjährigen mit Behinderungen.

Gegenstand

Rahmenvereinbarung mit mehreren Anbietern häuslicher Pflegedienste für die Nutzer des Rigaer Sozialdienstes von 2020

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Rahmenvereinbarung wurde geschlossen im Rahmen des Vergabeverfahrens für Sozialdienstleistungen (gemäß Anhang 2 des lettischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen), das eine Art offenes Verfahren darstellt. Von den Sozialdienstleistern wird erwartet, dass sie während der Laufzeit des Auftrags 250 000 Stunden an Dienstleistungen erbringen und 130 Mal einen Notdienst leisten. Mit den Leistungsempfängern werden individuelle Verträge geschlossen, und die Betreuungspläne müssen gemäß den allgemeinen Bedingungen vereinbart werden.

Die Bieter mussten hinsichtlich ihrer technischen und beruflichen Kapazitäten die folgenden Kriterien erfüllen:

- Beschäftigung von Sozialfürsorgekräften mit mindestens einem ersten Hochschulabschluss im Bereich der Sozialfürsorge oder mindestens einer beruflichen Sekundarausbildung im Bereich der Sozialfürsorge (nach Abschluss einer beruflichen Sekundarschule oder einer anderen Bildungseinrichtung, die berufliche Sekundarschulprogramme durchführt) und von Betreuungskräften (die geringere Bildungsanforderungen erfüllen)

- Sicherstellung der regelmäßigen Entwicklung der beruflichen Kompetenz entsprechend Absatz 9 der Kabinettsverordnung Nr. 338 vom 13. Juni 2017 über die Anforderungen an Sozialdienstleister

Im technischen Angebot mussten die Bieter Angaben zu folgenden Punkten machen:

- Bezirke, Anzahl der Betreuungskräfte und Stunden der erbrachten häuslichen Betreuung
- Modalitäten für die Dienstleistungserbringung, einschließlich Modalitäten für die Bearbeitung von Beschwerden seitens der Klienten und einzusetzende Mittel
- Dauer der Dienstleistung, Organisation der Arbeitszeit der Betreuungskräfte und Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen
- Inhalt der Dienstleistung für Erwachsene und Minderjährige, einschließlich Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, Arbeitsmethoden und für die Arbeit verwendete Materialien, sowie Dokumentation der Dienstleistung und Aufbewahrung der Dokumente
- Die Bewertung der bietenden Unternehmen und Organisationen erfolgt auf der Grundlage ihrer Kapazitäten hinsichtlich der räumlichen Abdeckung, der Qualifikation und Erfahrung des Personals sowie der zur Verfügung stehenden Infrastruktur.

Es gingen sechs Angebote ein und alle sechs Anbieter wurden zur Rahmenvereinbarung zugelassen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Stadt Riga beschloss, auf eine Rahmenvereinbarung (gemäß Artikel 33 der Richtlinie 2014/24/EU) zurückzugreifen, um Folgendes zu gewährleisten:

- Physische Zugänglichkeit der Dienstleistungen, d. h. sie werden lokal in der Nähe des Wohnorts der Nutzer erbracht
- Hohe Qualität der Dienstleistungen, d. h. die Organisationen sind in der Lage, häusliche Pflegedienste zu erbringen, verfügen über Erfahrung und erfüllen die beruflichen Anforderungen
- Verfügbarkeit, d. h. die Rahmenvereinbarung ermöglicht die Bildung eines Netzes von Sozialdienstleistern in Riga und erhöht die Verfügbarkeit von häuslichen Pflegediensten

Ziel des öffentlichen Auftrags ist die Verbesserung der Lebensqualität des Einzelnen und/oder der Familie, die Deckung von persönlichen Grundbedürfnissen, die Unterstützung bei der Hausarbeit und die Betreuung von Personen, die aufgrund ihres Alters oder einer Behinderung objektive Schwierigkeiten haben, sich selbst zu versorgen.

Überprüfung

- Die Beschaffungskommission prüfte, ob technische Angebote den Anforderungen von Artikel 1.6 der Kabinettsverordnung Nr. 338 vom 13. Juni 2017 über die Anforderungen an Sozialdienstleister entsprechen.
- Bei der Einreichung der Ausschreibungsunterlagen mussten die Bieter eine fachliche Bescheinigung vorlegen, in der bestätigt wird, dass der Bieter die besondere Anforderung in Bezug auf die berufliche Entwicklung erfüllt.
- Die Bewertung der Qualität der vom Bieter erbrachten Dienstleistungen erfolgt gegebenenfalls durch die Fachleute des Rigaer Sozialdienstes.
- Die Bieter müssen mindestens einmal im Jahr eine Selbstbewertung der Dienstleistungsqualität vornehmen.

- Die Auftragsüberwachung erfolgt durch die Mitarbeiter des Dienstleisters.
- Jahresberichte und Rechnungen werden dem öffentlichen Auftraggeber vorgelegt.

Auftragswert

Schätzung: Der Gesamtwert der Rahmenvereinbarung wird 12 877 609 EUR ohne MwSt nicht überschreiten. Die Ausgaben pro Person und Stunde dürfen nicht mehr als 4,44 EUR und die Ausgaben für häusliche Pflegedienste in Notsituationen nicht mehr als 30,00 EUR pro Tag betragen. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt zunächst ein Jahr ab dem 1. Januar 2020.

Rechtsinstrument

- Artikel 74–77 über die Sonderregelung für soziale oder andere besondere Dienstleistungen der Richtlinie 2014/24/EU
- Kabinettsverordnung Nr. 338 vom 13. Juni 2017 über die Anforderungen an Sozialdienstleister

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Sozialabteilung des Stadtrates Riga
- An der Rahmenvereinbarung teilnehmende Organisationen:
 - Lettischer Samariterbund (Latvijas Samariešu apvienība)
 - Lettisches Rotes Kreuz (Latvijas Sarkanais Krusts)
 - Das Sozialunternehmen Biedriba SIA Mājas aprūpe, das häusliche Pflegedienste in Riga anbietet
 - Svētā Jāņa Palīdzība, ein lettisches Mitglied der freiwilligen humanitären Organisation Johanniter International
 - Die Organisation SIA pirmais Patronāžas Serviss, die im Bereich der Sozialarbeit für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen tätig ist
 - Die Organisation AS Aprūpes birojs, die professionelle Gesundheitsdienstleistungen für Patienten zu Hause anbietet

Soziale Auswirkungen

- Verbesserung der sozialen Dienstleistungen und ihrer territorialen Abdeckung für Menschen in der Stadt Riga, die sich nicht selbst versorgen können, und somit Verbesserung der Lebensqualität für diese Personen und ihre Familien.
- Jeder Nutzer kann den am besten geeigneten Dienstleister nach verschiedenen Kriterien wählen, z. B. religiöse oder nichtreligiöse Organisation.

Sonstige Vorteile

- Der Rückgriff auf eine Rahmenvereinbarung ist besonders vorteilhaft, da es zwar viele verschiedene soziale Organisationen gibt, die geeignete Sozialdienstleistungen für die Stadt Riga erbringen können, jedoch nicht eine einzelne Organisation, die in der Lage ist, alle in der Region benötigten Sozialdienstleistungen zu erbringen. Dieses Instrument hat die Schaffung eines Netzes von Sozialdienstleistern in Riga durch ihre Zusammenarbeit im Kontext der Rahmenvereinbarung ermöglicht. Gleichzeitig wurde der gemeinnützige Sozialdienstleistungssektor gestärkt, da er Zugang zum öffentlichen Auftragswesen erhielt, den er vorher nicht hatte.
- Sozialdienstleistungen werden von mehreren Organisationen erbracht; keine Organisation hat eine Monopolstellung. Sozialunternehmen haben einen besseren Zugang zu öffentlichen Aufträgen.

- Der Wettbewerb ist reguliert, und der beste Dienstleister wird nicht nur aufgrund des niedrigsten Preises ausgewählt, sondern aufgrund des für den Nutzer am besten geeigneten Angebots.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt ein Jahr und kann jährlich bis auf maximal vier Jahre verlängert werden. Einige andere Kommunen haben (in ihren lokalen normativen Rechtsakten) festgelegt, dass die Vereinbarung für eine Laufzeit von drei Jahren unterzeichnet werden kann. Eine Laufzeit von mehr als einem Jahr bietet mehr Stabilität für die Dienstleistungsnutzer und die Dienstleister. Allerdings erschwert eine Laufzeit von mehr als einem Jahr neuen Dienstleistern den Markteintritt.
- Handelt es sich bei der erbrachten Sozialdienstleistung um die Bereitstellung von Wohnraum, so sollte die Laufzeit der Vereinbarung länger als ein Jahr sein. Einige Kommunen führen ihre Vergabeverfahren jedoch jährlich durch, sodass die Gefahr besteht, dass die Nutzer jedes Jahr von einer Wohnung in die nächste umziehen müssen.

Kontakt

Agnese Fridenberga, Juristin, agnese.fridenberga@providus.lv

Andris Bērziņš, Direktor des lettischen Samariterbunds, samariesi@samariesi.lv

37. Beschaffung von Sozialdienstleistungen für ein selbstständiges Leben in Kaisiadorys, Litauen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Kaisiadorys, Litauen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die litauische Fortschrittsstrategie 2030 gibt einen strategischen Rahmen vor, der als Richtschnur für die Maßnahmen der Behörden zur Bewältigung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen der nächsten Jahre dient. Einer der Hauptpfeiler der Strategie besteht darin, die direkte Beteiligung von Gemeinschaften, gemeinnützigen Akteuren und NRO zu ermöglichen, um solche Herausforderungen wirksamer anzugehen. Dies hatte einige wesentliche Auswirkungen auf die Organisation des öffentlichen Auftragswesens und die Rolle der Behörden als direkte Anbieter von Sozialdienstleistungen. Erstens heißt es in der Strategie, dass der öffentliche Sektor nur dann Dienstleistungen erbringen sollte, wenn NRO, zivilgesellschaftliche Organisationen und private Unternehmen diese nicht erbringen können. Zweitens sollten, wie im nationalen Fortschrittsprogramm 2014–2020 vorgesehen, mindestens 15 % der auf lokaler Ebene erbrachten öffentlichen Sozialdienstleistungen von solchen privaten Anbietern beschafft und erbracht werden.

Mit der Förderung einer verstärkten Erbringung von Sozialdienstleistungen durch private Anbieter werden folgende Ziele verfolgt:

- Gewährleistung eines höheren Qualitätsniveaus der Dienstleistungen durch verbesserte Messung der sozialen Auswirkungen
- Überwindung des Mangels an Fachwissen und Erfahrung bei der Ausweitung von Dienstleistungen
- Förderung der Entwicklung ergebnisorientierter (wirkungsorientierter) Konzepte für die öffentliche Beschaffung von Dienstleistungen anstelle von Konzepten, die auf Aktivitäten und Inputs basieren

Enterprise Lithuania, eine dem Ministerium für Wirtschaft und Innovation unterstellte gemeinnützige Agentur zur Förderung des Unternehmertums und der Unternehmensentwicklung, hat einen [Leitfaden für die Vergabe öffentlicher Dienstleistungen](#) erstellt. Dieser richtet sich an lokale Behörden und soll das Wissen über die Vorschriften für die öffentliche Auftragsvergabe, die Methoden zur Messung der Auswirkungen und die verfügbaren Finanzmittel verbessern und wichtige rechtliche Fragen klären.

Enterprise Lithuania hat auch einige lokale Behörden bei der Gestaltung ihrer Auftragsvergabe für Unterstützungsdienste zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Problemen begleitet. Derzeit leben Menschen mit psychischen Problemen selbstständig in einem gemeinschaftsbasierten Umfeld. Neben der Fürsorge für ihr Wohlergehen sind die Behörden jedoch bestrebt, die Integration von Menschen mit psychischen Problemen in die Gesellschaft zu fördern und ihre Lebensqualität zu verbessern. Vor allem Menschen mit psychischen Problemen fehlt es an Möglichkeiten, an der Gesellschaft teilzuhaben, Hobbys nachzugehen und jenseits negativer Stereotypen als wertvolle Mitglieder ihrer Gemeinschaften anerkannt zu werden. Ein großes Hindernis für die wirtschaftliche Integration ist der Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten, die in den Gemeinden (oder in angemessener Entfernung) zur Verfügung stehen und den individuellen Fähigkeiten entsprechen.

Im Dezember 2019 hat die Stadt Kaisiadorys das erste Verfahren zur Beschaffung von Unterstützungsdienstleistungen für ein selbstständiges Leben eingeleitet, um die Autonomie und Integration von Menschen mit geistiger Behinderung zu verbessern. Die Auswirkungen dieser Dienstleistungen werden nach sechs Monaten gemessen. Die Vergütung der Dienstleistungen basiert auf

einem dualen System, bei dem der Anbieter einen Bonus erhält, wenn das erwartete Ergebnis erreicht wird, oder bestraft wird, wenn es nicht erreicht wird.

Gegenstand

Beschaffung von Dienstleistungen zur Förderung eines unabhängigen Lebens zu Hause für Menschen mit geistigen Behinderungen und zur Unterstützung ihrer Beschäftigung und sozialen Integration

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Um den oben genannten ergebnisorientierten Ansatz umzusetzen und die Verfügbarkeit geeigneter Bieter zu gewährleisten, machte der öffentliche Auftraggeber Gebrauch von den Möglichkeiten, die im Rahmen des litauischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen, mit dem die Richtlinie 2014/24/EU umgesetzt wird, zur Verfügung stehen. Insbesondere wurden vor der Auftragsvergabe Marktkonsultationen durchgeführt und es wurde ein wettbewerbliches Verhandlungsverfahren angewandt. Weitere Schlüsselemente waren die Definition der angestrebten kurz- und langfristigen Ziele des Verfahrens und die Einrichtung des dualen Vergütungssystems.

An den Konsultationen vor der Auftragsvergabe waren potenzielle Sozialdienstleister und die Kommunen beteiligt. Zweck der Konsultationen war es, herauszufinden, ob die Dienstleister in der Lage sind, die von der Stadt angestrebten Ergebnisse zu erzielen, sowie mögliche Auftragsbedingungen zu besprechen und die Bedingungen zu ermitteln, die für die Dienstleister Schwierigkeiten mit sich bringen könnten. Diese Dialoge wurden auch organisiert, um potenzielle Kooperationen zwischen Anbietern ausfindig zu machen, falls ein Anbieter allein nicht in der Lage ist, alle von der Stadt festgelegten Ziele zu erreichen. Die Konsultationen betrafen die Qualitätskriterien für die Dienstleistungen, die von der Stadt festgelegt und von den potenziellen Anbietern und den in dieser Phase beteiligten Akteuren validiert wurden.

Die Bewertung der Angebote erfolgte auf der Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses. Der Preis (Kosten pro Person und Monat) war mit 60 % gewichtet, die übrigen 40 % entfielen auf die Qualität.

Die Qualität wurde anhand von drei Kriterien bewertet, und die Bieter wurden aufgefordert, für jedes Kriterium eine Reihe von Parametern vorzuschlagen:

- Die Dienstleistungsempfänger können sich durch Beschäftigung selbst versorgen und ein Einkommen erzielen; gemessen an der Anzahl der Monate pro Jahr, in denen die Personen – nach Abschluss des Vertrags mit dem Dienstleister – beschäftigt sind, und an der Höhe ihres Verdienstes (maximal 15 Punkte).
- Die Dienstleistungsempfänger sind in der Lage, für die persönliche Hygiene zu sorgen und sich selbst zu organisieren (maximal 15 Punkte).
- Beschreibung der vorgeschlagenen Dienstleistung(en) mit Angabe, wie sich die Dienstleistungserbringung auf die Zielgruppe auswirkt und den vom öffentlichen Auftraggeber verfolgten Zielen entspricht (einschließlich der Einbeziehung von Ehrenamtlichen in die Ergebnismaßnahmen und der Partnerschaft mit lokalen NRO und Privatunternehmen) (maximal 10 Punkte).

Die Umsetzung dieser Kriterien, wie vom erfolgreichen Bieter vorgeschlagen, ist maßgeblich für die Messung der Auswirkungen und die Vergütung.

Die Anbieter wurden aufgefordert, einen Preis für die Dienstleistung pro Person und Monat vorzuschlagen. Der Höchstwert des Auftrags berechnet sich wie folgt: *Festpreis pro Person und Monat*10 (Anzahl der Nutzer)*12 (Anzahl der Monate)*

Das Verfahren stand allen Arten von Anbietern offen, und den Zuschlag erhielt ein gemeinnütziger Dienstleister, was dem strategischen Ziel des Ausbaus der Rolle sozialwirtschaftlicher Unternehmen als Dienstleister, insbesondere derjenigen, die unter die Sonderregelung fallen, gemäß dem Vergabeleitfaden entspricht.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Entwicklung sozialer Kompetenzen: Durch die beschafften Dienstleistungen soll bei Menschen mit psychischen Problemen das Verantwortungsbewusstsein und die Eigenverantwortung für das eigene Leben gestärkt werden. Dazu gehören ein selbstständiges Leben, das Erlernen von Möglichkeiten, sich selbst in die Gemeinschaft einzubringen, und eine stärkere soziale Teilhabe. Mit den Unterstützungsdienstleistungen wird bezweckt, dass die Nutzer besser in der Lage sind, ihre Bedürfnisse mitzuteilen und zu äußern und Entscheidungen und Maßnahmen, die ihre eigene Person betreffen, selbst in die Hand zu nehmen.
- Abstimmung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf die individuellen Fähigkeiten und Kompetenzen: Der Zugang zu einer bezahlten Beschäftigung und die Fähigkeit, über das eigene Einkommen zu verfügen, verleiht den Menschen effektiv das Recht, eigenständig über ihr Leben zu entscheiden.
- Bereitstellung ganzheitlicher Unterstützungsdienstleistungen zur Integration von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen in Arbeit und Gesellschaft: Die Bereitstellung eines umfassenden Pakets von Sozialdienstleistungen, die über die Gesundheitsversorgung hinaus auf die individuellen Bedürfnisse eingehen, ist eine wichtige Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der Integration der betreffenden Personen.

Überprüfung

Zur Unterstützung der Bewertung der Angebote legte der öffentliche Auftraggeber seine Strategie mit den mittelfristig angestrebten Ergebnissen und den langfristig erwarteten Auswirkungen sowie einen methodischen Ansatz zur Messung dieser Ergebnisse bzw. Auswirkungen im Rahmen der Überprüfung fest.

Auftragswert

Der Auftrag läuft von Dezember 2019 bis November 2020 (12 Monate), mit einer möglichen Verlängerung um weitere 12 Monate. Der Gesamtwert des vergebenen Auftrags belief sich auf 55 000 EUR für ein Jahr, mit einer möglichen Verlängerung um ein weiteres Jahr bei gleichem Betrag.

Rechtsinstrument

- Artikel 40 (über vorherige Marktkonsultationen) und Artikel 74–77 (über die Sonderregelung für soziale oder andere besondere Dienstleistungen) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Kaisiadorys
- Auftragnehmer: private und gemeinnützige Gesundheits- und Sozialdienstleister
- Unterstützung: Enterprise Lithuania (und seine Berater) haben die Stadt während des gesamten Beschaffungszyklus begleitet, von der Ermittlung des Dienstleistungsbedarfs über die Einleitung des Verfahrens bis hin zur Auftragsvergabe. Zudem unterstützt das Unternehmen den öffentlichen Auftraggeber bei der Auftragsausführung. Der nächste Meilenstein ist die Messung der ersten Auswirkungen nach sechs Monaten.
- Begünstigte: Menschen mit geistigen Behinderungen als Empfänger der in Auftrag gegebenen Dienstleistungen

Soziale Auswirkungen

- Vorrangiges Ziel der erbrachten Dienstleistungen ist die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Problemen, die in einem gemeinschaftsbasierten Umfeld leben.
- Die Stadt konnte sich die Erfahrung und das Fachwissen von nichtöffentlichen Anbietern, insbesondere gemeinnützigen Sozialdienstleistern, zunutze machen, um innovative Möglichkeiten zur Erbringung von Dienstleistungen für Menschen mit psychischen Problemen zu ermitteln.
- Diese Beschaffung diente dazu, die ergebnisorientierte öffentliche Beschaffung als Mittel zur Steigerung der Effizienz von Sozialdienstleistungen und zur Erzielung eines optimalen Preis-Leistungs-Verhältnisses zu etablieren.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Umsetzung dieses neuen Ansatzes war nicht einfach, aufgrund der begrenzten Anzahl von Dienstleistern, die in der Lage waren, den Auftrag gemäß den Anforderungen des Auftraggebers auszuführen. Dennoch bemühte sich die Stadt, sowohl private als auch gemeinnützige Anbieter einzuladen, die bereits ähnliche Dienstleistungen erbringen, und sicherzustellen, dass sich die Gemeinschaften (Nutzergruppen, Behindertenorganisationen usw.) Gehör verschaffen konnten. Der Schwerpunkt auf Konsultationen und Verhandlungen ist ein zentrales Element des Vergabeleitfadens.
- Die Kommunen müssen bei der Umsetzung der wirkungsorientierten Beschaffung und ihrer Kommunikation mit dem Markt unterstützt werden, da dieser Ansatz für die Auftragsvergabe komplexer ist als traditionelle Ansätze. Andererseits fehlt es den Behörden – vor allem auf lokaler Ebene – häufig an Fachleuten, die Erfahrung in der Zusammenarbeit mit sozial ausgerichteten Anbietern haben und die mit den Herausforderungen, die sich vor der Auftragsvergabe stellen, umzugehen wissen.
- Die Kommunen sollten ihre Beschaffungstätigkeiten langfristig planen, da wirkungsbasierte Verfahren komplexer sind und eine eingehendere Analyse in jeder Phase der Auftragsvergabe erfordern.
- Es ist von entscheidender Bedeutung, mit potenziellen Anbietern zusammenzuarbeiten, um sie für die Vorteile von Marktkonsultationen zu sensibilisieren und ihnen zu vermitteln, warum sie sich daran beteiligen sollten.

Kontakt

Frau Aušra Pulauskaitė, Projektleitung Enterprise Lithuania, a.pulauskaite@enterpriselithuania.com

38. Ergebnisorientierte Dienstleistungen im Bereich Jugendhilfe, einschließlich Anforderungen in Bezug auf die Sozialrendite

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Rotterdam, Niederlande

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2014 wurde in den Niederlanden ein neues Jugendgesetz verabschiedet, mit dem die Jugenddienste umstrukturiert und dezentralisiert wurden, um mehr lokale Ansätze zu ermöglichen. Daraufhin schlossen sich 15 Gemeinden in der Region Rijnmond (einer Provinz im Westen der Niederlande) zur Gemeinsamen Jugendhilfe Rijnmond (GR-JR) unter dem Vorsitz der Stadt Rotterdam zusammen. Bei der Neuausschreibung der Jugenddienste im Jahr 2018 entschied sich die GR-JR für ein ergebnisorientiertes Finanzierungsmodell, bei dem der Schwerpunkt von den Outputs auf die Ergebnisse verlagert wurde, um Anreize für eine größere Verantwortung der Auftragnehmer für die Ergebnisse zu schaffen und Innovationen zu fördern.

Um ein durchgängiges und angemessenes Betreuungsangebot zu gewährleisten, hat die GR-JR die Jugenddienste in verschiedene Lose unterteilt und auf eine Rahmenvereinbarung zurückgegriffen, sodass mehrere Anbieter pro Los unter Vertrag genommen werden können. Die Laufzeit der Rahmenvereinbarung beträgt zunächst drei Jahre (ab dem 1. Januar 2018) und kann zweimal um jeweils ein Jahr verlängert werden. Die auf Grundlage der Rahmenvereinbarung erbrachten Dienstleistungen fallen unter die Sonderregelung (Artikel 74–77 der Richtlinie 2014/24/EU).

Gegenstand

Jugendhilfe – Los A: Unterbringung in Pflegefamilien (vorübergehende oder langfristige Unterbringung junger Menschen in einer stabilen häuslichen Situation)

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die GR-JR nutzte ein offenes Verfahren, und die Bieter wurden anhand der folgenden Zuschlagskriterien bewertet:

- Wissen, Fachkenntnisse und Erfahrung des Personals (30 Punkte)
- Umsetzung ergebnisorientierter Jugendhilfe (40 Punkte)
- Zusammenarbeit des Bieters mit anderen Akteuren zur Gewährleistung ganzheitlicher Jugendhilfe (30 Punkte)

Da für die Vergütung lediglich die Ergebnisse maßgeblich sind, wurden die Bieter gebeten, zu beschreiben, wie sie die ergebnisorientierte Jugendhilfe umzusetzen gedenken. Dabei sollten sie mitunter Angaben zu folgenden Punkten machen:

- Wie ist die Organisation ausgestattet, um eine wirksame und effiziente Nutzung der neuen Möglichkeiten zu gewährleisten, die sich aus der ergebnisorientierten Finanzierung ergeben, einschließlich der Festlegung von Zielen, Prioritäten und Maßnahmen, und wie wird sichergestellt, dass Zeit und Ressourcen zur Verfügung stehen, um die notwendigen Ergebnisse zu erzielen?
- Inwieweit erkennt, kontrolliert und steuert die Organisation die Risiken bei der Einführung einer ergebnisorientierten Finanzierungsmethodik?

- Inwieweit bietet die Organisation ganzheitliche Betreuung an, die das gesamte Spektrum von Jugenddiensten abdeckt, und inwieweit arbeitet sie gegebenenfalls mit anderen Betreuungsanbietern zusammen?

Die Angebote wurden auf einer Skala von 0 (ungenügend) bis 5 (hervorragend) bewertet. Das Bewertungsteam bestand aus mindestens fünf Mitgliedern, darunter Referenten und Vertragsmanager der GR-JR.

Schließlich hat die GR-JR Sozialrenditeklauseln in die Verträge aufgenommen. Die Dienstleister müssen eine allgemeine Verpflichtung in Bezug auf die Sozialrendite erfüllen, die sich darauf konzentriert, Beschäftigungsmöglichkeiten für Personen zu bieten, die am weitesten vom Arbeitsmarkt entfernt sind (d. h. Menschen, die Leistungen für Arbeitsuchende erhalten, oder junge Menschen in Ausbildungsprogrammen). Grundlage hierfür ist das Rotterdamer Protokoll zur Sozialrendite, in dem alle als relevant erachteten Tätigkeiten aufgeführt sind und die Methodik zur Bewertung dieser Tätigkeiten dargelegt ist. Bei Nichterfüllung wird eine Geldstrafe in Höhe von 125 % des nicht erfüllten Betrags verhängt.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Diese Ausschreibung ist das Ergebnis des nationalen Jugendgesetzes vom 1. März 2014, das zum Ziel hat, jungen Menschen ein gesundes und sicheres Aufwachsen zu ermöglichen, um unabhängig und selbstständig genug zu sein, um an der Gesellschaft teilzuhaben. Darüber nimmt die Stadt Rotterdam in alle Verträge mit einem Wert von über 50 000 EUR Sozialrenditeklauseln auf, mit dem Ziel, Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen zu schaffen, die sonst nur schwer eine Arbeit finden würden.

Überprüfung

Zum Nachweis ihrer Kernkompetenzen in der Arbeit mit der Klientengruppe müssen die Bieter eine Referenz aus einem ähnlichen Auftrag vorlegen, der nicht länger als drei Jahre vor Ablauf der Frist für die Einreichung von Angeboten abgeschlossen wurde.

Die GR-JR wird die Ausführung der Dienstleistung anhand von vier auf nationaler Ebene festgelegten Indikatoren überwachen: Kundenzufriedenheit, Zielverwirklichung, Ausfall und Wartezeiten. Der Dienstleister kann auch zusätzliche Indikatoren verlangen, wenn diese einen guten Überblick über die erzielten Ergebnisse bieten. Darüber hinaus wird die Leistung des Dienstleisters vierteljährlich unter vier Gesichtspunkten überwacht:

- Feedback des lokalen Teams (bestehend aus im Bereich Jugendhilfe tätigen Mitarbeitern der Stadt) zu folgenden Aspekten: Art der Zusammenarbeit, Zugänglichkeit, Transparenz, Behandlung der Dienstleistungsnutzer, Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Zügigkeit der Maßnahmen
- Überprüfung von Beschwerden der Dienstleistungsnutzer durch jährliche Gespräche mit jungen Menschen
- Umsetzung der Outputs
- Anzahl der unterstützten Jugendlichen und Durchschnittspreis je Klient

Die GR-JR und der Anbieter besprechen viermal im Jahr die Ergebnisse und die erforderlichen Maßnahmen. Für die Berechnung der Vergütung wird jährlich eine Kostenaufstellung vorgelegt, die auf den zugewiesenen Gesamtbudgets für die Gesamtheit der unterstützten Jugendlichen basiert. Dieser Aufstellung ist ein Prüfbericht beizufügen (es sei denn, der Jahresumsatz beträgt weniger als 125 000 EUR – in diesem Fall genügt eine Selbsterklärung).

Darüber hinaus muss der Anbieter über die Einhaltung der Sozialrenditeklausel Bericht erstatten. Die GR-JR legt ein Sozialverträglichkeitsprotokoll vor, in dem die anwendbaren Tätigkeiten, die die Sozialrendite betreffen, und der finanzielle Wert dieser Tätigkeiten aufgeführt sind. Die Beschäftigung einer Person, die Leistungen bei Arbeitslosigkeit bezieht, wird beispielsweise mit 30 000 EUR pro Jahr bzw. 20,51 EUR pro

Stunde auf den Sozialbeitrag des Auftragnehmers angerechnet. Dieser Betrag erhöht sich auf 35 000 EUR pro Jahr bzw. 29,92 EUR pro Stunde, wenn die Person seit mehr als einem Jahr arbeitslos ist. Zwecks Nachverfolgbarkeit der Beiträge müssen die Anbieter ihre Tätigkeiten, die die Sozialrendite betreffen, im Sozialrendite-Registrierungssystem der GR-JR erfassen. Der Anbieter muss nachweisen, dass der Arbeitnehmer zu einer der Zielgruppen gehört, und zusätzlich eine Lohn- bzw. Gehaltsabrechnung oder einen Arbeitsvertrag vorlegen.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Sozialrendite in den Niederlanden in das öffentliche Auftragswesen integriert werden kann. Dazu gehören die Festlegung besonderer Bedingungen für die Auftragsausführung, die Aufnahme von Zuschlagskriterien oder der Vorbehalt von Aufträgen für Unternehmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen. Für weitere Beispiele siehe die Fälle Wageningen (S. X) oder Haarlem (S. X).

Auftragswert

Der Auftrag für Dienstleistungen im Bereich Jugendhilfe belief sich auf insgesamt 50 Mio. EUR über drei Jahre (18 Mio. EUR für Los A).

Rechtsinstrument

- Artikel 46 (Unterteilung von Aufträgen in Lose) und Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU Ferner enthalten die Artikel 74–77 eine Sonderregelung für soziale und andere besondere Dienstleistungen, die eine größere Flexibilität bei den Verfahren ermöglicht und die Anwendung qualitativer Kriterien fördert.
- Die Richtlinie 2014/24/EU wurde in den Niederlanden durch das Gesetz über das öffentliche Auftragswesen von 2020 (geändert am 1. Juli 2016) umgesetzt.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Rotterdam und GR-JR
- Auftragnehmer: Enver
- Begünstigte: Jugendliche, die Unterstützungsdienste im Rahmen der GR-JR erhalten, sowie Arbeitnehmer, die zur Erfüllung von Verpflichtungen in Bezug auf die Sozialrendite eingestellt wurden

Soziale Auswirkungen

- Durch den Einsatz eines ergebnisorientierten Finanzierungsmechanismus ist die GR-JR in der Lage sicherzustellen, dass die beschafften Jugenddienste echte Ergebnisse liefern und nicht nur Outputs. Der Mechanismus fördert Innovation und Zusammenarbeit, da er nicht übermäßig präskriptiv ist, was die Art des Dienstes anbelangt, sondern sich vielmehr darauf konzentriert, was mit dem Dienst erreicht werden soll.

Sonstige Vorteile

- Der Arbeitsmarkt in Rotterdam durchläuft eine Veränderung. Im Rotterdamer Hafen waren früher zahlreiche gering qualifizierte Arbeitskräfte beschäftigt, doch aufgrund der Automatisierung und anderer Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt gibt es für diese Arbeitskräfte keine Arbeitsplätze mehr. Außerdem hat sich der Hafen weiter von der Stadt entfernt, und der Weg zum Hafen ist für viele Arbeitssuchende mit niedrigem Einkommen zu beschwerlich geworden.
- Im Rahmen der Sozialrenditepolitik der Stadt Rotterdam wird jeder öffentliche Auftrag mit einem Wert von über 50 000 EUR von einem Experten für Sozialrendite auf Möglichkeiten der

Sozialrendite geprüft. Zwischen 0 % und 50 % des Auftragswerts müssen für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten vorgesehen werden, wobei der Durchschnitt bei 5 % je Vertrag liegt.

- Zu den Anbietern, die bei dieser Ausschreibung den Zuschlag erhalten haben, gehörte beispielsweise Enver, eine Organisation, die junge Menschen und ihre Familien in der Provinz Zuid-Holland (Südholland) durch die Erbringung hochwertiger Jugenddienste unterstützt, und zwar mit einer Verpflichtung in Bezug auf die Sozialrendite im Wert von 2 % all ihrer Verträge mit der GR-JR. Neben der Erbringung hochwertiger, gemeinschaftsnaher Dienstleistungen bietet Enver direkt Arbeitsplätze und Praktika für arbeitsmarktferne Menschen an, einschließlich Menschen, die Sozialleistungen beziehen, junge Menschen, die schutzbedürftig sind und zusätzliche Unterstützung benötigen, sowie Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen.
- Im Jahr 2018 wurden im Rahmen der Rotterdamer Initiative zur Sozialrendite insgesamt 2519 arbeitsmarktferne Personen von Unternehmen eingestellt.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Tätigkeiten, die die Sozialrendite betreffen, müssen an die Gegebenheiten des Sektors angepasst sein. Im Gesundheitswesen zum Beispiel gibt es zwar viele freie Stellen, aber diese Stellen, für die entsprechende Abschlüsse erforderlich sind, können derzeit nicht mit arbeitsmarktfernen Personen besetzt werden.
- Daher hat die Stadt Rotterdam im Jahr 2019 ihre Leitlinien zur Sozialrendite aktualisiert, um Arbeitgebern mehr Flexibilität und Möglichkeiten zur individuellen Anpassung zu bieten. Dies hat neue Ansätze ermöglicht, die für die Zielgruppe relevanter sind, darunter die Bewältigung von Schuldenproblemen (von denen 50 % der Sozialhilfeempfänger betroffen sind) sowie die Heranführung an den Arbeitsmarkt durch die Zulassung von Bildungsmaßnahmen und (berufsbegleitender) Weiterbildung sowie Sprachkursen als offizielle Tätigkeiten betreffend die Sozialrendite.
- Die Überwachung der Umsetzung der Sozialrendite erfordert, dass die Lieferanten über ihre Tätigkeiten Bericht erstatten und Nachweise erbringen. Das Feedback der Lieferanten zeigt, dass der Verwaltungsaufwand derzeit hoch ist. Daher arbeitet die Stadt Rotterdam mit mehreren Organisationen zusammen, um Lösungen zu finden, die für beide Seiten funktionieren.

Kontakt

Sophie Harbers, Beraterin Sozialrendite, Stadt Rotterdam, s.harbers@rotterdam.nl

39. Grenzüberschreitende gemeinsame Gestaltung und Verwaltung von Dienstleistungen im Bereich der psychischen Gesundheit

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: GECT GO/EZTS GO, Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit „Territoriodei comuni: Comune di Gorizia (I), Mestna občina Nova Gorica (Slo) e Občina Šempeter-Vrtojba (Slo)“, Gorizia, Italien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Diese bewährte Praxis entstand im Rahmen des [Health-Zdravstvo-Projekts](#), einem von Interreg Slowenien-Italien kofinanzierten Projekt, das von 2014 bis 2020 lief und von der GECT GO/EZTS GO als einzigem Begünstigten umgesetzt wurde. Das Projekt zielt darauf ab, die Bereitstellung und Qualität von Gesundheits- und Sozialdiensten für die im Grenzgebiet zwischen Italien und Slowenien lebende Bevölkerung durch ein Pilotprojekt zur Integration von Gesundheitsdiensten und -einrichtungen zu stärken und zu verbessern.

Ziel der Ausschreibung war es, innovative grenzüberschreitende Projekte zu entwickeln, um den Bedürfnissen junger Menschen mit psychischen Problemen gerecht zu werden, und zwar sowohl im Hinblick auf die Betreuung als auch auf die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt.

Zur Förderung der grenzüberschreitenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und ihren regionalen und lokalen Gebietskörperschaften wurden Europäische Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) eingerichtet. Die EVTZ ermöglichen es diesen Partnern, gemeinsame Projekte durchzuführen, Erfahrungen auszutauschen, die Koordinierung der Raumplanung zu verbessern und einzelne juristische Personen zu bilden, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus den unterschiedlichen Rechtsvorschriften und Verfahren in den verschiedenen Gebieten ergeben.

Gegenstand

Gemeinsame Gestaltung und Verwaltung von innovativen und experimentellen Ansätzen, Interventionen, Diensten und personalisierten Projekten, die auf die soziale Inklusion von jungen Menschen mit psychischen Problemen abzielen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

In der Ausschreibung, die von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe⁶ ausgearbeitet worden war, wurden die Bieter aufgefordert, einen vorläufigen Projektvorschlag vorzulegen, in dem die Kriterien, die Methoden für die konkrete Umsetzung und die operativen Vorschläge für die gemeinsame Verwaltung von individuellen und kollektiven Interventionen aufgeführt sind, die aus einem Gesundheitsbudget⁷ unterstützt werden. Die Projektvorschläge sollten Elemente von Innovation, Experimentierfreudigkeit, Qualität und eine starke und eindeutige grenzüberschreitende Wirkung aufweisen. Die Vorschläge wurden im Hinblick auf die Entwicklung folgender Programme bewertet:

⁶ Bestehend aus Psychologen, Pädagogen, Sozialarbeitern, Pflegekräften usw. (aus den folgenden slowenischen und italienischen Einrichtungen: Gesundheitszentrum Nova Gorica (ZD Nova Gorica); Psychiatrische Klinik Idrija (PB Idrija); Zentrum für psychische Gesundheit CSM – AAS2) sowie Koordinatoren.

⁷ Das Gesundheitsbudget stellt eine innovative Managementmöglichkeit zur Förderung der häuslichen Pflege dar, die sich auf die Selbstbestimmungsfähigkeiten der Begünstigten und die Möglichkeit der individuellen Anpassung der Pflege an ihre Bedürfnisse (darunter Bedürfnisse in Bezug auf Gesundheit, Versorgung, Rehabilitation, Wohnen und Beschäftigung sowie soziale Bedürfnisse) konzentrieren kann.

- *Programm für gemeinsame Verwaltung und territoriale Unterstützung:* Projektvorschläge mit dem Ziel, die Koordinierung und Überwachung aller grenzüberschreitenden Tätigkeiten zu gewährleisten, die gemeinsam gestaltet und verwaltet werden, um unter anderem den Austausch und die Konsolidierung der Arbeitsbeziehungen zwischen den beteiligten Akteuren zu fördern.
- *Ausbildungsprogramm:* Projektvorschläge, die darauf abzielen, Möglichkeiten für eine Berufsausbildung mit hoher Kapazität zu für Menschen mit unterschiedlichen psychischen Problemen zu schaffen. Die Vorschläge sehen verschiedene Ausbildungsmöglichkeiten in mindestens drei Arten von unternehmerischen Tätigkeiten vor (z. B. in der grünen und sozialen Landwirtschaft, in Verwaltungsbereichen, im Gaststättengewerbe, in der Peer-Support-Arbeit oder in den Bereichen Kultur und Kommunikation), wobei auch eine grenzüberschreitende Perspektive berücksichtigt wird.
- *Sozialprogramm:* Projektvorschläge im Bereich Sozialisierungstätigkeiten für die Nutzer. Tätigkeiten mit rehabilitativem Charakter, die darauf ausgerichtet sind, soziale Beziehungen durch kulturelle und pädagogische Aktivitäten mit Möglichkeiten zur Sozialisierung aufzubauen, sind sehr willkommen.
- *Wohnungsprogramm:* Projektvorschläge, die darauf abzielen, individuelle Unterstützung bei der Wohnungssuche zu leisten, und zwar durch die Bereitstellung von Privatwohnungen oder von Gemeinschaftsunterkünften. Der Partner verpflichtet sich, vorzugsweise im Gebiet von Mestna občina Nova Gorica (Slowenien) Wohnungen für maximal vier Personen zur Verfügung zu stellen, die mit individuell gestaltbaren Privaträumen ausgestattet sind.

Die maximale Gesamtpunktzahl, die für die Vorschläge vergeben werden kann, beträgt 100 Punkte. Diese werden wie folgt verteilt:

- Projektvorschlag (einschließlich der oben genannten Punkte): maximal 85 Punkte
- Finanzgeschäftsplan: maximal 15 Punkte

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das soziale Ziel dieser Auftragsvergabe ist die soziale und berufliche Inklusion junger Menschen mit psychischen Problemen im Rahmen der Schaffung eines Netzes grenzüberschreitender Gesundheitsdienste, das auf andere Bereiche der Gesundheitsversorgung übertragen werden soll.

Überprüfung

Mindestens alle sechs Monate tritt die Arbeitsgruppe zusammen, um die Projektziele zu überwachen. Auf der Tagesordnung der halbjährlichen Überprüfungssitzung stehen folgenden Punkte:

- Überprüfung der erreichten Rehabilitationsziele
- Überprüfung des Informationsstands der Beteiligten
- Überprüfung der Arbeitsteilungsvereinbarungen innerhalb des gemeinsamen Teams
- Austausch bewährter Verfahren und Besprechung schwieriger Situationen

Die Ergebnisse dieser Sitzung werden in einem Protokoll festgehalten und von den Koordinatoren der Arbeitsgruppe aufbewahrt.

Auftragswert

Der Auftragswert belief sich auf insgesamt 367 213,11 EUR über einen Zeitraum von 18 Monaten.

Rechtsinstrument

Artikel 74–77 über die Sonderregelung für soziale oder andere besondere Dienstleistungen der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: GECT GO/EZTS GO
- Bieter: italienische und slowenische Unternehmen des Dritten Sektors/Unternehmen ohne Erwerbszweck
- Auftragnehmer: die italienische Sozialgenossenschaft La Collina Società Cooperativa Sociale Onlus Impresa Sociale
- Technische Unterstützung: Insiel, das interne IKT-Unternehmen der Region Friaul-Julisch Venetien
- Mitglieder der Arbeitsgruppe und an dem Projekt beteiligte Institutionen:
 - das slowenische Gesundheitsministerium
 - die Zentralkommission für Gesundheit, Sozialpolitik und Behinderung der italienischen Region Friaul-Julisch Venetien
 - das slowenische Institut für öffentliche Gesundheit (Nacionalni inštitut za javno zdravje, NIJZ)
 - das slowenische Institut für Krankenversicherung (Zavod za zdravstveno zavarovanje, ZZZS)

Soziale Auswirkungen

- Dank des Projekts findet ein Austausch bewährter Verfahren zwischen Fachleuten des Sozial- und Gesundheitswesens durch die eigens eingerichtete italienisch-slowenische Arbeitsgruppe statt, die an der gemeinsamen Gestaltung des Inhalts der Ausschreibung beteiligt war.
- Ein bewährtes Verfahren, das im Mittelpunkt steht, ist das Gesundheitsbudget, das allgemeine Anwendung in Italien findet, nicht aber in Slowenien. Ziel der Ausschreibung ist die Anwendung des bewährten Konzepts des Gesundheitsbudgets für die personalisierte Ad-hoc-Pflege im slowenischen Gebiet Nova Gorizia.

Sonstige Vorteile

- Dieser Fall ist ein echtes Novum in der Region, denn er bietet eine besondere Gelegenheit zum Austausch bewährter Verfahren, zur Bereitstellung hochwertigerer Dienstleistungen für die Bürger und zum grenzüberschreitenden Transfer von Fähigkeiten und Wissen.
- Das Projekt trug zudem zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen italienischen und slowenischen Anbietern aus dem Dritten Sektor/gemeinnützigen Anbietern bei.
- Es stellt ein bewährtes Verfahren dar, das auf andere Orte übertragbar ist. Es kann von europäischen Regionen in Form einer interregionalen Zusammenarbeit sowie in Ländern außerhalb der EU nachgeahmt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die italienischen Unternehmen des Dritten Sektors haben sich als auf die Ausschreibung wesentlich besser vorbereitet erwiesen. Für eine sinnvollere Zusammenarbeit könnten slowenische gemeinnützige Dienstleister von Schulungen und dem Aufbau von Kapazitäten profitieren, damit sie sich um öffentliche Aufträge bewerben können.
- Ab Oktober 2019 sollen alle Ausschreibungen in Italien auf elektronischen Plattformen veröffentlicht werden. Slowenische Bieter stießen auf einige Probleme, als sie sich über die italienische elektronische Plattform der Region Friaul-Julisch Venetien⁸ bewarben, da dort Informationen verlangt wurden, über die nur italienische Unternehmen verfügen (z. B. Steuernummer). Darüber hinaus stellten die öffentlichen Auftraggeber fest, dass die Bieter nur auf die in ihrem jeweiligen Land veröffentlichten Ausschreibungen reagierten. Um eine sinnvolle grenzüberschreitende Zusammenarbeit zu gewährleisten, bei der slowenische Anbieter Angebote für in Italien veröffentlichte Ausschreibungen abgeben und umgekehrt, nahm die GECT GO/EZTS GO eine Kartierung aller verfügbaren elektronischen Plattformen vor, um eine für ihre Bedürfnisse geeignete Plattform zu ermitteln. Dazu beteiligte sie sich an dem Pilotprojekt „B-Solutions“, das von der Generaldirektion Regionalpolitik und Stadtentwicklung der Europäischen Kommission (GD REGIO) gefördert und von der Arbeitsgemeinschaft europäischer Grenzregionen (AGEG) als eine der in der Mitteilung „Stärkung von Wachstum und Zusammenhalt in den EU-Grenzregionen“ vorgeschlagenen Maßnahmen verwaltet wird.⁹ Dies half dem öffentlichen Auftraggeber, die am besten geeignete Plattform zu ermitteln, die er nun nutzt.¹⁰
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen des Dritten Sektors/gemeinnützige Organisationen sind in beiden Ländern unterschiedlich. Dies hat zu gewissen Problemen geführt. So verfügen slowenische gemeinnützige Unternehmen etwa nicht über eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer und sind daher nicht in der Lage, ein Konsortium oder eine Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) mit italienischen Unternehmen zu bilden, um ein Angebot abzugeben. Die Entwicklung eines europäischen Rechtsrahmens für alle sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Organisationen wäre eine praktikable Lösung.

Kontakt

Fabiana Pieri, Technische Leiterin Europäischer Verbund für territoriale Zusammenarbeit (GECT GO/EZTS GO), fabiana.pieri@euro-go.eu

⁸ <http://appalti.regione.fvg.it/>

⁹ <https://ec.europa.eu/futurium/en/border-regions/pilot-projects>

¹⁰ Net4Market.com

SEKTOR 8 – Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

40. Nutzung des Beschaffungswesens in Katalonien zur Stärkung der Arbeitnehmerrechte in elektronischen Lieferketten

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: katalanischer Verband der Kommunalverwaltungen (L'Associació Catalana de Municipis, ACM), Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Der katalanische Verband der Kommunalverwaltungen (L'Associació Catalana de Municipis, ACM) umfasst mehr als 1000 kommunale Einrichtungen, die 95 % der Gemeinden in der Region vertreten. Er nimmt unter anderem die Aufgabe einer zentralen Beschaffungsstelle ein, die den Bedarf bündelt und für die Mitglieder Einsparungen auf Ebene der Verwaltung erzielt. Im Jahr 2018 wurde der ACM Partner von [Electronics Watch](#), einer internationalen Vereinigung zur Überwachung der Menschenrechte in IKT-Lieferketten. Die Sozialklauseln des ACM, die von den Referenzverträgen von Electronics Watch abgeleitet wurden, werden nun in die Ausschreibungen der Mitglieder aufgenommen, einschließlich der jüngsten Rahmenvereinbarung für Drucker, an dem 156 Mitgliedsgemeinden beteiligt sind.

Gegenstand

Rahmenvereinbarung zwischen mehreren Wirtschaftsteilnehmern für Drucker, Multifunktionsgeräte und Großformatdrucker

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Bedingungen für die Auftragsausführung:

Erfolgreiche Bieter, die zur Rahmenvereinbarung zugelassen werden, müssen die Einhaltung von Arbeitsrechten und Sicherheitsvorschriften in den Produktionsketten der Fabriken gewährleisten, in denen die vertragsgegenständlichen Waren hergestellt werden. Dazu muss der erfolgreiche Bieter folgende Voraussetzungen erfüllen:

- Seiner Sorgfaltspflicht nachkommen, um dafür zu sorgen, dass die Fabriken, die elektronische Waren herstellen, den Bestimmungen des Katalogs von Arbeitsnormen entsprechen, die in den Vertragsbedingungen von Electronics Watch definiert sind¹¹
- Dem öffentlichen Auftraggeber (binnen 30 Tagen nach der Formalisierung) Folgendes vorlegen:
 - Ein Offenlegungsformular, in dem der öffentliche Auftraggeber über die Standorte der Fabriken informiert wird, in denen die Waren, die Gegenstand des Auftrags sind, hergestellt werden
 - Gegebenenfalls muss der Auftragnehmer den öffentlichen Auftraggeber jährlich über Audits in allen Fabriken informieren, in denen die Waren, die Gegenstand des Auftrags sind, hergestellt wurden

¹¹ http://electronicswatch.org/electronics-watch-contract-conditions-for-supply-contracts-v-2-0_2556796.pdf

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Durch die Klauseln von Electronics Watch werden die Auftragnehmer zur Einhaltung ihrer Sorgfaltspflicht verpflichtet, um die Transparenz in den Lieferketten zu gewährleisten, sowie dazu, mit unabhängigen Überwachungsinstanzen zusammenzuarbeiten und Verstöße gegen Arbeitnehmerrechte und Sicherheitsstandards zu beheben.

Die Klauseln von Electronics Watch stehen im Einklang mit der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe und entsprechen den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte und den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Die Klauseln umfassen einen Katalog von Arbeitsnormen, worin sowohl auf die nationalen Rechtsvorschriften der Produktionsländer als auch auf die grundlegenden IAO-Übereinkommen Bezug genommen wird.

Überprüfung

Die Überprüfung erfolgt auf der Grundlage der Offenlegung der Fabriken, die in direktem Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand steht. Die Auftragnehmer legen die offiziellen Namen und vollständigen Adressen der Fabriken, die bestimmte Produktmodelle herstellen, gegenüber den Partnern von Electronics Watch offen. Electronics Watch wird die Überwachung für den ACM übernehmen, um die Einhaltung der in den Ausschreibungsunterlagen festgelegten Arbeitsrechtsstandards zu überprüfen.

Auftragswert

1 127 385,51 EUR pro Jahr

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 (Einhaltung der geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: ACM und Electronics Watch als Partner
- Auftragnehmer:
 - Basso SA
 - Gircopi SI-Sistemas D'organització SA
 - Konica Minolta Business Solutions Spain
 - Ricoh Sistemas
- Unabhängige Überwachungsorganisation: Electronics Watch
- Nutzer der Rahmenvereinbarung: ACM-Mitgliedsgemeinden

Soziale Auswirkungen

- Das erste Ersuchen um Offenlegung traf bei den Auftragnehmern auf positive Reaktion. Die Auftragnehmer lieferten detaillierte Lieferketteninformationen zu spezifischen Produktmodellen und Produktionsstandorten, die im Rahmen des Vertrags eingesetzt wurden. Auf der Grundlage der bestehenden Überwachungsergebnisse für diese Modelle und Standorte konnte Electronics Watch eine Risikobewertung für den ACM erstellen. Der ACM plant bereits, die Vertragsbedingungen von

Electronics Watch in zwei weitere Rahmenvereinbarungen (im Bereich ICT und für die Videoaufzeichnung von Plenarsitzungen) aufzunehmen.

- Die Angaben eines Anbieters trugen zur Stärkung des laufenden Prozesses der Zusammenarbeit mit einer Druckerei in Südasien bei. Ein Überwachungsplan auf der Grundlage der Angaben zum Produktionsstandort wurde bereits umgesetzt. Die Überwachung erfolgt durch die lokalen Partner von Electronics Watch – lokale zivilgesellschaftliche Organisationen, die über das Fachwissen zur Überwachung der Arbeitnehmerrechte verfügen.

Sonstige Vorteile

- Das Standardverfahren von Electronics Watch ermöglicht eine einfache Übertragbarkeit der Überwachung und ein Nachfolgemodell nach dem Beitritt.
- Die Transparenz der Lieferkette hat sich auch für andere Partner von Electronics Watch in Europa erhöht, die dieselben Produktmodelle beschaffen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Es ist wichtig, die Bieter/potenziellen Auftragnehmer während der Phase der Auftragsverwaltung über die entsprechenden Verpflichtungen zu unterrichten, um die Einhaltung zu erleichtern.
- Es besteht die Notwendigkeit für die IKT-Industrie, die Transparenz in der Lieferkette weiter auszubauen. Dies gilt sowohl für Wiederverkäufer als auch für Marken und deren Anbieter. Derzeit ist die Offenlegung von Informationen auf Komponentenebene für die Industrie noch eine Herausforderung, doch sie ist von grundlegender Bedeutung für die Gewährleistung der Transparenz in der Lieferkette.
- Wenn mehr öffentliche Auftraggeber die Offenlegung der Produktionsstandorte und Produktionsverfahren fordern, wird das dazu beitragen, dies als gängige Praxis in der Industrie zu etablieren.

Kontakt

Víctor Torrents, katalanischer Verband der Kommunalverwaltungen (ACM), victor.torrents@acm.cat

41. Soziale Verantwortung als Element der Rahmenvereinbarung für Computer und Laptops, Finnland

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Hansel Ltd, Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Hansel ist die zentrale Beschaffungsstelle auf nationaler Ebene in Finnland. Hansel und seine Kunden (finnische Behörden) setzen sich für die Förderung einer sozial verantwortlichen und nachhaltigen Vergabe öffentlicher Aufträge ein. Zu diesem Zweck wird es als vorrangig angesehen, sicherzustellen, dass die beschafften Waren und Dienstleistungen auf faire und sozial verantwortliche Weise hergestellt bzw. erbracht werden.

Hansel hat daher einen Verhaltenskodex für die Beschaffung elektronischer Produkte mit Schwerpunkt auf sozialer Verantwortung erstellt. Die Entscheidung, sich auf eine sozial verantwortliche Beschaffung zu konzentrieren, beruhte auf der Tatsache, dass elektronische Produkte häufig in Ländern hergestellt werden, in denen die Menschen- und Arbeitnehmerrechte nicht immer ausreichend durchgesetzt werden. Mit dem Kodex sollen menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Arbeitnehmer in der gesamten Lieferkette von Computern und anderen IKT-Produkten gefördert und sichergestellt werden. Der Kodex soll in allen künftigen Verfahren (Rahmenvereinbarungen, Verträge) eingesetzt werden, die Hansel in diesem Bereich einleitet. Dieser Ansatz wurde durch eine allgemeine Fassung des Kodex, die auch bei anderen Arten der Auftragsvergabe angewandt werden kann, auf andere Produkte und Dienstleistungen ausgedehnt.

In dem Kodex ist festgelegt, dass die Anbieter sich zu seiner Einhaltung verpflichten und dafür sorgen, dass alle darin enthaltenen Mindestanforderungen in ihren eigenen Betrieben sowie in allen Betrieben entlang der Lieferkette eingehalten werden.

Zur Erprobung der Umsetzung des Kodex leitete Hansel ein Verfahren für IKT-Produkte ein. Parallel dazu wurden weitere sektorspezifische Pilotprojekte nach demselben Muster eingeleitet, darunter ein Verfahren für eine Rahmenvereinbarung über Büromöbel. Der Kodex wurde ins Englische übersetzt und kann von anderen öffentlichen Auftraggebern in Finnland und anderswo verwendet werden.

Die Ausschreibung wurde 2017 veröffentlicht und der Auftrag 2018 vergeben.¹²

Gegenstand

Rahmenvereinbarung für Büro- und mobile Computerausrüstungen, einschließlich Tablets, Hybrid-Computer, Laptops, All-in-One-Computer, Desktop-Computer usw., sowie andere IKT-bezogene Ausrüstungen, Zubehörteile und Dienstleistungen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Es wurde ein offenes Verfahren angewandt, und die Kriterien der sozialen und ökologischen Verantwortung wurden mit einer Gewichtung von 20 % als Zuschlagskriterien herangezogen:

- Zu den Zuschlagskriterien im Zusammenhang mit der ökologischen Verantwortung (10 %) gehörten der Verzicht auf schädliche Stoffe (d. h. Quecksilber, Tetrabrombisphenol A, Phthalate und PVC) sowie die Verwendung von recyceltem oder biologisch abbaubarem Kunststoff in den Kunststoffteilen und -verpackungen.

¹² <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:461029-2017:TEXT:DE:HTML&tabId=0>

- Bei den sozialen Kriterien (10 %) bewertete Hansel die Transparenz des Anbieters hinsichtlich der Standorte der Endmontage und der Zulieferer sowie die Arbeitsbedingungen in den Endmontagestätten; die Zahlung eines existenzsichernden Lohns und die Anzahl der Arbeitsstunden (höchstens 48 Stunden pro Woche einschließlich Überstunden) sollten durch einen Prüfbericht eines unabhängigen Dritten überprüft werden.

Diese Kriterien stellten eine Herausforderung dar (siehe Abschnitt „Gewonnene Erkenntnisse“). Außerdem mussten die Bieter bei der Einreichung des Angebots verpflichtend erklären, dass sie sich an die Leistungsbeschreibung (einschließlich des Verhaltenskodex) halten.

Für die Rahmenvereinbarung war eine Höchstzahl von vier teilnehmenden Bietern vorgesehen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Hauptziel des Kodex (und des Verfahrens) ist es, die Einhaltung von Standards für menschenwürdige Arbeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen in der gesamten Lieferkette im Zusammenhang mit der Herstellung von IKT-Produkten, die von finnischen Behörden beschafft werden, zu gewährleisten.

Dazu bezieht sich der Verhaltenskodex auf folgende Standards und Übereinkommen:

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (1948)
- Internationaler Pakt der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte (1966)
- Internationaler Pakt der Vereinten Nationen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (Vereinte Nationen, 1966)
- Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte
- OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen
- Die acht grundlegenden Übereinkommen der IAO: Nr. 29 über Zwangsarbeit (1930), Nr. 87 über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes (1948), Nr. 98 über das Vereinigungsrecht und das Recht zu Kollektivverhandlungen (1949), Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts (1951), Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit (1957), Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (1958), Nr. 138 über das Mindestalter (1973) und Nr. 182 über die schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)
- Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes, Artikel 32 (1989)
- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (2003)
- Die im Land der Herstellung der Waren oder der Erbringung der Dienstleistungen geltenden Rechtsvorschriften zum Arbeitsschutz und zu den Arbeitsbedingungen, einschließlich der Rechtsvorschriften über Mindestlöhne und der Sozialschutzbestimmungen

Außerdem auf folgende Übereinkommen und Vorschriften:

- Wiener Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht und des im Rahmen dieses Übereinkommens geschlossenen Montrealer Protokolls über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen
- Baseler Konvention über die Kontrolle des Transfers gefährlicher Abfälle über Grenzen und deren Behandlung
- Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe
- UNEP/FAO-Übereinkommen vom 10. September 1998 über das Verfahren der vorherigen Zustimmung nach Inkennzeichnung für bestimmte gefährliche Chemikalien sowie Pflanzenschutz-

und Schädlingsbekämpfungsmittel im internationalen Handel (PIC-Übereinkommen) und seine drei regionalen Protokolle

- Die im Land der Herstellung der Waren oder der Erbringung der Dienstleistungen geltenden Umweltschutzvorschriften

Überprüfung

Ziel dieses Projekts ist es, konkrete Kriterien und verlässliche Überprüfungsmechanismen für die Bewertung der sozialen Verantwortung im Zusammenhang mit den zu beschaffenden Produkten zu entwickeln. In dieser Hinsicht stellt der Kodex den Referenzstandard für die Vertragsbedingungen dar und dient zudem als Richtschnur für die Überprüfung während der Auftragsausführung. Zusätzlich zu den geltenden Standards enthält der Kodex auch andere soziale Anforderungen und Mechanismen für den Umgang mit Nichteinhaltung und mit Verstößen. Der Anbieter und/oder seine Muttergesellschaft veröffentlicht (veröffentlichen) einen jährlichen Nachhaltigkeitsbericht. Die Anbieter treffen einschlägige vertragliche Maßnahmen, um den Verhaltenskodex in ihren eigenen Betrieben und in allen Betrieben entlang der Lieferkette umzusetzen.

Einer der zentralen Aspekte des Kodex ist mit der Weitergabe der Ergebnisse der Audits zur sozialen Verantwortung und den ergriffenen Korrekturmaßnahmen, auch durch die Verbreitung von Zusammenfassungen der Prüfberichte, verknüpft. Durch die Verbreitung solcher Informationen sollen einerseits die Kenntnisse über die Anforderungen in Bezug auf die soziale Verantwortung in (globalen) Lieferketten verbessert und andererseits Überschneidungen und Mehrfachprüfungen von konformen Anbietern durch verschiedene öffentliche Auftraggeber vermieden werden.

Auftragswert

Der geschätzte Wert der Rahmenvereinbarung beläuft sich auf 180 Mio. EUR. Die Laufzeit beträgt zunächst zwei Jahre, mit der Möglichkeit einer Verlängerung auf maximal vier Jahre.

Rechtsinstrument

Artikel 18 Absatz 2 (verbindliche Sozialklauseln), Artikel 71 (Vergabe von Unteraufträgen) und Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Zentrale Beschaffungsstelle: Hansel Ltd
- Hauptpartner: Finnwatch
- Anbieter
- Prüfer/Auditoren
- Arbeitnehmer und deren Vertreter (Gewerkschaften)
- Organisationen der Zivilgesellschaft, die im Bereich Entwicklung tätig sind

Die Partnerschaft stand im Mittelpunkt des Kodex und der Gestaltung des IKT-Vertrags. Hansel initiierte das Projekt in Zusammenarbeit mit Finnwatch, einer NRO, die sich für die Förderung der globalen Unternehmensverantwortung für die Gewährleistung von Standards für menschenwürdige Arbeit im öffentlichen Auftragswesen einsetzt.

Finnwatch hat Hansel bei der Ausarbeitung und Überwachung von Kriterien hinsichtlich der sozialen Verantwortung für die verschiedenen Phasen der Auftragsvergabe fachlich unterstützt. Die Verbreitung dieser Initiative unter den öffentlichen Auftraggebern auf allen Regierungsebenen als bewährtes Verfahren

wurde vom finnischen Zentrum für Gewerkschaftssolidarität (SASK) und KEPA (dem Dachverband der im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen der Zivilgesellschaft in Finnland) unterstützt.

Soziale Auswirkungen

- Diese Bemühungen haben zu einer stärkeren Sensibilisierung von Anbietern und öffentlichen Auftraggebern für Fragen der sozialen Verantwortung geführt. Von [Finnwatch](#) wurde ferner ein Bericht über das Pilotprojekt zum Austausch von Wissen über soziale Verantwortung in den Lieferketten online veröffentlicht (der Bericht ist in finnischer Sprache verfügbar). Wesentliche Elemente des Berichts waren, dass der Dialog und die Kommunikation mit potenziellen Anbietern von entscheidender Bedeutung sind, um ein gegenseitiges Verständnis für die Auswirkungen der Vertragsanforderungen in Bezug auf Ausführung, Prüfverfahren usw. zu fördern. Um die Anforderungen über die Mindeststandards hinaus zu erhöhen, sollten außerdem die Überprüfungsbemühungen während der Ausführungsphase verstärkt werden. Den meisten finnischen Anbietern mangelt es an den Kapazitäten, um die Standards in den globalen Lieferketten direkt zu überwachen, und sie verlassen sich auf die Abteilungen für soziale Verantwortung der Muttergesellschaften. Daher müssen die öffentlichen Auftraggeber wichtige Dokumente ins Englische übersetzen, um sicherzustellen, dass die Anforderungen in den globalen Abteilungen verstanden werden.
- Diese Anforderungen entfalten positive Wirkungen auf Produktionsebene – von den Montagebetrieben bis hin zu Betrieben weiter oben in der Lieferkette –, wenn immer mehr öffentliche Auftraggeber sie in ihre Verfahren integrieren.

Sonstige Vorteile

- Der Austausch von Prüfberichten mit anderen öffentlichen Auftraggebern kann Ressourcen einsparen und den Verwaltungsaufwand, sowohl für die Bieter als auch für die Auftraggeber, verringern.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Ein wesentliches Element für den Erfolg des Verhaltenskodex war die Durchführung einer eingehenden vorherigen Marktkonsultation mit potenziellen Anbietern. Die Marktkonsultation wurde mehrere Monate vor dem geplanten Veröffentlichungsdatum der Bekanntmachung eingeleitet und lieferte wichtige Informationen zu relevanten Standards und realistischen Anforderungen.
- Die Überprüfung der Kriterien hinsichtlich der sozialen Verantwortung während des Vergabeverfahrens hat sich als schwierig erwiesen. Wenn dem Angebot Prüfberichte beigefügt waren, belegten diese nicht unbedingt das eigentliche Kriterium (d. h. die Arbeitsstunden). Andererseits werden beispielsweise Produktionsstätten in der EU in der Regel nicht geprüft. Da diese bereits strengeren EU-Vorschriften unterliegen, konzentrieren sich die Prüfungsbemühungen auf problematischere Bereiche, in denen sie an Bedeutung gewinnen.
- Gleiche Produkte werden in mehreren Montagestätten hergestellt. In diesem Fall ist die praktische Durchführung der Prüfung schwierig (es stellen sich etwa Fragen wie: Welche Produktionsstätten sollten ausgewählt werden? Wie wird die Einhaltung insgesamt gewährleistet?).
- Lokale Anbieter oder Wiederverkäufer erhalten von ihren globalen Lieferanten nicht immer zufriedenstellende Antworten auf Fragen des öffentlichen Auftraggebers.
- Für die öffentlichen Auftraggeber kann es schwierig sein, die Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards, insbesondere in globalen Lieferketten, sicherzustellen. Initiativen wie der Verhaltenskodex sind von entscheidender Bedeutung, um konkrete Ansätze dafür aufzuzeigen. Eine

offene und transparente Verbreitung solcher Ressourcen ist für die Förderung einer stärkeren Übernahme durch andere öffentliche Auftraggeber maßgeblich.

- Es wäre äußerst nützlich, wenn andere öffentliche Auftraggeber in der EU ähnliche Vertragsbedingungen wie den Verhaltenskodex in ihren Beschaffungsverträgen verwenden würden. Dies würde den Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten für Anbieter, die die Vorschriften nicht einhalten, erschweren und eine stärkere Konvergenz der Menschen- und Arbeitnehmerrechte in den globalen Lieferketten fördern.
- Der Austausch von Informationen über Prüfberichte von Anbietern mit anderen öffentlichen Auftraggebern in der EU wäre effizient und nützlich, insbesondere in Märkten, in denen Anbieter auf verschiedenen Beschaffungsmärkten (z. B. IKT) tätig sind.

Kontakt

Herr Kalle Hietaranta, Abteilungsleiter, Category Management, Hansel Ltd, kalle.hietaranta@hansel.fi

42. Zweistufiger Ansatz bei der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge für IKT-Hardware

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Deutschland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung entschied sich bei dieser Pilotausschreibung für einen zweistufigen Ansatz für den Hauptgegenstand (Computer und Monitore) und die Peripheriegeräte (Tastaturen und PC-Mäuse), der eine Kombination aus verbindlichen Mindestkriterien (technische Spezifikationen) und weitergehenden Kriterien (ein soziales Bieterkonzept, das in den Zuschlagskriterien honoriert wird) vorsah. Voraussetzung hierfür waren Marktstudien, die sich mit Menschen- und Arbeitsrechtsfragen in der IKT-Lieferkette und damit, was der Markt in dieser Hinsicht (nachweislich) bietet, befassten.

Dementsprechend schrieb das BMZ in seiner Ausschreibung soziale Kriterien als verbindliche technische Spezifikationen für die erste Stufe der Lieferkette (Endmontage) für Computer und Monitore vor. Gleichzeitig wurden hohe Anforderungen an die Qualität der Überprüfung gestellt (entweder Gütezeichen oder gleichwertiger Prüfbericht eines unabhängigen Dritten oder externer Auditnachweis). Die sozialen Kriterien umfassten sowohl die IAO-Kernübereinkommen als auch weitere soziale Kriterien (Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Mindestlohn und soziale Sicherheit, Arbeitszeiten). Zusätzlich wurden in den Zuschlagskriterien Noten für ein „Bieterkonzept“ zu sozial verantwortlichen Maßnahmen in den weiteren Stufen der Lieferkette der Produkte vergeben, von der zweiten Stufe der Lieferkette bis hinunter zur Rohstoffgewinnung (und zusätzlich für die erste Stufe der Peripheriegeräte). Die Forderung eines solchen Bieterkonzepts wurde vom öffentlichen Auftraggeber durch Leitfragen zu folgenden Punkten strukturiert: Kenntnisse der Beteiligten der Lieferkette über den Auftragsgegenstand, entsprechende Risikoanalyse, Präventionsmaßnahmen und Überprüfung.

Die Ausschreibung zeigt, dass bei Produkten mit einer komplexen Lieferkette die Forderung nach sozialen Kriterien und einer effektiven Überprüfung praktikabel ist, selbst wenn diese Kriterien über die Anforderungen von Gütezeichen hinausgehen.

Gegenstand

Lieferung von nachhaltigen Computern und Monitoren sowie Peripheriegeräten (Tastaturen und PC-Mäuse) unter Berücksichtigung der Standards in Bezug auf Menschen- und Arbeitnehmerrechte in der Lieferkette (Herstellung und Gewinnung von Mineralien) der zu liefernden Waren

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Technische Spezifikationen:

In Bezug auf den Hauptgegenstand der Ausschreibung (Computer und Monitore) werden die Bieter in der Ausschreibung aufgefordert, verbindliche Kriterien für die erste Stufe der Lieferkette zu erfüllen:

1. Einhaltung der Kernübereinkommen der IAO:

- Zwangsarbeit und Abschaffung der Zwangsarbeit (IAO-Übereinkommen Nr. 29 und 105)
- Diskriminierungsverbot (IAO-Übereinkommen Nr. 100 und 111)
- Verbot von ausbeuterischer Kinderarbeit und der Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren (IAO-Übereinkommen Nr. 138 und 182)
- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen (IAO-Übereinkommen Nr. 87 und 98)

2. Einhaltung anderer Arbeits- und Sozialstandards:

- Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (IAO-Übereinkommen Nr. 155 und 170)
- Mindestlohn und Sozialleistungen (IAO-Übereinkommen Nr. 131 und 102)
- Keine übermäßigen Arbeitszeiten (IAO-Übereinkommen Nr. 1)

Zuschlagskriterien:

Darüber hinaus werden die Bieter aufgefordert, ein Dokument mit dem Titel „**Bieterkonzept**“ vorzulegen, um die weitere produktbezogene Übereinstimmung mit Folgendem nachzuweisen:

- Für die erste Stufe für Peripheriegeräte (Tastatur und PC-Maus): mit den in Abschnitt 1 genannten Kriterien, d. h. IAO-Übereinkommen
- Für die zweite und weitere Stufen der Lieferkette, sowohl für den Hauptgegenstand der Ausschreibung (Computer und Monitore) als auch für die Peripheriegeräte, wird der Bieter aufgefordert, zusammen mit dem Angebot eine Beschreibung aller Maßnahmen vorzulegen, die er ergriffen hat, um die Einhaltung der IAO-Kernübereinkommen (wie in Abschnitt 1 aufgeführt) und die Einhaltung anderer Arbeits- und Sozialstandards (wie in Abschnitt 2 aufgeführt) nachzuweisen
- Vermeidung der Verwendung von Konfliktmineralien in den zu liefernden Waren in Übereinstimmung mit dem OECD-Leitfaden für die Erfüllung der Sorgfaltspflicht zur Förderung verantwortungsvoller Lieferketten für Minerale aus Konflikt- und Hochrisikogebieten

Für das Bieterkonzept konnten insgesamt maximal 25 000 Punkte erreicht werden. Für Peripheriegeräte (d. h. Tastatur und PC-Maus, für Stufe 1) weist der Bieter die Einhaltung der vorgenannten IAO-Übereinkommen und anderen Standards nach (2000 Punkte).

Für den Hauptgegenstand des Auftrags (Computer und Monitore) und Peripheriegeräte (Tastaturen und PC-Mäuse) werden indes zusätzliche Punkte für das Bieterkonzept in Bezug auf die Einhaltung von Sozialstandards in weiteren Stufen der Lieferkette vergeben (23 000 Punkte – ab Stufe 2):

- Kenntnis der Lieferkette – maximal 4000 Punkte
- Risikoanalyse zu Arbeitsbedingungen – maximal 4000 Punkte
- Korrektur- und Präventivmaßnahmen – maximal 5000 Punkte

- Kontrollmaßnahmen wie Sozialaudits – maximal 5000 Punkte
- Beschwerdemechanismus – maximal 5000 Punkte

Die im Bieterkonzept dargelegten Maßnahmen werden Bestandteil des Vertrags. Je effektiver und weitreichender die Bemühungen um soziale Nachhaltigkeit sind, desto höher ist die Bewertung der Qualität.

Siehe nachfolgende Tabelle.

KG	K	Type	Designation	Reference to the specifications	Length of the answer	Weighting score	Minimum score	maximum attainable score	Points awarded	Points x weight	Met / Not Met	0-10 points
KG 1			Workstation PC			0	0	15000	0	0	fulfilled	
KG 2			Monitors			1000	0	10000	0	0	fulfilled	
KG 3			Sustainability and social justice			1000	0	25000	0	0	fulfilled	
	3.1	B	Standards in the first stage of the supply chain for peripheral devices (key question 1)		M	100	0	2000	0	0		s. Explanation Annex 8b
	3.2	B	Knowledge of the supply chain (key questions 2.1 and 2.2)		M	100	0	4000	0	0		s. Explanation Annex 8b
	3.3	B	Risk analysis on working conditions (key questions 3.1 and 3.2)		M	100	0	4000	0	0		s. Explanation Annex 8b
	3.4	B	Corrective and preventive measures (key question 4.1)		M	100	0	5000	0	0		s. Explanation Annex 8b
	3.5	B	Control measures (key question 4.2)		M	100	0	5000	0	0		s. Explanation Annex 8b
	3.6	B	Complaints office and complaint management (leading question 4.3)		M	100	0	5000	0	0		s. Explanation Annex 8b
						1000	0	25000	0	0	fulfilled	

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Der öffentliche Auftraggeber trägt zur Einhaltung der Arbeits- und Sozialstandards bei und schafft Anreize für „Vorreiter“.
- Der öffentliche Auftraggeber fördert die Sensibilisierung für das Wissen über die Lieferkette und unterstützt die Umsetzung ehrgeiziger Maßnahmen gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften und Kindern sowie gegen die Verwendung von Konflikthstoffen und für Gesundheit und Sicherheit.
- Bei Produkten mit einer komplexen Lieferkette sollen durch die Kombination von Mindestkriterien als verbindliche Kriterien (in diesem Kontext für die Stufen der Lieferkette, in denen sich ein großer Teil des Marktes bereits an bestimmte Sozialstandards hält) und weitergehenden Kriterien als Zuschlagskriterien (in diesem Kontext für die Vorreiter unter den Bietern) Anreize für Unternehmen geschaffen werden, sich an internationale Standards der Unternehmensverantwortung zu halten.

Überprüfung

Der Bieter muss die Einhaltung der vorgenannten IAO-Kernarbeitsnormen und anderen Arbeitsnormen durch eine der folgenden Maßnahmen nachweisen:

- Ein Gütezeichen, z. B. das TCO-Prüfsiegel oder ein gleichwertiges Siegel
- Einen gleichwertigen Prüfbericht eines unabhängigen Dritten (produktspezifische Prüfung der Herstellungsbedingungen auf der Grundlage der vorgeschriebenen Arbeits- und Sozialstandards)
- Mitgliedschaft des Herstellers in der Electronic Industry Citizenship Coalition (EICC), einschließlich der Vorlage aller aktuellen Auditberichte (in Bezug auf die zu liefernden Waren) von einem unabhängigen Dritten gemäß den „EICC Validated Audit Programme Quality Requirements“

Auftragswert

1,8 Mio. EUR

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 sowie Artikel 43 und 67 der Richtlinie 2014/24/EU
- Umsetzung durch das deutsche Vergaberecht (insbesondere die Vergabeverordnung und das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen)

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Deutschland
- Bieter
- Externes Beratungsunternehmen für soziale Kriterien

Soziale Auswirkungen

- Dem öffentlichen Auftraggeber war bewusst, dass eine wirksame Überprüfung der Einhaltung von Arbeits- und Sozialstandards und anderer Belange von einer breiten Palette von Bietern im Jahr 2016 nicht für die gesamte Lieferkette, aber zumindest für die erste Stufe erbracht werden konnte. Darüber hinaus gehen einige IKT-Unternehmen noch weiter und halten Sozialstandards ein, die über die erste Stufe hinausgehen und sogar die Mineralien in ihren Produkten betreffen. Durch die Kombination aus verbindlichen Mindeststandards (technische Spezifikationen) und weitergehenden Standards als Zuschlagskriterien verlangen sie ein Mindestmaß an Sozialverträglichkeit, schaffen aber auch Anreize und unterstützen Unternehmen, die darüber hinausgehen.

Sonstige Vorteile

- Das Potenzial der Übertragbarkeit auf alle öffentlichen Auftraggeber: Die verbindlichen technischen Spezifikationen (in Verbindung mit den hohen Anforderungen an die Qualität der Prüfung) können und sollten von jedem öffentlichen Auftraggeber als grundlegende Anforderung herangezogen werden, unabhängig vom Auftragsvolumen und den Ressourcen des öffentlichen Auftraggebers. Für die zusätzlichen Zuschlagskriterien ist auf Seite des öffentlichen Auftraggebers ein Mindestmaß an Personalausstattung erforderlich, da die Bieterkonzepte bewertet werden müssen.
- Das Potenzial der Übertragbarkeit auf alle IKT-Produktgruppen (auch solche, für die es keine Gütezeichen, einschließlich in Bezug auf soziale Kriterien, gibt): Die Ausschreibung eröffnet verschiedene Möglichkeiten einer wirksamen Überprüfung, die für eine breitere Palette von IKT-Produkten geeignet sind.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Positive Reaktion der Bieter: Fast alle Bieter erfüllten die Mindeststandards.
- Die Kombination verschiedener Überprüfungsmethoden ist positiv (Gütezeichen und andere wirksame Mittel zur Überprüfung; einfache Bietererklärungen wurden in diesem Fall nicht akzeptiert).
- Positiver Anreiz für Unternehmen, ihren Ansatz in Bezug auf die Menschenrechte über die erste Stufe der Lieferkette hinaus zu verbessern.

- Weitere Verbesserungsvorschläge, damit die Bieter die Anforderungen besser verstehen: klares Layout (Zwischenüberschriften, Textfelder, Fußnoten, Schriftart); vorherige Marktkonsultationen zur Erläuterung und zum besseren Verständnis der Anforderungen durch die Unternehmen; klare Trennung zwischen der ersten Stufe der Lieferkette (verbindliche Kriterien) und den anderen Stufen der Lieferkette (Zuschlagskriterien).
- Gegebenenfalls Aufnahme einer Checkliste oder eines Formulars für die Bieter, aus dem hervorgeht, welche Unterlagen und Nachweise beigefügt sind.
- Weitere Verbesserungsvorschläge, um die Qualität der Bieterkonzepte zu erhöhen: strengere Anforderungen, z. B. ein ausdrücklicher Hinweis darauf, dass Punkte nur für konkrete Antworten auf die Leitfragen vergeben werden. Marktdialog und aktuelle Marktforschung sind bei der Vorbereitung einer Ausschreibung stets hilfreich.

Kontakt

Annelie Evermann, Beraterin für soziale Kriterien, Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), annelie.evermann@weed-online.org

43. Digitale Inklusion – Umsetzung von Zugänglichkeitskriterien im Webdesign

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: nationale Agentur für Bildung, Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Webdesign

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die finnische Agentur für Bildung ist zuständig für die frühkindliche Bildung und Erziehung, die Vorschulbildung, die Grundbildung, die weiterführende allgemeine und berufliche Bildung sowie die Erwachsenenbildung und -ausbildung. Sie verwaltet auch einen Großteil der Internationalisierung des Studiums in Finnland, z. B. Austauschprogramme für Studierende und Lehrkräfte.

Die Agentur musste drei Websites erneuern und wollte dies auf eine Art und Weise tun, die die Ziele und Aufgaben einer modernen Bildungsagentur unterstützt und eine gute Benutzererfahrung bietet.

Im Jahr 2018 wurde ein Auftrag für Webdesign und Entwicklung von Online-Diensten vergeben. Um die Zugänglichkeit dieser Dienste für alle Nutzer zu gewährleisten, hat der Bildungsrat festgelegt, dass diese die Zugänglichkeitsanforderungen nach der Norm EN 301 549 oder gleichwertige Anforderungen erfüllen müssen.

Gegenstand

Implementierung eines Systems für die Verwaltung und Veröffentlichung von Websites, Gestaltung der Benutzeroberfläche, Webdesign, Implementierung und Weiterentwicklung von Online-Diensten sowie Pflege

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Ziel der Auftragsvergabe war nicht ein schlüsselfertiges System. Im Mittelpunkt stand vielmehr die Beschaffung von Ressourcen für die agile Entwicklung. Alle Mitarbeiter (ein User Interface (UI) Designer, zwei Entwickler und ein Service Designer) mussten mindestens ein Jahr Erfahrung in der Anwendung der Web Content Accessibility Guidelines (Richtlinien für barrierefreie Webinhalte, WCAG 2.0) aufweisen. Vom UI-Designer und vom Service Designer wurde zudem erwartet, dass sie über Erfahrung mit Lean UX Design und anderen benutzerzentrierten Designansätzen verfügen. Im Ausführungsplan musste der Anbieter beschreiben, wie er einen benutzerzentrierten Ansatz gewährleistet und welche Technologien er zur Gewährleistung der Zugänglichkeit einsetzt.

Es wurde ein offenes Verfahren angewandt, und 60 % der verfügbaren Punkte wurden für Qualitätskriterien, einschließlich Zugänglichkeit, und 40 % für die Kosten vergeben. Die [Bekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union](#) enthielt einen direkten Verweis auf die Norm EN 301 549. Es gingen insgesamt fünf Angebote ein, die alle die Bereitstellung von Experten mit ausreichender Erfahrung in der Anwendung der WCAG 2.0 umfassten. Den Zuschlag erhielt [Wunder Finland Oy](#), ein KMU, das bereits Erfahrung mit der Anwendung von Zugänglichkeitskriterien beim Design von bildungsbezogenen Websites für die Universität Turku hatte.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Barrierefreiheit im Internet ist eine inklusive Praxis, die es allen Menschen, insbesondere Menschen mit Behinderungen oder eingeschränktem Sehvermögen, ermöglicht, die Online-Umgebung wahrzunehmen, zu verstehen, zu navigieren und mit ihr zu interagieren. Die [Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet](#)¹³ verpflichtet öffentliche Stellen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um ihre Websites und mobilen Anwendungen wahrnehmbar, bedienbar, verständlich und robust zu gestalten. Die Norm [EN 301 549](#) ist die europäische Norm für die Zugänglichkeit von Technologien im öffentlichen Sektor. Die im Jahr 2014 veröffentlichte Norm befasst sich mit einem breiten Spektrum von Behinderungen und definiert die Anforderungen an die funktionale Zugänglichkeit von IKT-Produkten und -Dienstleistungen und enthält eine Beschreibung der Prüfverfahren und Bewertungsmethoden für jede Zugänglichkeitsanforderung in einer Form, die für die Verwendung im öffentlichen Auftragswesen in Europa geeignet ist. Gemäß der Richtlinie gilt der folgende Zeitrahmen für die Einhaltung der Anforderungen der Norm EN 301 549:

- Jede neue öffentliche Website, die am oder nach dem 23. September 2019 eingerichtet wurde, muss den Anforderungen entsprechen.
- Alle öffentlichen Websites (einschließlich bestehender Websites) müssen bis zum 23. September 2020 den Anforderungen entsprechen.
- Alle mobilen Apps im öffentlichen Sektor müssen bis zum 23. Juni 2021 den Anforderungen entsprechen.

Die Norm ist zwar speziell auf den öffentlichen Sektor ausgerichtet, doch enthält sie einen Verweis auf die WCAG und bezieht somit breitere Industriestandards mit ein. Die Europäische Norm zum Design für alle ([EN 17161](#)) ergänzt die Norm EN 301 549 durch eine Beschreibung der Prozesse, die erforderlich sind, um die Standards in Bezug auf die Zugänglichkeit zu erfüllen. Auf internationaler Ebene wurden im Rahmen der [Global Initiative for Inclusive ICT](#) (globale Initiative für inklusive IKT) Instrumente und Leitlinien für die Beschaffung zugänglicher IKT entwickelt.

Auftragswert

Der Wert des Auftrags für die Erneuerung von drei Websites belief sich auf insgesamt 372 800 EUR.

Rechtsinstrument

- Artikel 42 (Technische Spezifikationen) und Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Nach der Richtlinie über Barrierefreiheit im Internet müssen alle öffentlichen Websites bis zum 23. September 2020 der Norm EN 301 549 oder einer gleichwertigen Norm entsprechen. Die Richtlinie verpflichtet die öffentlichen Stellen außerdem, auf ihren Websites eine Erklärung zur Barrierefreiheit zu veröffentlichen, die einen Link zu einem Feedback-Mechanismus enthält, mit dem die Nutzer Mängel bei der Einhaltung der Mindestanforderungen an die Barrierefreiheit melden können. Die Überwachung und Berichterstattung erfolgen ab Dezember 2021 auf nationaler Ebene.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: finnische Agentur für Bildung

¹³ Richtlinie (EU) 2016/2102 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über den barrierefreien Zugang zu den Websites und mobilen Anwendungen öffentlicher Stellen.

- Auftragnehmer: Wunder Finland Oy
- Durch die Zusammenarbeit mit dem Digitalisierungs-Supportteam des finnischen Staatsministeriums bei der Umsetzung einer Customer-Insight-Phase wurde den Nutzern Rechnung getragen. Drei Kundenworkshops mit anschließenden Gesprächen bildeten die Grundlage für den ersten [Design Sprint](#). Es wird erwartet, dass die betroffenen Nutzer der erneuerten Websites im Ergebnis von einer besseren Zugänglichkeit profitieren.

Soziale Auswirkungen

- Die Gewährleistung, dass Nutzer mit Behinderungen Zugang zu den Websites des öffentlichen Sektors haben, ist für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Informationen für alle Bürger von entscheidender Bedeutung. Bis zum Jahr 2020 wird voraussichtlich ein Fünftel der EU-Bevölkerung von irgendeiner Art Behinderung betroffen sein.¹⁴ Somit ist die Gewährleistung der allgemeinen Zugänglichkeit wichtiger denn je. Dadurch, dass die Anforderungen an die Zugänglichkeit von Beginn an in das Projekt integriert worden waren, mussten keine drastischen Änderungen am Design vorgenommen werden. Auch werden alle künftigen Entscheidungen in Bezug auf das Webdesign und mögliche neue Funktionen unter Gesichtspunkten der Zugänglichkeit getroffen werden.

Sonstige Vorteile

- Während die Norm EN 301 549 speziell auf die Zugänglichkeit für Nutzer mit Behinderungen abzielt, verbessert sie auch die allgemeine Benutzerfreundlichkeit und Klarheit für andere Nutzer, einschließlich älterer Menschen und solcher, die weniger Zeit im Internet verbringen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Ursprünglich wollte die Agentur den Webdesign-Dienst über Hansel (Finnlands zentrale Beschaffungsstelle für die öffentliche Verwaltung) beschaffen. Es wurden jedoch keine Angebote eingereicht, die den spezifischen Kompetenzanforderungen der Agentur entsprachen. Daher beschloss die Agentur, eine eigene Ausschreibung durchzuführen, die erfolgreich war (alle fünf Angebote entsprachen den Kompetenzanforderungen).
- Die wichtigste, für künftige Beschaffungen relevante Beobachtung war, dass die Qualitätsanforderungen in hohem Maße mit der im Ausführungsplan beschriebenen Kompetenzentwicklungspolitik des Unternehmens korrelierten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Agentur bei künftigen Beschaffungen hochwertiger Dienstleistungen ähnliche Kriterien anwenden wird.

Kontakt

Satu Meriluoto, finnische Agentur für Bildung, satu.meriluoto@oph.fi

¹⁴ Quelle: Europäische Kommission, [Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration](#).

SEKTOR 9 – Textilien

44. Anwendung der IAO-Übereinkommen im Rahmen einer tschechischen Ausschreibung für Textilien

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Ministerium für Arbeit und Soziales, Tschechien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Textilien

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das tschechische Ministerium für Arbeit und Soziales (Ministry of Labour and Social Affairs, MoLSA) möchte einer der Unterstützer und Vorreiter der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge (socially responsible public procurement, SRPP) in Tschechien sein, indem es als Impulsgeber agiert, Dutzende von Veranstaltungen organisiert und Methoden sowie eine Unterstützungsstruktur für diejenigen schafft, die ihre Organisationen in Richtung Nachhaltigkeit lenken wollen. Das MoLSA versucht auch, die wichtigsten Interessenträger an einen Tisch zu bringen, um die Weiterentwicklung der SRPP zu unterstützen.

Gegenstand

Textilien (insbesondere Unterwäsche), die von Wohltätigkeitsorganisationen an Bedürftige verteilt werden sollen. Diese Beschaffung wird von der Europäischen Kommission über den Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (Fund for European Aid to the Most Deprived, FEAD) finanziell unterstützt.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Um Verletzungen der Arbeits- und Sozialrechte bei der Herstellung von Textilien zu verhindern, verlangte das MoLSA von den Bietern, dass sie über ein System verfügen, mit dem gewährleistet wird, dass die im Rahmen der IAO-Kernübereinkommen geschützten Arbeitnehmerrechte (Kinderarbeit, Zwangsarbeit, usw.) bei der Herstellung der beschafften Waren nicht verletzt werden. In dieser Phase konzentrierte sich das MoLSA nur auf die Bedingungen in den eigentlichen Textilherstellungsprozessen und nicht auf die Produktion von Rohstoffen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Im Jahr 2015 entwickelte das MoLSA eine eigene SRPP-Strategie, die als Richtschnur für die Entwicklung von Ausschreibungen dient. Die Strategie enthält die Grundprinzipien für das Ministerium und konzentriert sich auf die ökologischen und sozialen Auswirkungen der Auftragsvergabe. Der öffentliche Auftraggeber ist sich seines Potenzials bewusst, den Markt zu beeinflussen, und möchte die Nachhaltigkeitswirkung seiner Beschaffungen verbessern.

Die erste Strategie (2015 verabschiedet) führte zur internen Entwicklung neuer Verfahren innerhalb der Organisation, wodurch das MoLSA Ausgaben von mehr als 20 Mio. EUR auf nachhaltigere Weise tätigen konnte. Das MoLSA möchte mit seinen Beschaffungen die negativen Auswirkungen auf die Umwelt minimieren (Schwerpunkt auf Abfallreduzierung, ethische Beschaffung von Holz usw.), Menschenrechtsverletzungen in den entsprechenden Lieferketten ausmerzen, die Fähigkeiten von KMU und sozialen Unternehmen im Dienste öffentlicher Einrichtungen unterstützen und die Wiedereingliederung benachteiligter Menschen in die Gesellschaft fördern.

Im Laufe der Zeit hat sich dieser Ansatz zu einer strategischeren Denkweise in Bezug auf die Kaufkraft entwickelt. Die Strategie wurde jüngst aktualisiert und konzentriert sich nun stärker auf die Entwicklung der

SRPP innerhalb nachgeordneter Organisationen (Arbeitsamt, Sozialversicherung). Die Überwachung und Bewertung der Auswirkungen der SRPP auf die gesamte Organisation ist eines der Ziele für die Zukunft.

Überprüfung

Die Bieter konnten die Erfüllung dieser Anforderung durch Mitgliedschaft in der Fair Wear Foundation (FWF) oder einem anderen System zur Kontrolle der Arbeitsbedingungen entlang ihrer Lieferkette nachweisen. Mit dem Beitritt zur FWF verpflichtet sich die jeweilige Organisation zur Umsetzung der folgenden acht FWF-Arbeitsnormen in ihrer Lieferkette:

- Keine Zwangsarbeit
- Diskriminierungsfreie Beschäftigung
- Keine ausbeuterische Kinderarbeit
- Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen
- Zahlung eines existenzsichernden Lohns
- Keine übermäßigen Arbeitszeiten
- Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen
- Rechtlich bindendes Arbeitsverhältnis

Ferner mussten die Bieter für die einzelnen Produktarten den Hersteller, die Marke und den Herstellungsort angeben. Dadurch soll dem Auftraggeber ein gewisses Maß an Transparenz und Kontrolle über die Arbeitsbedingungen in der Lieferkette ermöglicht werden.

Auftragswert

Der Auftragswert belief sich auf insgesamt 550 000 EUR.

Rechtsinstrument

Artikel 58 und Anhang XII sowie Artikel 18 Absatz 2 der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Tschechisches Ministerium für Arbeit und Soziales (MoLSA)
- Mitarbeiter der Lieferanten des MoLSA

Soziale Auswirkungen

- Das Risiko einer Verletzung von Arbeits- und Sozialstandards bei der Herstellung von Textilien wurde durch die Anwendung sozialer Anforderungen als besondere Bedingungen für die Teilnahme verringert.
- Die Lieferkette wurde transparenter.

Sonstige Vorteile

- Der erfolgreiche Bieter beschäftigt Menschen mit Vorstrafen, die die Möglichkeit erhalten, Arbeitsfähigkeiten und Referenzen zu entwickeln, die die Wiedereingliederung in die Gesellschaft unterstützen.

- Nach Angaben des erfolgreichen Bieters wird die Produktion nicht in Länder verlagert, deren Arbeitssysteme der Auftraggeber nicht überprüfen kann.
- Die Konzentration auf sozial verantwortliche Produktionsbedingungen für die beschafften Waren kann dazu beitragen, gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsteilnehmer zu schaffen. Der öffentliche Auftraggeber muss nicht „auf Kosten anderer billig einkaufen“.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Textilindustrie ist in der Lage, auf Verlangen des öffentlichen Auftraggebers die Einhaltung der Arbeitnehmerrechte bei der Produktion bis zu einem gewissen Grad zu garantieren.
- Einfache Anforderungen nach Transparenz in der Lieferkette können zu unerwarteten Vorteilen wie der Wiedereingliederung von Straftätern in die Gesellschaft führen, die über die Anforderungen des Auftrags hinausgehen.
- Die Überwachung der Bedingungen während der Auftragsausführung bleibt eine Herausforderung.
- Die Überwachung der Bedingungen bei der Produktion von Rohstoffen (z. B. Baumwolle) gilt es noch zu erarbeiten.
- Entsprechend seiner eigenen Strategie sucht das MoLSA nach weiteren geeigneten Ausschreibungen, um die Möglichkeiten zu testen. Darüber hinaus tauscht es die konkreten Fallbeispiele mit anderen Beschaffern aus, um sie anzuleiten und zu motivieren, ihre Beschaffung ebenfalls nachhaltig zu gestalten. Überdies ist das MoLSA bestrebt, interne Verfahren zur Auftragsverwaltung, zur Überwachung und Bewertung der Auftragsergebnisse und zur Bewertung des Auftragswertes zu entwickeln.
- Für transparente globale Lieferketten bedarf es der Zusammenarbeit. Die zusätzlichen Kosten und Anstrengungen für diese Zusammenarbeit sind gerechtfertigt, wenn der Auftraggeber dadurch Vertrauen in die Qualität der Bedingungen für die gesamte Lieferkette der beschafften Produkte gewinnt.
- Für das SRPP gibt es keine einfachen Lösungen; es erfordert Zeit, Anstrengung und kritisches Denken. Es bringt jedoch auch zahlreiche Vorteile mit sich, darunter: bessere Organisation des Beschaffungsprozesses, besseres Verständnis für die Bedürfnisse des Auftraggebers und die Qualität des Produkts, gutes Gewissen bei der Beschaffung, faire Arbeitsbedingungen und Preise, Fokus auf das Feedback und kreative Herangehensweise an einen ansonsten administrativen Prozess. Es lohnt sich, den ersten Schritt zu tun und dabei zu lernen.

Kontakt

Adam Gromnica, adam.gromnica@mpsv.cz und Eva Chvalková, eva.chvalkovska@mpsv.cz, Ministerium für Arbeit und Soziales

45. Der Ansatz der Stadt Gent für die Beschaffung sozial verantwortlicher Arbeitskleidung

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Gent, Belgien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Textilien

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Jahr 2014 aktualisierte die Stadt Gent ihre Beschaffungspolitik dahin gehend, dass der Aspekt der Nachhaltigkeit vollständig in ihr Beschaffungswesen integriert wurde. Im Rahmen dieser Bemühungen erstrecken sich die sozialen Ziele auf die Förderung der Beschäftigung benachteiligter Gruppen, die Unterstützung des lokalen Wirtschaftswachstums und die Einbeziehung internationaler Standards und der Grundsätze des fairen Handels. Daraufhin tat sich die Stadt im Jahr 2016 mit dem Städte- und Gemeindeverband Flanderns (Vereniging van Vlaamse Steden en Gemeenten, VVSG) zusammen, um diese Ziele auf die Beschaffung von Arbeitskleidung anzuwenden.

Gent fördert als erste Fair-Trade-Stadt in Belgien und erste Fair-Trade-Hauptstadt in Europa aktiv die Sensibilisierung von Auftraggebern und Auftragnehmern für das Thema faire Bekleidung.

Gegenstand

Beschaffung sozial verantwortlicher Arbeitskleidung

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der Auftrag lief im ersten Halbjahr 2018 an. Der Beschaffungsprozess der Stadt Gent bestand aus drei Phasen:

- Analyse früherer öffentlicher Ausschreibungen, bei der bewährte Verfahren in der Region Flandern und darüber hinaus im Hinblick auf die Einbeziehung der Nachhaltigkeit in die Spezifikationen für Arbeitskleidung ermittelt wurden,
- umfassende Marktstudie der Stadt Gent und der VVSG, in der die Bereitschaft des Markts, die Transparenz der Lieferketten und das Potenzial von Gütezeichen in diesem Sektor bewertet und die Ansichten der Anbieter zur nachhaltigen Nachfrage und zur Verwendung von Sozialklauseln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eingeholt wurden. Durch diese Studie erkannte die Stadt Gent, dass der Markt noch nicht bereit war, das geforderte Maß an ökologischer und sozialer Leistung zu erbringen.
- Schaffung eines Instrumentariums für sozial verantwortliche Arbeitskleidung¹⁵ für Auftragnehmer und Auftraggeber, um ihnen Leitlinien an die Hand zu geben, wie im Laufe des Vertrags Verbesserungen erzielt werden können. Die Stadt Gent teilte die Rahmenvereinbarung in fünf Lose auf, die jeweils ein unterschiedliches Maß an sozialer und ökologischer Leistung erforderten. Dabei war das erforderliche Maß für jedes Los im Instrumentarium festgelegt. In dem Instrumentarium sind auch die von den Bietern zu erbringenden Nachweise festgelegt und es ist der Weg zu verantwortungsvollerer Arbeitskleidung beschrieben, zu dem sich die Lieferanten durch Vertragsklauseln verpflichten.

¹⁵ <http://platforma-dev.eu/wp-content/uploads/2018/06/Toolbox-VVSG-EN.pdf>

In der ersten Phase des Verfahrens waren die Bieter zu Folgendem verpflichtet:

1. Unterzeichnung des Verhaltenskodex für sozial verantwortliches Lieferkettenmanagement.
2. Beantwortung des Fragebogens zum sozial verantwortlichen Lieferkettenmanagement. Der Fragebogen bezog sich auf allgemeine Informationen über das Unternehmen, die Transparenz in der Lieferkette und soziale Risiken in der Lieferkette. Die Antworten aus diesen Fragebogen wurden nicht bewertet, sondern dienten als Basismessung oder Selbsteinschätzung, um die Grundlage für den Dialog zwischen dem Anbieter und der Stadt Gent zu bilden.
3. Übermitteln einer Liste der Fahrzeuge, mit denen die Lieferungen erfolgen (Abgasnorm mindestens Euro V oder besser).

Neun Anbieter bewarben sich. Fünf von ihnen erfüllten die oben genannten Verpflichtungen und wurden somit zur zweiten Phase zugelassen.

Die technischen Spezifikationen wurden dann an diese fünf ausgewählten Kandidaten geschickt. Dies war die zweite Phase des Verfahrens.

Die Zuschlagskriterien waren je nach Los verschieden, dienten aber im Allgemeinen der Bewertung des Preises, der Qualität (Testergebnisse eines Labors und Muster) und der Haltbarkeit der Bekleidung. Die geforderte Mindestqualität war in den technischen Kriterien beschrieben. Anhand der Zuschlagskriterien in Bezug auf die Qualität wurden Lieferanten belohnt, die einen höheren Qualitätsstandard als in den technischen Kriterien gefordert anboten. Bei der Stadt Gent gingen fünf Angebote ein, und schließlich wurde jedes Los an einen anderen Anbieter vergeben.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das wichtigste Ziel war die Einbeziehung von Garantien in Bezug auf internationale Arbeitsübereinkommen und die Erhöhung der Transparenz entlang der gesamten Textillieferkette.

Die Stadt Gent fordert von den Anbietern zum einen die Einhaltung der internationalen Mindestarbeitsnormen und Menschenrechte sowie die Zahlung von existenzsichernden Löhnen und zum anderen die ständige Verbesserung der sozialen Bedingungen in den Lieferketten der beschafften Produkte.

Der Auftragnehmer (und die Unterauftragnehmer, die an der Herstellung der von der Stadt Gent beschafften Produkte beteiligt sind) mussten sich in der Auswahlphase verpflichten, die Arbeitsbedingungen in der Lieferkette während der gesamten Vertragslaufzeit für alle Produkte transparent zu machen und kontinuierlich zu verbessern. Dieser Verbesserungsprozess betrifft folgende Punkte:

- Befolgung und aktive Umsetzung der im Verhaltenskodex dargelegten allgemeinen Grundsätze der sozialen Verantwortung der Unternehmen und des sozial verantwortlichen Lieferkettenmanagements. Die Grundsätze des Verhaltenskodex stützen sich auf die Normen der IAO und stehen im Einklang mit den wichtigsten internationalen Standards, z. B. ISO 26 000, Global Reporting Initiative, Ethical Trading Initiative, Fair Labour Association, Fair Wear Foundation, Business Social Compliance Initiative, SA 8000 usw.
- Jährliche Berichterstattung über die sozialen Risiken in der Lieferkette; dies muss auf der Grundlage eines extern überprüften Risikoberichts erfolgen. Risikoberichte von Nachhaltigkeitsprüfern (Ecovadis oder gleichwertig) ermöglichen es den Unternehmen, die ökologische und soziale Leistung ihrer globalen Zulieferer zu bewerten.
- Ergreifen von Korrekturmaßnahmen, damit die Grundsätze der sozialen Verantwortung der Unternehmen und des sozial verantwortlichen Lieferkettenmanagements eingehalten werden.

Überprüfung

- Die Leistung der Lieferanten wird von Dritten wie Ecovadis oder gleichwertigen Stellen überprüft.
- Es finden regelmäßig Nachbesprechungen mit den Anbietern statt.
- Von spezialisierten Prüfern wurden bereits verschiedene Berichte über die Leistung der fünf Anbieter erstellt.
- Gent arbeitet partnerschaftlich mit den Anbietern zusammen, um die Verbesserungen zu erreichen.

Auftragswert

Der geschätzte Auftragswert beläuft sich auf 1,2 Mio. EUR über einen Zeitraum von vier Jahren.

Rechtsinstrument

- Artikel 46 (Unterteilung von Aufträgen in Lose) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Gent
- Auftragnehmer:
 - Alsico (nachhaltige Arbeitskleidung)
 - Bel-Confect (Standardarbeitskleidung)
 - Stemico (Leinen und Baby-Lätzchen)
 - Tric (Arbeitsschuhe)
 - Fabory (Handschuhe und sonstige persönliche Schutzausrüstung)
- Städte- und Gemeindeverband Flanderns (VVSG)
- Nachhaltigkeitsprüfer

Soziale Auswirkungen

- Seit Beginn der Auftragsvorbereitungsphase sind sich die Anbieter der Verantwortung, die ihnen bei der Verwirklichung dieses Ziels zukommt, stärker bewusst geworden.
- Ein Anbieter trat der Fair Wear Foundation bei, andere sammeln Informationen, um ihre Lieferketten transparenter zu machen, und wieder andere handeln bereits vollständig transparent und sozial verantwortlich und arbeiten nun mit Systemen für eine Überprüfung durch Dritte.

Sonstige Vorteile

- Die Arbeitskleidung (Westen, Hosen, T-Shirts) wird aus biologischer und fair gehandelter Baumwolle und, wenn möglich, aus recyceltem Polyester hergestellt.
- Die Lieferung der Arbeitskleidung muss auf CO₂-effiziente Weise erfolgen.
- Am Ende ihrer Lebensdauer wird die Kleidung zu Dämmmaterial und Gartenbänken recycelt.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Anbieter von Arbeitskleidung waren zur Zusammenarbeit bereit, um die Arbeitsbedingungen in der Lieferkette kontinuierlich zu verbessern. Die Anbieter müssen dazu verpflichtet, angeregt und dabei unterstützt werden.

- Vertragsklauseln sind nur ein Teil der Lösung; um Erfolge zu erzielen, sind der Dialog und die Partnerschaft mit den Anbietern unerlässlich. Dies sollte bereits vor Veröffentlichung der Ausschreibung beginnen und während der Auftragsausführung fortgesetzt werden.
- In der Vergangenheit erfolgte die Auftragsvergabe bei dieser Art der Beschaffung in der Regel in einem einzigen Los. Die Unterteilung des Auftrags in mehrere Lose hat sich im Hinblick auf die Förderung eines gesunden Wettbewerbs und die Ermittlung des am besten geeigneten Bewerbers für jedes Los als hilfreich erwiesen.
- Die Stadt Gent arbeitet mit den Anbietern zusammen, um die Ziele während der Laufzeit der Rahmenvereinbarung zu erreichen. Es ist ein Lernprozess, bei dem die Stadt und die Anbieter sich bemühen, einander zu helfen.
- Genügen Zeit und Ressourcen sowie politischer Wille sind entscheidende Erfolgsfaktoren für eine Zusammenarbeit zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer, um echte Auswirkungen zu erzielen.
- Der öffentliche Auftraggeber muss über ein gewisses technisches Wissen im Bereich Textilien verfügen. Beispielsweise absolvierte der zuständige Mitarbeiter der Stadt Gent eine Schulung, um mehr darüber zu erfahren, wie die Qualität von Textilien (Reißfestigkeit, Knötchenbildung, Einlaufen) analysiert wird.
- Der öffentliche Auftraggeber sollte sich nach Möglichkeit für ein Verfahren entscheiden, das Verhandlungen ermöglicht. Ein offenes Vergabeverfahren ist sehr streng – fehlt zum Beispiel ein Muster, besteht die Gefahr, dass das Verfahren abgebrochen und komplett neu begonnen werden muss.
- Nach der Vergabe der neuen Aufträge war es von vorrangiger Bedeutung, dass alles praktisch organisiert wurde: Anpassung der Bestellsysteme, Organisation von Einführungsgesprächen mit den Endverbrauchern und deren Information, Sicherstellung der Passform der Kleidung vor der Bestellung, Liefervereinbarungen mit den Anbietern und Wäschereien.
- Zu den künftigen Herausforderungen gehört es, sich die nötige Zeit für Nachbesprechungen und die Berichte Dritter zu nehmen, das Augenmerk auf noch nicht vollständig transparente Lieferketten zu richten und erforderlichenfalls Korrekturmaßnahmen zu ergreifen.

Kontakt

Aline De Cokere, Beschaffung, Stadt Gent, Aline.DeCokere@stad.gent

46. Vereinfachung des Verfahrens zur Überprüfung der Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen im Textilsektor

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Bonn, Deutschland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Textilien

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Bonn setzt sich dafür ein, dass öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die nachweislich dafür Sorge tragen, dass die beschafften Waren unter Beachtung der in den IAO-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.

Im Textilsektor gibt es mehrere ethische Gütezeichen oder Multi-Stakeholder-Initiativen (darunter die Fair Wear Foundation oder die Ethical Trading Initiative), mit deren Hilfe die vollständige oder teilweise Einhaltung der Kernarbeitsnormen überprüft werden kann. Es ist jedoch nicht immer einfach zu wissen, welche Gütezeichen oder welche gleichwertigen Nachweise zur Überprüfung der einzelnen Normen erforderlich sind.

Um dieses Problem zu lösen, hat die Stadt Bonn in Zusammenarbeit mit der NRO FEMNET ein leicht zu handhabendes Formblatt Soziale Kriterien entwickelt, das es den Bietern ermöglicht, die Einhaltung der einzelnen Kriterien anhand von Gütezeichen, der Mitgliedschaft in einer Initiative oder alternativen Nachweisen wie Sozial- oder Managementaudits durch unabhängige Dritte zu belegen.

Das Formblatt Soziale Kriterien wurde erstmals im Jahr 2016 in einer Ausschreibung für Uniformen für Mitarbeiter in der Pflege von Grünflächen, die unter sozial verantwortlichen Arbeitsbedingungen hergestellt werden, eingesetzt. In die Ausarbeitung des Formblatts flossen Marktanalysen ein, die der Stadt Bonn dabei halfen, geeignete Nachweise für jeden vorgeschriebenen Sozialstandard zu definieren und Lose entsprechend der nachgewiesenen Marktverfügbarkeit ethisch hergestellter Bekleidung zu vergeben.

Im Jahr 2018 wurde eine zweite Ausschreibung veröffentlicht, die zusätzlich Lose für Lederwaren umfasste. Ziel war die Beschaffung robuster Arbeitskleidung bei gleichzeitiger Stärkung derjenigen Anbieter, die sich bereits für eine sozial verträgliche Produktion einsetzen.

Gegenstand

Dienst- und Schutzkleidung einschließlich Lederwaren

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Bei der Beschaffung von Arbeitskleidung im Jahr 2018 wurden die Zuschlagskriterien wie folgt gewichtet:

- Preis (40 %).
- Nutzwert (30 %) – gleiche Punkte gab es für Qualität, Verarbeitung und Ausstattung. Die Punkte wurden von einem Prüfungsgremium vergeben, bestehend aus Nutzern, Gesundheits- und Sicherheitsbeauftragten und Personalrat (ein gewähltes Gremium, das die Interessen des Personals vertritt, wie es in deutschen Organisationen üblich ist).
- Soziale Kriterien (30 %) – bewertet nach dem Formblatt Soziale Kriterien (siehe Abschnitt „Überprüfung“).

Den Angeboten musste das Formblatt Soziale Kriterien beigefügt sein, das neun Fragen für das jeweils zu beschaffende Produkt enthielt. Die Fragen beziehen sich auf die Herstellungsbedingungen auf der Stufe der

Produktion des Endprodukts (d. h. der Produktionsstätte in der das beschaffte Produkt final angefertigt wurde).

Das Formblatt Soziale Kriterien enthält klare Angaben zu den zulässigen Formen der Überprüfung (d. h. einschlägige Siegel, Zertifikate oder Mitgliedschaften). Auf einige Formen der Überprüfung kann zurückgegriffen werden, um alle nachstehenden Fragen positiv zu beantworten (und somit maximal 29 Punkte zu erreichen). Mit anderen Formen der Überprüfung können nur einige der folgenden Fragen positiv beantwortet und die entsprechend Punkte erzielt werden. Die Anzahl der pro Frage verfügbaren Punkte wurde entsprechend ihrer jeweiligen sozialen Auswirkungen gewichtet (die für jede Frage verfügbaren Punkte sind in Klammern angegeben):

1. Ermitteln Sie als Händler oder Markenunternehmen Risiken und deren Auswirkungen bzgl. der Einhaltung der IAO-Normen auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts? (2 Punkte)
2. Verfügen Sie als Händler oder Markenunternehmen über eine schriftliche Verpflichtung zur Achtung der genannten Sozialstandards auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts, die auch mögliche Unterauftragnehmer mit einschließt? (1 Punkt)
3. Unterstützen Sie als Händler oder Markenunternehmen die Bekanntmachung in lokaler Sprache des Verhaltenskodex (d. h. eine Sammlung von Richtlinien und Vorschriften, die sich das Unternehmen selbst auferlegt) auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts, die auch mögliche Unterauftragnehmer mit einschließt? (3 Punkte)
4. Haben Sie als Händler oder Markenunternehmen Kenntnis über die Produktionsstätte in der das im konkreten Auftrag zu beschaffende Produkt als Endprodukt produziert wurde? (3 Punkte)
5. Prüfen Sie als Händler oder Markenunternehmen die Einhaltung der genannten Sozialstandards durch unabhängige Sozialaudits auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts? (3 Punkte)
6. Unterstützen Sie als Händler oder Markenunternehmen die Einhaltung der genannten Sozialstandards auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts durch regelmäßige und unabhängige Überprüfungen Ihres Managementsystems bzw. des Markenunternehmens (hinsichtlich deren Auswirkungen bzgl. der Einhaltung der genannten Sozialstandards)? (5 Punkte)
7. Erfolgt die Ermittlung von möglichen Risiken von Ihnen bzw. die des Markenunternehmens bzgl. der Einhaltung der genannten Sozialstandards auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts durch die Implementierung einer anonymen Beschwerdeline? (3 Punkte)
8. Erfolgt die Ermittlung von möglichen Risiken von Ihnen bzw. die des Markenunternehmens bzgl. der Einhaltung der genannten Sozialstandards auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts durch eine unabhängige, nicht in der Fabrik arbeitende, Ansprechperson vor Ort? (5 Punkte)
9. Unterstützen Sie als Händler oder Markenunternehmen die Produzenten bei Schulungen zu sozial verantwortlichen Produktionsbedingungen für Management und Beschäftigte der Produktionsstätte auf der Stufe der Produktion des im konkreten Auftrag zu beschaffenden Endprodukts? (4 Punkte)

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit dieser Auftragsvergabe will die Stadt Bonn die Bedingungen in der Lieferkette für Textilien verbessern, indem sichergestellt wird, dass die für diesen Auftrag hergestellten Textilien unter Bedingungen produziert werden, die den folgenden IAO-Kernübereinkommen entsprechen:

- Übereinkommen über die Vereinigungsfreiheit und den Schutz des Vereinigungsrechtes, 1948 (Nr. 87)
- Übereinkommen über die Anwendung der Grundsätze des Vereinigungsrechtes und des Rechtes zu Kollektivverhandlungen, 1949 (Nr. 98)
- Übereinkommen über Zwangs- und Pflichtarbeit, 1930 (Nr. 29) (und das zugehörige Protokoll von 2014)
- Übereinkommen über die Abschaffung der Zwangsarbeit, 1957 (Nr. 105)
- Übereinkommen über das Mindestalter für die Zulassung zur Beschäftigung, 1973 (Nr. 138)
- Übereinkommen über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit, 1999 (Nr. 182)
- Übereinkommen über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit, 1951 (Nr. 100)
- Übereinkommen über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, 1958 (Nr. 111)

Überprüfung

Aus dem Formblatt Soziale Kriterien geht hervor, welche Nachweise für jede Frage erforderlich sind. Um aber Zeit und Ressourcen zu sparen, hat die Stadt Bonn auch die Möglichkeit geschaffen, mehrere Fragen auf einmal zu beantworten, indem angegeben wird, welche Fragen durch welche Gütezeichen oder Initiativen (zur Überprüfung der Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen) als beantwortet gelten. Dies geschieht in vier Schritten bzw. Abschnitten:

- Abschnitt 1: Herstellungsland. Sind die Waren nicht in einem Land oder Gebiet hergestellt, welches in der als Anhang beigefügten DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete aufgeführt ist (erkennbar an der Produktkennzeichnung „Made in“), gelten alle Fragen als positiv beantwortet und es werden 29 Punkte vergeben.
- Abschnitt 2: Wenn Abschnitt 1 nicht zutrifft, dann kann eine hinreichende Überprüfung der Einhaltung der IAO-Normen gewährleistet werden durch:
 - Nachweis über die Mitgliedschaft in der Fair Wear Foundation (FWF)
 - Nachweis über die Mitgliedschaft in der Fair Labour Association (FLA)
 - Nachweis über ein Siegel, Zertifikat oder eine Mitgliedschaft, das/die zur FWF oder FLA gleichwertig ist

Trifft einer der oben genannten Punkte zu, gelten alle Fragen als positiv beantwortet und es werden 29 Punkte vergeben.
- Abschnitt 3: Wenn Abschnitt 2 nicht zutrifft, können Gruppen von Fragen durch folgende Nachweise belegt werden:
 - Nachweis über das Siegel „IVN zertifiziert“ des Internationalen Verbands der Naturtextilwirtschaft > Die Fragen 2, 3 und 7 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 7 Punkte vergeben.
 - Nachweis über den Social Accountability International Standard 8000 (SA 8000) > Die Fragen 2, 3, 4, 5 und 7 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 13 Punkte vergeben.

- Nachweis über das Siegel Fairtrade Textile Standard (FTT) > Die Fragen 1, 2, 3, 4, 5, 7, 8 und 9 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 24 Punkte vergeben.
- Nachweis über die Mitgliedschaft in der Business Social Compliance Initiative (BSCI) > Die Fragen 2, 3, 5, 7 und 9 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 14 Punkte vergeben.
- Nachweis über das Zertifikat Sustainable Textile Production Certificate (STeP) > Die Fragen 1, 2, 4, 5, 6 und 7 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 14 Punkte vergeben.
- Nachweis über die Mitgliedschaft in der Ethical Trading Initiative (ETI) > Die Fragen 1, 2, 3, 6, 7, 8 und 9 gelten durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet. Es werden 23 Punkte vergeben.
- Nachweis über ein gleichwertiges Siegel, Zertifikat oder eine gleichwertige Mitgliedschaft, wodurch einzelne Fragen durch die Kriterien des Standards als erfüllt und die genannten Fragen entsprechend als positiv beantwortet bewertet werden können. Die Punkte berechnen sich abhängig von der Zahl der Fragen, die verifiziert werden können.
- Abschnitt 4: Wenn Abschnitt 3 nicht zutrifft, dann ist auch eine positive Beantwortung einzelner Fragen möglich, sofern diese über die jeweiligen „Alternativen“ (gelistete Nachweise im Fragenkatalog) verifiziert werden können.

Wenn keine Belege in Form genannter Siegel, Zertifikate oder Mitgliedschaften (oder gleichwertig) erbracht werden können oder wenn der Fragenkatalog mit dem Ergebnis ausgefüllt wird, dass keine hinreichende Verifizierung (wie im Fragenkatalog aufgeführte) erfolgen kann, dann werden 0 Punkte vergeben.

Auftragswert

121 116,03 EUR (über zwei Jahre)

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 (Einhaltung der geltenden umwelt-, sozial- und arbeitsrechtlichen Verpflichtungen) und Artikel 67 (Zuschlagskriterien) der Richtlinie 2014/24/EU
- in Deutschland geltende Kollektivverträge und geltendes Vergaberecht

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Bonn
- Auftragnehmer
- Unterstützung bei der Überprüfung: FEMNET

Soziale Auswirkungen

Durch die Überprüfung der Einhaltung der IAO-Kernarbeitsnormen kann sichergestellt werden, dass die zu beschaffenden Waren unter Bedingungen hergestellt werden, bei denen die folgenden grundlegenden Arbeitnehmerrechte gewahrt werden:¹⁶

- Vereinigungsfreiheit und effektive Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen,
- Beseitigung aller Formen von Zwangs- oder Pflichtarbeit,
- effektive Abschaffung der Kinderarbeit,
- Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf.

Sonstige Vorteile

- Bei der Stadt Bonn gingen 11 Angebote ein, was eine Verbesserung gegenüber der vorherigen Ausschreibung darstellt und ein gutes Ergebnis für einen spezialisierten Markt ist.
- Die Stadt Bonn hat den Prozess der Überprüfung der Einhaltung der IAO-Normen vereinfacht, indem die Transparenz von Gütezeichen und Initiativen für Bieter und Auftraggeber erhöht wurde.
- Dieser Ansatz kann von anderen Beschaffungsstellen für Textilien gut übernommen werden. Ein ähnlicher Ansatz könnte auch für andere Sektoren entwickelt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Gewichtung der sozialen Kriterien wurde zwischen dem Pilotprojekt und der Neuausschreibung des Vertrags von 15 % auf 30 % der gesamten Bewertungskriterien erhöht. Dies bedeutet, dass Bieter immer noch den Zuschlag erhalten können, auch wenn ihr Angebot nicht das günstigste ist.
- Der Dialog mit den Bietern war wichtig, um sicherzustellen, dass sie den Fragenkatalog verstehen, und ihnen Gelegenheit zu geben, Fragen zum allgemeinen Vergabeverfahren zu stellen.

Kontakt

Frau Sabrina Ahrend, Referat Vergabedienste, Stadt Bonn, referatvergabedienste@bonn.de, und Frau Rosa Grabe, Projektleiterin „Faire öffentliche Beschaffung“, FEMNET, beschaffung@femnet-ev.de

¹⁶ Dieser Ansatz kann nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung gerechtfertigt sein, der verlangt, dass vergleichbare Sachverhalte nicht unterschiedlich und unterschiedliche Sachverhalte nicht gleich behandelt werden, sofern eine solche Behandlung nicht objektiv gerechtfertigt ist. In diesem Fall gilt die unterschiedliche Behandlung von Industrie- und Entwicklungsländern im Fragenkatalog aufgrund der unterschiedlichen Risikoprofile bei Verstößen gegen grundlegende Arbeitnehmerrechte als gerechtfertigt.

47. Konzession für die Sammlung von Altkleidern und die Bewirtschaftung von Textilabfällen in Madrid: vorbehaltenes Los für Sozialunternehmen für Arbeitsintegration

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Madrid, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sammlung von Altkleidern und Bewirtschaftung von Textilabfällen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Madrid will einen nachhaltigen und integrierten Ansatz für die Abfallsammlung und -bewirtschaftung fördern. Dazu gehört auch die Förderung von mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen, die weit vom Arbeitsmarkt entfernt und von sozialer Ausgrenzung bedroht sind. In Anerkennung der Rolle von Sozialunternehmen für Arbeitsintegration (WISE) als Hebel für die Beschäftigung dieser Personengruppen hat die Stadt ein Verfahren für die Vergabe eines in Lose unterteilten Konzessionsvertrags für die Sammlung von Altkleidern und die Bewirtschaftung von Textilabfällen eingeleitet. Im Rahmen des Auftrags sollen 1150 Container im gesamten Stadtgebiet von Madrid aufgestellt werden. Eines der Lose war für WISE vorbehalten.

Gegenstand

Sammlung von Altkleidern und Bewirtschaftung von Textilabfällen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Vergabeverfahren stützt sich auf die spanischen Rechtsvorschriften über vorbehaltene Aufträge (Gesetz 9/2017, disposición adicional 4a) zur Umsetzung von Artikel 24 der Richtlinie 2014/23/EU und Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU. Eines der drei Lose des Auftrags wurde für WISE vorbehalten, die nachweisen mussten, dass sie als solche registriert sind, und die Gültigkeit ihres Status erklären mussten.

Vor der Auftragsvergabe: Vor der Veröffentlichung der Ausschreibung hatten WISE die Gelegenheit, mit dem öffentlichen Auftraggeber zusammenzuarbeiten, um Kapazitäten zu ermitteln, die Möglichkeit der Unterteilung des Auftrags in Lose zu besprechen, die für die Aufstellung von Containern an öffentlichen Orten zu entrichtenden Gebühren zu bestimmen usw. Die Konsultationen standen allen WISE offen, die an dem Auftrag interessiert waren. In diesem Zusammenhang wandte sich die Stadt an lokale Dachverbände, die die Informationen unter ihren Mitgliedern verbreiteten. Diese gründlichen Arbeiten im Vorfeld der Auftragsvergabe führten zu besseren Marktinformationen über den Dritten Sektor in der Stadt Madrid und leisteten einen Beitrag zu einem besseren Verständnis der Situation dieses Sektors bei den öffentlichen Auftraggebern.

Die Konzession ist in drei Lose unterteilt, die jeweils verschiedene Stadtteile abdecken (Los 1: 366 Container; Los 2: 419 Container; Los 3: 365 Container). Los 3, das die südlichen Stadtteile abdeckt, ist aufgrund der sozioökonomischen Merkmale des Gebiets mit einem unterdurchschnittlichen Einkommensniveau für WISE vorbehalten. Auch der Zugang zur notwendigen Infrastruktur für die Sammlung von Altkleidern und die Bewirtschaftung von Textilabfällen durch den Anbieter war aufgrund der Verfügbarkeit von Gewerbeflächen zu Preisen, die unter dem städtischen Durchschnitt liegen, einfacher.

Das Verfahren umfasste auch soziale Erwägungen als Bedingungen für die Auftragsausführung:

- die Verpflichtung zur Einhaltung der geltenden Arbeits- und Sozialvorschriften, einschließlich der Kriterien zur Zugänglichkeit und zum „Design für alle“, sowie die Einhaltung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen,

- eine Garantie, dass der größtmögliche Anteil an Textilien und Stoffen wiederverwendet werden kann,
- die Verpflichtung, dem öffentlichen Auftraggeber alle einschlägigen Unterlagen über die Beschäftigten vorzulegen,
- die Anforderung, dass alle Informationsmaterialien im Zusammenhang mit der Erbringung der Dienstleistung geschlechtsneutral sind.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind
- Förderung des Zugangs von Akteuren der Sozialwirtschaft zu den Märkten für öffentliche Beschaffung
- Gewährleistung von Standards für menschenwürdige Arbeit für Menschen, die in geschützten Werkstätten, im Rahmen von Programmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen und in WISE beschäftigt sind

Überprüfung

Die Personen, die für die Ausführung des vorbehaltenen Loses beschäftigt werden sollen, werden von den öffentlichen Sozialdiensten der Stadt Madrid vermittelt. Damit Bewerber dafür infrage kommen, müssen sie eine von einem öffentlichen Sozialdienst ausgestellte Bescheinigung besitzen, aus der hervorgeht, dass sie von Ausgrenzung betroffen sind. Die vielfältigen in Betracht kommenden Zielgruppen reichen von Langzeitarbeitslosen, Migranten, Angehörigen ethnischer Minderheiten, alleinerziehenden Müttern, die von Armut bedroht sind, bis hin zu Opfern von Gewalt gegen Frauen.

Damit die Ziele der sozialen Inklusion und der Nachhaltigkeit der Beschäftigung gefördert werden, absolvieren die Begünstigten des Programms zur beruflichen Inklusion einen personalisierten Integrationspfad. Zusammen mit ihrem Arbeitsvertrag unterzeichnen die Arbeitnehmer eine individuelle Eingliederungsvereinbarung mit einem Arbeitsberater, in der die spezifischen Maßnahmen festgelegt sind, zu denen sie sich zwecks Verbesserung ihrer Beschäftigungsfähigkeit verpflichten. Den Schwerpunkt bilden arbeitsbezogene Maßnahmen, unter anderem grundlegende Qualifikationen wie Führerschein oder Gabelstaplerschein, Sprachkenntnisse und Soft Skills, sowie Aspekte der sozialen Inklusion wie Wohnen, Freizeit, Gesundheit und andere Formen der Unterstützung für den Einzelnen und seinen Haushalt.

Durch On-the-Job-Coaching werden die Arbeitnehmer bei der Entwicklung berufsspezifischer Fähigkeiten sowie bei Pünktlichkeit, Hygiene, Kommunikation und Interaktion mit anderen Arbeitnehmern unterstützt.

Auftragswert

Der Auftragswert belief sich auf insgesamt 5 472 852,50 EUR. Der Wert von Los 3 betrug 232 687,50 EUR. Da es sich um eine Konzession handelt, wurde der Auftragswert als der von den Bietern an den öffentlichen Auftraggeber gezahlte Betrag angegeben. Mit der Festsetzung eines niedrigeren Preises für Los 3 (75,00 EUR pro Container) wollte der öffentliche Auftraggeber die höheren Kosten ausgleichen, die den WISE aufgrund ihrer besonderen Natur entstehen.

Rechtsinstrument

- Artikel 24 der Richtlinie 2014/23/EU (Ermöglichung der Anwendung von Vorbehalten auf Konzessionen)
- Das Verfahren ist Teil der Strategie der Stadt Madrid zur Abfallvermeidung und -bewirtschaftung für den Zeitraum 2018–2022. Eines der Ziele der Strategie besteht darin, eine Hebelwirkung für die Beschäftigung zu entfalten, auch für Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Madrid
- Auftragnehmer: Recumadrid und Solidanza
- Begünstigte: Arbeitnehmer

Soziale Auswirkungen

- Infolge dieses Auftrags wurden sechs neue Vollzeitarbeitsplätze für Menschen mit geringer Beschäftigungsfähigkeit geschaffen. Die Mitarbeiter sind in einigen Fällen in den Stadtteilen ansässig, in denen die Kleidersammlung durchgeführt wird, wodurch der soziale Zusammenhalt in dem jeweiligen Gebiet gefördert wird. Aufgrund ihrer Beschäftigung beziehen die Begünstigten des Programms zur beruflichen Inklusion keine Arbeitslosen- oder Sozialhilfe und leisten als Steuerzahler einen Beitrag für die Gemeinschaft.
- Die Teilnehmer des Programms zur beruflichen Inklusion profitieren auch von den flankierenden Diensten, z. B. in den Bereichen Ausbildung, Gesundheitsversorgung oder Wohnen, mit denen ihre berufliche und soziale Inklusion sichergestellt werden soll.
- Die Möglichkeiten zur beruflichen Inklusion werden Anfang 2020 mit der Schaffung von vier weiteren Vollzeitstellen erweitert.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Phase der Durchführung vorheriger Marktkonsultationen war entscheidend, damit der öffentliche Auftraggeber sich ein Bild von den Kapazitäten der WISE machen konnte, um das Verfahren so anzupassen, dass diesen Unternehmen der Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten ermöglicht wird.
- Partnerschaften als Hebel für eine stärkere Beteiligung kleinerer Anbieter: Den Zuschlag erhielt ein Konsortium bestehend aus zwei WISE und den Unternehmen Recumadrid und Solidanza, die sich für den Auftragsgegenstand interessierten und einen gemeinsamen Hintergrund im Bereich der beruflichen Eingliederung von benachteiligten Personen hatten. Die Organisationen schlossen sich zusammen, um die notwendigen technischen und wirtschaftlichen Anforderungen des Vertrags zu erfüllen.
- Sensibilisierung: Die Vorteile dieses Vertrags sind sowohl sozialer als auch ökologischer Natur, da die Auftragnehmer sich für die Förderung der Wiederverwendung von Haushaltswaren und Textilien einsetzen. Der Auftragnehmer hat den Vertrag genutzt, um für alternative Konsummöglichkeiten wie Second-Hand-Kleiderläden sowie Umweltschutz oder Abfallbewirtschaftungsketten zu sensibilisieren.
- Eine der größten Herausforderungen besteht in der vollständigen Anerkennung der professionellen Arbeit, die WISE leisten. Öffentliche Auftraggeber sollten sozialwirtschaftliche Unternehmen und die Kreislaufwirtschaft durch neue Ausschreibungen für die Sammlung von Altkleidern und die Bewirtschaftung von Textilabfällen in Form von vollständigen vorbehaltenen Aufträgen (und nicht nur Losen) weiter unterstützen.

Kontakt

Frau Cristina Salvador, Direktorin von [RECUMADRID](https://www.recumadrid.com), recumadrid@gmail.com, +34 914252384

48. Beschaffung von Arbeitskleidung zur Steigerung der Beschäftigung in Schweden

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land:

Beschaffungszentrum Region Falun-Borlänge (Upphandlingscenter (UHC) Falun Borlänge-regionen), Schweden

Produkt oder Dienstleistungssektor: Textilien

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das UHC ist eine regionale Beschaffungsstelle, die Beschaffungen für sieben verschiedene Kommunen in der Provinz Dalarna tätigt. Das UHC verfolgt seit 2016 eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge. Das UHC verfolgt mehrere Ziele in Bezug auf die soziale Nachhaltigkeit. Eines davon lautet, dass mindestens 30 % aller Beschaffungen jährlich die Möglichkeiten für Beschäftigung und/oder Praktika für arbeitsmarktferne Personen erhöhen sollen.

Das UHC legt bei der Auftragsausführung im Rahmen seiner Beschaffungen zudem einen Schwerpunkt auf existenzsichernde Löhne, d. h. das Mindesteinkommen, das ein Arbeitnehmer zur Deckung seiner Grundbedürfnisse benötigt. Damit soll die Branche dafür sensibilisiert werden, dass das öffentliche Auftragswesen zur Förderung des fairen Handels und fairer Arbeitsbedingungen genutzt werden sollte.

Gegenstand

Beschaffung von Arbeitskleidung für Beschäftigte in häuslichen Pflegediensten, im Sozialwohnungswesen und in Vorschulen in sechs Gemeinden der Provinz Dalarna (Borlänge, Falun, Säter, Gagnef, Hedemora und Ludvika)

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das UHC hat für die Auftragsausführung drei Bedingungen im Zusammenhang mit der Beschäftigungsförderung festgelegt:

- Der Anbieter nimmt an einem Dialog mit dem UHC über die bessere Berücksichtigung sozialer Belange teil. Ziel ist es, die Lieferanten für soziale Belange zu sensibilisieren.
- Der Anbieter prüft die Möglichkeiten, arbeitsmarktfernen Personen (z. B. Langzeitarbeitslosen oder Menschen mit Behinderungen) eine Beschäftigung oder ein Berufspraktikum anzubieten.
- Der Anbieter bietet mindestens einer Person, die derzeit arbeitslos ist, eine Beschäftigung oder ein Berufspraktikum von drei bis sechs Monaten an.

Im Fall der Beschaffung von Arbeitskleidung musste der Anbieter mindestens einer arbeitsmarktfernen Person ein drei- bis sechsmonatiges Berufspraktikum im Zusammenhang mit dem Auftragsgegenstand anbieten. Dafür infrage kommen Personen, die besondere Schwierigkeiten haben, in den Arbeitsmarkt einzutreten oder sich dort zu etablieren, z. B. Langzeitarbeitslose oder Menschen mit Behinderungen. Alternativ kann der Anbieter einer Person (wie oben definiert) eine drei- bis sechsmonatige Berufsausbildung gemäß den Richtlinien der schwedischen Arbeitsverwaltung oder der Gemeinde anbieten.

Ziel, aber nicht Voraussetzung, ist es, dass Praktika in einer Beschäftigung münden. Die Beschäftigung von Personen auf dieser Grundlage darf nicht dazu führen, dass eine andere, bereits vom Anbieter beschäftigte

Person ersetzt wird. Es gilt die folgende Vertragsbedingung in Bezug auf fairen Handel/existenzsichernde Löhne:

Das UHC ist bestrebt, den Anteil von Produkten zu erhöhen, die unter Zahlung eines existenzsichernden Lohns hergestellt wurden. Unter dem Begriff „existenzsichernder Lohn“ ist eine Entlohnung zu verstehen, die ausreichend hoch ist, um die individuellen Grundbedürfnisse zu decken. Vom Anbieter wird erwartet, dass er eine positive Einstellung zur Entwicklung von Produkten und Verfahren hat, die diese Anforderungen erfüllen. Ziel ist es, dass (mindestens) ein bis fünf Produkte, die unter die Rahmenvereinbarung fallen, von einem Auftragnehmer oder Unterauftragnehmer hergestellt werden, der seinen Mitarbeitern Löhne entsprechend dem im jeweiligen Land geltenden existenzsichernden Lohn zahlt. Dass das Produkt unter fairen Bedingungen hergestellt wurde, kann z. B. durch eine Fair-Trade-Kennzeichnung nachgewiesen werden.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das UHC verfolgt eine gemeinsame Beschaffungspolitik für die von ihm versorgten Gemeinden mit einem starken Fokus auf sozial verantwortlicher Beschaffung. Bei dieser Beschaffung von Arbeitskleidung wollte das UHC existenzsichernde Löhne und Beschäftigungsmöglichkeiten sicherstellen. Das UHC berücksichtigt die spezifischen Anforderungen der sechs Gemeinden an die soziale Verantwortung. Der Schwerpunkt liegt auf den Anforderungen, die sich auf die Ausführung des Auftrags beziehen.

Überprüfung

Das UHC verfolgt kontinuierlich die Arbeit der Anbieter in Bezug auf soziale Belange. Sobald die Verträge abgeschlossen sind, prüft das UHC sie zusammen mit dem Beschaffer der Gemeinden, dem zuständigen Beschaffer des UHC und dem Anbieter. Bei der Beschaffung von Arbeitskleidung wurden auch Mitarbeiter der Arbeitsverwaltungen der sechs Gemeinden als Experten für die Vermittlung von Arbeitnehmern an den Anbieter herangezogen. Die Gemeinden müssen sicherstellen, dass die Praktika abgesichert sind. Deswegen schließen der Anbieter und die Gemeinden eine Praktikumsvereinbarung. In Bezug auf die Praktika und Beschäftigung halten die Gemeinden regelmäßig Rücksprache mit den Anbietern.

Auftragswert

Rahmenvereinbarung für vier Jahre mit einem geschätzten Gesamtwert von 795 000 EUR.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Kapitel 17 Abschnitt 1 des schwedischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen (LOU) (2016: 1145)

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Upphandlingscenter (UHC) Falun Borlänge-regionen
- An dieser Rahmenvereinbarung beteiligte Gemeinden: Borlänge, Falun, Säter, Gagnef, Hedemora und Ludvika
- Auftragnehmer: Fristads und Procurator
- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: Arbeitsverwaltungen

Soziale Auswirkungen

Mit der Anwendung von Sozialklauseln verfolgt das UHC in erster Linie das Ziel, Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren, faire Arbeitsbedingungen zu fördern und langfristige Lösungen für soziale Nachhaltigkeit zu entwickeln. Das UHC hat mehrere Auswirkungen im Zusammenhang mit der erhöhten Beschäftigung festgestellt:

- weniger Ausgrenzung
- psychische Gesundheit und Sicherheit
- mehr Kompetenzen
- Kosteneffizienz

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Auftraggeber sollten bedenken, dass die Anforderungen an die soziale Verantwortung einen Nutzen für alle Beteiligten bringen sollten.
- Vor der Einführung zeitgenössischer sozialer Anforderungen für öffentliche Aufträge bedarf es eines frühzeitigen Dialogs mit allen einschlägigen Akteuren.
- Eine große Herausforderung wird die Zusammenarbeit mit Organisationen sein, die Menschen für bestimmte Aufträge vermitteln können. Anfangs arbeitete das UHC nicht mit den örtlichen Arbeitsverwaltungen zusammen. Anders als den örtlichen Arbeitsverwaltungen mangelt es dem UHC als Beschaffungsstelle an den Fähigkeiten und am Zugang, um für jede Stelle die richtige Person zu finden.

Kontakt

Maria Fridholm, Öffentliche Beschaffung, Upphandlingscenter, Maria.fridholm@ludvika.se

SEKTOR 10 – Sonstiges

49. Beschäftigungsklauseln bei Verkehrsdienstleistungen in Warschau

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Behörde für öffentliches Verkehrswesen der Stadt Warschau, Polen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Verkehr

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Warschau hat sowohl mit vorbehaltenen Aufträgen (für Organisationen, die mindestens 30 % Personen aus Gruppen beschäftigen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind) als auch mit Beschäftigungsklauseln (Beschäftigung im Rahmen eines Vertrags für Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen und Jugendliche) in Bezug auf die Auftragsausführung gearbeitet. Die gängigste Sozialklausel ist die Verpflichtung zur Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsvertrags.

Mit der Vergabe dieses Auftrags wollte die Stadt Warschau mehr Angehörigen der oben genannten benachteiligten Gruppen in Warschau selbst eine Beschäftigung bieten und das Bewusstsein für die diesbezüglichen Möglichkeiten im Rahmen öffentlicher Aufträge schärfen.

Gegenstand

Linienverkehrsdienste im Rahmen des öffentlichen Nahverkehrs auf Buslinien, die von der ZTM (Zarząd Transportu Miejskiego – Behörde für öffentliches Verkehrswesen in Warschau) überwacht werden

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Auftragsvergabe erfolgte im Rahmen einer offenen Ausschreibung. Die Stadt Warschau hat eine Anforderung aufgenommen, die sich auf die Ausführung des Auftrags bezieht. Der Auftragnehmer, der den Zuschlag erhielt, musste 120 arbeitsmarktfernen und arbeitslosen Personen eine Beschäftigung anbieten. Ihnen wurden Vollzeitstellen als Fahrer und Disponenten angeboten. Der Auftragnehmer war außerdem verpflichtet, der Stadt Warschau zur Verifizierung der Beschäftigung die Arbeitsverträge vorzulegen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Stadt hatte zwei Ziele im Blick:

- Erhöhung der Beschäftigung für Arbeitslose, Menschen mit Behinderungen und junge Menschen;
- Sensibilisierung für die Möglichkeiten zur Steigerung der Beschäftigung durch öffentliche Aufträge.

Überprüfung

Nach Beginn der Erbringung der Dienste nahm die Stadt Kontakt mit dem Auftragnehmer auf, um die Beschäftigung von Fahrern und Disponenten zu überprüfen und ein Verzeichnis der Beschäftigten mit Informationen über die Anzahl der Arbeitsverträge einzuholen. Der Auftragnehmer übermittelt eingescannte Kopien der Arbeitsverträge (wobei die Daten gemäß den Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung anonymisiert sind). Darüber hinaus überprüft die Stadt die Anzahl der Arbeitsverträge bei Besuchen in den Busdepots des Auftragnehmers.

Auftragswert

Der Vertrag wurde im Februar 2016 unterzeichnet und hat einen Gesamtwert von 130 Mio. EUR für eine Laufzeit von sieben Jahren (2016–2023).

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Erlass 1243/2015 des Bürgermeisters der Hauptstadt Warschau, mit dem die verpflichtende Anwendung von Sozialklauseln in Verträgen mit einem Wert von mehr als 30 000 EUR in den folgenden Kategorien eingeführt wird:
 - Verpflegung und Verpflegungsdienstleistungen
 - Pflegedienstleistungen
 - Reinigung und häusliche Pflege
 - Winter- und Sommerreinigung von Straßen und Gehwegen
 - Pflege von Grünflächen
 - Bauarbeiten

In dem Erlass wird ferner die Verwendung von Sozialklauseln in öffentlichen Vergabeverfahren für Aufträge mit einem Wert von weniger als 30 000 EUR sowie für Aufträge mit einem Wert von mehr als 30 000 EUR in anderen als den vorgeschriebenen Kategorien empfohlen. Die Anwendung von Sozialklauseln bei verschiedenen öffentlichen Aufträgen vom 1. Oktober 2015 bis zum 31. März 2019 hat dazu geführt, dass sie in 444 Verträgen mit einem Gesamtwert von beinahe 1 Mrd. EUR verwendet wurden.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Behörde für öffentliches Verkehrswesen der Stadt Warschau
- Auftragnehmer: Mobilis SP

Soziale Auswirkungen

- In den Jahren 2016–2023 hat sich das Bewusstsein für Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen öffentlicher Aufträge insgesamt erhöht. Vor allem hat die Gesamtbeschäftigung zugenommen und wird weiter auch zunehmen. Im Rahmen dieses Vertrags wird 120 arbeitsmarktfernen Personen eine Vollzeitbeschäftigung angeboten.
- Seit Einführung der verpflichtenden Anwendung von Beschäftigungsklauseln hat die Stadt Warschau zahlreiche Vorteile in Bezug auf die Erhöhung der Beschäftigung für arbeitsmarktferne Personen erfahren. Mehr als 16 500 Personen waren auf der Grundlage von Arbeitsverträgen an der Ausführung von Aufträgen beteiligt, die unter Sozialklauseln fallen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Frühere Auftragnehmer beschäftigten Fahrer und Disponenten zwar auch im Rahmen von Arbeitsverträgen, jedoch nicht in dem Maße, wie dies bei der Anwendung spezifischer Anforderungen in den Verträgen der Fall ist. Aufgrund des verbindlichen Charakters der Beschäftigungsklausel und ihrer positiven sozialen Auswirkungen wird die nächste Ausschreibung des Verkehrsamts wahrscheinlich sehr ähnlich ausfallen. Allerdings läuft der derzeitige Vertrag noch bis 2023, und zukünftige Umstände lassen sich schwer vorhersehen.

Kontakt

Radoslaw Maciak, Technical Department for Public Transport Fleet Management, Behörde für öffentliches Verkehrswesen Warschau, r.maciak@ztm.waw.pl

50. Vorbehaltener Auftrag für die Abfallbewirtschaftung in Rzgow, Polen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Rzgow, Polen

Produkt oder Dienstleistungssektor: Abfallbewirtschaftung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Am 23. November 2017 hat die Stadt Rzgow eine Ausschreibung für die Sammlung und Bewirtschaftung (Verwertung oder Beseitigung) von Siedlungsabfällen von Grundstückseigentümern in Rzgow sowie für die Bereitstellung von Müllsäcken für Haushalte veröffentlicht. Der Auftrag, dessen Wert unter dem EU-Schwellenwert liegt, wurde im Rahmen eines vorbehaltene Ausschreibungsverfahrens vergeben, um Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktfremde Personen zu schaffen. Die Ausschreibung enthielt ökologische Anforderungen für die Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen (z. B. vorgeschriebene Recyclingquoten, Vorbereitung zur Wiederverwendung und Verwertung unter Anwendung anderer Methoden sowie Verringerung des Gewichts biologisch abbaubarer Siedlungsabfälle, die auf Deponien verbracht werden) in Übereinstimmung mit dem Abfallbewirtschaftungsplan für die Region. Darüber hinaus umfasste die Ausschreibung auch soziale Aspekte, z. B. die Anforderung, dass der Auftragnehmer Angehörige von ausgegrenzten Gruppen beschäftigt.

Den Zuschlag erhielt die lokale Sozialgenossenschaft Komunalka Rzgów. Die Genossenschaft beschäftigt derzeit elf Personen, darunter Langzeitarbeitslose und Menschen mit Behinderungen. Die Haupttätigkeit der Genossenschaft besteht in der Sammlung von gemischten und getrennten Siedlungsabfällen in Rzgow.

Gegenstand

Sammlung und Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen und Bereitstellung von Müllsäcken im Rahmen eines vorbehaltene Auftrags für Sozialunternehmen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Ausschreibung für die Sammlung und Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen war Auftragnehmern vorbehalten, die die folgenden Bedingungen erfüllten:

- Sie haben den Status einer geschützten Werkstatt oder ihre Tätigkeit umfasst die soziale und berufliche Integration von Personen, die einer sozial ausgegrenzten Gruppe angehören und
- mindestens 50 % der Beschäftigten sind Angehörige von sozial ausgegrenzten Gruppen im Sinne von Artikel 22 Absatz 2 des polnischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen.

Sozial ausgegrenzten Gruppen gehören die folgenden Kategorien von Personen an:

- Menschen mit Behinderungen im Sinne des Gesetzes vom 27. August 1997
- Arbeitslose im Sinne des Gesetzes vom 20. April 2004
- inhaftierte Personen oder aus der Haft entlassene Personen im Sinne des Gesetzes vom 6. Juni 1997, die Schwierigkeiten bei der Integration in die Gesellschaft haben
- Personen mit psychischen Störungen im Sinne des Gesetzes vom 19. August 1994
- Obdachlose im Sinne des Gesetzes vom 12. März 2004
- Personen, denen von der Republik Polen die Flüchtlingseigenschaft oder der subsidiäre Schutz nach dem Gesetz vom 13. Juni 2003 zuerkannt wurde

- Personen bis 30 Jahre und Personen über 50 Jahre, die den Status als Arbeitsuchender haben und arbeitslos sind
- Angehörige benachteiligter Minderheiten im Sinne des Gesetzes vom 6. Januar 2005

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Integration von Menschen aus ausgegrenzten Gruppen in den Arbeitsmarkt sowie Verbesserung des Recyclings, der Wiederverwendung und der Verwertung von Siedlungsabfällen gemäß dem regionalen Abfallbewirtschaftungsplan 2022.

Überprüfung

Der Auftragnehmer war verpflichtet, der Stadt ein Dokument vorzulegen, durch das sein Status als geschützter Arbeitsplatz bestätigt wird, oder eine Erklärung darüber, dass seine Tätigkeit die soziale und berufliche Integration von Personen umfasst, die sozial ausgegrenzten Gruppen angehören, und dass mindestens 50 % der Arbeitnehmer, die die vertragsgegenständlichen Arbeiten ausführen, Angehörige sozial ausgegrenzter Gruppen sind. Der Auftragnehmer übermittelte eine Liste von Personen (ohne Vor- und Nachnamen), die die oben genannten Kriterien erfüllen.

Auftragswert

Der Gesamtwert des Auftrags belief sich auf 378 000 PLN (89 559,45 EUR) für einen Zeitraum von sechs Monaten.

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU
- Abfallbewirtschaftungsplan für die Woiwodschaft Großpolen 2016–2022

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Rzgów, Powiat Koninski, Woiwodschaft Großpolen, Polen
- Auftragnehmer: Genossenschaft Komunalka Rzgów
- Begünstigte: Mitarbeiter (aus sozial ausgegrenzten Gruppen) der beauftragten Genossenschaft

Soziale Auswirkungen

- Durch die Beteiligung an der öffentlichen Auftragsvergabe wird die Sozialgenossenschaft Komunalka Rzgów gestärkt, was dazu beiträgt, die Nachhaltigkeit ihrer Programme und Projekte zu gewährleisten.
- Für die Ausführung dieses Auftrags stellte die Genossenschaft drei Personen ein, die einer sozial ausgegrenzten Gruppe angehörten.

Sonstige Vorteile

- Diese bewährte Praxis kann auf andere Organisationen und andere Sektoren übertragen werden.
- Die Stadt Rzgów rät anderen öffentlichen Auftraggebern, die diese Praxis übernehmen wollen, von vorbehaltenen Aufträgen Gebrauch zu machen, da dadurch ein Beitrag zur Erreichung sozialpolitischer Ziele durch die Beschaffung von Arbeiten oder Dienstleistungen geleistet werden kann.

- Die ökologischen Aspekte der Ausschreibung, z. B. Verbesserung des Recyclings, der Wiederverwendung und der Verwertung von Siedlungsabfällen, stehen auch im Einklang mit dem Abfallbewirtschaftungsplan der Stadt.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Der Rückgriff auf einen vorbehaltenen Auftrag für Sozialunternehmen, die Angehörige ausgegrenzter Gruppen für die Bewirtschaftung von Siedlungsabfällen beschäftigen, wurde vom öffentlichen Auftraggeber als erfolgreich angesehen, da die Sozialgenossenschaft die im Vertrag festgelegten Arbeiten reibungslos durchführte und den Zielgruppen der Stadt eine Beschäftigung bot, wodurch das doppelte Ziel der öffentlichen Auftragsvergabe erreicht wurde. Die Stadt hat diese Praxis seitdem bei anderen Ausschreibungen im Bereich der Abfallbewirtschaftung wiederholt.
- In Zukunft will die Stadt häufiger und in anderen Bereichen von dieser Art von Aufträgen Gebrauch machen.
- Ein möglicher nächster Schritt wäre, dass die Strategie der Stadt zur sozialen Inklusion auch die Nutzung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge als Mittel zur Erreichung der in der Strategie festgelegten sozialen Ziele vorsieht.

Kontakt

Iwona Maciejewska, Präsidentin der Sozialgenossenschaft Komunalka Rzgów,
iwona.maciejewska@komunalkarzgow.pl

51. Partnerschaft zwischen der Stadt Lille und dem Sozialunternehmen GECCO zur Herstellung von Biodiesel aus alten Speiseölen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land:

Stadt Lille, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor:

Nahverkehr

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Januar 2017 schloss die Stadt Lille einen Vertrag mit dem in Lille und der Region Hauts-de-France tätigen Sozialunternehmen GECCO. Der Auftrag, dessen Wert unter dem EU-Schwellenwert liegt, wurde für Dienstleistungen im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) vergeben. Im Mittelpunkt stand die Entwicklung von Biodiesel für öffentliche Fahrzeuge aus Altöl und die Prüfung der Möglichkeit, eine praktikable Alternative zum Verbrauch von Standardkraftstoff zu schaffen.

GECCO ist ein Sozialunternehmen, das sich auf die Sammlung und Verwertung von Küchen- und Speiseabfällen spezialisiert hat. Es beschäftigt zehn Mitarbeiter mit einem breiten Kompetenzspektrum, darunter Anlagenarbeiter, Fahrer, Ingenieure, Kaufleute, Doktoranden, Projektleiter und Manager. Im Rahmen dieser Partnerschaft arbeiten GECCO und die Stadt Lille gemeinsam mit Automobilherstellern an der Optimierung der Kraftstoffverteilung und der Fahrzeugwartung. Ziel dieser Partnerschaft ist die Schaffung einer Kreislaufwirtschaft in der Region durch die Umwandlung von Frittierölabfällen in Kraftstoff für öffentliche Fahrzeuge. Die Stadt Lille hat den von GECCO hergestellten Biokraftstoff bereits in mehreren Prüffahrzeugen eingesetzt.

Gegenstand

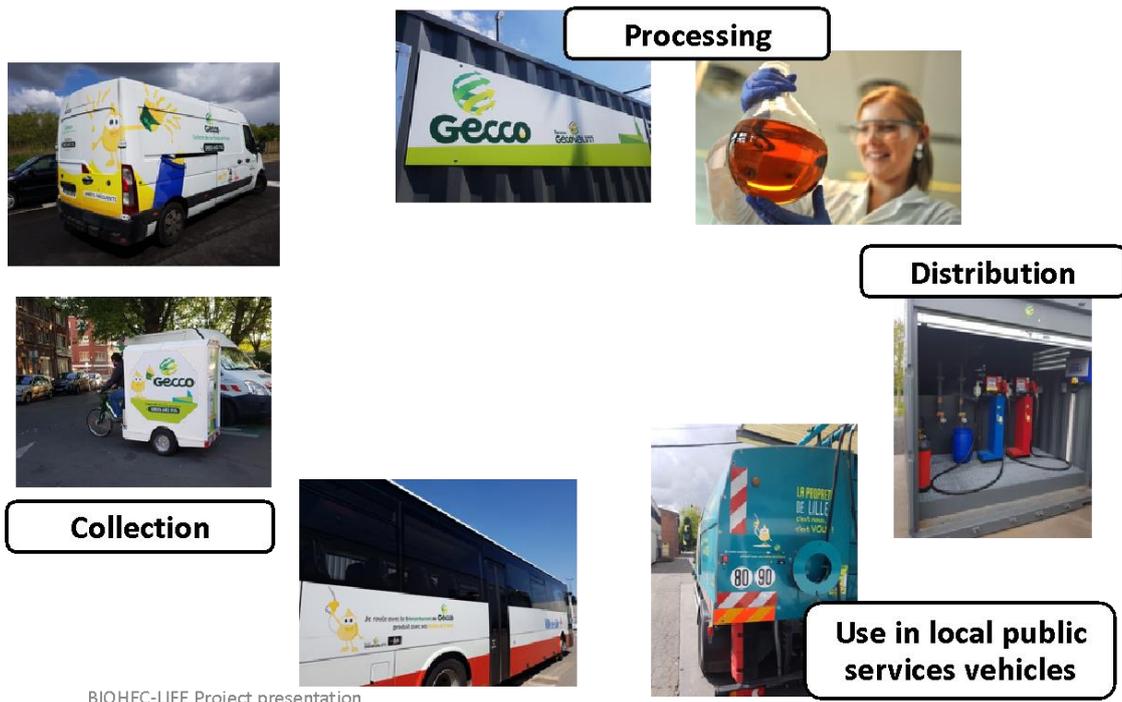
Forschungs- und Entwicklungspartnerschaft zwischen der Stadt Lille und einem Sozialunternehmen zur Förderung der Entwicklung eines innovativen Produkts im Bereich Biokraftstoffe für öffentliche Fahrzeuge

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien/Rechtsinstrument

Die Partnerschaft zwischen der Stadt Lille und GECCO wurde im Rahmen eines Verhandlungsverfahrens ohne vorherige Bekanntmachung begründet und ist in zwei Phasen unterteilt:

- Phase 1: Während dieser Phase betrieb die Stadt Lille drei Fahrzeuge (einen Reisebus, ein Kehrfahrzeug und ein Reinigungsfahrzeug) die mit Biokraftstoff aus alten Frittierölen betrieben wurden. Es erfolgte eine technische Überwachung der Fahrzeuge, der Motoren und des Schadstoffausstoßes. Für jeden Fahrzeugtyp wurde anhand von Standard-Diesel- und GNR-Prüffahrzeugen ihre Anpassung an den Biokraftstoff getestet. Diese Phase dauerte 18 Monate. Alle drei Fahrzeuge werden derzeit mit dem neuen Kraftstoff von GECCO (B30) betrieben.
- Phase 2: Die versuchsweise Verwendung von Biokraftstoff soll 2020 auf etwa zwanzig Fahrzeuge ausgeweitet werden (die endgültige Zahl wird noch festgelegt). Diese Phase wird mit einer technischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Studie zur Validierung der Einführung des Konzepts kombiniert.

Nach Abschluss der im Rahmen dieser Partnerschaft durchgeführten Versuche wird der öffentliche Auftraggeber prüfen, ob die Verwendung von Kraftstoff aus Altöl in größerem Umfang möglich ist, und entsprechende Vergabeverfahren einrichten.



BIOHEC-LIFE Project presentation

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Für die Stadt Lille ist dieser Ansatz Teil der städtischen Politik in folgenden Bereichen:

- Entwicklung alternativer und erneuerbarer Energien,
- Förderung der Innovation und eines wissenschaftlichen Forschungslabors,
- Entwicklung eines Kreislaufwirtschaftssektors, in dem Abfälle durch eine kurze Kette verwertet werden und der sich auf die Gemeinschaft in Form von lokalen Arbeitsplätzen, grünen Arbeitsplätzen in Verbindung mit sozialer Inklusion und der Integration von arbeitsmarktfernen Personen auswirkt,
- Sensibilisierung der Lebensmittelhersteller und der breiten Öffentlichkeit für alternative und erneuerbare Energien. In diesem Zusammenhang hat GECCO auch mehrere Sammelstellen für Frittieröl im gesamten Gebiet eingerichtet, das dann als Kraftstoff für den städtischen Fuhrpark wiederverwendet wird (durch die parallele Entwicklung von freiwilligen Stellen für die freiwillige Abgabe von Frittieröl im Gebiet durch GECCO, das nach der Umwandlung im Rahmen der laufenden Versuche als Kraftstoff für eine Flotte von Dienstfahrzeugen wiederverwendet wird).

Auftragswert

Der Gesamtauftragswert beläuft sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Phase 1 abgeschlossen) auf 5600 EUR.

Rechtsinstrument

- Artikel 14 der Richtlinie 2014/24/EU über Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen und Kriterien für die Ausnahme dieser Dienstleistungen von der öffentlichen Auftragsvergabe
- Artikel 30-II des französischen Dekrets 2016-360 vom 26. März über das öffentliche Auftragswesen sieht Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vor für „Produkte, die ausschließlich zu Forschungs-, Versuchs-, Studien- oder Entwicklungszwecken hergestellt werden, und zwar ohne Rentabilitätsziel oder Amortisierung der Forschungs- und Entwicklungskosten“

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Lille
- Auftragnehmer: Sozialunternehmen GECCO
- Partner: Das Projekt wird unterstützt durch das europäische Programm für die Umwelt- und Klimapolitik (LIFE), die Region Hauts-de-France, die Europäische Metropole Lille, den Gemeindeverband Communauté de Communes Pévèle Carembault und McCain Food Europe. Überdies hat GECCO durch das Projekt BIOHEC-LIFE und dessen Partner (Universität Lille, NEOECO, Pour la Solidarité-PLS und RREUSE) Unterstützung im Bereich Öko-Innovationen erhalten.

Soziale Auswirkungen

- Schaffung von Arbeitsplätzen und berufliche Integration:
 - Seit Beginn des Projekts wurden drei dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen, und bis zum Ende von Phase 2 sollen sechs weitere Arbeitsplätze folgen. Zwei der neuen Mitarbeiter waren zuvor in Unternehmen für berufliche Integration tätig.
 - Seit seiner Gründung im Jahr 2007 zählt GECCO 23 Beschäftigte. Vor ihrer Einstellung waren 43 % von ihnen arbeitslos, 13 % waren in Unternehmen für berufliche Integration tätig und 17 % waren Auszubildende.
 - GECCO hat einen Teil seines Bestands an gesammelten Altspeseölen an zwei Unternehmen für soziale und professionelle Integration delegiert. Im Jahr 2019 arbeiteten zwölf Personen in diesem Bereich und die Hälfte von ihnen fand einen Arbeitsplatz.
- Das Projekt wurde einer Sozialrenditebewertung unterzogen: Aus den Ergebnisse geht hervor, dass für jeden in das Projekt investierten Euro 1,40 EUR an sozialer Wirkung in das Gebiet zurückfließen.
- Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit (Erwachsene, Jugendliche und Kinder) für Abfallverwertung, Zero-Waste-Konzepte und Klimaschutz. Dies wird durch Kommunikationsmaßnahmen und Workshops unterstützt.

Sonstige Vorteile

Weitere positive Auswirkungen dieses Experiments aus Sicht der Stadt Lille:

- Ökologisch: Im Vergleich zu fossilen Dieselmotoren hat der neue Biokraftstoff weniger Auswirkungen auf die Umwelt (Treibhausgasemissionen, Verbrauch nicht erneuerbarer Energie, Feinstaubemissionen): 95 % weniger CO₂-Emissionen, 65 % weniger Feinstaubemissionen, 100 % erneuerbar.
- Innovativ: Durch die Anwendung dieses innovativen und ökologisch konzipierten Verfahrens fungieren die lokalen Behörden als Hebel für innovative Ökosysteme, die es den Akteuren ermöglichen, ihre Initiativen zu testen und zu validieren.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Herausforderung für GECCO besteht darin, diese Innovation als Quelle für grüne Arbeitsplätze weiterzuentwickeln. Dies geschieht durch die verstärkte Sammlung von Frittieröl, die Förderung dieses neuen Modells der Umwandlung und den Vertrieb von Biodiesel an andere gewerbliche Fuhrparks sowie die Vervielfachung der Auswirkungen durch neue Partnerschaften.
- Die Übertragbarkeit auf europäischer Ebene wurde ebenfalls geprüft, und in einigen EU-Ländern wurden erste Kontakte geknüpft.

Kontakt

Stadt Lille:

- Instandhaltungsmanagement für die technische Bewertung der Versuche am gewerblichen Fuhrpark: Pascal RAEPSAET, Leiter Instandhaltung und Gebäude, praepsaet@mairie-lille.fr
- Abteilung für öffentliches Auftragswesen für das erste Vergabeverfahren: Gaëtan KERSKENS, Leiter Öffentliche Beschaffung, gkerskens@mairie-lille.fr
- Abteilung Nachhaltige Entwicklung: Véronique FALISE, Leiterin Nachhaltige Entwicklung, vfalise@mairie-lille.fr

GECCO:

- Vertrags- und allgemeines Projektmanagement: Michel MILLARES, Geschäftsführer, michel.millares@gecco.fr
- Technische Projektleitung: Cédric HIS, Leiter Forschung und Entwicklung, cedric.his@gecco.fr
- Kommunikation: Alicia BACHELET, Projektleitung, alicia.bachelet@gecco.fr

52. Pilotprojekte für soziale Beschäftigung in Finnland

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Vanta und Stadt Helsinki, Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung und Ziele der Auftragsvergabe

Im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) brachten Finnland und Schweden ein transnationales Projekt als gemeinsame Initiative auf den Weg, das darauf abzielt, das öffentliche Auftragswesen und die Beschäftigung benachteiligter Menschen miteinander zu verknüpfen. Das Projekt für soziale Innovation und Beschäftigung durch die Vergabe öffentlicher Aufträge (Social Innovation and Employment through Public Procurement, SIEPP) startete 2017 und dauert noch an. Ziel des SIEPP-Projekts – Nachfolger eines erfolgreichen Vorgängerprojekts, das von 2014 bis 2017 lief – ist es, etwas gegen die steigenden Arbeitslosenzahlen in Schweden und Finnland zu unternehmen.

Die Verknüpfung von öffentlichem Auftragswesen und Beschäftigung ist von entscheidender Bedeutung, und auf diese Weise ist es möglich, Wege zum offenen Arbeitsmarkt für Personen zu schaffen, die aus eigener Kraft nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt finden. Das Projekt ermöglicht es Partnern mit unterschiedlichem Erfahrungsstand, Fachwissen auszutauschen und voneinander zu lernen. Darüber hinaus fördert das Projekt den internationalen Austausch bewährter Verfahren zwischen den EU-Ländern, um einen gemeinsamen Ansatz zu gewährleisten.

Das Projekt ist auf Folgendes ausgerichtet:

- Schaffung von Möglichkeiten für Praktika, Lehrstellen und Ausbildung für Menschen, die in der Regel weit vom offenen Arbeitsmarkt entfernt sind
- Erwerb von Erfahrungen und Informationen über innovative Verfahren für den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Anwendung von Beschäftigungskriterien, einschließlich neuer Partnerschaften mit Privatunternehmen und spezialisierten Akteuren zur Bewältigung von Herausforderungen bei der Einstellung (z. B. finnisches Institut für Gesundheit und Wohlfahrt)
- Erhebung statistischer Daten, die vergleichbar und wiederverwendbar sind, um fundierte Kenntnisse in dieser Angelegenheit zu gewinnen
- Erstellung eines Zertifikats für sozial verantwortliche Anbieter
- Erstellung strategischer Analysen des Arbeitsmarkts und der lokalen Beschäftigungslage

In den finnischen Städten Vantaa und Helsinki wurden Pilotaufträge für die Beschäftigung benachteiligter Personen vergeben. Darüber hinaus haben die finnischen und schwedischen Partner Studienbesuche in Warschau, Paris, Glasgow, Rotterdam und Barcelona durchgeführt, um Erfahrungen aus erster Hand über die soziale Integration im öffentlichen Auftragswesen zu sammeln. Die Besuche haben dazu beigetragen, dass die lokalen Verwaltungen bewährte Verfahren sammeln konnten. Die finnischen Partner haben ihr Augenmerk auf die Umsetzung eines nachhaltigen öffentlichen Auftragswesens und eines soliden Überprüfungsmechanismus gerichtet.

Gegenstand

Pilotaufträge für 24-Stunden-Wohnungsdienste für ältere Menschen

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

In den Städten Helsinki und Vantaa wurden zehn bzw. sechs Pilotaufträge vergeben. Im Rahmen der Pilotaufträge wurden spezielle Beschäftigungskriterien festgelegt, die in kleine Aufträge mit einem Wert von jeweils etwa 10 000 EUR aufgenommen wurden. Die Auftragsvergabe umfasste unterschiedliche Ausschreibungsverfahren und Verträge in Helsinki und Vantaa. Das Hauptziel besteht darin, die Methodik zunächst an kleineren Aufträgen zu testen, um sie in Zukunft auf größere Aufträge auszuweiten.

Insgesamt wird erwartet, dass diese Beschaffungen durch direkte Maßnahmen und indirekte Vorteile mindestens 100 Beschäftigungsmöglichkeiten in Helsinki und 30 in Vantaa schaffen werden. Beispielsweise hat einer der Pilotaufträge einen 24-Stunden-Wohnungsdienst für ältere Menschen zum Gegenstand. Der Dienstleister ist verpflichtet, pro 20 beschafften Wohnungsvermittlungsplätzen einen Arbeitslosen neun Monate lang zu beschäftigen (20 beschaffte Plätze = 1 Person, 40 Plätze = 2 Personen usw.). Der Schwerpunkt der Beschäftigung liegt auf jungen Arbeitslosen (die unter 25 Jahren und seit mehr als 6 Monaten arbeitslos sind) und Langzeitarbeitslosen (die länger als 300 Tage Arbeitslosenunterstützung erhalten haben). Das Ziel ist eine Vollzeitbeschäftigung für diese Personen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das Hauptziel des Projekts besteht darin, die Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen wie Migranten, Langzeitarbeitslose, Jugendliche, die sich weder in Beschäftigung noch in Bildung oder Ausbildung befinden (NEET – not in employment, education or training), Personen über 50 Jahre und Menschen mit Behinderungen zu verbessern. Insbesondere nimmt die Kategorie der NEET in Finnland dramatisch zu und macht 20 % der gesamten jungen Bevölkerung aus. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt besonders schnell in Großstädten wie Helsinki und Vantaa und in Altersgruppen unter 40 Jahren zu; darüber hinaus haben Asylbewerber und Zuwanderer Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt.

Überprüfung

Die Einhaltung der Beschäftigungsklausel ist eine zwingende Vertragsanforderung. Bei Nichterfüllung ist vom Dienstleister eine Vertragsstrafe in Höhe von 9000 EUR zu zahlen.

Auftragswert

160 000 EUR

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Helsinki und Vantaa
- Transnationaler Lernpartner: schwedische Agentur für das öffentliche Auftragswesen
- Begünstigte: arbeitsmarktferne Personen, die im Rahmen der Pilotprojekte eingestellt wurden oder einen Ausbildungsplatz erhielten

Soziale Auswirkungen

- Ein direktes Ergebnis des Projekts war die Schaffung von Arbeits-, Ausbildungs- und Praktikumsplätzen für arbeitsmarktferne Personen. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass die Vergabe öffentlicher Aufträge eine wirksame und unkomplizierte Maßnahme zur Förderung der Beschäftigung sein kann. Bei richtiger Durchführung und guter Planung birgt sie ein erhebliches Potenzial für die Schaffung von Arbeitsplätzen.
- In einigen Fällen wurden Langzeitarbeitslose im Rahmen des Projekts zunächst probeweise und dann später fest eingestellt.

- Gespräche mit und Befragungen von 20 am Projekt beteiligten Unternehmen ergaben eine positive oder neutrale Haltung gegenüber der Methode; eine negative Haltung wurde von keinem Beteiligten eingenommen.
- In Helsinki sind vier von fünf Bürgern der Meinung, dass der Einsatz von Beschäftigungsklauseln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge eine gute Sache ist, da die Stadt und die von ihr beauftragten Unternehmen dadurch ihrer Verantwortung gerecht werden.

Sonstige Vorteile

Neben den Pilotaufträgen zielt das Projekt auf die Verbreitung von Wissen, das transnationale Lernen (mit Schweden) und den Austausch bewährter Verfahren ab.

Zu den wichtigen Elementen des SIEPP-Projekts gehörten transnationale Workshops, Studienbesuche und Möglichkeiten des gegenseitigen Lernens. Studienreisen zum Thema Vergabe öffentlicher Aufträge und Beschäftigung wurden neben Finnland und Schweden auch in Polen, den Niederlanden, Frankreich, dem Vereinigten Königreich und Spanien durchgeführt. In den Partnerländern wurden Workshops abgehalten, und während der gesamten Projektlaufzeit fand eine konstante Zusammenarbeit zu diesem Thema statt. Das SIEPP-Projekt wird voraussichtlich noch bis März 2020 laufen. Die Zusammenarbeit zwischen den finnischen und schwedischen Beteiligten war solide, und der transnationale Lernprozess hat zahlreiche Erkenntnisse aus anderen europäischen Ländern gebracht. Darüber hinaus

- wurde in den Pilotstädten Helsinki und Vantaa die Zusammenarbeit zwischen den jeweiligen Beschaffungsabteilungen, den kommunalen Arbeitsverwaltungen und den lokalen staatlichen Arbeitsverwaltungen verstärkt,
- wurden Möglichkeiten für Unternehmen geschaffen, ihre soziale Verantwortung unter Beweis zu stellen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Während des Projekts wurden Verbesserungen an den Sozialklauseln vorgenommen, z. B. wurde die Laufzeit der Arbeitsverträge von sechs auf mindestens neun Monate verlängert. Die Verträge wurden sowohl auf den Arbeitgeber als auch auf den Arbeitnehmer zugeschnitten (z. B. Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigung, Art der Beschäftigung, detaillierte Aufgabenbeschreibung). Die Projektergebnisse sind zum Teil auf die kontinuierliche Bewertung und Verbesserung auf Grundlage der Projekterfahrungen zurückzuführen: „Learning by doing“ und entsprechende Anpassungen.
- Die nächsten Schritte sind die Ausweitung der Verwendung von Beschäftigungs- oder Sozialklauseln bei öffentlichen Aufträgen in Finnland durch die weitere Umsetzung in Helsinki, Vantaa und im Netz der Interessenträger. So heißt es beispielsweise in den Leitlinien für das Beschaffungsbudget 2020 für die gesamte Stadt Helsinki, dass die Beschäftigungsklausel bei allen öffentlichen Aufträgen mit einem Wert von mehr als 200 000 EUR berücksichtigt werden muss.
- Das Projekt hat jedoch deutlich gemacht, dass jedes Land und jede Stadt unterschiedliche Vergabeverfahren hat und Sozialklauseln auf unterschiedliche Weise anwendet. Eine Patentlösung gibt es nicht. Darüber hinaus hat das Projekt gezeigt, dass die Überprüfungsphase sowohl quantitativ als auch qualitativ verbessert werden muss.
- Andererseits können die Probleme und Engpässe bei der Anwendung von Sozialklauseln in öffentlichen Aufträgen überall ähnlich sein. Ein operationelles Modell für Beschäftigung durch öffentliche Aufträge wurde bereits in einem vorangegangenen ESF-Projekt entwickelt. Dieser Rahmen wird auch in SIEPP-Pilotstädten verwendet.
- Das finnische Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten und Beschäftigung wird im Frühjahr 2020 ein Beschleunigungsprogramm zum Thema Beschäftigung durch öffentliche

Aufträge auf den Weg bringen. Dieses Programm basiert zum Teil auf den im Rahmen des SIEPP-Pilotprojekts gewonnenen Erfahrungen und den daraus abgeleiteten Empfehlungen. Die Anwendung von Sozialklauseln bei öffentlichen Aufträgen wurde auch im Regierungsprogramm des finnischen Ministerpräsidenten befürwortet.

Kontakt

Veera Laurila, stellvertretende Projektleiterin, finnisches Institut für Gesundheit und Wohlfahrt: veera.laurila@thl.fi

Ville Grönberg, Referats-Teamleiter, finnisches Institut für Gesundheit und Wohlfahrt: ville.gronberg@thl.fi

Mika Villa, national ESF-Kontaktstelle in Finnland: mika.villa@ely-keskus.fi

53. Transnationales ESF-Projekt „Soziale Innovation und Beschäftigung durch öffentliche Aufträge“

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: schwedische Agentur für das öffentliche Auftragswesen

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Projekt zielte darauf ab, die Verwendung von Beschäftigungsklauseln im öffentlichen Beschaffungswesen als Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu fördern.

Im Juni 2016 hat die schwedische Regierung die nationale Strategie für das öffentliche Auftragswesen verabschiedet. Mit dieser Strategie soll die strategische Nutzung des öffentlichen Auftragswesens als Instrument zur Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen, einschließlich der Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für alle, gefördert werden. Die schwedische Agentur für das öffentliche Auftragswesen hat bei der Umsetzung dieser Strategie eine herausragende Rolle gespielt.

Sie sah in der transnationalen Zusammenarbeit im Rahmen des ESF eine Möglichkeit zur Entwicklung eines nationalen Modells für den Einsatz von Beschäftigungsklauseln in Ausschreibungsverfahren. Bei dem Projekt „Soziale Innovation und Beschäftigung durch öffentliche Aufträge“ handelte es sich um ein transnationales ESF-Projekt, an dem schwedische und finnische Organisationen beteiligt waren. Für weitere Informationen zu den Erfahrungen Finnlands mit dem ESF-Projekt siehe Fall X (S. x).

Das Ziel dieses ESF-Projekts, das im Januar 2017 begann und 34 Monate dauerte, war es, das Wissen und die Erfahrungen der teilnehmenden Organisationen zu stärken, um soziale Beschäftigungskriterien in öffentlichen Vergabeverfahren besser zu berücksichtigen. Dies geschah durch sieben thematische transnationale Workshops für gegenseitiges Lernen zu Aspekten, die eng mit der erfolgreichen Umsetzung sozialer Beschäftigungskriterien verbunden sind:

- aktuelle Situation und Austausch von bewährten Verfahren und Herausforderungen,
- innovative Wege zur Anwendung von Beschäftigungskriterien, Modell der Social Investment Bonds und Verwendung von Boni,
- Einstellungsverfahren und Arbeitsmarktanalyse,
- Unterstützungsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen (z. B. Migranten),
- Statistik und Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen,
- Kommunikation und Wirkung sowie
- Rolle von Sozialunternehmen und Anerkennung verantwortlicher Anbieter.

Darüber hinaus haben die transnationalen Partner Studienbesuche in anderen Städten durchgeführt, die über mehr Erfahrung in diesem Bereich verfügen: Warschau, Paris, Glasgow, Rotterdam und Barcelona.

Auf der Grundlage dieses Projekts hat Schweden ein [nationales Modell](#) und eine Methode für die Anwendung der Beschäftigungsklauseln als Kriterien für die Vergabe öffentlicher Aufträge entwickelt. Dieses Modell beschreibt, wie die Auftragsvergabe als strategisches Instrument zur Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitsmarktferne Menschen genutzt werden kann. Es deckt alle Phasen des

Vergabeverfahrens ab: die Phase vor der Auftragsvergabe (Vorbereitungsphase), die Vergabephase und die Phase nach der Auftragsvergabe.

Es umfasst viele interessante Aspekte, z. B. Förderung der Gleichstellung der Geschlechter oder Stärkung der Beteiligung von Sozialunternehmen an der Auftragsvergabe durch vorbehaltene Aufträge. Im Rahmen des Modells hat die schwedische Agentur für das öffentliche Auftragswesen auch ein [Instrument zur Berechnung des sozioökonomischen Nutzens](#) für die beteiligten Akteure (Arbeitnehmer, öffentlicher Sektor, privater Sektor/Unternehmen) und des gesamten sozioökonomischen Nutzens für das Land entwickelt.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Das Projekt zielt darauf ab, die Fähigkeit der öffentlichen Auftraggeber zu verbessern, soziale Beschäftigungskriterien als Zuschlagskriterien oder in den Auftragsausführungsklauseln zu verwenden sowie die Ergebnisse zu überwachen und schließlich Statistiken zu erheben, um die Vergabeverfahren in der Phase nach der Auftragsvergabe zu bewerten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Verbesserung der Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen (in Schweden insbesondere für Migranten, die vor weniger als drei Jahren ins Land gekommen sind)
- Verbesserung der Vertrautheit von staatlichen Behörden und Städten mit Beschäftigungsklauseln
- Förderung der Verwendung von Beschäftigungsklauseln und -kriterien bei den Vergabeverfahren durch die öffentlichen Auftraggeber

Überprüfung

Es obliegt dem öffentlichen Auftraggeber, einen Überprüfungsmechanismus einzurichten.

Projektwert

Wert des ESF-Projekts: geschätzt 1 Mio. EU (für 34 Monate). Die im Rahmen dieses Mechanismus entwickelte nationale Strategie gilt für jede öffentliche Auftragsvergabe in Schweden, deren jährlicher Wert sich auf etwa 706 Mrd. SEK (etwa 67 Mrd. EUR) beläuft.

Rechtsinstrument

- Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Schwedische Strategie für das öffentliche Auftragswesen (2016)

Akteure

Partner in Schweden:

- schwedische Arbeitsverwaltung
- Stadt Göteborg
- Stadt Stockholm
- Stadt Botkyrka
- Stadt Helsingborg
- schwedische Verkehrsverwaltung

Partner in Finnland:

- nationales Institut für Gesundheit und Wohlfahrt
- Stadt Helsinki
- Stadt Vantaa

Soziale Auswirkungen

Im Rahmen des Projekts wurde ein Instrument entwickelt, mit dem sich der sozioökonomische Nutzen für die beteiligten Akteure (Beschäftigte, öffentlicher Sektor, privater Sektor/Unternehmen) und des gesamten sozioökonomischen Nutzens für das Land berechnen lässt.

Dieses Instrument dient einem doppelten Zweck:

- Berechnung der geschätzten Auswirkungen der Festlegung von Beschäftigungsanforderungen bei der Auftragsvergabe, noch bevor die Auftragsvergabe erfolgt ist, und
- Weiterverfolgung der Auswirkungen einer mit Beschäftigungsklauseln durchgeführten Auftragsvergabe nach deren Abschluss.

Beispiel: Im Falle eines neu im Land eingetroffenen Migranten, der einen Arbeitsplatz mit Beschäftigungsunterstützung für 12 Monate erhält, beläuft sich der berechnete Nutzen für die Gesellschaft auf über 200 000 SEK. Wenn 100 neue Migranten unter annähernd gleichen Bedingungen im Wege öffentlicher Aufträge eine Beschäftigung finden, würde sich der wirtschaftliche Nutzen für die Gesellschaft in einem Jahr auf über 20 Mio. SEK belaufen.

Darüber hinaus hat das Projekt auch erhebliche qualitative soziale Auswirkungen:

- Der Übergang von der Arbeitslosigkeit in die Beschäftigung bringt oft bemerkenswerte persönliche Vorteile mit sich, z. B. bessere Gesundheit oder ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl.
- Sie wirkt sich auch positiv auf die Wahrscheinlichkeit aus, dass die betreffende Person in Zukunft einen Arbeitsplatz findet, weil sie mehr Berufserfahrung gesammelt hat.
- Diese Art von Auswirkungen, auch wenn sie mit dem Instrument nicht gemessen werden, sollte bei der Festlegung von Beschäftigungsanforderungen berücksichtigt werden, da es positive Auswirkungen gibt, die über den wirtschaftlichen Nutzen hinausgehen.

Ohne die Stadt Stockholm haben die übrigen Partner mehr als 1260 Personen befristet beschäftigt (auf der Grundlage der gemeldeten Zahlen, bei denen in einigen Fällen die Statistiken für 2019 fehlen). Die Stadt Stockholm schätzt, dass durch Hunderte von abgeschlossenen Beschaffungen Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen worden sind. Die Angabe genauerer Zahlen ist nicht möglich, da es in Schweden kein einheitliches System zur Erhebung und Zusammenfassung von Statistiken über soziale Anforderungen und Beschäftigungsanforderungen bei der Auftragsvergabe gibt.

Sonstige Vorteile

Wichtigste Errungenschaften bis Dezember 2019:

- Entwicklung eines nationalen Modells für strategische Beschaffung in Schweden: Dieses Modell umfasst Leitlinien, in denen die Schritte beschrieben werden, die für die Entwicklung einer strategischen Beschaffung erforderlich sind, und in denen festgelegt wird, welche Akteure beteiligt werden müssen, sowie Vorlagen und Checklisten für Behörden und Rechtsberatung für öffentliche Auftraggeber.

- Schaffung eines Netzwerks für den Austausch und die Verbreitung von Informationen über die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, in der EU und mit den Vereinten Nationen über die während des Projekts geknüpften informellen Kontakte
- Umfassende Konsultationen auf nationaler Ebene und in verschiedenen Sektoren in Schweden: Arbeitsämter und Arbeitsvermittlungsstellen, Gewerkschaften und Privatsektor
- Entwicklung eines webbasierten Instruments zur Berechnung des sozioökonomischen Nutzens von Beschäftigungsklauseln
- Entwicklung von Unterstützungsmaterial zur Förderung der Teilnahme von WISE an der öffentlichen Auftragsvergabe durch vorbehaltene Aufträge für arbeitsmarktferne Personen
- Einrichtung einer „Wissensbank“, einer Online-Plattform mit dem gesamten Fundus an gemeinsamem Wissen, z. B. Beschäftigungsklauseln, bewährte Beispiele, Erfahrungen aus anderen EU-Ländern aus Studienbesuchen, Erfolgsfaktoren sowie Fragen und Antworten und Aufklärungsmaterial
- Erstellung von Aufklärungsmaterial, das in einzelnen Organisationen oder zusammen mit anderen Organisationen verwendet werden kann
- Geplante weitere Umsetzung des im Rahmen des Projekts entwickelten Ansatzes auf nationaler Ebene und in verschiedenen Regionen

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor ist für die Bewältigung sozialer und gesellschaftlicher Probleme unerlässlich.
- Der öffentliche Sektor sollte anerkennen, dass das Fachwissen von Sozialunternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen ebenfalls von wesentlicher Bedeutung ist.
- Eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg ist das Vorhandensein eines politischen Willens zur Förderung der Verwendung von Beschäftigungsklauseln bei der Auftragsvergabe. Das schwedische Projekt profitierte von der Unterstützung der Regierung und der obersten Leitung der nationalen Agentur für das öffentliche Auftragswesen.
- Auch nach Abschluss des Projekts ist eine weitere Verbreitung und Kommunikation im ganzen Land an die relevanten Zielgruppen erforderlich.
- Es bedarf eines zentralen IT-Systems, um die Auswirkungen auf nationaler Ebene zu überwachen und weiterzuerfolgen und entsprechende Daten zu erheben.
- Öffentliche Auftraggeber benötigen mehr Ressourcen zur Unterstützung dieser Arbeit in Form von Vermittlern und Koordinatoren im ganzen Land.
- Der transnationale Ansatz, Studienbesuche in der EU und die Zusammenarbeit mit Finnland ermöglichten es den schwedischen Behörden und Interessenträgern, Erkenntnisse zu gewinnen, die zur Erstellung des nationalen Modells und der Wissensbank beitrugen.
- Wichtig ist auch eine verantwortliche Organisation, die den Vermittlungsprozess zwischen dem Privatsektor und den Arbeitssuchenden erleichtert.
- Die gemeinsame Entwicklung eines nationalen Modells mit verschiedenen Akteuren aus unterschiedlichen Regionen des Landes ist eine erfolgreiche Methode, bei der die Unterstützungsmaterialien gemeinsam mit den tatsächlichen Nutzern erstellt werden und die zeigt, was vor Ort funktioniert und was nicht.

- Dieses Projekt kann unter Berücksichtigung der Unterschiede in den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Verwaltungsstrukturen auch in anderen Mitgliedstaaten durchgeführt werden. So ist es im Gegensatz zu Frankreich, wo die Arbeitsbedingungen häufig gesetzlich geregelt sind und als Anforderungen in die Ausschreibungen aufgenommen werden können, in Schweden beispielsweise wichtig, bei der Gestaltung der Ausschreibungsverfahren die Einhaltung von Kollektivverträgen zu gewährleisten. Folglich sind Konsultationen mit den Sozialpartnern, insbesondere mit den Gewerkschaften, ein wesentlicher Bestandteil des Beschaffungsprozesses.

BEISPIEL: STADT HELSINGBORG (einer der Projektpartner)

Die Stadt Helsingborg verfügt über mehrere Beschaffungsstellen, die einen Überblick über den Beschaffungsbedarf der Stadt haben. Bei der Vorbereitung einer neuen Auftragsvergabe ersucht die Beschaffungsstelle die **Arbeitsmarktabteilung** (die Vermittlungsstelle) um Stellungnahme zur Angemessenheit der Beschäftigungsklauseln. Die Arbeitsmarktabteilung ist in der Beschaffungsstelle angesiedelt. Sie gibt eine Stellungnahme auf der Grundlage des bewerteten Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt ab. Die endgültige Entscheidung wird von der Beschaffungsstelle getroffen.

Die Stadt Helsingborg arbeitet fast ausschließlich mit einer **Dialogklausel**. Nach dieser Klausel ist der Anbieter verpflichtet, mit der Arbeitsmarktbehörde über seine Möglichkeiten zu sprechen, Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes bei der Suche nach einer Beschäftigung zu unterstützen.

Die Dialogklausel ist kurz und unkompliziert: „Der Anbieter arbeitet mit der Arbeitsmarktverwaltung zusammen, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, indem er beispielsweise Praktika anbietet, aus den Zielgruppen der Arbeitsmarktverwaltung rekrutiert oder auf andere Weise soziale Verantwortung übernimmt. Der Lieferant nimmt an den von der Stadt vorgeschlagenen Sitzungen teil. In Absprache zwischen den Beteiligten wird vereinbart, wie die Berichterstattung über die Ergebnisse der Zusammenarbeit erfolgen und wie die soziale Verantwortung während der Vertragslaufzeit kontinuierlich wahrgenommen werden soll.“

Die Dialogklausel fördert einen „sanften“ Dialog zwischen öffentlichem Auftraggeber und Auftragnehmer. Sie schreibt nicht vor, wie viele benachteiligte Personen konkret zu beschäftigen sind. Dieser Dialog verschafft dem Auftragnehmer ein besseres Verständnis für die Ziele des Auftraggebers und dem öffentlichen Auftraggeber ein besseres Bild des Angebots des Auftragnehmers. Schließlich wird eine Vereinbarung unterzeichnet, in der festgelegt wird, wie viele benachteiligte Personen aus welcher Zielgruppe beschäftigt werden sollen.

Für weitere Informationen siehe das Dokument [Du är en samhällsbyggare!](#) (Sie sind ein Community Builder!) mit kurzen und prägnanten Informationen zu den verschiedenen Möglichkeiten der Zusammenarbeit. Während des Durchführungszeitraums der Ausschreibung können die Anbieter über das Beschaffungs-IT-System Fragen zu diesem Thema stellen.

Die Stadt Helsingborg wendet Beschäftigungsklauseln seit 2015 an, und zwar bei einer breiten Palette verschiedener Anbieter aus unterschiedlichen Branchen: Bauunternehmen, Reinigungsdienste, Gartenunternehmen, Restaurants und Cafés, Architekturbüros, Bodenbelagslieferanten, Pflegeheime usw. Mit Stand November 2019 wurden Beschäftigungsklauseln in 105 Einzelverträge mit der Stadt Helsingborg aus 33 Vergabeverfahren aufgenommen. Seit dem Start im Jahr 2015 haben etwa 320 Personen eine Beschäftigung oder ein Praktikum bei Anbietern mit Beschäftigungsklauseln in ihren Verträgen erhalten. Schätzungen der Stadt zufolge sind etwa ein Drittel davon eine unmittelbare Folge der Beschäftigungsklausel. Die Stadt sieht die Beschäftigungsklausel auch als Möglichkeit, engere Beziehungen zu den Anbietern aufzubauen.

Kontakt

Patrick Amofah, Projektleiter, schwedische Agentur für das öffentliche Auftragswesen,
patrick.amofah@uhmynd.se

54. Die Strategie der Greater London Authority für verantwortungsvolle Beschaffung

Öffentlicher Auftraggeber, Land: Greater London Authority Group, Vereinigtes Königreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: öffentlicher Verkehr, Polizei, Brandschutz, Textilien, wirtschaftliche Entwicklung und strategische Politik für die Stadt London

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Für die Greater London Authority (GLA) bedeutet verantwortungsbewusste Beschaffung, dass sie bei der Beschaffung in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Hinsicht wegweisende Arbeit leistet, um eine bessere Lebensqualität und ein besseres Preis-Leistungs-Verhältnis zu erreichen. Dazu gehört der Aufbau von Partnerschaften, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen und die Beschäftigungsbedingungen zu verbessern. Verantwortungsbewusste Beschaffung bedeutet auch, verschiedenen Unternehmen und Organisationen des gemeinnützigen Sektors Zugang zu Aufträgen zu verschaffen, bewährte Verfahren bei den Anbietern zu fördern und das Umweltbewusstsein zu stärken.

In der gesamten GLA betragen die jährlichen Beschaffungsausgaben insgesamt mehr als 11 Mrd. GBP. Angesichts des Umfangs der Aktivitäten hat die GLA das Potenzial, Verbesserungen und Innovationen voranzutreiben und einen sozialen und wirtschaftlichen Mehrwert zu generieren.

Ihre Politik der verantwortungsbewussten Beschaffung (responsible procurement, RP) trägt dazu bei, dass die von den Mitgliedern der GLA getroffenen Entscheidungen bezüglich der Beschaffung von Waren, Bauleistungen oder Dienstleistungen mit ihren Verpflichtungen im Einklang stehen und Themen wie Steigerung des sozialen Nutzens, Gleichberechtigung und Vielfalt sowie Integration fairer Beschäftigungspraktiken unterstützen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Strategie wurde im Juli 2017 überarbeitet, um sicherzustellen, dass die Beschaffungstätigkeiten der GLA alle relevanten nationalen gesetzlichen Anforderungen erfüllen, einschließlich der des Modern Slavery Act (Gesetz über moderne Sklaverei) von 2015, des Social Value Act (Gesetz über den sozialen Wert) von 2012 und des Equality Act (Gleichberechtigungsgesetz) von 2010.

Ferner ist sie auf die vom Verkehrsministerium (Department for Transport, DfT) veröffentlichte Strategie für Kompetenzen im Bereich Verkehrsinfrastruktur (Transport Infrastructure Skills Strategy) abgestimmt. Zusätzlich zu den Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs wird im Folgenden auf Ausschreibungsverfahren für Lieferaufträge verwiesen, die Anforderungen wie das Anbieten von Lehrstellen beinhalten, wie sie durch die Artikel 67 und 70 der Richtlinie 2014/24/EU unterstützt werden.

Zu den sozialen Themen, die 2018/2019 in die RP-Strategie aufgenommen wurden, gehören die Ermöglichung von Qualifikations-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für Dienstleister in London sowie Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Lieferkette für Arbeitsuniformen.

Ermöglichung von Qualifikations-, Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten

Im Zeitraum 2018/2019 wurden 548 Lehrstellen in der Lieferkette geschaffen – mehr als 50 % davon für Schwarze, Asiaten und Angehörige ethnischer Minderheiten (Black, Asian and Minority Ethnic, BAME).

Bei der Ausschreibung werden die Anbieter aufgefordert darzulegen, wie sie je nach Vertragsart mindestens eine Leistung im Bereich des strategischen Arbeitskräftebedarfs und der Ausbildung (Strategic Labour

Needs and Training, SLNT) pro 1, 2 oder 3 Mio. GBP einbeziehen wollen. Durch die Aufnahme dieser Anforderung in einschlägige Lieferantenverträge schafft die GLA mehr Qualifikations- und Beschäftigungsmöglichkeiten.

SLNT-Leistungen sind:

- eine Lehrstelle
- eine Arbeitsstelle für einen Arbeitslosen
- 20 Praktikums- oder Schnuppertage in der Industrie
- 20 Tage schulisches Engagement
- 10 Beschäftigungstage im Bereich soziale Mobilität

Bei jedem Vertrag muss mindestens die Hälfte der SLNT-Leistungen auf Lehrstellen entfallen, damit bei jedem Projekt neue Arbeitskräfte für die Industrie gewonnen werden.

Ethische Beschaffungspraktiken für Textilien

Transport for London (TfL) ist eine Einrichtung der GLA. TfL setzt sich dafür ein, dass die Menschen, die die Arbeitsuniformen herstellen, fair behandelt werden. Sie nimmt klare Anforderungen an die Wahrung der Menschenrechte und der Arbeitsbedingungen in ihre Verträge auf und hat für die Vergabe öffentlicher Aufträge neue Maßstäbe im Hinblick auf die Sorgfaltspflicht in der Lieferkette gesetzt.

Die Uniformen werden in Bangladesch und China hergestellt. Jedes Jahr werden die Fabriken vertraglich verpflichtet (Geschäftsbedingungen), sich einem unabhängigen Sozialaudit durch Dritte zu unterziehen, bei dem die Einhaltung der neun Grundsätze des Basiskodex der Ethical Trading Initiative (ETI) geprüft werden (<https://www.ethicaltrade.org/eti-base-code>). Dementsprechend werden Aktionspläne vereinbart, um etwaige Verstöße zu beheben. Über die Online-Plattform Sedex können die Auditergebnisse eingesehen und die Pläne nachverfolgt werden.

Überprüfung

TfL ist sich bewusst, dass Sozialaudits nur begrenzt dazu geeignet sind, die Ursachen von Verstößen anzugehen. Daher werden die Anbieter im Vertrag für Arbeitsuniformen auch zu weiteren Tätigkeiten an den Produktionsstandorten verpflichtet. Die Mitarbeiter wurden beispielsweise in den Bereichen Arbeitnehmerrechte, Gesundheit und Sicherheit sowie Arbeitsrecht in Bangladesch geschult, einschließlich der Frage, wie und wann Beschwerdebriefe zu verwenden sind. Eine Fabrik arbeitet mit einer örtlichen Universität zusammen, um Praktikanten aufzunehmen, die zu Technikern und Designern ausgebildet werden sollen. Auf diese Weise wird die Kompetenz schutzbedürftiger Arbeitnehmer gestärkt, denen zugleich ein besseres Verständnis ihrer Rechte am Arbeitsplatz vermittelt wird.

TfL hat sich mit der Fairtrade Foundation zusammengetan, um sicherzustellen, dass die für die Uniformen verwendete Baumwolle von zertifizierten Erzeugern stammt, damit sowohl die Bauern als auch die Arbeiter fair entlohnt werden. TfL hat diesen Ansatz für die ethische Beschaffung von Uniformen in seinem jüngsten Vertrag über Arbeitskleidung aufgegriffen.

Ein Bericht des International Corporate Accountability Roundtable und der Corporate Responsibility Coalition aus dem Jahr 2018 kommt zu folgendem Schluss: „Die Beschaffungspraxis von TfL ist im Vergleich zu den in diesem Bericht vorgestellten zentralen Regierungsstellen deutlich sozial verantwortlicher und fortschrittlicher.“

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Greater London Authority (GLA), die Mitglied der Greater London Authority Group ist. Diese Gruppe setzt sich aus folgenden Organisationen zusammen:
 - Transport for London (TfL)
 - London Fire Commissioner (LFC)
 - Mayor's Office for Policing and Crime (MOPAC)
 - London Legacy Development Corporation (LLDC)
 - Old Oak and Park Royal Development Corporation (OPDC)
- Begünstigte:
 - Arbeitslose/Arbeitsuchende, BAME
 - Arbeitnehmer in der Lieferkette für Textilien

Soziale Auswirkungen

- Das branchenführende Supplier Skills Team (SST) von TfL hat zur Schaffung von mehr als 5500 Lehrstellen und 5300 Arbeitsplätzen für arbeitslose Londoner beigetragen, darunter mehr als 100 ehemalige Straffällige.
- Das SST wurde eingerichtet, um den in der Industrie herrschenden Fachkräftemangel in Zusammenarbeit mit Auftragnehmern zu beheben. Es hilft ihnen, die richtigen Mitarbeiter für die Projekte und Dienstleistungen von TfL einzustellen, Möglichkeiten zu schaffen, um der Unterrepräsentation entgegenzuwirken, und letztlich zur wirtschaftlichen Erneuerung beizutragen. Das SST ist in jede Phase des Beschaffungsprozesses eingebunden. Es setzt die Vertragsanforderungen um und bewertet sie, unterstützt die Anbieter vom Beginn bis zum Ende ihres Vertrags und arbeitet mit den Anbietern auf freiwilliger Basis zusammen, um die Qualifikations- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu maximieren, die sich im Rahmen der Vertragsarbeit ergeben.
- Das SST kann Auftragnehmer mit Wohltätigkeitsorganisationen und Partnern für Beschäftigungsfähigkeit zusammenbringen, die bei der Einrichtung von Arbeitsinitiativen helfen. Jedes SST-Programm wird vollständig extern finanziert, und die Teilnehmer erhalten im Vorfeld, währenddessen und danach Unterstützung. Dadurch verringert sich das Risiko, dass Bewerber vorzeitig abbrechen.
- Die Bemühungen des SST überbrücken die Kluft zwischen dem Pool potenzieller Kandidaten für technische Lehrstellen und den erforderlichen Qualifikationen, Erfahrungen und Verhaltensweisen.

Sonstige Vorteile

- Dank der Nachahmung dieses Ansatzes erhalten mehr Arbeitsuchende eine Ausbildung und Unterstützung.
- Über 200 Mitarbeiter haben eine Schulung zur verantwortungsbewussten Beschaffung erhalten.
- Der Ansatz von TfL, SLNT-Anforderungen in einschlägige Lieferantenverträge aufzunehmen, wurde in der gesamten GLA auf die anderen funktionalen Stellen ausgeweitet.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Mehrere Faktoren waren maßgeblich für die Erfolge des SST: Unterstützung auf höchster Ebene, ein klares Mandat durch die Politik für verantwortungsbewusste Beschaffung und ein Netz von Partnern, die die gleiche Denkweise teilen.
- Die nächste Herausforderung für TfL besteht darin, darauf hinzuwirken, dass alle neuen Auszubildenden in der Lieferkette die Vielfalt Londons widerspiegeln. TfL arbeitet an der Entwicklung eines Verfahrens zur Gewährleistung sozial verantwortlicher Beschaffungspraktiken in

seiner Lieferkette, um konforme Anbieter zu überprüfen und zu belohnen. TfL wird weiterhin die Nachahmung und Verbreitung seiner bewährten Verfahren in anderen Behörden fördern.

Kontakt

Matt Galvin, zuständiger Beschaffungsmanager, Greater London Authority Group,
matthewgalvin@tfl.gov.uk

55. Soziale Inklusion und Beschäftigung als Elemente von Bau- und Sicherheitsverträgen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadtrat Dublin, Irland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Baudienstleistungen (Entwicklungsvereinbarungen) und Sicherheitsdienste

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Der Stadtrat Dublin (Dublin City Council, DCC) verfolgt eine langfristige Strategie zur vollständigen Integration sozialer und beschäftigungsbezogener Belange in seine Vergabeverfahren. Der Rat möchte Beschäftigungsmöglichkeiten für die soziale Integration von benachteiligten Personen und Angehörigen sozial schwacher Gruppen schaffen. Der DCC hatte bereits bei früheren Aufträgen gewisse Erfahrungen mit der Verwendung von Beschäftigungsklauseln gemacht. Mit dem Ziel, die soziale Wirkung seiner Beschaffung zu erhöhen, wählte der DCC einen neuen Ansatz für zwei Aufträge, die 2019 die bevorzugte Bieterphase erreichten.

Gegenstand

Vertrag 1 – Bau einer Wohnanlage mit gemischten Mietverhältnissen

Der erste Auftrag betrifft die Sanierung eines Grundstücks im nördlichen Teil der Dubliner Innenstadt in Form eines Wohnungsbauprojekts mit gemischten Mietverhältnissen, das Sozialwohnungen, erschwingliche Wohnungen und Wohnungen für den freien Markt umfasst. Es kam das Verfahren des wettbewerblichen Dialogs zum Einsatz, mit einer Reihe von Dialogsitzungen, um die rechtlichen, technischen und finanziellen Aspekte des Projekts zu präzisieren.

Auftrag 2 – Rahmenvereinbarung mit einer einzigen Partei für die Erbringung von Sicherheitsdiensten

Der zweite Auftrag betrifft die Erbringung von Sicherheitsdiensten, einschließlich Video- und Alarmüberwachung, bemannter Sicherheitsdienst, Bereitschaftsdienst, Schlüsselaufbewahrung und bestimmte Dienste im Bereich Veranstaltungsschutz. Das nicht offene Verfahren diente dem Abschluss einer Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Anbieter für einen Zeitraum von bis zu vier Jahren.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der erste Auftrag enthielt eine neue soziale Beschäftigungsklausel, nach der der erfolgreiche Bieter verpflichtet wird,

- sicherzustellen, dass 10 % der im Rahmen des Vertrags geleisteten Arbeitswochen von Personen geleistet werden, die unmittelbar vor ihrer Beschäftigung mindestens zwölf Monate lang ununterbrochen arbeitslos gemeldet waren,
- sicherzustellen, dass 5 % der im Rahmen des Vertrags geleisteten Arbeitswochen von Personen geleistet werden, die im Rahmen einer registrierten Berufsausbildung oder einer gleichwertigen nationalen Ausbildungs- oder Praktikumsregelung beschäftigt sind,
- sicherzustellen, dass die im Rahmen der oben genannten Klauseln Beschäftigten, je nachdem, über welche Qualifikationen sie verfügen, in eine Vollzeitbeschäftigung oder eine Ausbildung wechseln können,
- mit Bildungsanbietern als Partner zusammenzuarbeiten, um Ausbildungsmöglichkeiten bzw. Weiterbildungsprogramme im Zusammenhang mit den sich aus dem Projekt ergebenden

Beschäftigungsmöglichkeiten zu ermitteln, und deren Durchführung durch die Bildungspartner für die lokale Gemeinschaft zu koordinieren.

Beim zweiten Auftrag wurde ein Zuschlagskriterium in Bezug auf die soziale Inklusion („Vorschlag zur sozialen Inklusion für den Vertrag“) angewandt, das wie folgt lautet:

- „Um die Politik des Stadtrats Dublin zur proaktiven Förderung von sozialer Inklusion und Beschäftigung zu unterstützen, müssen die Bieter ein Programm für nachhaltige Beschäftigung (einschließlich aller angemessenen Betreuungs- und Ausbildungsmaßnahmen) aufstellen und Angaben dazu machen, wie dieses Programm umgesetzt wird und welche Ressourcen während der Vertragslaufzeit bereitgestellt werden.“
- Das Kriterium wurde mit 20 % gewichtet. Die Höchstpunktzahl betrug 2000 und die Mindestpunktzahl lag bei 1200.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

In Irland gibt es keine nationale Politik zur Einbeziehung sozialer Aspekte in Ausschreibungen, sodass es den einzelnen öffentlichen Auftraggebern überlassen bleibt, Konzepte zu entwickeln und umzusetzen. Im Jahr 2019 hat Irland eine neue nationale Politik für Sozialunternehmen verabschiedet, die eine Reihe von Maßnahmen für eine stärkere Beteiligung von Sozialunternehmen am öffentlichen Auftragswesen umfasst. Außerdem wurde innerhalb des zentralen Amtes für das öffentliche Auftragswesen (Office for Government Procurement, OGP) eine Beratungsgruppe für soziale Belange (Social Considerations Advisory Group) eingerichtet.

Überprüfung

Im Rahmen des ersten Auftrags soll das folgende Überwachungssystem eingerichtet werden:

- Der Bauträger ernennt einen Beschäftigungskordinator, der die Umsetzung der sozialen Beschäftigungsanforderungen durch den Bauträger und den Bauunternehmer überwacht.
- Der Bauunternehmer ernennt einen Verbindungsbeamten, der mit dem Beschäftigungskordinator zusammenarbeitet, um die sozialen Beschäftigungsziele zu fördern und zu erreichen.
- Der Verbindungsbeamte legt vierteljährliche Prognosen und Berichte zur sozialen Beschäftigung vor und informiert den Beschäftigungskordinator und den DCC über Ausbildungsmöglichkeiten.
- Es finden regelmäßige Treffen zwischen dem Beschäftigungskordinator und dem Verbindungsbeamten sowie mit dem DCC statt. Soziale Beschäftigung wird ein ständiger Punkt auf der Tagesordnung sein.
- Der Bauunternehmer ist zur Vorlage von Monatsberichten, einschließlich Zeiterfassungsbögen, verpflichtet, um die Einhaltung der sozialen Beschäftigungsklauseln nachzuweisen.

Beim zweiten Auftrag konnten die Bieter eine Reihe von Vorschlägen und entsprechende Nachweise über ihre Fähigkeit, diese umzusetzen, vorlegen. So wurde beispielsweise der Nachweis erbracht, dass das Unternehmen in der Lage ist, Langzeitarbeitslose für Sicherheitsarbeiten auszubilden, und dargelegt, wie die Zahl dieser Arbeitsplätze erhöht werden soll für den Fall, dass Mitarbeiter in den Ruhestand gehen oder den Arbeitsplatz wechseln.

Auftragswert

Der geschätzte Wert für Auftrag 1 beläuft sich auf 125,5 Mio. EUR. Der geschätzte Wert für Auftrag 2 beläuft sich auf 11 Mio. EUR.

Rechtsinstrument

Artikel 67 (Zuschlagskriterien) und Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

Öffentlicher Auftraggeber Auftrag 1: Projektteam der Housing Land Initiative (HLI) innerhalb des DCC

Öffentlicher Auftraggeber Auftrag 2: gemeinsamer Ansatz von DCC und Greenville Procurement Partners Limited (Partner)

Soziale Auswirkungen

Die Vergabe beider Aufträge verzögerte sich aus Gründen, die nicht mit den oben beschriebenen sozialen Kriterien zusammenhängen. Der DCC hofft, diese Aufträge bald vergeben zu können und dass die ersten Auswirkungen dieser neuen Ansätze bald erkennbar werden.

Alan Nangle, Senior Executive Officer für Beschaffung im DCC, sagt: „Wir nehmen unsere Rolle in Bezug auf die soziale Auftragsvergabe sehr ernst und haben erkannt, dass unsere Herangehensweise diesbezüglich verbesserungswürdig ist. Wir mussten sicherstellen, dass die zu beschäftigenden Personen zumindest über Qualifikationen verfügen, die ihnen bei der Weiterbeschäftigung im Unternehmen oder bei der Suche nach einem anderen Arbeitsplatz zugutekommen.“

Sonstige Vorteile

- Auftrag 1: Eine soziale Beschäftigungsklausel wurde mittlerweile auch in die Entwicklungsvereinbarung (Development Agreement, DA) für einen anderen Großauftrag für den Bau einer Wohnanlage mit gemischten Mietverhältnissen aufgenommen. Die DA wurde anderen lokalen Behörden, die ähnliche Projekte durchführen, zur Verfügung gestellt.
- Auftrag 2: Nachdem dem DCC eine Ausnahmeregelung von der Verwendung des nationalen Rahmens des OGP für Sicherheitsdienste gewährt wurde, die auf der Aufnahme einer sozialen Beschäftigungsklausel beruht, hat er seine Erkenntnisse und Erfahrungen mit dem OGP und anderen lokalen Behörden ausgetauscht.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Der DCC hat die Erfahrung gemacht, dass nicht alle Verträge für die Aufnahme von Sozialklauseln geeignet sind, da diese auf dem Markt möglicherweise nicht umsetzbar sind. Er empfiehlt den öffentlichen Auftraggebern, die Marktteilnehmer im Rahmen von Auskunftersuchen (Requests for Information, RFI) zu konsultieren und zu erwägen, wie die Umsetzung von Sozialklauseln überwacht werden kann.

Der DCC wird in Zukunft versuchen, soziale Beschaffungspraktiken für Lieferaufträge sowie für Bau- und Dienstleistungsaufträge zu entwickeln.

Kontakt

Alan Nangle, Senior Executive Officer, Dublin City Council, alan.nangle@dublinCity.ie

56. Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten zur Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit auf den lokalen Märkten durch öffentliche Aufträge

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Dortmund, Deutschland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Baugewerbe, öffentliche Dienstleistungen, z. B. Gebäudemanagement, Sicherheit, Verkehr usw.

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Dortmund hat ein Projekt (2017–2019) gestartet, um das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit anzugehen und Beschäftigungsmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose zu schaffen durch:

- einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt (Schaffung von leicht/gering qualifizierten Arbeitsplätzen in Bereichen, die im städtisch-sozialen Kontext relevant sind) und
- die Vergabe öffentlicher Aufträge sowie die Schaffung neuer, geringqualifizierter Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt in Unternehmen der Stadt Dortmund.

Das Projekt umfasste die Ermittlung neuer Dienstleistungsbereiche zur Durchführung von Ausschreibungen, die für die Aufnahme von Beschäftigungsklauseln für Langzeitarbeitslose geeignet sind. Die Stadt Dortmund richtete das Service Center Lokale Arbeit ein, um potenziellen Bietern bei der Integration von Langzeitarbeitslosen in öffentliche Aufträge gezielt zu beraten.

In Dortmund gibt es insgesamt 31 250 Arbeitslose, darunter 24 326 Langzeitarbeitslose (Stand Dezember 2019).

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Phase vor der Vergabe

Die Umsetzung beginnt in der Regel in der Phase vor der Auftragsvergabe durch die Vertragsvorbereitung. Neben der Ausarbeitung transparenter Ausschreibungsunterlagen ist es auch notwendig, lokale und regionale Handwerks-, Industrie- und Handelsverbände gezielt über die Vergabeverfahren zu informieren. Übergeordnetes Ziel ist es, potenzielle Bieter für soziale Aspekte zu sensibilisieren.

Der Kommunikationsprozess, um potenzielle Bieter zu erreichen, beginnt in der Phase vor der Auftragsvergabe und setzt sich während der Vergabephase und danach fort.

Bedingungen für die Auftragsausführung

Die Vergabephase umfasst beschäftigungsbezogene Auftragsausführungsklauseln, was in Deutschland ein Novum ist. Der Auftragnehmer erhält konkrete Anweisungen zur praktischen Integration von Langzeitarbeitslosen als Zielgruppe. Der Auftragswert ist in den Ausschreibungsunterlagen festgelegt, sodass es nicht notwendig ist, die Angebote auf der Grundlage unterschiedlicher Preise zu bewerten. Dadurch, dass die Beschäftigungsklauseln Teil der Vertragsbedingungen sind, werden alle Unternehmen auf die gleiche Stufe gestellt und es wird gewährleistet, dass der Grundsatz der Gleichbehandlung eingehalten wird. Es ist nicht notwendig, die Bieter hinsichtlich ihres Engagements für Langzeitarbeitslose zu bewerten, da alle Unternehmen gleichermaßen die Integration von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt fördern müssen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das soziale Ziel ist ein dreifaches:

- Bereitstellung von wirksamen und inklusiven sozialen Diensten unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Nutzer
- Stärkung des sozialen Bewusstseins und des Engagements der Bieter
- Verbesserung der sozialen Inklusion und der Lebensqualität für die Zielgruppe

Überprüfung

Während der Vertragsausführung gibt es mehrere Phasen der Überprüfung, z. B.:

- monatliche Überprüfungen nach dem „Vier-Augen-Prinzip“, d. h. zwei Personen überprüfen unabhängig voneinander die Einhaltung der Vertragsklauseln durch den Auftragnehmer, um Missbrauch und Korruption zu verhindern,
- ständige Betreuung der Zielgruppe und der Auftragnehmer durch externe Teams, die auf den Sozialbereich spezialisiert sind (ein Sozialarbeiter betreut 30 Langzeitarbeitslose),
- regelmäßige Kontrollen und Unterstützung der Auftragnehmer durch das Team des Service Center Lokale Arbeit.

Projektwert

Das Projekt (2017–2019) wurde von der Region Nordrhein-Westfalen, der Stadt Dortmund und dem örtlichen Jobcenter finanziert. Das Gesamtbudget belief sich auf 5,8 Mio. EUR. Im Rahmen des Projekts unterzeichnete die Stadt Dortmund Verträge mit Anbietern von Dienstleistungen und Bauarbeiten, in denen die Stadt Dortmund einen 100%igen Lohnkostenzuschuss (etwa 24 000 EUR) für die Beschäftigung eines Langzeitarbeitslosen für ein Jahr garantierte, der einen Bestandteil der Vertragsbedingungen bildete und im Festpreis des Vertrags enthalten war.

Die Löhne von Langzeitarbeitslosen werden auf der Grundlage eines neuen Gesetzes (Teilhabechancengesetz), das am 1. Januar 2019 in Kraft getreten ist, größtenteils durch einen Zuschuss des Jobcenters gedeckt. Ziel des Gesetzes ist die umfassende Unterstützung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Damit garantiert die Stadt Dortmund ihren Vertragspartnern nun mindestens 70 % des Gehalts für einen Langzeitarbeitslosen für ein Jahr. Der Auftragnehmer zahlt maximal 30 % des Gehalts.

Das Budget der Stadt Dortmund für die Deckung von Gehaltszuschüssen bei Vergabeverfahren wird sich im Jahr 2020 auf 114 500 EUR belaufen. Für die Jahre 2021 bis 2029 beläuft sich das dafür vorgesehene jährliche Budget auf 208 500 EUR. Auf diese Weise sollen jedes Jahr 55–60 Langzeitarbeitslose beschäftigt werden.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Beschluss des Stadtrates Dortmund vom 6. April 2017 (Drucksache Nr. 07209-17)

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Dortmund
- Unterstützung bei der Einbindung der Sozialklausel: Sozialamt, Jobcenter und Wirtschaftsförderung Dortmund
- Auftragnehmer

Soziale Auswirkungen

- Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit: Vermittlung von 160 Langzeitarbeitslosen in eine Beschäftigung durch die Beteiligung an Vergabeverfahren in den vergangenen zwei Jahren
- Schaffung einer Möglichkeit für die Zielgruppe, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen
- Sensibilisierung der beteiligten Akteure für die Hindernisse und sozialen Probleme, die sich aus der Langzeitarbeitslosigkeit ergeben
- Umkehrung des etablierten Generationszyklus von Langzeitarbeitslosen, um Langzeitarbeitslosigkeit in zukünftigen Generationen der betroffenen Familien zu verhindern
- Umwandlung des Erwerbs von Sozialleistungen in eine echte Zahlungsmöglichkeit, um das Selbstvertrauen von Langzeitarbeitslosen zu stärken, indem ihnen ein Gehalt anstelle einer Sozialleistung angeboten wird
- Langfristige Verringerung der für die soziale Unterstützung benötigten Mittel

Sonstige Vorteile

- Die Stadt hat einen speziellen Dienst (Service Center Lokale Arbeit) eingerichtet, um potenzielle Bieter bei der Eingliederung von Langzeitarbeitslosen im Rahmen von Vergabeverfahren zu beraten.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die praktische Erfahrung zeigt viele Möglichkeiten des Ansatzes. Für die Zukunft plant die Stadt Dortmund, die Unterstützung für Bieter und potenzielle Auftragnehmer zu erhöhen, um Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose in Unternehmen zu schaffen. Darüber hinaus werden weitere soziale Finanzierungsansätze bereitgestellt, um die Zahl potenzieller Teilnehmer zu erhöhen.

Kontakt

Aiko Wichmann, Vergabe- und Beschaffungszentrum, Stadt Dortmund, awichmann@stadtdo.de

57. Zentrale Anlaufstelle für die Integration von Sozialklauseln in La Rochelle

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: La Rochelle, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: Bauarbeiten, Reinigung, Textilien und – auf Pilotbasis – Lebensmittel

Einführung und Ziele der Auftragsvergabe

Seit mehreren Jahren arbeitet die Abteilung für Beschäftigung und Hochschulwesen des Gemeindeverbands des Großraums La Rochelle (Communauté d'Agglomération de La Rochelle, CDA) gemeinsam mit der Stadt La Rochelle, dem Sozialwohnungsanbieter Atlantic Aménagement und dem Amt für öffentlichen Wohnungsbau des Großraums La Rochelle an der Verbesserung der Anwendung von Sozialklauseln im Rahmen lokaler öffentlicher Vergabeverfahren.

Im Jahr 2016 haben diese vier öffentlichen Einrichtungen eine zentrale Anlaufstelle („guichet unique“) für die systematische Aufnahme von Sozialklauseln in alle ihre einschlägigen Verträge (Bauarbeiten, Reinigung, Textilien und – auf Pilotbasis – Lebensmittel) eingerichtet.

Die CDA fungiert als Hauptpartner und Vermittler, der den Beschaffern des Konsortiums bei der Aufnahme von sozialen Kriterien und Sozialklauseln in ihre Ausschreibungen hilft, die Lieferanten bei der ordnungsgemäßen Erfüllung bzw. Einhaltung dieser Kriterien und Klauseln unterstützt und die Umsetzung überwacht. Die zentrale Anlaufstelle wird seit der formellen Aufnahme der Tätigkeiten im Jahr 2017 finanziell von den jeweiligen Partnern unterstützt. Die Partnerschaftsvereinbarung umfasst den Auftrag, Arbeitsverfahren sowie Lenkungs- und Überwachungsgremien.

Gegenstand

Die betreffenden Ausschreibungen beziehen sich hauptsächlich auf die Pflege von Grünflächen, Reinigungsdienste und Arbeitskleidung. Darüber hinaus wird derzeit ein Pilotprojekt für die Beschaffung von Lebensmitteln durchgeführt.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Aufgabe der zentralen Anlaufstelle ist die systematische Überprüfung der öffentlichen Beschaffungsdokumente der angeschlossenen Einrichtungen mit dem Ziel der Aufnahme und Verbesserung von Sozialklauseln. Die Klauseln betreffen vor allem die Beschäftigung von sozial benachteiligten Personen durch die Aufnahme spezifischer „sozialer Eingliederungszeiten“ („Heures d'insertion“ – Arbeitsstunden von Personen, die soziale Unterstützung benötigen) als soziale Ausführungsklauseln in öffentliche Aufträge.

Die Rolle des Vermittlers im Beschaffungsprozess kann in acht Stufen unterteilt werden:

1. Genehmigung von Sozialklauseln im Programm für künftige öffentliche Ausschreibungen.
2. Ermittlung geeigneter Lose für die Sozialklauseln und Berechnung des für die Ausführung des Auftrags infrage kommende „soziale Eingliederungszeit“.
3. Unterstützung bei der Ausarbeitung einschlägiger Klauseln in der Auftragsvergabe. Die zentrale Anlaufstelle unterstützt die öffentlichen Auftraggeber und die Bieter und gewährleistet ein offenes, neutrales und transparentes Verfahren.
4. Information der betreffenden Unternehmen und Einladung zur Teilnahme an der Ausschreibung. Die Unterstützung für die Bieter beschränkt sich auf administrative und bürokratische Hilfe und Informationen und steht allen interessierten Bietern zur Verfügung.

5. Teilnahme an der Auftaktsitzung für die jeweilige Auftragsvergabe und Bereitstellung relevanter Informationen über Sozialklauseln.
6. Unterstützung der Unternehmen bei ihrem Antragsverfahren in Bezug auf die Sozialklauseln und die Einbeziehung von Eingliederungszeiten in den Vertrag.
7. Verfolgung und Überwachung der Anwendung der vorgeschriebenen „sozialen Eingliederungsstunden“.
8. Vornahme der quantitativen und qualitativen Bewertung der durchgeführten Maßnahmen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Durch ihre Tätigkeit will die CDA die Arbeit der öffentlichen Behörden und die der an der Ausschreibung teilnehmenden Unternehmen bei der Anwendung und Umsetzung von Sozialklauseln in ihren Verträgen miteinander verknüpfen und erleichtern. Die eingeführten Sozialklauseln begünstigen die Verringerung der Arbeitslosenquote, insbesondere bei benachteiligten Gruppen. Die Klauseln werden in Ausschreibungen für Dienstleistungs- und Lieferverträge, intellektuelle Dienstleistungen und Strukturen zur Integration von Menschen durch wirtschaftliche Tätigkeiten aufgenommen. Die Zielgruppe der infrage kommenden Personen ist im französischen Arbeitsgesetzbuch und in den Leitlinien des Wirtschaftsministeriums für die Aufnahme von Sozialklauseln in öffentliche Vergabeverfahren definiert. Das Hauptziel besteht darin, Sozialklauseln zu fördern, mehr Akteure einzubeziehen und einen ausgewogenen und fairen Wettbewerb zu gewährleisten.

Die Einstellung erfolgt direkt oder über die Vergabe von Unteraufträgen oder die Zusammenarbeit mit den nationalen Arbeitsverwaltungen.

Überprüfung

Die Mitarbeiter der zentralen Anlaufstelle überprüfen regelmäßig die Ausführung der Arbeiten und die Anwendung der „sozialen Eingliederungsstunden“ durch Besuche vor Ort und regelmäßige Kontrollen durch ihre Verwaltungsmitarbeiter. Die Mitarbeiter der CDA führen regelmäßig Vor-Ort-Besuche bei dem Unternehmen durch, das den Zuschlag erhalten hat, um zu überprüfen, ob die vertraglich vereinbarten Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Die CDA führt auch regelmäßige Kontrollen der Verwaltungsunterlagen durch.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 24/14/EU
- Artikel 5213-13 (geschützte Werkstätten) und Artikel 5132-4 (Unternehmen für Behinderte und benachteiligte Personen) des französischen Arbeitsgesetzbuchs

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: CDA-Konsortium, bestehend aus:
 - der Stadt La Rochelle
 - dem Großraum La Rochelle – Verwaltungseinheit, an die 28 Gemeinden der Region Nouvelle-Aquitaine ausgewählte politische Zuständigkeiten delegiert haben
 - dem Sozialwohnungsanbieter Atlantic Aménagement
 - dem Amt für öffentlichen Wohnungsbau des Großraums La Rochelle
 - dem Unternehmen Port Atlantique La Rochelle, das 2018 als fünfter Partner beitrug
- Weitere von der Arbeit der CDA betroffene Einrichtungen sind:
 - lokale Arbeitsverwaltungen

- Sozialunternehmen, die Unterstützung für die Beteiligung an öffentliche Ausschreibungen und für ihre Beschäftigten erhalten

Soziale Auswirkungen

Im Jahr 2018 leistete die zentrale Anlaufstelle bei der Ausführung verschiedener öffentlicher Aufträge der Partner-Auftraggeber 64 326 „soziale Eingliederungsstunden“, was 40 Vollzeitverträgen entspricht. Der Erfolg der Initiative lässt sich daran ablesen, dass die Anzahl der Stunden im Jahr 2018 im Vergleich zu 2017 um 70 % gestiegen ist.

Im Jahr 2018 waren zum Beispiel 205 Personen (Langzeitarbeitsuchende, RSA-Begünstigte usw.) im Rahmen von Verträgen für Reinigungsdienste beschäftigt; davon waren 25 % unter 26 Jahre. 34 Bau-, Renovierungs- und Sozialdienstleistungsverträge enthielten Sozialklauseln, wobei 228 Lose und 104 Unternehmen auf „soziale Eingliederungsstunden“ zurückgriffen. Die meisten Arbeitsverträge (90 %), die im Rahmen dieser Ausschreibungen vergeben wurden, enthielten „soziale Eingliederungsstunden“.

Sonstige Vorteile

Um die Öffentlichkeit für soziale Aspekte und das Engagement von Unternehmen und Arbeitnehmern zu sensibilisieren, hat die zentrale Anlaufstelle fünf Preise entwickelt:

- Preis für die beste Karriereentwicklung (für Arbeitnehmer)
- Preis für Arbeit-Studienleistungen („Prix de l'Alternance“) (für Arbeitnehmer)
- Preis für soziales Engagement (für Unternehmen)
- Preis für den nachhaltigsten Arbeitsplatz (für Unternehmen)
- Sonderpreis für soziale Aktivitäten (für Unternehmen)

Die zweite Preisverleihung fand 2018 anlässlich des zweiten Stakeholder-Treffens der französischen Kammer für Sozial- und Solidarwirtschaft statt, das sich mit dem Thema Sozialklauseln im öffentlichen Auftragswesen befasst.

Die Initiative hat auch international Aufmerksamkeit erregt: Beim Global Social Economy Forum in Bilbao 2018 wurde die zentrale Anlaufstelle 1700 Teilnehmern vorgestellt.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Im Jahr 2018 schloss sich Atlantic Port La Rochelle der Partnerschaft an. Die Beschaffungen von Atlantic Port La Rochelle wird somit auch Sozialklauseln umfassen, die von der zentralen Anlaufstelle überwacht werden.
- Um das Engagement auf lokaler Ebene zu verstärken, wird der nächste Schritt der zentralen Anlaufstelle die Erstellung eines jährlichen Verzeichnisses der lokalen Akteure („Annuaire des acteurs locaux“) sein. Der erste Entwurf wurde 2018 veröffentlicht. Der nächste Schritt für die zentrale Anlaufstelle wird darin bestehen, Sozialklauseln in weitere Beschaffungsbereiche zu integrieren.

Kontakt

Laurence Cesbron, stellvertretende Direktorin, RESECO,
laurence.cesbrorn@resco.fr, 0241724080, (erster Kontakt)

Axelle Chapuis, zuständig für die sozialwirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsverwaltung Agglo La Rochelle, axelle.chapuis@agglo-larochelle.fr (zweiter Kontakt)

Mireille Jassine Le Guen, Direktorin, Arbeitsverwaltung Agglo La Rochelle, mireille.jassin-le-guen@agglo-larochelle.fr (zweiter Kontakt)

58. Netzwerk von Vermittlern, die die Beschäftigung von benachteiligten Personen durch öffentliche Aufträge in der Region Grand-Est (Frankreich) unterstützen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Conseil Régional Grand-Est, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Vermittler sind wichtige Akteure bei der Umsetzung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge in der französischen Region Grand-Est. Sie bringen die sozialen Anliegen der öffentlichen Auftraggeber mit den Möglichkeiten der Teilnehmer an den öffentlichen Beschaffungsmärkten zusammen.

Die Umsetzung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge durch die öffentlichen Auftraggeber in der Region erfolgt in unterschiedlicher Form. Zusammen mit der Förderung vorbehaltener Aufträge und der Unterteilung in Lose wird jedoch die Verwendung von Beschäftigungsklauseln als Bedingung für die Auftragsausführung als Schlüsselinstrument zur Förderung der beruflichen Eingliederung von arbeitsmarktfernen Personen eingesetzt. Um dieses Ziel zu unterstützen, spielen die Vermittler eine entscheidende Rolle bei der Mobilisierung und Begleitung der verschiedenen Akteure, die dank ihrer Verbindungen zu benachteiligten Gruppen zur erfolgreichen Umsetzung von Beschäftigungsklauseln beitragen können. Zu diesen Akteuren gehören u. a. Sozialunternehmen, Arbeitsverwaltungen (maisons d'emploi), soziale Dienste (Plans Locaux pour l'Insertion et l'Emploi) oder NRO.

Derzeit besteht das Vermittlernetz in Grand-Est aus über 30 Mitarbeitern, die in der gesamten Region in enger Zusammenarbeit und im Dialog mit den öffentlichen Auftraggebern (Regionalrat, Gemeinden usw.) und den oben genannten Organisationen arbeiten. Das Netz wird von der regionalen Behörde, den Gemeinden und anderen öffentlichen Behörden und Diensten in der Region finanziert.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Vermittler haben verschiedene Funktionen, die sich über den gesamten Beschaffungszyklus erstrecken. Die Vermittler tragen insbesondere dazu bei, das öffentliche Auftragswesen sozialer zu gestalten.

Langfristige Planung und Gestaltung von Verfahren

- Die Arbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern und Vermittlern wird durch eine langfristige Planung der Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Personen im Rahmen öffentlicher Aufträge und die Bedürfnisse der öffentlichen Auftraggeber untermauert. Die Vermittler statten den öffentlichen Auftraggebern in der Region regelmäßig Besuche ab, um die Pläne für die Vergabe öffentlicher Aufträge in der Zukunft (in der Regel für die nächsten ein bis zwei Jahre) zu erörtern. Diese langfristige Perspektive ermöglicht es den Vermittlern, künftige Möglichkeiten zu erfassen, spezifische Bedürfnisse zu ermitteln (d. h. Sektoren, Berufe, Aufgaben, Ausbildungsbedarf, Anzahl der Stunden) und entsprechende Beschaffungen auf dem Markt zu tätigen.
- Dank ihrer Kenntnisse und ihres engen Bezugs zu den Gegebenheiten vor Ort können die Vermittler auch zur Gestaltung der Vergabeverfahren beitragen, während diese noch in der Entwicklung sind. Die Vermittler liefern beispielsweise wichtige Informationen über infrage kommende Gruppen sowie Dienstleistungen, für die Beschäftigungsklauseln gelten können, und über angemessene Arbeitsbelastungen (Berechnung von Stundenvolumen).

Antizipation

- Eine langfristige Sichtweise gilt auch für die Beziehungen zwischen Vermittlern, sozialwirtschaftlichen Unternehmen und anderen Akteuren, die an der integrativen Beschäftigung beteiligt sind. Dies trägt dazu bei, den künftigen Qualifikations- und Ausbildungsbedarf

einzuschätzen, der eine erfolgreiche Einhaltung der Beschäftigungsklauseln gewährleistet, und fördert dementsprechend Synergien zwischen den Akteuren (d. h. Arbeitsverwaltungen und Ausbildungsanbieter).

- Die Vermittler ermitteln auch den Kapazitätsbedarf. Die Vermittler sind am besten in der Lage, Akteure zu ermitteln, die das Potenzial haben, Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten zu erhalten, sei es als Bieter oder als Organisationen/Dienstleister, die Mitarbeiter vermitteln, denen es aber an Wissen oder Kapazitäten fehlt. Um diese Lücken zu schließen, bieten die öffentlichen Auftraggeber Schulungen an, die auf die von den Vermittlern ermittelten Bedürfnisse und Akteure zugeschnitten sind. Die Schulungen sind sehr praxisorientiert und zielen darauf ab, potenzielle Bieter dabei zu unterstützen, Ausschreibungen richtig zu „lesen“ und effektiv auf Anforderungen zu reagieren. Diese Schulungen können auch die Zeit nach der Auftragsvergabe zum Inhalt haben und erfolglosen Bietern zeigen, wie sie es vermeiden können, in der Vergangenheit gemachte Fehler zu wiederholen.

Betreuung

- Die Vermittler begleiten die Wirtschaftsteilnehmer und öffentlichen Auftraggeber über den gesamten Beschaffungszyklus. Es besteht eine kontinuierliche Verbindung und ein stetiger Dialog zwischen öffentlichen Auftraggebern, Vermittlern und Wirtschaftsteilnehmern. Die Arbeit der Vermittler umfasst die Ermittlung potenzieller Bieter und die Unterstützung bei der Ausarbeitung von Vorschlägen und kann sich bis zur Phase der Vertragsüberwachung erstrecken. Treten während der Vertragsausführung Probleme auf, wird zwischen den beiden Parteien vermittelt, und es werden Maßnahmen zur Unterstützung der ordnungsgemäßen Ausführung durch den Auftragnehmer ergriffen.

Während die Rolle der Vermittler bei der Mobilisierung von sozial ausgerichteten Wirtschaftsteilnehmern im Mittelpunkt steht, haben die öffentlichen Auftraggeber ergänzende Maßnahmen mit einem ähnlichen Ziel ergriffen. In diesem Zusammenhang organisieren die öffentlichen Auftraggeber in der gesamten Region Veranstaltungen zur Förderung der Zusammenarbeit im Stil eines Speeddating, um den beiderseitigen Wissensstand zwischen ihnen und den Unternehmen der Sozialwirtschaft zu verbessern. Diese Veranstaltungen, genannt ESSpresso, zielen darauf ab, den Zugang von sozialwirtschaftlichen Akteuren zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten zu fördern. Dank der gewonnenen Kenntnisse lösen die Sitzungen in der Regel Beschaffungsaktivitäten der öffentlichen Auftraggeber aus. Die Informationen werden zudem an die Vermittler weitergegeben, die sie in ihren Wissensschatz einbeziehen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Schaffung von Möglichkeiten für nachhaltige Beschäftigung für arbeitsmarktferne Personen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind.
- Förderung des Zugangs von sozialen Wirtschaftsteilnehmern zu den Märkten für öffentliche Beschaffung.
- Erweiterung des Raums für eine sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge, indem die Interaktion und das Verständnis zwischen öffentlichen Auftraggebern, potenziellen Bietern und anderen relevanten Akteuren, z. B. öffentlichen Dienstleistungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, verbessert werden.
- Erweiterung der Palette von Dienstleistungen, Aufgaben und Mitarbeiterprofilen, die von Beschäftigungsklauseln profitieren können.

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) und Artikel 40 (Vorherige Marktconsultationen).
- In Frankreich sind öffentliche Auftraggeber, die Beschaffungen mit einem Wert von jährlich mehr als 100 Mio. EUR tätigen, darunter die Regionalbehörde Grand-Est, verpflichtet, eine Strategie zur

Förderung einer sozial verantwortlichen und umweltfreundlichen Vergabe öffentlicher Aufträge, das „Schéma de promotion des achats publics socialement et écologiquement responsables“ (SPASER), anzunehmen und zu veröffentlichen. Diese Verpflichtung ergibt sich aus den französischen Gesetzen 2014-856 zur Sozial- und Solidarwirtschaft (Artikel 13) und 2015-992 zur Energiewende für grünes Wachstum (Artikel 76). Das SPASER in Grand-Est hat sich die Förderung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge (SRPP) zur vorrangigen Aufgabe gemacht, wobei das Vermittlernetz als Kernstück zur Verwirklichung dieses Ziels angesehen wird.

Akteure

- Allgemeine Referenz für die SRPP unter den öffentlichen Auftraggebern in der Region: Regionalrat Grand-Est
- Öffentliche Auftraggeber in der Region (Regionalrat selbst, Gemeinden, öffentliche Stellen usw.)
- Vermittler, die als Verbindungsstelle zwischen öffentlichen Auftraggebern, Wirtschaftsteilnehmern und Interessenträgern fungieren, um die Umsetzung der SRPP zu ermöglichen
- Sozialwirtschaftliche Unternehmen
- Alle anderen Akteure, die mit der Förderung der beruflichen Inklusion von arbeitsmarktfernen Personen in Verbindung stehen
- Arbeitsmarktferne Personen

Soziale Auswirkungen

- Das Vermittlernetz und die allgemeine Strategie zur Förderung der SRPP in der Region haben zur Eingliederung von arbeitsmarktfernen Menschen in den Arbeitsmarkt beigetragen. Infolge dieser Maßnahmen hat sich das Spektrum der Aufgaben und Dienstleistungen, die im Rahmen dieser Bestimmungen erbracht werden, beträchtlich erweitert, und zwar von den typischen Dienstleistungen wie Gartenarbeiten, Bauarbeiten und anderen Formen der manuellen Arbeit bis hin zu intellektuellen Dienstleistungen, was zum Teil auf die große Zahl qualifizierter und von Ausgrenzung bedrohter junger Menschen zurückzuführen ist. Die Ausweitung der Möglichkeiten hat die Denkweise der öffentlichen Auftraggeber und ihre Vorstellungen von dem, was mit der SRPP möglich ist, verändert.
- Die durchgängige Einbeziehung von Beschäftigungsklauseln hat dazu geführt, dass die Arbeitgeber für die Ausführung öffentlicher Aufträge andere Profile von Arbeitnehmern suchen. Die Vermittler waren der Schlüssel, um die wachsende Nachfrage nach inklusiven Arbeitsplätzen mit dem Angebot der WISE, Arbeits- und Sozialämter oder NRO, die in der Region tätig sind, abzustimmen.
- Die langfristige Planung der Vergabe öffentlicher Aufträge ist von entscheidender Bedeutung, um diesen Bedarf mit Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in der Region in Einklang zu bringen. Wenn es eine klare Vorstellung davon gibt, welche Qualifikationen langfristig für die Ausführung von Aufträgen erforderlich sind, können entsprechende Qualifizierungsmaßnahmen und -ziele festgelegt werden. In der Folge führt dies zu Synergien zwischen den verschiedenen Akteuren und Interessenträgern und ermöglicht Investitionen in Ausbildungsmaßnahmen mit einer langfristigen Perspektive.
- Die allgemeine Planung der Vergabe öffentlicher Aufträge begünstigt auch die Vergemeinschaftung von Inklusionsmöglichkeiten, wenn Arbeitnehmer im Rahmen verschiedener Aufträge tätig sein können und dadurch stabile Inklusionswege haben.
- Bei der Entwicklung von Partnerschaften zwischen sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Mainstream-Unternehmen spielen Vermittler eine entscheidende Rolle. Zum einen erleichtern solche Partnerschaften sozialwirtschaftlichen Unternehmen den Zugang zu öffentlichen Beschaffungsmärkten. Zum anderen können sie auch dazu beitragen, Mainstream-Unternehmen bei der Umsetzung sozialer Belange im Rahmen der Verfahren zu unterstützen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Regionalbehörde und die Vermittler ihre Beziehungen zu sozialwirtschaftlichen Unternehmen und ihren Dachorganisationen regelmäßig aktualisieren. Dies ist wichtig, um das Aufkommen neuer Akteure, Geschäftsmodelle und Möglichkeiten für die öffentlichen Beschaffungsmärkte zu erkennen und zu verstehen. Dies ist wiederum der Schlüssel zum Verständnis, wie Anbieter soziale Belange erleben und ob Anpassungen erforderlich sind. Dies ist zwar Teil der täglichen Arbeit der Vermittler, doch wäre ein systematischeres Vorgehen erforderlich.
- Ein wesentliches Element der regelmäßigen Interaktion der Vermittler mit allen relevanten Beteiligten ist die Auslotung neuer Tätigkeiten, Dienstleistungen und Aufgaben, auf die Beschäftigungsklauseln anwendbar wären. In diesem Zusammenhang ist es unerlässlich, dass die öffentlichen Auftraggeber als Hebel für die Entwicklung sozialwirtschaftlicher Aktivitäten über den traditionellen Sektor hinaus fungieren können.

Kontakt

Herr Hervé Formell, RTES/Conseil Régional Grand-Est, Leiter Sozialverantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge, Herve.Formell@grandest.fr

59. Entwicklung von Klauseln zur sozialen Inklusion auf den öffentlichen Beschaffungsmärkten von Grand Paris Sud Est Avenir (Frankreich)

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Grand Paris Sud Est Avenir (GPSEA) – Établissement Public Territorial de la Métropole du Grand Paris, Frankreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Grand Paris Sud Est Avenir verfügt seit Ende 2017 über eine Strategie für das öffentliche Auftragswesen, die auf die Planung der Vergabeverfahren in jeder Phase abzielt, um konkrete Möglichkeiten zur Erzielung sozialer, ökologischer und finanzieller Auswirkungen der Vergabe öffentlicher Aufträge zu ermitteln, zu überwachen und zu messen. Der Strategie liegen fünf Hauptziele zugrunde:

- Effizienz der öffentlichen Ausgaben durch Vergabeverfahren, die nicht nur auf der Einhaltung von Rechtsvorschriften, sondern auch auf einem wirtschaftlichen Ansatz auf der Grundlage der Lebenszykluskosten beruhen
- Soziale Inklusion durch Einbeziehung sozialer Belange, sozialer Kriterien oder vorbehaltener Aufträge
- Geringere Umweltauswirkungen, unterstützt durch eine stärkere Konzentration auf die Qualität von Produkten und Materialien und ein größeres Augenmerk auf Produktionsprozesse, bei denen Umweltkriterien in die öffentlichen Märkte integriert werden
- Förderung eines verbesserten Zugangs zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten für Kleinunternehmen und KMU durch vereinfachte Verfahren in der Ausschreibungsphase
- Verstärkte Unterstützung für Innovationen, gestützt auf die Führungsrolle der Behörden bei der Förderung und Entwicklung von Innovationen, die den gesellschaftlichen und territorialen Bedürfnissen entsprechen

Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist ein Hebel für die Umsetzung der öffentlichen Politik, insbesondere im Bereich der sozialen Inklusion. In Anerkennung dessen beschloss GPSEA, die verschiedenen Möglichkeiten zu nutzen, die die neuen Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen bieten, um den Zugang zur Beschäftigung für alle Menschen, insbesondere für arbeitsmarktferne Personen, in dem Großstadtgebiet zu fördern.

Zu diesem Zweck arbeitet GPSEA eng mit dem Vermittler Association Pôle Compétence Initiatives (PCI 94) zusammen, um Sozialklauseln mit beschäftigungsbezogenem Schwerpunkt in alle Vergabeverfahren einzubeziehen.

GPSEA hat den strategischen Ansatz für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans für das öffentliche Auftragswesen eingeleitet, in dem alle Verfahren aufgelistet sind, die in einem bestimmten Jahr eingeleitet werden sollen. Diese Liste wird an den Vermittler weitergegeben, der versucht, den Beschaffungsbedarf mit dem in dem Gebiet ermittelten Bedarf an sozialer und beruflicher Inklusion abzustimmen.

Der Vermittler spielt aufgrund seines besseren Verständnisses der sozialen Bedürfnisse vor Ort eine Schlüsselrolle bei der Ermittlung der einzubeziehenden Zielgruppen und der verfügbaren Fähigkeiten und Kompetenzen sowie der Bewertung des Potenzials des öffentlichen Auftragswesens. Damit ist der Spielraum für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge größer, als wenn der öffentliche Auftraggeber versuchen würde, soziale Belange selbst umzusetzen.

Gegenstand

So wurde dieser Ansatz beispielsweise von GPSEA für die Beschaffung von Spielen und Spielzeug über das Netzwerk der Mediatheken und Ludotheken in der Region angewandt.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Dieses Verfahren wurde im Juni 2018 eingeleitet und online auf [AchatPublic.com](https://achatpublic.com) veröffentlicht. Der Auftrag wurde in vier Lose unterteilt, von denen eines Wirtschaftsteilnehmern vorbehalten war, die Menschen mit Behinderungen (Établissement et service d'aide par le travail, ESAT) oder Menschen in benachteiligten Situationen (structures d'insertion par l'activité économique, SIAE) beschäftigen. Zuvor hatte der Vermittler einige Vorarbeiten geleistet, um potenzielle Kandidaten unter den Akteuren der Sozialwirtschaft zu ermitteln.

Der Auftrag wurde an Rejoué vergeben, eine gemeinnützige Organisation, die ein Sozialunternehmen für Arbeitsintegration (WISE) betreibt. Rejoué hat in Ile-de-France erfolgreich einen einzigartigen Ansatz zur Arbeitsintegration für arbeitsmarktferne Menschen umgesetzt, der auf individualisierten Wegen zu einer nachhaltigen Beschäftigung für verschiedene von sozialer Ausgrenzung bedrohte Gruppen basiert. Seit 2012 beschäftigt Rejoué 212 Mitarbeiter. Die Tätigkeit der Organisation basiert auf der Sammlung, Reinigung, Reparatur und dem Verkauf von gebrauchten Spielzeugen. Neben ihren sozialen Zielen trägt Rejoué durch Abfallreduzierung und die Förderung der Wiederverwendung auch zur ökologischen Nachhaltigkeit bei.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Förderung der Eingliederung von arbeitsmarktfernen Menschen im Wege eines vorbehaltenen Auftrags für WISE zur Schließung von Beschäftigungslücken in der Region.
- Förderung eines besseren Zugangs zu öffentlichen Aufträgen für Akteure, die mit bestimmten benachteiligten Gruppen zu tun haben.

Auftragswert

Der Höchstwert des Auftrags für Spielzeuge (vier Lose) beträgt 164 000 EUR über vier Jahre. Der Wert des vorbehaltenen Loses beläuft sich auf 12 000 EUR über vier Jahre.

Der ungefähre Wert aller von GPSEA vergebenen Aufträge mit Sozialklauseln beläuft sich auf 2 Mio. EUR pro Jahr.

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Diese Bestimmung ist in der französischen Gesetzgebung als Artikel L2113 des Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen verankert, der einen Anteil an Arbeitnehmern mit Behinderungen oder benachteiligten Arbeitnehmern von mindestens 50 % vorschreibt.

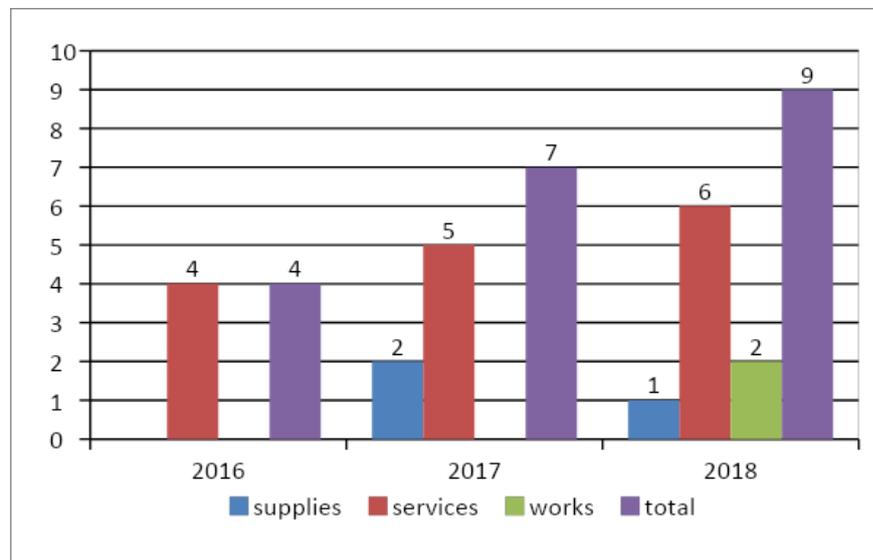
Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Grand Paris Sud Est Avenir
- PCI 94 als Vermittler zwischen dem öffentlichen Auftraggeber, den Wirtschaftsteilnehmern und den Interessenträgern, um die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge und insbesondere die Integration von benachteiligten Personen in die Auftragsausführung zu ermöglichen

- WISE, die verschiedene Zielgruppen beschäftigen, z. B. Menschen mit Behinderungen (ESAT) oder andere benachteiligte Gruppen (SIAE)
- Mainstream-Unternehmen, die in engem Kontakt mit Vermittlern stehen, um die Umsetzung von in die Verfahren aufgenommenen Beschäftigungsklauseln zu gewährleisten, Arbeitnehmer zu vermitteln und eine angemessene Ausführung der Verträge zu überwachen

Soziale Auswirkungen

- Zwischen 2016 und 2018 hat sich die Zahl der öffentlichen Vergabeverfahren von GPSEA, die Sozialklauseln zur Förderung von Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Menschen enthalten, verdoppelt. Dieser Anstieg ist ein Beweis für den wachsenden Erfolg der öffentlichen Auftraggeber bei der Nutzung des öffentlichen Auftragswesens als Instrument zur Deckung des Bedarfs an sozialer und beruflicher Inklusion im Großraum Paris.
- Die folgende Grafik zeigt die Anzahl der Aufträge mit Sozialklauseln (d. h. Ausführungsbedingungen, Auswahlkriterien, vorbehalten Aufträge etc.).



Quelle: GPSEA

- GPSEA ist bestrebt, sein Potenzial durch ehrgeizige Projekte, die sich mit Verkehrs- und Mobilitätsinfrastrukturen (z. B. Téléval, Tégéval, Altival), Unternehmensinfrastrukturen (z. B. Ballastière Nord, Duvauchelle Est in Créteil – eine Einrichtung von Maison du Handball) oder den öffentlichen Arbeiten von Grand Paris Express (z. B. ligne sud 15) beschäftigen, voll auszuschöpfen.
- Projekte wie diese bieten ein breites Spektrum an Möglichkeiten für das öffentliche Auftragswesen, neue oder ungenutzte Fähigkeiten und Profile in den Beschäftigungsklauseln und bei der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge insgesamt zu nutzen (z. B. hochqualifizierte/intellektuelle Tätigkeiten, Verwaltungsdienste, Wartungsdienste, Bau und Renovierung oder Instandhaltung öffentlicher Gebäude und Denkmäler).

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Der von GPSEA entwickelte Ansatz ist auf alle regionalen und territorialen Behörden anwendbar. Die öffentlichen Auftraggeber sollten ihr Bestreben zur Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge durch die langfristige Planung der Verfahren untermauern. Durch vorausschauendes Agieren können die öffentlichen Auftraggeber die Möglichkeiten und die Durchführbarkeit sozialer Belange im Rahmen der jeweiligen Verfahren besser beurteilen. Vorausschauendes Agieren ist der Schlüssel für die Organisation von Beschaffungstätigkeiten, die entscheidend sind, um das Potenzial bestimmter Sektoren (sozialwirtschaftliche Unternehmen, WISE) zu verstehen und soziale Belange entsprechend zu berücksichtigen.

- Zu diesem Zweck stellen Vermittler ein wichtiges Instrument dar, um die Abstimmung der Auftragsvergabe und des Bedarfs an sozialer Inklusion zu unterstützen, unter anderem durch Hilfe bei der Ausarbeitung der Verfahrensanforderungen.
- Langfristig wird es darauf ankommen, den Kreis der Zielgruppen, die von der Berücksichtigung sozialer Belange (und insbesondere von Beschäftigungsklauseln) profitieren, zu erweitern (z. B. auf den Dienstleistungssektor).

Kontakt

Frau Aurore CARO, Projektleiterin Beschaffung, Grand Paris Sud Est Avenir
acarо@gpsea.fr, +33 141943197

60. Protokoll für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge in Girona auf der Grundlage von politischer Unterstützung und Partnerschaft zwischen den Beteiligten

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land:

Stadt Girona, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Politik – Gartenarbeiten, Reinigung, Abfallsammlung und andere, je nach Vertrag

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Protokoll für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge in der Stadt Girona wurde am 13. Oktober 2014 mit dem Ziel verabschiedet, vorbehaltene Aufträge und soziale Belange, insbesondere Beschäftigungsklauseln, in den von der örtlichen Behörde eingeleiteten Vergabeverfahren zu fördern. Die Bestimmungen des Protokolls wurden über einen Zeitraum von fünf Jahren angepasst und die neuen Sozialvorschriften, die in das spanische Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe aufgenommen wurden, formell integriert. Das Protokoll ist [hier](#) abrufbar (in katalanischer Sprache).

In sämtlichen Fällen geht es darum, Langzeitarbeitslosen und Angehörigen anderer benachteiligter Gruppen wie Frauen, die Opfer sexueller oder häuslicher Gewalt geworden sind, jungen Menschen, die in Einrichtungen des betreuten Wohnens leben, Menschen, die von Armut betroffen sind, und Menschen, die aufgrund von Armut trotz Erwerbstätigkeit sowie anderen Formen der Unsicherheit und Instabilität von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, einen besseren Zugang zur Beschäftigung zu ermöglichen.

In dem Protokoll sind die Art von Aufträgen festgelegt, die geschützten Werkstätten, Sozialunternehmen für Arbeitsintegration (WISE) und anderen sozialwirtschaftlichen Akteuren vorbehalten sind und die auf die berufliche und soziale Inklusion von Menschen abzielen, die von unterschiedlichen Formen der Benachteiligung betroffen sind. Das Protokoll sieht außerdem vor, dass mindestens 4 % der gesamten lokalen Ausgaben für Waren und Dienstleistungen für vorbehaltene Aufträge zweckgebunden werden. Dieser Betrag darf in jedem Fall nicht unter 1 740 000 EUR pro Jahr liegen.

In dem Protokoll ist ferner festgelegt, dass bei Dienstleistungsaufträgen mit einem Wert von über 65 000 EUR pro Jahr der Bieter, der den Zuschlag erhält, mindestens 5 % der für die Ausführung des Auftrags erforderlichen Arbeitsplätze an arbeitsmarktfremde oder anderweitig benachteiligte Menschen vergeben muss.¹⁷ Die örtlichen Arbeits- und Sozialämter arbeiten partnerschaftlich mit den Anbietern zusammen, um Arbeitnehmer zu vermitteln und gemeinsam ihre Eignung für den jeweiligen Auftrag zu beurteilen. Bei allen Formen der öffentlichen Auftragsvergabe wird derselbe Ansatz verfolgt. Daher gilt das Protokoll auch für Bauaufträge und Konzessionen im Wert von mindestens 250 000 EUR.

Um die Umsetzung des Protokolls und die entsprechenden Fortschritte zu überwachen, hat die Stadt einen Ausschuss für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge eingerichtet, dem Vertreter der

¹⁷ Die infrage kommenden Gruppen sind im Protokoll (Artikel 6) aufgeführt und umfassen: a) Bezieher von Mindesteinkommen; b) Menschen mit Behinderungen; c) Frauen, die Opfer sexueller oder häuslicher Gewalt geworden sind; d) junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren, die unter Jugendschutz standen; e) Straftäter mit einem Rechtsanspruch auf Arbeit und ehemalige Straftäter in den ersten zwölf Monaten nach Entlassung; f) Menschen mit Problemen wegen Medikamentenmissbrauchs oder anderer Formen der Abhängigkeit, die derzeit behandelt werden; g) Personen, die keinen Anspruch auf ein Mindesteinkommen haben und von sozialer Ausgrenzung bedroht sind; h) Personen über 45 Jahre, die seit mindestens zwei Jahren arbeitslos sind.

lokalen Behörden (parteiübergreifend), der Sozialwirtschaft, von Unternehmensorganisationen und Gewerkschaften sowie Beschaffungsfachleute angehören.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Mit dem Protokoll wird die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge durch folgende Säulen umgesetzt:

- Vorbehaltene Aufträge: Vorbehalten Aufträge betreffen ein breites Spektrum von Tätigkeiten und umfassen unter anderem Instandhaltungsdienste, Postdienste, Reinigungs- und Wäschereidienste, Verpflegung, Abfallsammlung und -beförderung, grafische Arbeiten und andere Formen von Unterstützungsdiensten für die lokale Verwaltung.
- Ausführungsbedingungen: in der Regel in Form von Beschäftigungsklauseln (anwendbar auf die oben genannten Zielgruppen).
- Zuschlagskriterien: Größere Anteile an arbeitsmarktfernen Beschäftigten (d. h. über die vorgeschriebenen 5 % hinaus) werden bei den Zuschlagskriterien mit 5 bis 10 % gewichtet.
- Normen für menschenwürdige Arbeit: Zusätzlich zu den obligatorischen Sozialklauseln, die an die Einhaltung der geltenden Arbeitsnormen und Arbeitsbedingungen geknüpft sind, wurde im Protokoll die Einhaltung von Normen für menschenwürdige Arbeit und von Kollektivverträgen in bestimmten Sektoren hervorgehoben, in denen die Gefahr der Nichteinhaltung größer ist. In dieser Hinsicht spielte das Protokoll eine Schlüsselrolle bei der Behandlung von Problemen bei der Erbringung von häuslichen Dienstleistungen und trug durch eine intensivere Überwachung und Überprüfung der Ausführung zu einer besseren Kontrolle der „sozialen Solvenz“ von Auftragnehmern in diesem Sektor bei.

Ziel ist es, dass bei allen Vergabeverfahren die oben genannten Sozialklauseln in irgendeiner Form enthalten sind. Die öffentlichen Auftraggeber können jedoch davon absehen, wenn die Art des Auftrags dies nicht zulässt. In diesen Fällen müssen die Ausschreibungsunterlagen eine entsprechende Begründung enthalten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit der Anwendung der oben genannten Anforderungen will die Stadt Girona Folgendes erreichen:

- einen besseren Zugang zur Beschäftigung für arbeitsmarktferne Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind,
- ein günstiges Umfeld für Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, das allen Menschen ermöglicht, ihrer sozialen Rechte und ihre Arbeitnehmerrechte wirksam wahrzunehmen,
- einen besseren Zugang von sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten.

Auftragswert

Über fünf Jahre wurden vorbehaltene Aufträge im Wert von 10 700,707 EUR an sechs geschützte Werkstätten und zwei Sozialunternehmen für Arbeitsintegration vergeben.

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 über die verbindliche Sozialklausel, Artikel 20 über vorbehaltene Aufträge, Artikel 67 über Zuschlagskriterien und Artikel 70 über die Bedingungen für die Auftragsausführung in Verbindung mit der Beschäftigung oder anderen Sozialklauseln der Richtlinie 2014/24/EU

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Girona mit einem koordinierten Ansatz zwischen ihren verschiedenen Abteilungen und Diensten (z. B. Abteilung für öffentliches Auftragswesen, lokalen Arbeits- und Sozialämter)
- Sozialpartner, sozialwirtschaftliche Akteure und Organisationen der Zivilgesellschaft als Bieter
- Arbeitnehmer, einschließlich arbeitsmarktferner Personen, die verschiedenen benachteiligten Gruppen angehören
- Ausschuss für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge, der regelmäßig Sitzungen abhält und neue Maßnahmen in diesem Bereich überwacht, bewertet und vorschlägt

Soziale Auswirkungen

- Von 2014 bis 2019 wurden 75 von sozialer Ausgrenzung bedrohte und/oder arbeitsmarktferne Personen im Rahmen von vorbehaltenen Aufträgen beschäftigt, die gemäß den Anforderungen des Protokolls vergeben wurden.

Sonstige Vorteile

- Aufbauend auf den positiven Erfahrungen der Stadt wird derzeit an der Schaffung eines Protokolls und Ausschusses für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge in der Provinz Girona gearbeitet.
- Der kommunale Ausschuss prüft derzeit die Möglichkeit, den Anteil der zweckgebundenen Mittel von 4 % auf 7 % zu erhöhen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Der Ausschuss hat entscheidend dazu beigetragen, das gegenseitige Verständnis für die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Vergabe öffentlicher Aufträge für die verschiedenen Arten von Akteuren zu fördern. Er hat unter anderem das Wissen über neue Möglichkeiten für die Umsetzung einer sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge (Dienstleistungen, Zielgruppen) erweitert und Lösungen für wiederkehrende Probleme geschaffen (z. B. Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden beim Umgang mit Verstößen gegen die Beschäftigungsklauseln).
- Sensibilisierung und der Aufbau von Kapazitäten unter Fachleuten ist von entscheidender Bedeutung, um das Potenzial der sozialwirtschaftlichen Akteure für die Teilnahme am öffentlichen Auftragswesen und die Verwirklichung ihrer sozialen Ziele vollständig zu verstehen. Ein wesentliches Element dabei ist die Darstellung der sozialen Auswirkungen von vorbehaltenen Aufträgen und anderen Formen der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge.
- Partnerschaft zwischen den Akteuren der Sozialwirtschaft: Seit 2008 arbeitet die Caritas Girona mit anderen Organisationen zusammen und gründete gemeinsam die Grupo Èxit, ein Bündnis sozialwirtschaftlicher Unternehmen, das Synergien schaffen soll, um die Chancen für die berufliche Inklusion von Menschen mit schweren Behinderungen und Menschen, die von sozialer Ausgrenzung bedroht sind, in der Stadt Girona und Umgebung zu verbessern.
- Im Jahr 2012 traten sechs neue Organisationen der Gruppe bei, die derzeit gemeinsam auf dem offenen Markt tätig ist. Die Gruppe arbeitet mit Behörden und Diensten (z. B. regionale Arbeitsverwaltung, Strafvollzug und Sozialdienste), Arbeitgebern (einschließlich der Handelskammer) und auch Schulen zusammen. Darüber hinaus ist sie auf institutioneller Ebene im lokalen Ausschuss für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge sowie in den lokalen Agenturen für wirtschaftliche Entwicklung, Ausbildung usw. vertreten.

- Ein großer Vorteil dieser Partnerschaft ist die Bildung von Konsortien zwischen WISE, insbesondere für die Durchführung vorbehaltener Aufträge. Dies ist der Schlüssel zur Überwindung der Atomisierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen und ermöglicht ihre Beteiligung an vollständigen Aufträgen und nicht nur an Losen.

Kontakt

Frau Anna Güell Juanola, Generalsekretariat, Associació Clúster Èxit Girona, aguell@caritasgirona.cat, Tel. +34 608906131

61. Memorandum of Understanding über die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen durch vorbehaltene Aufträge

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Brescia, Italien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Sozialdienstleistungen

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Memorandum of Understanding (MoU) wurde am 11. März 2019 von der Provinz und Stadt Brescia, dem Gemeindeverband Brescia, dem nationalen Berufsverband der Gemeinde- und Provinzsekretäre „GB Vinghenzi“ und der Genossenschaft Confcooperative Brescia unterzeichnet. Es ist ein Instrument für die öffentlich-private Zusammenarbeit und für die Vergabe vorbehaltener Aufträge gemäß Artikel 20 der Richtlinie 2014/24/EU und Artikel 112 des italienischen Gesetzesdekrets Nr. 50/2016.

Ziel ist es, durch die Einbindung von Sozialgenossenschaften vom Typ B in das öffentliche Auftragswesen mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Personen und schwächere Segmente des Arbeitsmarktes zu schaffen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe der Unterzeichner des MoU, zu denen die Provinz und die Gemeinde Brescia, der Gemeindeverband Brescia, der nationale Berufsverband der Gemeinde- und Provinzsekretäre „GB Vinghenzi“ und die Genossenschaft Confcooperative Brescia gehören, hat eine Reihe von Instrumenten für die Verwaltung von vorbehaltenen Aufträgen für Sozialgenossenschaften vom Typ B entwickelt.

Das MoU wird wegen seines kooperativen Ansatzes als wichtig erachtet. Brescia kann auf eine lange Geschichte kooperativer Ansätze zurückblicken. In der Tat wurden die erste Genossenschaft für soziale Solidarität und das erste italienische Konsortium von Sozialgenossenschaften 1963 bzw. 1983 in Brescia gegründet. Diese Tradition hat im Laufe der Jahre zu einem lokalen System aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen beigetragen, die auf die berufliche Integration benachteiligter Gruppen abzielen.

Sie hat auch zum Wachstum der unternehmerischen Dimension der sozialen Genossenschaften vom Typ B geführt. Aus Daten von 2017 geht hervor, dass es im Gebiet Brescia schätzungsweise 110 Genossenschaften mit rund 1365 Beschäftigten gibt.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Dieses MoU hat Auswirkungen auf die Phase der Auftragsvergabe. Öffentliche Aufträge werden an Sozialgenossenschaften (und deren Konsortien) vergeben, die folgende Merkmale aufweisen: Erfahrung in der Arbeit mit Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen (diese Personen machen mindestens 30 % der Beschäftigten in der Organisationsstruktur aus) und ganzheitlicher Ansatz für die Integration (d. h. Unterstützung am Arbeitsplatz, Schulungen, Zugang zu relevanten Dienstleistungen, Überwachung der Auswirkungen usw.). Das MoU umfasst zudem Instrumente zur Förderung der Beteiligung des Privatsektors, indem nicht nur die in den Rechtsvorschriften vorgesehenen Lösungen, sondern auch wirksame öffentlich-private Partnerschaften genutzt werden.

Die Bestimmungen des MoU und seine Instrumente finden gleichermaßen auf Aufträge und Konzessionen mit einem Wert ober- oder unterhalb der EU-Schwellenwerts Anwendung. In diesem Sinne bezieht sich das MoU nicht auf bestimmte Arten von Aufträgen und Tätigkeiten, sodass es den Verwaltungen überlassen bleibt, in welchen Sektoren und für welche Schwellenwerte das MoU gelten soll.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das MoU trägt zur Förderung der Nutzung vorbehaltener Aufträge für Anbieter wie Sozialgenossenschaften vom Typ B bei. Vorbehaltene Aufträge sind für soziale Genossenschaften bestimmt, die benachteiligte Personen (mindestens 30 %) beschäftigen. Das MoU leistet ferner einen Beitrag zur Förderung der Aufnahme sozialer Zuschlagskriterien, z. B. beschäftigungsbezogener Kriterien, sowie zur Verwendung von Sozialklauseln in den Bedingungen für die Auftragsausführung.

Überprüfung

Die Arbeitsgruppe, die sich aus den Unterzeichnern des MoU zusammensetzt, ist mit der Förderung und Überwachung der Tätigkeiten sowie der Ausarbeitung von Vorschlägen und spezifischen Verfahren beauftragt.

Auftragswert:

Variiert je nach Vertrag

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/24/EU
- Artikel 112 des italienischen Gesetzesdekrets Nr. 50/2016

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Provinz Brescia, Stadt Brescia
- Andere Mitglieder der Arbeitsgruppe:
 - Gemeindeverband Brescia
 - Nationaler Berufsverband der Gemeinde- und Provinzsekretäre „GB Vinghenzi“
 - Confcooperative Brescia

Soziale Auswirkungen

- Seit der Unterzeichnung des MoU im Jahr 2019 haben die öffentlichen Auftraggeber schätzungsweise 30 vorbehaltene Aufträge im Gesamtwert von 15 Mio. EUR vergeben. Dazu gehören öffentliche Aufträge für die Pflege und Instandhaltung von öffentlichen Friedhöfen und Grünflächen.
- Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Personen werden durch vorbehaltene Aufträge in den Arbeitsmarkt integriert. Diese Personen werden auch in anderen Bereichen ihres Lebens unterstützt, z. B. durch professionelle Beratung, Kompetenzentwicklung und Unterstützung durch Sozialdienste und in Notfällen.
- Durch die Beteiligung an der öffentlichen Auftragsvergabe werden die Geschäftsmodelle von Sozialgenossenschaften gestärkt, was dazu beiträgt, die Nachhaltigkeit ihrer Programme und Projekte zu gewährleisten.
- Die Förderung der lokalen territorialen Entwicklung wird durch die Zusammenarbeit, die Mobilisierung von Ressourcen und Fachwissen verschiedener Stellen, einschließlich öffentlicher Einrichtungen und der Zivilgesellschaft (insbesondere sozialer Genossenschaften), verstärkt.

Sonstige Vorteile

- Der kooperative Ansatz, der bei der Ausarbeitung des Wortlauts der MoU gewählt wurde, stärkt die Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen dem öffentlichen Sektor und der Sozialwirtschaft.

- Der umfassende Charakter des MoU ist Teil einer Strategie, bei der die Inklusion benachteiligter Personen systematisch und mit einer langfristigen Vision erfolgt.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Das MoU ist seit weniger als einem Jahr in Kraft, doch einige Ergebnisse sind bereits sichtbar. Das Modell wurde als Richtschnur für andere Provinzen vorgeschlagen. Darüber hinaus haben die Behörden in der Region Brescia entsprechend ihren Bedürfnissen Gebrauch von verschiedenen Instrumenten gemacht, die im Rahmen des MoU zur Verfügung stehen.

Kontakt

Emilio Emmolo, ConfCooperative – Federsolidarietà, federsolidarieta@confcooperative.it

62. Gemeinsame Strategie der Gemeinden Sodankylä und Kittilä für die verantwortungsvolle Vergabe öffentlicher Aufträge

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Gemeinden Sodankylä und Kittilä, Finnland

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Gemeinden Sodankylä und Kittilä befinden sich in der Region Lappland, der größten Region Finnlands, die 30 % der Landesfläche einnimmt, in der jedoch nur 3 % der Bevölkerung leben. Deshalb gilt Lappland als dünn besiedelte Region, mit einer Bevölkerungsdichte von 1,5 Personen pro Quadratkilometer. Abwanderung und eine alternde Bevölkerung stellen die Region vor demografische Herausforderungen, und die geografischen Besonderheiten der Region haben eine Entfernung von den europäischen und nationalen Märkten zur Folge. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wird Gebrauch von sozialen Innovationen gemacht, um neuartige Ansätze zur Lösung gesellschaftlicher Probleme zu schaffen, insbesondere durch die Mobilisierung des öffentlichen Auftragswesens zur Förderung einer integrativen sozioökonomischen Entwicklung sowie zur Stimulierung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung für die Entwicklung und das Wachstum der Region.

Lappland gehört zudem zu den Regionen, die Teil der [Plattform für intelligente Spezialisierung – Sozialwirtschaft](#) sind. Ziel der Partnerschaft ist es, die grenzüberschreitende Tätigkeit von Gegenseitigkeitsgesellschaften und Genossenschaften zu fördern, um sie in die Lage zu versetzen, das volle Potenzial des Binnenmarktes, einschließlich des öffentlichen Auftragswesens, zu nutzen, um sozialwirtschaftliche Aktivitäten durch interregionale Kooperationsmaßnahmen auszuweiten. Im Rahmen der Partnerschaft sollen verschiedene Herausforderungen im Zusammenhang mit S3 (intelligente Spezialisierung) und der Sozialwirtschaft angegangen werden. Dies umfasst folgende Punkte:

- Entwicklung von sozialwirtschaftlichen Clustern
- Schaffung europäischer Wertschöpfungsketten sozialwirtschaftlicher Unternehmen aus verschiedenen Regionen Europas
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen und anderen territorialen Akteuren, insbesondere denjenigen, die über technologische und innovative Kompetenzen verfügen

Als die finnischen Vergabevorschriften infolge der Richtlinie 2014/24/EU geändert wurden, nutzten die Gemeinden Kittilä und Sodankylä die Gelegenheit, das öffentliche Auftragswesen auf eine nachhaltige Entwicklung auszurichten. Im Rahmen des aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) finanzierten Projekts „Nachhaltige Beschaffung als Mittel zur Erhöhung der Vitalität“, das von 2016 bis 2018 von Kideve Kittilä Development zusammen mit der Gemeinde Sodankylä durchgeführt wurde, wurde ein neuer Ansatz für die Vergabe öffentlicher Aufträge in den Gemeinden entwickelt. Dieses Projekts diente dazu, eine neue Strategie für die Vergabe öffentlicher Aufträge ([hier](#) in finnischer Sprache abrufbar) und

jeweils zwei Leitfäden für die Vergabe öffentlicher Aufträge für die Gemeinden zu entwickeln, d. h. einen Leitfaden für unterschwellige Aufträge¹⁸ ([hier](#) für Kittilä und [hier](#) für Sodankylä abrufbar) und einen Leitfaden für überschwellige Aufträge ([hier](#) für Kittilä und [hier](#) für Sodankylä abrufbar). Die Maßnahmen und Praktiken der Gemeinden zielen darauf ab, zur Entwicklung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft, zur regionalen Entwicklung und zur Verbesserung der Möglichkeiten für KMU zur Teilnahme am öffentlichen Auftragswesen beizutragen. Interessant ist, dass es in Lappland nur zwei Organisationen gibt, die das finnische Gütezeichen für Sozialunternehmen (Finnish Social Enterprise Mark) tragen.¹⁹

Die beiden Nachbargemeinden schlossen sich im Rahmen dieser Initiative zusammen, sowohl aufgrund von Gemeinsamkeiten zwischen ihnen als auch, um gemeinsam über Lösungen nachzudenken.

Der Leitfaden für unterschwellige Aufträge enthält Informationen, die über das hinausgehen, was in den finnischen Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen auf der Grundlage der Richtlinie 2014/24/EU erwähnt wird. In ihm werden die Gemeinden ermutigt, bei Aufträgen über 10 000 EUR bzw. 20 000 EUR (je nach Art des Auftrags) elektronische Beschaffungsplattformen (wie [Cloudia](#) o. ä.) zu nutzen, um ein offenes und transparentes Vergabeverfahren zu gewährleisten, das ordnungsgemäß bekannt gemacht wird und auch für KMU online zugänglich ist. Diese Maßnahme kann auch dazu beitragen, den Zugang zu öffentlichen Aufträgen für Sozialunternehmen, bei denen es sich in der Regel um KMU handelt, auch aus anderen Regionen zu fördern.

In den Leitfäden werden die öffentlichen Auftraggeber nachdrücklich aufgefordert, öffentliche Vergabeverfahren auf offene und partizipative Weise und unter Einbeziehung aller Akteure durchzuführen. Die Gemeinden haben zudem Schulungen sowohl für die öffentlichen Auftraggeber als auch für die Wirtschaftsteilnehmer abgehalten, um ihnen das neue System für die Vergabe öffentlicher Aufträge und die Nutzung von elektronischen Plattformen für die Ausschreibung näher zu bringen.

Überprüfung

Es findet zwar ein jährlicher offener Austausch, aber keine direkte Nachverfolgung der Aufträge statt, da es diesen kleinen Gemeinden dafür an technischen und personellen Ressourcen mangelt. Die Gemeinde Kittilä erwägt derzeit die Verwendung eines Systems zur Überwachung aller Aufträge (zusätzlich zum elektronischen Ausschreibungssystem). Im Idealfall gibt es in der Gemeinde eine Person, die für die Treffen mit den Bietern zuständig ist und die ordnungsgemäße Ausführung der vergebenen Aufträge überwacht und darüber Bericht erstattet.

Umfang der Beschaffung

Daten aus dem Jahr 2016 zufolge belief sich das Beschaffungsvolumen für die Gemeinde Kittilä auf 23,08 Mio. EUR und für die Gemeinde Sodankylä auf 34,04 Mio. EUR. Dies entspricht rund 40 % des jährlichen Haushalts.

¹⁸ Der nationale Schwellenwert für Finnland liegt bei 60 000 EUR.

¹⁹ Weitere Informationen: <https://www.oecd.org/cfe/leed/The-Finnish-Social-Enterprise-Finland.pdf>.

Rechtsinstrument

Die beiden Leitfäden konzentrieren sich auf die folgenden Instrumente zur Förderung der verantwortungsvollen Vergabe öffentlicher Aufträge:

- *Vorherige Marktkonsultationen (Artikel 40 der Richtlinie):*

In den Leitfäden wird erläutert, wie vorherige Marktkonsultationen durchgeführt werden oder wie die öffentlichen Auftraggeber Recherchen (unter anderem durch die Teilnahme an Veranstaltungen) durchführen können. In den Leitfäden wird ferner erläutert, dass der Zweck des Auskunftersuchens in der Ermittlung von Unternehmen, Produkten und/oder Dienstleistungen sowie der Bestimmung des Preisniveaus und der potenziellen Bereitschaft zum Wettbewerb auf dem Markt besteht. Durch die im Rahmen des Auskunftersuchens gewonnenen Informationen soll sichergestellt werden, dass die eigentliche Ausschreibung möglichst präzise und vergleichbare Angebote hervorbringt. Es ist ratsam, das Auskunftersuchen an möglichst viele potenzielle Anbieter zu richten, um eine Gleichbehandlung der potenziellen Anbieter zu gewährleisten. Dafür kann das Auskunftersuchen über den Werbekanal www.hankintailmoitukset.fi, auf der Website der Gemeinden, in einer Zeitungsanzeige oder auf ähnliche Weise veröffentlicht werden. Aus dem Auskunftersuchen muss klar hervorgehen, dass es sich um eine Voranfrage, aber noch nicht um eine Aufforderung zur Angebotsabgabe handelt.

- *Förderung des Schwerpunkts auf qualitative, soziale und ökologische Kriterien bei den Zuschlagskriterien (Artikel 67 der Richtlinie):*

Es wird die Verwendung von Qualitätskriterien sowie von sozialen und ökologischen Erwägungen bei den Zuschlagskriterien gefördert; ihre Verwendung wurde auch in einem der Workshops erörtert, die die Gemeinden zur Veranschaulichung der Strategie veranstaltet haben.

- *Jahresplan und Werbung:*

Eine frühzeitige Bekanntmachung von Ausschreibungen gegenüber Anbietern und potenziellen Bietern wird nachdrücklich empfohlen. So werden im Leitfaden beispielsweise Informationsveranstaltungen erwähnt, die als „Beschaffungsabende“ außerhalb der eigentlichen Ausschreibung konzipiert sind. Es wird betont, dass besonders große Aufträge rechtzeitig bekannt gemacht werden sollten, sodass die Marktteilnehmer sich auf die Angebotsabgabe vorbereiten oder vielleicht auch als Gruppe ein Angebot abgeben können. Für lokale Unternehmen sind selbst Ausschreibungen unterhalb der Schwellenwerte oft von beträchtlichem Umfang, sodass eine rechtzeitige Bekanntmachung empfohlen wird. Darüber hinaus wurde 2018 ein Modell erprobt, bei dem die Beschaffungen der einzelnen Referate dem Verwaltungsrat im Rahmen des Jahresplans vorgelegt wurden. Der Jahresplan ermöglicht die korrekte Planung und Bereitstellung von Ressourcen für die jeweilige Ausschreibung. Auch im Haushaltsausführungsplan ist ein Jahr für die Ausschreibung vorgesehen.

- *Unterteilung in Lose (Artikel 46 der Richtlinie):*

Um die Beteiligung von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren zu erhöhen, haben die Gemeinden die Unterteilung in Lose als nützliches Instrument für die Sicherstellung des Zugangs zu großen Aufträgen identifiziert.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Gemeinden Sodankylä und Kittilä
- Bieter
- Beauftragter für das öffentliche Auftragswesen (für alle Gemeinden und auch für Wirtschaftsteilnehmer in Lappland)

Soziale Auswirkungen

- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge im Zusammenhang mit der Erbringung von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen ist dank der Leitfäden ein positiver Paradigmenwechsel zu beobachten, wobei sich die öffentlichen Auftraggeber auf die Bedürfnisse der Nutzer konzentrieren und dafür auch Konsultationen mit ihnen durchführen.
- Obwohl es keine offiziellen Daten gibt, ist eine verstärkte Beteiligung von KMU an öffentlichen Aufträgen in der Region zu beobachten.

Sonstige Vorteile

- Die bewährten Verfahren sind übertragbar (trotz der unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern), und die Leitfäden wurden bereits in anderen Gemeinden Lapplands übernommen.
- Dank der Website der Gemeinde Kittilä ([hier](#) in finnischer Sprach aufrufbar) mit praktischen Leitlinien für Entscheidungsträger, öffentliche Auftraggeber und Unternehmer, werden diese Leitfäden auch im Südosten Finnlands eingesetzt und können in ganz Finnland genutzt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Um die Effizienz der von den öffentlichen Auftraggebern im Rahmen der nachhaltigen öffentlichen Beschaffung ergriffenen Maßnahmen zu gewährleisten, wird empfohlen, alle Beteiligten in diese Arbeit einzubeziehen.
- Es ist wichtig, Zeit zu investieren, um die Mentalität und die Arbeitsweise zu ändern, denn der Aufbau von Vertrauen braucht Zeit. So können KMU beispielsweise skeptisch sein, weil Vergabeverfahren in der Vergangenheit nicht immer offen waren. Die Organisation zahlreicher Veranstaltungen zu diesem Thema und die ausführliche Erläuterung der neuen Verfahren tragen dazu bei, sowohl die Wirtschaftsteilnehmer als auch die öffentlichen Auftraggeber vom Mehrwert zu überzeugen.
- Organisationen oder Personen wie der Beauftragte für das öffentliche Auftragswesen (der als regionaler Berater aus dem EFRE finanziert wird) leisten einen echten Beitrag zur Unterstützung von Gemeinden, die nicht über viele Ressourcen verfügen, bei sozial verantwortlichen öffentlichen Vergabeverfahren. In diesem Fall ist kostenlose Beratung erhältlich, die das Experimentieren mit verschiedenen im Rahmen der Richtlinie verfügbaren Instrumenten erleichtert.
- Der Bekanntheitsgrad muss stets hoch gehalten werden. In den Gemeinden kann es zu Personalwechslern kommen, sodass die Verfahren ständig weiterentwickelt werden und stets ganz oben auf der Tagesordnung stehen müssen.
- Elektronische Ausschreibungssysteme sind sehr nützlich, aber nicht alle Gemeinden haben ihre Leitfäden aktualisiert. Einige tun dies, andere nicht, und einige Gemeinden nutzen sie nur für

Verfahren auf europäischer, nicht aber auf lokaler Ebene, was eine Herausforderung darstellen kann.

- Veranstaltungen, an denen lokale Unternehmer, Entscheidungsträger und öffentliche Auftraggeber teilnehmen, sind nützlich, um den Beteiligten die Instrumente und Informationen über die neue Strategie für das öffentliche Auftragswesen an die Hand zu geben, damit sie wissen, wie sie diese nutzen können.

Kontakt

Katja Kaunismaa, Projektleiterin, Gemeinde Kittilä, Katja.Kaunismaa@kittila.fi

Susanna-Sofia Keskinarkaus, Beauftragte für das öffentliche Auftragswesen, regionale Organisation der Unternehmen in Lappland, susanna-sofia.keskinarkaus@yrittajat.fi

63. Nationales Gesetz über das öffentliche Auftragswesen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Bulgarien

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Landesregierung, Bulgarien

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Bulgarien hat eine nationale Politik zur Förderung und Unterstützung sozialwirtschaftlicher Unternehmen für Menschen mit Behinderungen verabschiedet. Im Rahmen dieser Politik verabschiedete die nationale Regierung 2016 ein Gesetz zur Unterstützung von Unternehmen, die im Rahmen öffentlicher Aufträge mit Menschen mit Behinderungen arbeiten.

Die in Artikel 12 des bulgarischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen verankerte Bestimmung wurde im Einklang mit der Richtlinie 2014/24/EU, insbesondere in Bezug auf Artikel 20 über vorbehaltene Aufträge, ausgearbeitet. In den Vergabevorschriften ist eine Liste von mehr als 100 Waren und Dienstleistungen festgelegt, die an spezialisierte Unternehmen, Genossenschaften oder Wirtschaftseinheiten vergeben werden, deren Hauptziel die soziale und berufliche Integration von Menschen mit Behinderungen oder benachteiligten Personen ist.

Die Liste kann bei Bedarf aktualisiert werden, und es wurde ein nationales Register für spezialisierte Unternehmen und Genossenschaften eingerichtet. Der Vorbehalt gilt auch für Unternehmen, die gleichwertige Bedingungen nach dem Recht eines anderen EU-Mitgliedstaats erfüllen.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Liste der Waren und Dienstleistungen wurde von einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe, der Experten der bulgarischen Regierung und der nationalen Vertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderungen angehörten, nach einem partizipatorischen Ansatz erstellt. Die endgültige Liste umfasst 103 Produkte und 14 Dienstleistungssektoren in den folgenden Kategorien:

- Produktkategorien: Bekleidung und Arbeitskleidung; Polyethenerzeugnisse; Müllsäcke; Rollläden, Broschüren und Papierprodukte; reflektierende Sicherheitswesten; Küchenutensilien; Reinigungsmittel; Luft- und Gasfilter; Container
- Dienstleistungskategorien: Druckdienstleistungen und digitale Dienstleistungen; Wäschereidienstleistungen

Seit Inkrafttreten des Gesetzes wurden die neuen Bestimmungen in mehreren Fällen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge angewandt. So veröffentlichte zum Beispiel die Stadt Gabrowo am 13. August 2019 eine Ausschreibung für die Beschaffung von Broschüren und Papierprodukten mit einem Gesamtauftragswert von 20 250 EUR. Von den vier Unternehmen, die ein Angebot einreichten, waren drei im nationalen Register für spezialisierte Unternehmen und Genossenschaften von und für Menschen mit Behinderungen eingetragen und wurden daher bei der Auftragsvergabe bevorzugt.

Ein weiteres Beispiel ist die Ausschreibung für die Produktion und Lieferung von Arbeits- und Spezialkleidung, die von STOLICHEN AVTOTRANSPORT LTD, dem öffentlichen Verkehrsunternehmen von Sofia, im Jahr 2018 durchgeführt wurde. Der Auftragswert belief sich auf insgesamt 205 128 EUR. In diesem Fall handelte es sich bei allen Bietern um eingetragene spezialisierte Unternehmen im Sinne der nationalen Bestimmungen.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Das Ziel der Liste von Produkten und Dienstleistungen ist es, ein günstiges und integratives Umfeld für spezialisierte Unternehmen auf nationaler Ebene zu fördern. Diese Initiative beruht auf der Idee, dass der öffentliche Sektor durch die Vergabe öffentlicher Aufträge als Hebel für mehr Geschäftsmöglichkeiten für sozialwirtschaftliche Unternehmen im ganzen Land fungieren und somit mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen fördern kann.

Die Liste wurde im Rahmen des nationalen Gesetzes für Menschen mit Behinderungen erstellt, das den Staat und die lokalen Behörden dazu verpflichtet, die Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen zu fördern, indem entsprechende wirtschaftliche Anreize und finanzielle Erleichterungen geschaffen werden, einschließlich Möglichkeiten zur Umsetzung von sozialen Initiativen. Diese Maßnahmen sollten die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit fördern, die Beschäftigungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen in spezialisierten Arbeitsumgebungen erhöhen und ihr Ausbildungs- und Beschäftigungsniveau verbessern, wobei finanzielle und wirtschaftliche Zwänge überwunden werden.

Nach den neuen bulgarischen Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen können Wirtschaftsteilnehmer bei der Vergabe vorbehaltener öffentlicher Aufträge bevorzugt werden, wenn mindestens 30 % ihrer Beschäftigten Menschen mit Behinderungen sind. Die zuständigen Behörden müssen die Einhaltung von Artikel 20 der Richtlinie 2014/14/EU bei Angeboten überprüfen, deren Wert über dem Schwellenwert liegt.

Überprüfung

Die Einhaltung der Vorschriften wird durch regelmäßige Kontrollen im öffentlichen Register der spezialisierten Unternehmen und Genossenschaften von und für Menschen mit Behinderungen überprüft. Bei jeder einzelnen Auftragsvergabe prüft ein zuständiger Beamter der Landesregierung die Konformität des gelieferten Produkts und die Ausführung des Auftrags gemäß den in den Auftragsunterlagen festgelegten sozialen und technischen Bestimmungen.

Rechtsinstrument

- Artikel 20 (Vorbehaltene Aufträge) der Richtlinie 2014/14/EU
- Artikel 12 des bulgarischen Gesetzes über das öffentliche Auftragswesen

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Landesregierung Bulgarien
- Politischer Entscheidungsträger: bulgarische Agentur für Menschen mit Behinderungen
- Zentrale Beschaffungsstellen und damit verbundene regionale Agenturen
- Bulgarisches Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik, das an der Erstellung der Liste der Produkte und Dienstleistungssektoren beteiligt ist, die für vorbehaltene Aufträge für sozialwirtschaftliche Unternehmen infrage kommen
- Bulgarische Gemeinden, die sich verpflichtet haben, die im Rahmen der nationalen Politik zur Verfügung stehenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen zu nutzen; dazu stellen sie sicher, dass die in der Liste aufgeführten Produkte und Dienstleistungen im Rahmen vorbehaltener Aufträge beschafft werden

Soziale Auswirkungen

- Die Maßnahmen zur sozialen Inklusion von Menschen mit Behinderungen haben in Bulgarien beständige Ergebnisse erbracht. Bis Februar 2020 wurden 233 Unternehmen oder Genossenschaften mit Menschen mit Behinderungen unter Vertrag genommen, die mehr als 2500 Angestellte und Arbeiter beschäftigen, von denen mindestens 30 % Menschen mit

Behinderungen sind (gemäß der gesetzlichen Anforderung für die Eintragung in das nationale Register).

- Das Ergebnis der nationalen Politik ist eine Erhöhung der Zahl der Unternehmen und Genossenschaften, die mit Menschen mit Behinderungen arbeiten, sowie eine Verbesserung der Qualität der von ihnen gelieferten Produkte bzw. erbrachten Dienstleistungen. Ferner hat die Verbesserung der Bedingungen für Sozialunternehmen dazu geführt, dass mehr Menschen mit Behinderungen eine Beschäftigung finden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Sozialpolitik Bulgariens beruht in hohem Maße auf der öffentlichen Überprüfung der Validität der Unternehmen, die im nationalen Register für spezialisierte Unternehmen eingetragen sind. Eine regelmäßige Aktualisierung der Liste der Waren und Dienstleistungen ist von entscheidender Bedeutung.
- Was den ersten Punkt betrifft, so bestand eine große Herausforderung in der Entwicklung eines soliden Mechanismus zur Überprüfung der Unternehmen vor ihrer Eintragung sowie in der laufenden Überwachung der eingetragenen Unternehmen. Diese Kontrollen werden auch in Zukunft fortgesetzt, wobei die Intensität und die Methoden der Überprüfung verstärkt werden sollen.
- Außerdem befinden sich die spezialisierten Unternehmen aufgrund der Neuartigkeit des Verfahrens noch in einer Lernphase. Demnach entspricht die Qualität des Endprodukts bisweilen nicht den Erwartungen. Dies könnte auch darauf zurückzuführen sein, dass die gelisteten spezifischen Produkte oder Dienstleistungen die Kapazitäten und Fähigkeiten der entsprechenden eingetragenen spezialisierten Unternehmen widerspiegeln müssen.

Kontakt

Todor Popov, Rechtsberater Stadt Gabrowo, t.popov@gabrovo.bg, 0035906681830

64. Die Strategie von Valladolid zur Förderung eines sozial effizienten öffentlichen Auftragswesens: strategisch, ehrlich und nachhaltig

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Valladolid, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: alle (Politik)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Das Hauptziel der Strategie „Anweisung 1/2018 zur Förderung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge – strategisch, ehrlich und nachhaltig – in der Stadt Valladolid und den lokalen öffentlichen Einrichtungen“²⁰ ist es, ein neues System für die Vergabe öffentlicher Aufträge zu entwickeln, das „effizienter, transparenter und ehrlicher“ ist. Die Strategie zielt darauf ab, Korruption zu verhindern und die Transparenz durch mehr Öffentlichkeit bei Ausschreibungen, schnelle Entscheidungen und die Gewährleistung der Gleichbehandlung aller Bieter zu verbessern. Ein weiteres Ziel ist es, die vorhandenen Ressourcen für das öffentliche Auftragswesen zu nutzen, um die auf europäischer und nationaler Ebene getroffenen öffentlichen Maßnahmen in den Bereichen Soziales und Umwelt, wirtschaftliche Entwicklung sowie Förderung von Innovationen und KMU umzusetzen.

Auf KMU entfallen in Spanien 61,3 % des Mehrwerts und beinahe 72 % der Gesamtbeschäftigung²¹, und ein erheblicher Teil der KMU sind in der Sozialwirtschaft angesiedelt. In Anbetracht dieses wirtschaftlichen Umfelds und des Mehrwerts, den sozialwirtschaftliche Unternehmen sowohl im Hinblick auf soziale Innovation als auch auf die Inklusion von ausgegrenzten Gruppen erbringen, war die Stadt Valladolid bestrebt, den Zugang von KMU zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten zu verbessern und den Arbeits- und Sozialschutz zu stärken.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit seiner Strategie verfolgt die Stadt Valladolid das allgemeine Ziel, die Verfahren zu vereinfachen und die Vorschriften für das öffentliche Auftragswesen strategischer einzusetzen, um den Zugang von KMU und sozialwirtschaftlichen Unternehmen zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten zu fördern und eine sozial und ökologisch nachhaltige öffentliche Beschaffung zu gewährleisten.

Alle öffentlichen Aufträge sind auf die Erreichung der folgenden Ziele ausgerichtet, und die Ausschreibungen enthalten mindestens zwei soziale Ziele, die durch die oben genannten Sozialklauseln umgesetzt werden sollen:

- Förderung der beruflichen Integration von Personen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen (oder bedroht) sind, und von Personen mit besonderen Schwierigkeiten beim Zugang zur Beschäftigung, insbesondere Menschen mit Behinderungen
- Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten unter besonderer Berücksichtigung der Lohngleichheit, der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Personen (LGBTI-Personen) sowie der Beseitigung sexistischer Maßnahmen in ästhetischen Kleiderordnungen
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gruppen, die größere Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt haben, insbesondere Frauen, junge Menschen, Personen über 45 Jahre und Langzeitarbeitslose

²⁰ <https://www.valladolid.es/es/ayuntamiento/normativa/instruccion-1-2018-impulsar-contratacion-socialmente-eficie.ficheros/475710-INSTRUCCIONContrataci%C3%B3n%20eficiente%20y%20estrat%C3%A9gica.docx.pdf>

²¹ Europäische Kommission, *Informationsblatt Initiative für kleine und mittlere Unternehmen in Europa („Small Business Act“ für Europa)*. Spanien 2019.

- Gewährleistung der Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in der gesamten Produktionskette, des fairen Handels und einer größeren Transparenz und Rückverfolgbarkeit der gesamten Lieferkette

1. *Maßnahmen zur sozialen Inklusion und zur Wahrung sozialer Normen:*

- Bei jeder beschafften Dienstleistung oder Lieferung muss gewährleistet sein, dass die Hersteller und/oder Anbieter die Kernarbeitsnormen und Sozialstandards der IAO einhalten. Konkrete Maßnahmen zur Einhaltung dieser Standards sowie die universelle Zugänglichkeit werden bei der Gestaltung jedes Auftrags berücksichtigt. Um die berufliche Integration von Personen aus benachteiligten oder diskriminierten Gruppen zu fördern, werden Zuschlagskriterien und Ausführungsbedingungen in die Verträge aufgenommen. Alle Bieter, die ein Angebot einreichen, müssen eine „Verantwortungserklärung“ (ein Dokument, in dem sie darlegen, wie sie die IAO-Kernübereinkommen einhalten) sowie einen Nachweis über einschlägige soziale Gütezeichen (gemäß Artikel 47 der Strategie) vorlegen.
- Die Strategie sieht vor, dass soziale Ziele in den Auftrag aufgenommen werden, sofern diese Ziele parallel zur Ausführung des Auftrags erreicht werden können und mit dem Auftragsgegenstand vereinbar sind. Die kommunalen Behörden führen vor der Veröffentlichung der Ausschreibung eine Studie durch, um zu untersuchen, welche sozialen Aspekte es zu berücksichtigen gilt.
- Die Bewertung der sozialen Aspekte erfolgt vorzugsweise durch ein mathematisches System. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist, muss der Bieter einen Sozialplan für die Ausführung des Auftrags vorlegen. Dieser Plan sollte konkrete Vorschläge enthalten, die Folgendes betreffen:
 - Neueinstellungen von Personen aus Gruppen mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies sollte nicht dazu führen, dass andere Mitarbeiter des Unternehmens entlassen werden oder ihre Arbeitszeit reduziert wird. Frauen, die Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt geworden sind, und die LGBTI-Gemeinschaft werden unter der Kategorie „Gruppen mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt“ besonders berücksichtigt.
 - Programm zur Sicherung des Arbeitsplatzes der Arbeitnehmer, die den Auftrag materiell ausführen.
 - Konkrete Maßnahmen zur Gewährleistung der Arbeitssicherheit sowie der Gesundheits- und Sicherheitsstandards während der Auftragsausführung; konkrete Maßnahmen zur Schulung der an der Ausführung des Auftrags beteiligten Arbeitnehmer (Qualifikationen), Plan zur beruflichen Gleichstellung, mit dem gleiche Arbeitsbedingungen für Männer, Frauen und Personen mit einer anderen Geschlechtsidentität gewährleistet werden, sowie Plan zur Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben.
 - Bei der Vergabe von Unteraufträgen sollten geschützte Werkstätten, Sozialunternehmen oder andere sozialwirtschaftliche Unternehmen wie Genossenschaften, aber auch Selbstständige und KMU im Allgemeinen bevorzugt werden.

Diese im Sozialplan enthaltenen konkreten Vorschläge werden als wesentliche vertragliche Verpflichtungen betrachtet. Die Nichteinhaltung dieser Vorschläge zieht Sanktionen oder die Beendigung des Vertrags nach sich.

2. *Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung von KMU, einschließlich sozialwirtschaftlicher Unternehmen:*

- Um KMU auf die Teilnahme an Ausschreibungen vorzubereiten, veröffentlicht die Stadt einen Jahresplan über ihren öffentlichen Beschaffungsbedarf. Dieser wird dann an die Wirtschaftsteilnehmer weitergegeben. Zu diesem Zweck bietet die Stadt auch gezielte Schulungen und Kapazitätsaufbau für lokale KMU an, um ihnen zu zeigen, wie sie sich elektronisch an einer Ausschreibung beteiligen und wie

sie sich auf eine Ausschreibung vorbereiten können, insbesondere in Bezug auf Online-Ausschreibungen.

- Die im spanischen Gesetz über das öffentliche Auftragswesen (9/2017) festgelegte Frist für die Einreichung von Angeboten wird um fünf Tage verlängert. Die Zahl der Bewerbungsunterlagen und ihre Länge werden bei den Ausschreibungen reduziert, um den KMU die Teilnahme zu erleichtern, insbesondere unter Berücksichtigung der Tatsache, dass sich auch KMU mit geringen Kapazitäten um Aufträge bewerben können.
- Die Strategie sieht vor, dass vorherige Marktkonsultationen mit Sachverständigen und Wirtschaftsteilnehmern durchgeführt werden, um das Vergabeverfahren auf den Bedarf und die Ziele abzustimmen, die die Stadt durch ihre öffentliche Auftragsvergabe erreichen will, und um die Bereitschaft des Marktes (insbesondere von KMU) zur Teilnahme am Vergabeverfahren zu bewerten.
- Um KMU den Zugang zu Aufträgen zu erleichtern, sieht die Strategie die Unterteilung in Lose auf der Grundlage funktionaler, geografischer und/oder wirtschaftlicher Kriterien vor (Artikel 33 der Strategie). Die Stadt sieht bei ihren öffentlichen Vergabeverfahren die Unterteilung in Lose als allgemeine Vorschrift vor; Ausnahmen werden auf ein Minimum beschränkt. Darüber hinaus wird die Stadt bevorzugt KMU zur Teilnahme an nicht veröffentlichten Ausschreibungen unterhalb des Schwellenwerts auffordern.
- In ihrem Jahresplan legt die Stadt fest, dass 8–10 % der öffentlichen Aufträge für Unternehmen für Arbeitsintegration und geschützte Werkstätten vorzubehalten sind (Artikel 46 der Strategie). In diesem Prozentsatz nicht enthalten sind vorbehaltene Aufträge für soziale, kulturelle und gesundheitliche Dienstleistungen, die von Unternehmen und Organisationen der Sozialwirtschaft erbracht werden. Aufträge unterhalb des EU-Schwellenwerts, die im Rahmen eines Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung vergeben werden, sind ebenfalls KMU vorbehalten, insbesondere sozialwirtschaftlichen Unternehmen und Unternehmen, die im Rahmen von Programmen der Stadt gegründet wurden (Artikel 39 der Strategie).
- Die Stadt garantiert, dass die Auftragnehmer die Vergütung 30 Tage nach Ausstellung der Rechnung erhalten. Darüber hinaus wird der öffentliche Auftraggeber alle erforderlichen Maßnahmen ergreifen, um sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer vom Auftragnehmer fristgerecht bezahlt werden. Diese Maßnahme trägt der Tatsache Rechnung, dass viele KMU, insbesondere die in der Sozialwirtschaft angesiedelten, in der Regel nicht über nennenswerte liquide Mittel verfügen, sodass ein zuverlässiger und schneller Zahlungseingang nach Vertragsabschluss dazu beiträgt, dass sie nicht untergehen.

Überprüfung

- Es wird ein Vertragsmanager ernannt, um die Erfüllung der funktionalen Anforderungen, die Qualität, den Preis und die Dauer der vertraglich festgelegten Bau- oder Dienstleistungen zu überwachen. Der Vertragsmanager kann genaue Anweisungen erteilen und Kontrollen der betrieblichen Tätigkeiten durchführen, die zu dokumentieren und dem öffentlichen Auftraggeber und der Aufsichtsbehörde zu melden sind.
- Die in den Ausschreibungsunterlagen enthaltenen oder vom Bieter vorgeschlagenen sozialen Aspekte werden von dem für den Auftrag zuständigen städtischen Beamten überprüft. Jede Partei kann eine Beschwerde einreichen, wenn der beauftragte Anbieter seinen sozialen Verpflichtungen nicht nachkommt (Artikel 60 der Strategie).

Rechtsinstrument

- Artikel 18 Absatz 2 sowie Artikel 20, 40, 43, 46, 67, 70 und 77 der Richtlinie 2014/24/EU

Auftragswert

Der Wert der Aufträge im Rahmen der Strategie hängt von den spezifischen Waren und Dienstleistungen ab, die ausgeschrieben werden. Als allgemeine Angabe: Im Jahr 2019 beliefen sich die Gesamtausgaben der Stadt auf 74 383 477,69 EUR.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber und Urheber der Strategie: Stadt Valladolid

Die folgenden Akteure haben die Entwicklung der Strategie unterstützt:

- Verschiedene relevante Ebenen der spanischen Regierung
- Der spanische Verband der sozialwirtschaftlichen Unternehmen (Confederación Empresarial Española de Economía Social, CEPES) der über Maßnahmen zur Förderung der Beteiligung von KMU beraten hat
- Internationale und nationale NRO
- Beobachtungsstellen für das öffentliche Auftragswesen
- Stiftungen
- Öffentliche Unternehmen
- Verbände lokaler Gebietskörperschaften

Soziale Auswirkungen

- Zwischen 8 und 10 % aller Aufträge sind geschützten Werkstätten vorbehalten, die in Spanien verpflichtet sind, mindestens 70 % Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen, sowie Unternehmen für Arbeitsintegration, die in der Region Kastilien und León mindestens 30 % Personen beschäftigen, die von sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind.

Sonstige Vorteile

- Dank dieser Strategie konnte die Stadt Valladolid den nationalen Durchschnitt für die Gesamtzahl der an KMU vergebenen Aufträge verdoppeln. Im Jahr 2016 wurden 75 % aller Aufträge an KMU vergeben; im Jahr 2017 waren es 79 %. Im Jahr 2019 stieg der Anteil von KMU an der Gesamtzahl der erfolgreichen Bieter auf 81 %, was 51 % des Beschaffungsbudgets der Stadt ausmachte.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Die folgenden Punkte waren ausschlaggebend für den Erfolg der öffentlichen Beschaffungsstrategie von Valladolid:

- Die Planung, die Vorbereitung der Ausschreibung und die anschließende Überprüfung ihrer Durchführung haben sich als die wichtigsten Aspekte für eine erfolgreiche sozial verantwortliche und nachhaltige Vergabe öffentlicher Aufträge erwiesen. Dies erfordert jedoch einen ausreichenden Einsatz von Zeit und Personal.
- Um sicherzustellen, dass die Kriterien und Verpflichtungen vom Anbieter erfüllt werden, wird jeder Auftrag durch ein strenges Überprüfungssystem verfolgt. Darüber hinaus müssen die Sanktionen

bei unvollständigen Arbeiten/Dienstleistungen (einschließlich der Nichteinhaltung sozialer und ökologischer Kriterien) erheblich sein und konsequent durchgesetzt werden.

- Die Professionalisierung sowohl der öffentlichen Auftraggeber als auch der Wirtschaftsteilnehmer ist von entscheidender Bedeutung, insbesondere um die Teilnahme von KMU an öffentlichen Vergabeverfahren zu gewährleisten.
- Durch die Verwendung eines offen zugänglichen und wiederverwendbaren Musters für Auftragsunterlagen kann Zeit gespart und die Kohärenz der öffentlichen Beschaffungsverfahren der Stadt (einschließlich der angewandten sozialen und ökologischen Kriterien) gefördert werden; diese Muster können KMU auch besser darauf vorbereiten, was bei der Ausschreibung von ihnen erwartet wird.
- Von allen Maßnahmen der Strategie ist die wirksamste Maßnahme für die Beteiligung von KMU an öffentlichen Aufträgen die Unterteilung von öffentlichen Aufträgen in Lose, wobei nicht mehr als ein Drittel der Lose an ein und dasselbe Unternehmen vergeben werden kann. Diese Maßnahme ist jedoch auch schwierig umzusetzen, da sich die öffentlichen Auftraggeber und die technischen Teams gegen eine Änderung der Arbeitsmethode sträuben, da dies in der Regel eine Unterbrechung der Routine, mehr Arbeit, mehr Überwachung und wesentlich mehr Koordinierung (für die Unterteilung von Aufträgen in Lose) erfordert.

Kontakt

*José Manuel Martínez Fernández, stellvertretender Generalsekretär des Stadtrates Valladolid,
jmmfernandez@ava.es*

65. Rahmen für die sozial verträgliche Auftragsvergabe in Vancouver

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Vancouver, Kanada

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung und Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Vancouver war eine der ersten Städte Kanadas, die sich 2015 mit der Verabschiedung der Strategie für eine gesunde Stadt (Healthy City Strategy, 2015–2018) und dem zugehörigen Aktionsplan für eine sozial verträgliche Auftragsvergabe einsetzte. Der Aktionsplan enthielt die Verpflichtung zur:

- „Förderung der Entwicklung und/oder Verbesserung des Rahmens für die sozial verträgliche Vergabe öffentlicher Aufträge unter den Mitgliedern des Leadership Table“ sowie zur
- „Schaffung eines formalen Rahmens für die sozialverträgliche Vergabe öffentlicher Aufträge als Leitfaden für die Beschaffungspraktiken der Stadt Vancouver“.

Im April 2019 billigte der Stadtrat zusammen mit der Stadtverwaltung den Rahmen für die sozialverträgliche Vergabe öffentlicher Aufträge. Der Rahmen sollte als Orientierungshilfe für die sozial orientierte Beschaffung und für gemeinnützige Vereinbarungen dienen, einschließlich Grundsätzen, Parametern für Umfang und Größe von Initiativen, Messgrößen und Zielen. Durch den Rahmen werden die Ausgaben der Stadt sozial verträglich, „während sie zu breiteren Ergebnissen im Zusammenhang mit den Strategien, Zielen und Prioritäten der Stadt beitragen“. Dies soll durch Leitlinien für die Auftragsvergabe erreicht werden, die darauf abzielen, die Vielfalt in der Lieferkette zu erhöhen und gleichzeitig die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Kapazitäten durch den Zugang zu Beschäftigung und durch Arbeitnehmerrechte zu verbessern.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Der Rahmen beschreibt mehrere verschiedene Ansätze für die sozialverträgliche Auftragsvergabe:

- Aufbau von Kapazitäten und Ermutigung sozialer/diversifizierter Unternehmen, sich um Aufträge zu bewerben
- Anwendung von sozial ausgerichteten Bewertungskriterien (Zuschlagskriterien)
- Anwendung von Vertragsklauseln auf der Grundlage von Marktconsultationen, die bessere und faire Beschäftigungspraktiken gewährleisten

Um die Vielfalt in der Lieferkette zu erhöhen, nutzt die Stadt Ansätze wie eine gründliche Bewertung der Verfügbarkeit und der Kapazitäten der Anbieter, um Möglichkeiten für soziale/diversifizierte Unternehmen zu ermitteln und mehr über ihre soziale/diversifizierte Anbieterbasis zu erfahren. Ein Unternehmen gilt als sozial/diversifiziert, wenn es über eine anerkannte Zertifizierung verfügt und/oder traditionell ausgegrenzten Gruppen wie Frauen, Ureinwohnern, Menschen mit Behinderungen oder bisexuellen, transgeschlechtlichen, queeren und intergeschlechtlichen Personen (LGBTQ+-Personen) gehört oder von diesen betrieben wird. Wird eine Möglichkeit erkannt, bemüht sich die Stadt sicherzustellen, dass diese Unternehmen davon Kenntnis erhalten und sich an der Auftragsvergabe beteiligen können.

Bis 2023 sollen 50 % der Aufträge und 50 % des Auftragswerts an soziale/diversifizierte Unternehmen in Dienstleistungskategorien wie professionelle Dienstleistungen, Beratung, Personalwesen, Gebäudewartung, Handwerk, Reparaturen und technisches Fachwissen/Beratung gehen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Rahmens für die sozialverträgliche Auftragsvergabe sind die Maßnahmen, die ergriffen werden, um die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die Kapazitäten der Bürger vor Ort durch

den Zugang zu Beschäftigung und durch Arbeitnehmerrechten zu verbessern. Dazu gehören Leitlinien zur Förderung der Beschaffung von Dienstleistungen, die:

- ethisch ist, z. B. im Hinblick auf Arbeitsnormen, fairen Handel, Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer,
- durch die Beteiligung von unterbeschäftigten, arbeitslosen und unterrepräsentierten Personengruppen zur Förderung der Vielfalt in der Belegschaft beiträgt,
- durch menschenwürdige Arbeitsbedingungen, Mitarbeiterentwicklung und Sozialleistungen zur Förderung des wirtschaftlichen Wohlergehens beiträgt.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Ziele der sozial verträglichen Auftragsvergabe in Vancouver sind folgende:

- Förderung der Gesundheit und des Wohlergehens der Gemeinschaft
- Ausbau und Verbesserung der wirtschaftlichen Möglichkeiten für soziale und diversifizierte Unternehmen
- Verbesserung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der Kapazitäten von unterbeschäftigten, arbeitslosen und unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen

Rechtsinstrument

Der Rahmen für die sozialverträgliche Auftragsvergabe wurde im April 2019 vom Stadtrat und der Stadtverwaltung gebilligt und hat folgende Auswirkungen:

- Organisationsweite Governance im Einklang mit den Zielen im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit und dem Engagement für diese Ziele, mit eingebetteter Eigenverantwortung und Integration in den öffentlichen Beschaffungsprozess
- Verständnis für seine Bedeutung und Ausrichtung als Instrument zur Unterstützung der langfristigen sozialen Prioritäten der Stadt und zur Erzielung eines Gesamtwerts einschließlich der Ergebnisse im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit, Gerechtigkeit und Abstimmung
- Erzielung eines unterschiedlichen Maßes an Sozialverträglichkeit je nach Beschaffungsvorhaben auf unterschiedliche Weise und innerhalb unterschiedlicher Fristen

Soziale Auswirkungen

Die sozialverträgliche Auftragsvergabe wird als langfristige Investition in die Zukunft gesehen, mit dem Ziel, durch die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge eine gerechtere und inklusivere Gemeinschaft und Wirtschaft zu erreichen. Die Ergebnisse werden von den Ämtern verfolgt, die für die Überwachung von Gerechtigkeit, Armutsbekämpfung, Obdachlosigkeit usw. zuständig sind. Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass diese Auswirkungen sofort sichtbar werden.

Der Rahmen wurde im April 2019 gebilligt und bis Dezember 2019 auf mehr als ein Drittel der öffentlichen Aufträge im Wert von über 75 000 CAD (51 600 EUR) angewandt, und es wurden die folgenden sozialen Auswirkungen festgestellt:

- Eine Erfahrung, die bisher gemacht wurde, stammt aus einer Ausschreibung für Landschaftsbauarbeiten, bei der fünf soziale/diversifizierte Unternehmen zur Einreichung von Angeboten aufgefordert wurden. Von den zur Einreichung von Angeboten aufgeforderten Unternehmen, gaben drei soziale/diversifizierte ein Angebot ab, und ein soziales Unternehmen, dessen Angebot unter den Budgetvorgaben lag, erhielt den Zuschlag.

- Eine weitere Erfahrung stammt aus der Beschaffung von Dienstleistungen von Zeitarbeitsagenturen. Da diese Agenturen nur wenige interne Mitarbeiter haben, besteht die einzige Möglichkeit, den Anteil der unterrepräsentierten Bevölkerungsgruppen an der Belegschaft zu erhöhen, darin, dass die Agenturen sicherstellen, dass diese Bevölkerungsgruppen gezielt ermittelt und auch vermittelt werden. Während der Marktkonsultation teilte die Stadt den Anbietern mit, dass sie mehr Anstrengungen unternehmen sollten, um Bewerber aus unterrepräsentierten Gruppen zu finden und zu gewinnen. Die Ausschreibungsunterlagen enthielten eine Standardfrage dazu, wo und wie der Bieter seine Arbeitskräfte beschafft, um Informationen zu sammeln und das Bewusstsein zu schärfen. Die Ausschreibung enthielt auch ein Zuschlagskriterium im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit. Die Anbieter erhielten Punkte für ihren diesbezüglichen Ansatz (Geschäft, Beschaffung, Eigenkapital), die bis zu 15 % ihrer Gesamtpunktzahl ausmachen können. Es wurden mehrere Anbieter benannt, und drei von vier galten aufgrund der Eigentumsverhältnisse/Kontrolle/Zertifizierung ihres Unternehmens und/oder ihrer Arbeitsbedingungen als sozial/diversifiziert. Während der Auftragsausführung wird von allen Anbietern erwartet, dass sie über diese Praktiken Bericht erstatten.

Sonstige Vorteile

- Der Rahmen für die sozialverträgliche Auftragsvergabe ist breit gefächert und lässt Optionen zu, um die richtige Lösung für die jeweilige Beschaffung zu finden. Es werden stets Fragen zu sozialen und diversitätsbezogenen Aspekten gestellt, und die Stadt kann beschließen, sozialen Kriterien mehr Gewicht zu geben, wenn dies sinnvoll ist. Dieser flexible Ansatz ermöglicht es, in verschiedenen Beschaffungskategorien einen sozialen Mehrwert zu finden oder zusätzliche Anstrengungen im Hinblick auf soziale Aspekte einer Beschaffung zu unternehmen, wenn die Möglichkeit besteht, erhebliche Auswirkungen zu erzielen.
- Unter der Vornahme von Anpassungen kann der Rahmen auf andere Beschaffungsorganisationen übertragen werden. Dieser Rahmen wurde auch in anderen Organisationen in Kanada in Erwägung gezogen, z. B. in lokalen Gemeinden und Universitäten, in Organisationen des öffentlichen Sektors im Großraum Toronto sowie in den kanadischen Provinz- und Bundesregierungen.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Gewonnene Erkenntnisse:

- Die Stadt Vancouver wollte zunächst einmal herausfinden, was bereits unternommen wird, bevor sie Maßnahmen im Bereich der sozial verantwortlichen Auftragsvergabe beschloss. Dabei stellte sich heraus, dass viele ihrer Anbieter bereits sozial/diversifiziert waren und Aufträge gewinnen und ausführen konnten, ohne teurer zu sein.
- Ein guter Ausgangspunkt für diese Art von Rahmen ist das „Matchmaking“. Dabei sollte mit einigen wenigen Dienstleistungsbereichen begonnen und versucht werden, mit dem jeweiligen Markt zusammenzuarbeiten. Zum Beispiel können Hausmeister- und Landschaftsgestaltungsdienste gut für Sozialunternehmen geeignet sein.

Künftige Herausforderungen:

- Die Erhöhung der Gewichtung/Punkte für die Sozialverträglichkeit der Auftragsvergabe kann zu konkreteren Auswirkungen im Zusammenhang mit der Einbeziehung entsprechender Kriterien führen.
- Kleinere Beschaffungen und Aufträge, die in der Regel eine gute Option für soziale/diversifizierte Unternehmen darstellen, sind Erfolg versprechend. Allerdings sind die Ämter mit ihren bestehenden Unternehmen/Anbietern vertraut und neigen dazu, wieder mit ihnen zusammenzuarbeiten, was die Möglichkeiten einschränken kann, neue soziale/diversifizierte Unternehmen einzubeziehen, die mit unterrepräsentierten, unterbeschäftigten oder arbeitslosen Gruppen arbeiten.

Kontakt

Kim Buksa, Leiterin Nachhaltige und ethische Beschaffung (Stadt Vancouver, British Columbia, Kanada),
kim.buksa@vancouver.ca

66. Sozialrenditepolitik der Stadt Wageningen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Wageningen, Niederlande

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Wageningen hat eine Beschaffungspolitik eingeführt, nach der die Verwaltung verpflichtet ist, bei jeder Ausschreibung mit einem voraussichtlichen Wert von mehr als 50 000 EUR die Sozialrendite zu berücksichtigen. Ein fester Prozentsatz (5 %) des vereinbarten Vertragspreises jeder Beschaffung über 50 000 EUR wird für die Beschäftigung von arbeitslos gemeldeten oder arbeitsmarktfernen Personen verwendet.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Sozialrendite in den Niederlanden in das öffentliche Auftragswesen integriert werden kann. Dazu gehören die Festlegung besonderer Bedingungen für die Auftragsausführung, die Aufnahme von Zuschlagskriterien oder der Vorbehalt von Aufträgen für Unternehmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen. Für weitere Beispiele siehe die Fälle Haarlem (S. 229) oder Rotterdam (S. 134).

Gegenstand

Die Sozialrendite ist ein wichtiger Aspekt der Beschaffungspolitik der Stadt Wageningen. Die Stadt will durch die Vergabe von Aufträgen an Marktteilnehmer konkrete soziale Ergebnisse erzielen. In diesem Zusammenhang bedeutet Sozialrendite, dass die Stadt den Bietern soziale Aspekte vorgibt, die in den Verträgen festgelegt werden. Diese Bedingungen liegen im Bereich der Beschäftigungsmöglichkeiten für Arbeitsuchende.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die Anbieter werden aufgefordert, die Optionen zu beschreiben, die ihnen im Hinblick auf die Umsetzung der Sozialrendite zur Verfügung stehen. Die Bewertung der Zuschlagskriterien erfolgt durch den Betreuer der Zentralabteilung der Stadt. Nach der Auftragsvergabe ist der Betreuer der Ansprechpartner für die Umsetzung der Sozialrendite.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Für die Einbeziehung der Sozialrendite in eine Ausschreibung stehen drei verschiedene Optionen zur Verfügung, von denen der Bieter eine auswählen sollte:

- *Vertragsanforderung:* Ein fester Prozentsatz (5 %) der vereinbarten Vertragssumme eines Auftrags wird für die Einstellung von Arbeitslosen oder arbeitsmarktfernen Personen verwendet. Die Umsetzung der Anforderung kann nach der Auftragsvergabe in einem Plan zwischen dem Unternehmer und der Stadt vereinbart werden.
- *Vertragsanforderung in Verbindung mit einem Zuschlagskriterium:* Ein fester Prozentsatz (5 %) der vereinbarten Vertragssumme wird für die Einstellung von Arbeitslosen oder arbeitsmarktfernen Personen verwendet und ist als Zuschlagskriterium in der Ausschreibung enthalten.
- *Bitte um Ideen:* Die Bieter werden gebeten, einen Vorschlag für die Umsetzung der Sozialrendite vorzulegen. Dieser Vorschlag muss nicht als Zuschlagskriterium aufgenommen werden, sondern wird nach der Auftragsvergabe in Zusammenarbeit mit der Stadt genauer ausgearbeitet.

Überprüfung

Die Stadt hat die Möglichkeit, ein Bußgeld zu verhängen, in den Vertrag aufgenommen. Jedes Jahr werden die Fortschritte bei der Umsetzung der Sozialrendite überprüft. Wird der Beitrag des Bieters nicht erfüllt, ist die Stadt berechtigt, dem Bieter 5 % des Auftragswerts für die erbrachten Leistungen in Rechnung zu stellen (im Jahr 2019 wurde dieser Mechanismus einmal genutzt). Die Stadt nutzt diesen Betrag, um Initiativen zu konzipieren, die direkt zur Entwicklung oder zum Einsatz von Instrumenten zur Unterstützung von Arbeitssuchenden oder arbeitsmarktfernen Personen bei ihrer Arbeitssuche beitragen.

Der benannte Betreuer ist für die Überprüfung der Einhaltung der Verpflichtungen im Hinblick auf die Sozialrendite zuständig.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Wageningen
- Begünstigte: Arbeitssuchende (insbesondere arbeitsmarktferne Menschen)

Soziale Auswirkungen

- Die Stadt Wageningen hat sich zum Ziel gesetzt, möglichst viele Einwohner bei der Teilhabe am Arbeitsmarkt zu unterstützen.
- Die Beschaffungs- und Ausschreibungspolitik soll zu diesem Ziel beitragen, indem die Sozialrenditepolitik angewandt wird und dadurch Chancen für Menschen geschaffen werden, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind.
- Die Stadt hat sich verpflichtet, Aspekte der Sozialrendite auf alle Ausschreibungen anzuwenden, und zwar unabhängig davon, ob sich der Auftrag auf Dienstleistungen, Lieferungen oder Bauleistungen bezieht.

Sonstige Vorteile

- Weniger Bedarf an Sozialhilfeleistungen: Die Sozialrendite erhöht die Chancen von Langzeitarbeitslosen, eine bezahlte Arbeit zu finden, wodurch sie nicht mehr auf Sozialleistungen angewiesen sind.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Bei der Organisation von Marktkonsultationen sollte die Sozialrendite auf die Tagesordnung gesetzt werden.
- Der öffentliche Auftraggeber sollte einen Sozialrendite-Aktionsplan verlangen und diesen nach Möglichkeit mit dem Auftragnehmer zusammen ausarbeiten.
- Die für die Umsetzung und Überprüfung der Beschaffungspolitik im Bereich der Sozialrendite zuständigen Kollegen sollten frühzeitig einbezogen werden.
- Die Sozialrendite in jede Ausschreibung mit einem voraussichtlichen Auftragswert von über 50 000 EUR aufzunehmen, ist eine recht niedrige Hürde (5 % von 50 000 EUR sind gerade einmal 2500 EUR). Für eine stabilere Vermittlung von Arbeitssuchenden infolge der Sozialrendite, wäre es vielleicht besser, die Ausschreibungsgrenze von 221 000 EUR beizubehalten (der Betrag, ab dem man

in Europa bis 2020 ausschreiben muss). Die Dauer des Arbeitsverhältnisses hängt unter anderem vom Auftragswert ab.

Kontakt

Cynthia A. van der Roest, leitende Beraterin Beschaffung, cynthia.van.der.roest@wageningen.nl

67. Haarlems Sozialrendite-Ansatz

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Haarlem, Niederlande

Produkt oder Dienstleistungssektor: alle Sektoren, in denen Arbeitskräfte eingesetzt werden (Dienst- und Bauleistungen)

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Haarlem ist ein Vorreiter bei der Anwendung des Konzepts der Sozialrendite in Ausschreibungen, wobei die Anbieter ermutigt werden, einen sozialen Wert zu schaffen. Seit 1995 integriert die Stadt Haarlem die soziale Verantwortung von Unternehmen bzw. die Sozialrendite als besondere Bedingung für die Auftragsausführung in ihre Beschaffungen. Dies ist eine bewährte Methode zur Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit schlechten Berufsaussichten.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie die Sozialrendite in den Niederlanden in das öffentliche Auftragswesen integriert werden kann. Dazu gehören die Festlegung besonderer Bedingungen für die Auftragsausführung, die Aufnahme von Zuschlagskriterien oder der Vorbehalt von Aufträgen für Unternehmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen. Für weitere Beispiele siehe die Fälle Haarlem (S. 227) oder Rotterdam (S. 134).

Gegenstand

Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und Steigerung der Beschäftigung von Arbeitsuchenden und Menschen mit Behinderungen.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Während des Vergabeverfahrens müssen die Bieter einer besonderen Bedingung für die Auftragsausführung zustimmen, die darin besteht, 5 % des Auftragswerts zu verwenden, um die Erwerbsbeteiligung durch die Unterstützung arbeitsmarktferner Personen zu erhöhen. Dieser Betrag kann durch Beschäftigung, Praktika oder andere im Rahmen des jeweiligen Auftrags durchgeführte Tätigkeiten erbracht werden. Der Wert der geforderten Sozialrendite steht in einem angemessenen Verhältnis zum Gegenstand und zum Umfang des Auftrags: Bei Ausschreibungen für Dienst- oder Bauleistungen beträgt der Wert der Sozialrendite 5 %. Bei Lieferaufträgen mit einem geringen Arbeitswertanteil ist der Wert der Sozialrendite niedriger.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Die Initiative steht im Einklang mit den folgenden politischen Zielen:

- Beitrag zur Schaffung eines integrativeren Arbeitsmarktes
 - Erhöhung der Zahl der Einwohner, die entsprechend ihren Fähigkeiten beschäftigt werden
 - Erhöhung der Erwerbsbeteiligung arbeitsloser Einwohner
 - Senkung der Schulabbrecherquote
 - Verknüpfung von Bildung und Arbeitsmarkt

- Durch die Wiedereingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt lassen sich weitere soziale Ziele erreichen:
 - Verbesserung des lokalen Lebensumfelds und des sozialen Zusammenhalts
 - Stärkung der Eigenverantwortung von Arbeitsuchenden
 - Vermeidung und Kontrolle von Schuldenproblemen und Einsamkeit
 - Unterstützung von Sozialunternehmen und (lokalem) Unternehmertum

Überprüfung

- Berechnung des Sozialrenditewerts = Auftragswert * Sozialrendite in % (in diesem Fall 5 %).
- Berechnung des erreichten Sozialrenditewerts anhand von Standardkategoriewerten. Die Standardkategoriewerte beziehen sich auf die Tätigkeiten, die ein Auftragnehmer durchführen kann, um die Sozialrendite-Bedingung zu erfüllen. Es gibt drei Arten von Tätigkeiten: a) Anbieten von Stellen oder Praktika für Personen, die sich nicht in einem stabilen Beschäftigungsverhältnis befinden; b) Einbeziehung von Sozialunternehmen in die Auftragsausführung und c) sonstige Tätigkeiten im Hinblick auf die soziale Verantwortung von Unternehmen im Zusammenhang mit dem jeweiligen Auftrag.

Auftragswert

Die Sozialrendite kommt in allen Aufträgen mit einem Wert von 200 000 EUR oder mehr zur Anwendung. Der Prozentsatz des Auftragswerts, der für die Sozialrendite vorgesehen ist (in diesem Fall 5 %) würde einem Wert von 10 000 EUR oder mehr entsprechen.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) der Richtlinie 2014/24/EU
- Gemäß einer Verordnung des Stadtrats²² wendet Haarlem die Sozialrendite auf alle Ausschreibungen für Dienst- oder Bauleistungen mit einem voraussichtlichen Wert von 200 000 EUR oder mehr an.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Haarlem
- Begünstigte: Arbeitslose/Arbeitsuchende, Menschen mit Behinderungen

Soziale Auswirkungen

- Erhöhung der Erwerbsbeteiligungsquote: Die Sozialrendite trägt zur Erhöhung der Beschäftigungsaussichten für die Zielgruppen bei. Jedes Jahr werden Hunderte von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsprozess integriert, indem sie eine Beschäftigung oder ein Praktikum antreten.
- Soziale Verantwortung von Unternehmen: Durch die Sozialrendite wird der Markt dazu gebracht, sich zu engagieren und an der Erreichung sozialer Ziele zu beteiligen.

Sonstige Vorteile

- Weniger Bedarf an Sozialhilfeleistungen: Die Sozialrendite erhöht die Chancen von Langzeitarbeitslosen, eine bezahlte Arbeit zu finden, wodurch sie nicht mehr auf Leistungen bei Arbeitslosigkeit angewiesen sind.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

Die folgenden Parameter waren für den Erfolg der Initiative ausschlaggebend:

- Für eine erfolgreiche Umsetzung der Sozialrenditepolitik ist es äußerst wichtig, alle Beteiligten mit ins Boot zu holen. Es beginnt damit, ihre Unterstützung zu gewinnen, insbesondere die der Entscheidungsträger und des Marktes. Die politische Unterstützung gewährleistet den kontinuierlichen Einsatz der Sozialrendite bei der Auftragsvergabe der Stadt.

²² <https://haarlem.pleio.nl/file/download/48093642>

- Marktdialog und gemeinsame Interessen: Die Aufgabe wird dadurch erfüllt, dass sich der Markt an der Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zielgruppe beteiligt. Es ist wichtig, in Kontakt zu bleiben und über Möglichkeiten, Schwierigkeiten und Bedürfnisse zu sprechen.
- Praktische, flexible, einfache und klare Regeln und Vorschriften machen es den Auftragnehmern leichter, die Anforderungen hinsichtlich der Sozialrendite einzuhalten, und tragen zudem zu einer einfacheren Durchsetzung bei.

Die künftige Herausforderung besteht in der Zusammenarbeit mit den (halb-)öffentlichen Auftraggebern in der Region, z. B. anderen Städten oder Gemeinden und anderen öffentlichen Dienstleistungsorganisationen.

Kontakt

Khalil Khuwam, Betreuer und Vertragsmanager, Stadt Haarlem, kkhuwam@haarlem.nl

68. Förderung der Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben durch die Vergabe öffentlicher Aufträge

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Wien, Österreich

Produkt oder Dienstleistungssektor: verschiedene

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Wien hat über 25 Jahre Erfahrung in der Unterstützung und Förderung von Frauen und Mädchen, um die bestehenden Ungleichheiten zu bekämpfen. Die Magistratsabteilung Frauenangelegenheiten wurde 1992 eröffnet, und seither wurde ein Netzwerk von Gleichstellungsexperten und -projekten in anderen Abteilungen aufgebaut. Die Gleichstellung der Geschlechter auf allen Ebenen der Gesellschaft ist jedoch auch im Jahr 2020 noch nicht selbstverständlich. Die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern bleiben bestehen, ebenso wie die ungleiche Verteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit. Im Jahr 2019 lag der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied bei Vollzeitbeschäftigung in Wien bei 14,5 %.

Die Stadt Wien vergibt zahlreiche Aufträge, von Aufträgen für Büromaterial bis hin zu Forschungsaufträgen. Aufgrund der Größe der Stadtverwaltung ist das finanzielle Volumen dieser Aufträge beträchtlich. Mit der Anwendung des Gender Mainstreaming und der Förderung von Frauen bei der Auftragsvergabe wird gewährleistet, dass die Ausgaben auch zur Gleichstellung von Frauen und Männern in privaten Unternehmen beitragen.

Daher hat die Stadt Wien 2010 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um zu untersuchen, wie die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter mit der öffentlichen Auftragsvergabe verknüpft werden kann. Daraufhin wurden mehrere Pilotprojekte in einer wachsenden Zahl von Bereichen durchgeführt. Zu Beginn waren die Dezernate EU-Strategie und Wirtschaftsentwicklung sowie die Magistratsabteilung Beschaffung beteiligt.

Gegenstand

Die Stadt Wien hat Leitlinien für Unternehmen und Instrumente entwickelt, um diesen dabei zu helfen, den Stand der Chancengleichheit im Unternehmen zu bewerten und entsprechende Maßnahmen umzusetzen. Darüber hinaus erhalten die Beamten (alle interessierten Personen, insbesondere die Beschaffer) spezielle Schulungen, Checklisten usw.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

Die teilnehmenden Magistratsabteilungen müssen die folgenden Grundsätze einhalten:

- Bei Dienstleistungsaufträgen müssen sich die Bieter in ihren Angeboten verpflichten, innerhalb einer bestimmten Frist Maßnahmen zur Förderung von Frauen durchzuführen und einen entsprechenden Nachweis zu erbringen. Diese Bedingungen für die Auftragsausführung gelten derzeit für alle Dienstleistungsaufträge mit einer Mindestlaufzeit von sechs Monaten und einem geschätzten Wert von mindestens 50 000 EUR, die an Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten vergeben werden. Mit dieser Maßnahme befasst sich die Stadt Wien bewusst mit größeren und längerfristigen Dienstleistungsaufträgen. Auf dieser Ebene können organisatorische Veränderungen von privaten Unternehmen tatsächlich umgesetzt werden. Diese Anforderung hat keinen Einfluss auf die Bewertung und Einstufung der Angebote, ist aber eine Voraussetzung für einen Auftrag der Stadt. Die Durchführung von Frauenförderungsmaßnahmen wird erst nach der Auftragsausführung überprüft.

- Frauenförderung und Gleichstellungsaspekte gilt es bei der Bedarfsermittlung, der Beschaffungsplanung und der Spezifikation von Dienstleistungen zu berücksichtigen. Mitarbeiter, die in der Beschaffung tätig sind, müssen diesen Aspekten im Voraus Rechnung tragen. Wenn beispielsweise eine Studie in Auftrag gegeben werden soll, kann die Leistungsbeschreibung in der Ausschreibung so formuliert werden, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse und Perspektiven von Frauen und Männern berücksichtigt werden.
- Frauenförderung und Gleichstellungsaspekte können bei der Formulierung von Zuschlagskriterien zur Ermittlung des wirtschaftlich günstigsten Angebots Berücksichtigung finden. Zum Beispiel der Nachweis, dass die für die Auftragsausführung verantwortlichen Personen über eine spezielle Ausbildung im Bereich Gender Mainstreaming und Förderung von Frauen verfügen.

Sollten Beamte weitere Unterstützung benötigen, können sie an Schulungen teilnehmen, die von der Exekutivgruppe Personal und Interne Revision der Stadt Wien organisiert werden.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

- Gender Mainstreaming und Frauenförderung durch die Vergabe von Aufträgen
- Gleichstellung von Frauen und Männern in privaten Unternehmen

Überprüfung

In der Ausschreibungsphase müssen die Bieter eine Verpflichtungserklärung abgeben, in der sie erklären, ausgewählte Maßnahmen aus dem folgenden Maßnahmenkatalog umzusetzen:

- Gruppe A: Frauenförderung bei Einstellung
- Gruppe B: Frauenförderung bei Qualifizierung
- Gruppe C: Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Frauen und Männer
- Gruppe D: strukturelle Maßnahmen (z. B. Umsetzung eines Förderungsplans für qualifizierte Frauen, Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung, Bestellung von Frauenbeauftragten, Fortbildung zur Gleichstellung)

Die Bieter verpflichten sich, die gewählten Maßnahmen bis zur Mitte der Vertragslaufzeit umzusetzen und einen schriftlichen Nachweis über die Umsetzung vorzulegen. Ist eine fristgemäße vollständige Umsetzung der gewählten Maßnahmen nicht möglich, müssen die Bieter die Gründe dafür angeben. Ein Verstoß gegen die Verpflichtung zur Umsetzung der gewählten Maßnahmen kann zur Eintragung eines „schwerwiegenden Mangels“ in das österreichische Auftragnehmerregister führen.

Wird der Nachweis über die vollständige Umsetzung der gewählten Maßnahmen nicht bis zum Leistungstermin erbracht, wird eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu 1 % des Auftragswerts (maximal jedoch 10 000 EUR) fällig.

Stichprobenartige Kontrollen werden auch von der städtischen Gruppe Interne Revision sowie vom Rechnungshof der Stadt Wien durchgeführt.

Rechtsinstrument

Die Verwendung sozialer Zuschlagskriterien und Auftragsausführungsklauseln, die Gleichstellungsaspekte einschließen können, ist gemäß Artikel 67 und Artikel 70 der Richtlinie 2014/24/EU zulässig.

Von der Stadt Wien erarbeitete Richtlinien: Die formellen Verpflichtungen, die die Unternehmen unterzeichnen müssen, und der Katalog der Gender-Mainstreaming-Maßnahmen, aus dem sie wählen

können, sind abrufbar unter:
<https://www.wien.gv.at/wirtschaft/gewerbe/pdf/verpflichtungserklaerung-vergabe-frauenfoerderung.pdf>

Akteure

Das Projekt wurde 2012 und 2015 erweitert. Seit Dezember 2019 nehmen die folgenden Magistratsabteilungen an dem Projekt teil, indem sie sich an die oben genannten Grundsätze halten:

- Europäische Angelegenheiten
- Beschaffung
- Informationstechnologie
- Beleuchtung im öffentlichen Raum
- Frauenangelegenheiten
- Stadtentwicklung und Bau
- Architektur und Stadtgestaltung
- Umweltschutz
- Wirtschaft, Arbeit und Statistik

Folgende Stellen begleiten die Projektdurchführung in den Partnerabteilungen:

- Magistratsdirektion – Geschäftsbereich Organisation und Sicherheit, Dezernat Gender Mainstreaming
- Magistratsabteilung Frauenangelegenheiten
- Magistratsabteilungen Handelsrecht, Datenschutz und Zivilstand
Soziale Auswirkungen

Das Projekt wirkt sich erheblich auf die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft aus, da mit ihm Maßnahmen zur Frauenförderung und zur Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsplatz und auf dem Arbeitsmarkt sichergestellt werden. Vertragsunternehmen sind ein wichtiger Partner, wenn es um die Gleichstellung der Geschlechter in Wien geht.

Das Projekt hat Auswirkungen in Bezug auf folgende Aspekte:

- Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt
- Förderung von Frauen in Führungspositionen
- Beseitigung des Lohngefälles
- Gewährleistung des gleichberechtigten Zugangs von Frauen und Männern zu kommunalen Diensten

Das Projekt diente als Modell für andere österreichische Städte und Organisationen auf internationaler Ebene (z. B. Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)).

Sonstige Vorteile

Fakten und Zahlen:

- Die häufigsten Maßnahmen sind flexible Arbeitszeiten und die Erhöhung der Anzahl von Frauen in Führungspositionen.
- Rechtlich gesehen gab es bisher nur eine Klage, die jedoch erfolglos war.
- Alle Unternehmen haben sich an die Vereinbarung gehalten, sodass in den acht Jahren, in denen das Programm lief, keine einzige Vertragsstrafe verhängt werden musste, obwohl diese Möglichkeit im Rahmen des Projekts vereinbart wurde.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Das Projekt war ein großer Erfolg. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Unternehmen von Anfang an ausreichend unterstützt wurden. So wurden beispielsweise Workshops durchgeführt, ein Handbuch für Gleichstellungsanalysen und Maßnahmenideen zur Verfügung gestellt, und es besteht auch die Möglichkeit einer individuellen telefonischen Beratung. Selbiges gilt für die Unterstützung der für die Auftragsvergabe verantwortlichen öffentlichen Bediensteten: Es werden regelmäßig Schulungen angeboten, und in einem partizipativen Prozess wurde von Gleichstellungsexperten zusammen mit Vertretern der betroffenen Magistratsabteilungen eine Checkliste zur Gleichstellung entwickelt.
- Ein entscheidender Faktor war auch die Einbeziehung eines renommierten Rechtswissenschaftlers zur Überprüfung der Vorschriften. Dies war eine wertvolle Unterstützung, wenn Diskussionen aufkamen.
- Die Einrichtung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Projekts hat sich als sehr hilfreich erwiesen. Gleichstellungsexperten, Rechtsabteilungen und Vertreter verschiedener Magistratsabteilungen haben von Anfang an zusammengearbeitet.
- Ein Projekt wie dieses hätte ohne die umfassende politische Unterstützung nicht auf den Weg gebracht und durchgeführt werden können.

Kontakt

Laura Wimmer, Stadt Wien, laura.wimmer@wien.gv.at

69. Dialog zur Erreichung von Nachhaltigkeit in den Beschaffungsprozessen der Stadt Bremen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Freie Hansestadt Bremen, Deutschland

Produkt oder Dienstleistungssektor: Diese Methode wurde bei verschiedenen Produkten/Dienstleistungen angewandt, darunter Textilien, Arbeitsschutzkleidung, Spielzeug, Sportgeräte, Sicherheitsschuhe und -handschuhe sowie Reinigungsdienstleistungen (Politik).

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Die Stadt Bremen hat rund 570 000 Einwohner. Als Hansestadt profitiert Bremen seit 1260 vom nationalen und internationalen Handel. Diese Identität ist heute die Motivation für Bremen, den Handel fair und nachhaltig zu gestalten, damit alle Beteiligten von ihm profitieren können. Seit 2009 verfolgt die Freie Hansestadt Bremen (FHB) das Ziel, die öffentliche Beschaffung ökologisch und sozial verantwortlich zu gestalten. Ein erster Meilenstein in diesem Prozess war die erfolgreiche Bewerbung um den Titel „Fair-Trade-Hauptstadt Deutschlands“ im Jahr 2011, an der zahlreiche Akteure aus Zivilgesellschaft, Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung beteiligt waren. Seitdem tragen sie weiterhin zur Förderung und Konsolidierung des fairen Handels in der Gemeinschaft bei. Auch die Einrichtung eines Kompetenzzentrums für die sozial verantwortliche öffentliche Auftragsvergabe im Jahr 2016 hat dazu beigetragen, die konsequente Umsetzung von Nachhaltigkeitsaspekten in den Ausschreibungsverfahren der Stadt zu fördern. In den letzten Jahren lag der Schwerpunkt insbesondere auf den Produktgruppen Arbeitsschutzbekleidung, Spielzeug, Sportgeräte, Werbeartikel und Gastronomiebedarf (Kaffee, Tee, Kakao, Rohrzucker).

Sowohl im Vorfeld als auch während der Ausschreibungsverfahren für diese Produkte werden von der Abteilung Strategischer Einkauf des Einkaufs- und Vergabezentrums (EVZ) der Stadt Bremen, das für die Ausschreibungsverfahren für die zentralen öffentlichen Beschaffungen der FHB zuständig ist, Bieterdialoge sowie Workshops für Nutzer und Bieter abgehalten.

Phase der Auftragsvergabe und Kriterien

- *Bieterdialoge* dienen der Information und Sensibilisierung von potenziellen Bietern und der Nachfrageseite (Beschaffungsverantwortliche) hinsichtlich der Einbeziehung sozialer und ökologischer Kriterien in eine anstehende Ausschreibung. Wenn eine Ausschreibung für eine neue Produktgruppe geplant ist, werden intensive Recherchen (z. B. Umfragen bei lokalen Anbietern) angestellt, um mögliche Hersteller zu ermitteln. In Bremen gibt es kein automatisches Verfahren zur Bekanntmachung der Dialogveranstaltungen im Internet, obwohl mitunter Veranstaltungen auf den Websites von NRO wie Engagement Global und Südwind angekündigt werden. Für EU-weite Ausschreibungen gibt es klare Regeln, die eingehalten werden müssen, damit die Bieter genügend Zeit haben, um Angebote einzureichen und Fragen zu stellen.
- Hersteller und gegebenenfalls Lieferanten werden zu den Veranstaltungen eingeladen und erhalten anschließend einen Bericht. Die Ergebnisse der Bieter-Workshops werden in die Ausschreibungsunterlagen aufgenommen.

- An diesen Dialogen sind NRO beteiligt, die wichtige Beiträge leisten. Die Veranstaltung umfasst in der Regel Präsentationen, gefolgt von thematischen Fragen und Diskussionen. Beschrieben werden Art und Umfang des Beschaffungsbedarfs sowie die qualitativen und die sozial-ökologischen Anforderungen. NRO präsentieren die Probleme, die aus ihrer Sicht Verbesserungen in der Produktions- und Lieferkette des betreffenden Produkts oder der betreffenden Dienstleistung erfordern. Im Ergebnis sollen die Unternehmen einen ersten Eindruck vom Bedarf, von den Anforderungen und vom Ansatz zur Verbesserung der sozial-ökologischen Anforderungen in der Produktions- und Lieferkette erhalten. Der Dialog befasst sich auch mit der Frage, ob die Unternehmen in der Lage oder bereit sind, sozial-ökologische Anforderungen zu erfüllen und sich an den entsprechenden Vergabeverfahren zu beteiligen. Es ist wichtig, die Bedarfsträger der Stadt für die Anwendung sozialer und ökologischer Kriterien zu sensibilisieren.
- *Nutzer-Workshops* dienen der Information der Hauptbeschaffer sowie des EVZ über die vorhandenen Produkte potenzieller Bieter und der Sensibilisierung der Endnutzer/Nutzerorganisationen und Unternehmen für menschenrechtliche und ökologische Aspekte der Beschaffung. Im Laufe der Veranstaltung stellen mehrere Unternehmen ihre Produkte und deren Eigenschaften (qualitative, aber auch soziale und ökologische Eigenschaften) einer kleinen Gruppe von Käufern und Lieferanten vor, die sich abwechseln, damit alle Teilnehmer alle Produkte kennen lernen können.
- Im Rahmen eines *Bieter-Workshops* arbeiten der öffentliche Auftraggeber, die potenziellen Bieter und einzelne wichtige Verbraucher gemeinsam mit NRO an der Verbesserung der Leistungsbeschreibung und der Vertragsbedingungen, die der Auftraggeber bereits vorformuliert hat. Der Workshop dient dazu, dass das Ausschreibungsverfahren transparenter gestaltet und den Bedürfnissen und Fragen aller Beteiligten Rechnung getragen wird. Im Laufe des Verfahrens werden die vorbereiteten Texte unter juristischer Aufsicht erläutert und diskutiert.

In der FHB wurde die Nutzung von Dialogformaten in der Phase vor der Auftragsvergabe im Jahr 2016 vom Kompetenzzentrum für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge eingeführt. Seitdem haben verschiedene Dialoge stattgefunden, darunter insbesondere die folgenden:

- *Produktgruppe: Textilien/Arbeitskleidung*
 - Herstellerdialog für Uniformen
 - Nutzer-Workshops zu Arbeitskleidung (*Workshops, bei denen Nutzer die ausgestellte Arbeitskleidung von sechs nachhaltigen Herstellern begutachteten und ihre Anforderungen und Kommentare in einem Fragebogen festhielten. Der strategische Beschaffer nutzte diesen Fragebogen dann zur Fertigstellung der Ausschreibungsunterlagen.*)
 - Bieter-Workshop zu Arbeitskleidung
- *Produktgruppe: Spielzeug*
 - Bieterdialog zu Spielzeug (*Dialog zur Sensibilisierung von Verbrauchern, insbesondere von Mitarbeitern von Kindergärten und Kindertagesstätten, über die Arbeitsbedingungen in der Spielzeugindustrie und die Ausschreibungspraxis der FHB sowie zur ersten Kontaktaufnahme mit potenziellen Bietern.*)

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Mit den Dialogveranstaltungen und Workshops soll die Grundlage geschaffen werden, um innerhalb zentraler Rahmenvereinbarungen das Angebot an Produktgruppen, die den hohen Anforderungen einer sozial und ökologisch nachhaltigen Beschaffung entsprechen, systematisch zu erweitern.

Diese Anforderungen sind in der Kernarbeitsnormenverordnung der FHB festgelegt und wurden im Mai 2019 aktualisiert. Diese Verordnung enthält eine Liste von Produkten, die so beschafft werden müssen, dass die IAO-Kernarbeitsnormen eingehalten werden. Dies ist besonders wichtig für „sensible Produkte“, die bekanntermaßen oft unter schlechten Arbeitsbedingungen hergestellt werden.

Die Liste der sensiblen Produkte umfasst folgende Gruppen:

- Textilerzeugnisse
- Landwirtschaftliche Erzeugnisse aus dem Globalen Süden (z. B. Tee, Kaffee, Kakao usw.)
- Schnittblumen aus dem Globalen Süden
- Spielzeug und Sportbälle
- Holzerzeugnisse
- IKT-Produkte
- Lederwaren und Gerbereiprodukte

Überprüfung

Bei den Dialogformaten handelt es sich um Veranstaltungen, für die potenzielle Bieter oder die Verbraucher bzw. die Bedarfsträger der Stadt keinen Nachweis benötigen. Diese Veranstaltungen stellen eine niedrigschwellige Möglichkeit dar, Interessenträger einzubinden, die sich sonst nicht an sozial oder ökologisch verantwortlichen Beschaffungsprozessen beteiligen würden. Spezifische Anforderungen, die in den Ausschreibungen gestellt werden, unterliegen einer Überprüfung.

Auftragswert

Da verschiedene Ausschreibungen mit diesen Dialogformaten durchgeführt wurden, kann kein konkreter Auftragswert angegeben werden.

Rechtsinstrument

- Artikel 40 (Vorherige Marktkonsultationen) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Im Recht des Landes Bremen ist die Beschaffung durch das Tariftreue- und Vergabegesetz geregelt.
- Kernarbeitsnormenverordnung und die Verwaltungsvorschrift für die Beschaffung der Freien Hansestadt Bremen.

Akteure

Der Senator für Finanzen, die Senatskanzlei und Immobilien Bremen entwickeln und erweitern gemeinsam die nachhaltige und faire Beschaffung in Bremen.

- Der Senator für Finanzen ist für das öffentliche Beschaffungswesen (einschließlich nachhaltige öffentliche Beschaffung) zuständig und beauftragt Immobilien Bremen AöR (Anstalt des öffentlichen Rechts) als Dienstleisterin für die zentrale Beschaffung und die Durchführung der öffentlichen Vergabeverfahren. Das Kompetenzzentrum für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge befindet sich direkt bei Immobilien Bremen.
- Die Senatskanzlei ist für die Förderung des fairen Handels in Bremen zuständig und pflegt Partnerschaften mit Bremens Partnerstädten im Globalen Süden.
- Zielgruppen der hier beschriebenen Dialogformate sind die bremischen Ressorts, alle anderen Einrichtungen der FHB (städtische und ländliche Kommunen) und potenzielle Bieter.
- Weitere Zielgruppen sind Partner im Rahmen von öffentlich-privaten Beschaffungskonsortien sowie Zuschussempfänger, die an zentralen Beschaffungen der Stadt Bremen teilnehmen dürfen.

Soziale Auswirkungen

- Die bisherigen Erfahrungen mit diesen Dialogen haben gezeigt, dass diese dazu beitragen, den Beschaffern, Verbrauchern und Bietern ein besseres Verständnis für sozial verantwortliche Produkte und die Einbeziehung sozialer Kriterien in den Beschaffungsprozess zu vermitteln. Außerdem tragen die Dialoge dazu bei, die Zurückhaltung der Anbieter in Bezug auf die Teilnahme an Ausschreibungen mit sozialen Kriterien zu überwinden.
- Ein interner sozialer Nutzen bestand darin, dass die nachfrageseitigen Stellen die Vorteile der Rahmenvereinbarungen der zentralen Beschaffungsstelle der Stadt besser kennenlernen konnten, da diese den Bestellvorgang vereinfachen und eine Beschaffungsentscheidung zugunsten sozial verantwortlicher Produkte ermöglichen.

Sonstige Vorteile

- Die an der Beschaffung der Stadt Beteiligten haben einen entscheidenden Multiplikatoreffekt. Die Dialogformate stärken und erweitern diesen Multiplikatoreffekt durch die Entwicklung von Kompetenzen und die Information der Beschaffungsbeauftragten und der städtischen Mitarbeiter.
- Zentrale Rahmenvereinbarungen für alle Produktgruppen und Dienstleistungen werden den dezentralen städtischen Nutzern zum einfachen Abruf zur Verfügung gestellt. Auf diese Weise werden die Bedarfsträger der Stadt nachhaltig auf Produkte gelenkt, die den Kriterien der sozial verantwortlichen Beschaffung oder des fairen Handels entsprechen.
- Die entsprechenden Produkte können mit geringem Aufwand elektronisch bestellt werden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Die Dialogformate haben sich als erfolgreich erwiesen, wenn es darum geht, sowohl bei den Bedarfsträgern als auch bei den potenziellen Bietern ein größeres Verständnis für die Notwendigkeit einer sozial und ökologisch verantwortlichen Beschaffung zu schaffen.
- Die Hemmschwelle, sich an Ausschreibungen mit sozialen und ökologischen Kriterien zu beteiligen, sinkt, weil Fragen und Unsicherheiten zwischen Anbietern und dem öffentlichen Auftraggeber direkt angesprochen werden können.
- Herausforderungen ergeben sich vor allem dann, wenn eine Produktgruppe in Bezug auf nachhaltige Produktion noch nicht so sehr im Mittelpunkt steht (z. B. Spielzeug oder – in noch

stärkerem Maße – Sportgeräte), da das Verständnis für die Bedürfnisse der Beschaffer in Bezug auf eine nachhaltige Produktion sowie die Verfügbarkeit von Marktteilnehmern, die solche Produkte anbieten können, gering ist.

- Darüber hinaus stellen die finanziellen und personellen Ressourcen, die für die Durchführung der Dialogformate erforderlich sind, eine ständige Herausforderung dar, da sie zusätzlich zu den normalen Kosten für den Ausschreibungsprozess anfallen.

Kontakt

Johanna Reimers, Senatskanzlei der Freien Hansestadt Bremen, Johanna.reimers@ez.bremen.de,
+49 4213612878

70. Gewährleistung fairer Arbeitsbedingungen

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Kopenhagen, Dänemark

Produkt oder Dienstleistungssektor: Reinigung, Baugewerbe, Lebensmittel- und Verpflegungsdienstleistungen, Gesundheitswesen, Verkehr, Tagesbetreuung, Straßen und Instandhaltung

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Im Rahmen ihrer Initiative „Kopenhagen gegen Sozialdumping“ hat die Stadt Kopenhagen Maßnahmen gegen Sozialdumping ergriffen, indem sie Arbeitsklauseln in die Verträge aufnimmt, um gerechte Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeiter der für sie tätigen Anbieter und Zulieferer zu gewährleisten.

Ziel ist es, durch Auftragsausführungsbedingungen einen fairen Wettbewerb und gerechte Arbeitsbedingungen für alle zu gewährleisten, die an den Aufträgen der Stadt beteiligt sind. Es wurde eine interne Arbeitsgruppe eingerichtet, um sicherzustellen, dass Anbieter und Zulieferer die Arbeitsklausel einhalten und ihren Beschäftigten gerechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen bieten.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Gerechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen sind durch eine Arbeitsklausel Bestandteil des Vertrags mit der Stadt Kopenhagen. Einige Verträge enthalten auch Ausbildungs- und Beschäftigungsklauseln, durch die die Anbieter verpflichtet werden, Praktikanten und Lehrlinge auszubilden bzw. Arbeitslose für einen Auftrag zu beschäftigen.

Die Stadt Kopenhagen setzt sich gegen Sozialdumping ein, um Folgendes sicherzustellen:

- Gerechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, die im Auftrag der Stadt arbeiten
- Gleiche Wettbewerbsbedingungen für jedes Unternehmen, das sich um Aufträge bewirbt
- Mehr Ausbildungs- und Praktikumsplätze für junge Menschen

Überprüfung

- Die Stadt Kopenhagen hat eine neunköpfige Taskforce (von der Stadt Kopenhagen beauftragte Experten für soziale Unternehmensverantwortung) eingerichtet, die mit der Überwachung der Einhaltung der Arbeitsklauseln durch die für sie tätigen Anbieter beauftragt wurde.
- Die Taskforce legt Wert auf regelmäßige Vor-Ort-Kontrollen und ist berechtigt, bei allen Arten von Arbeitsplätzen jeder Zeit Kontrollen vor Ort durchzuführen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Anbietern, die in den Bereichen Bau, Reinigung und Verkehr tätig sind, werden genau überwacht.
- Jährlich werden rund 600 Prüfungen auf Einhaltung vorgenommen. Etwa ein Drittel sind Vor-Ort-Kontrollen, bei den restlichen handelt es sich um Untersuchungen der Arbeitsbedingungen bestimmter Arbeitnehmer auf der Grundlage von Lohnunterlagen, Arbeitszeiten, Rentenbescheinigungen, Steuerunterlagen usw.
- Die Taskforce verfolgt bei ihren Kontrollen einen risikobasierten Ansatz und konzentriert ihre Anstrengungen vorwiegend auf die Bereiche und Arbeitsplätze, bei denen das Risiko eines Verstoßes als am höchsten eingeschätzt wird. Bei Verstößen wird ein Dialog mit dem Arbeitgeber aufgenommen, und die Stadt Kopenhagen ist berechtigt, die Vergütung einzubehalten. Bleibt eine

Verbesserung aus, muss der Arbeitgeber eine Vertragsstrafe zahlen und die Stadt hat letztlich das Recht, den Vertrag zu kündigen.

Auftragswert

Diese Initiative findet Anwendung auf alle Dienstleistungs- und Bauaufträge sowie auf Fälle, in denen die Stadt Zuschüsse oder Subventionen für Projekte oder Einrichtungen zahlt.

Rechtsinstrument

- Artikel 70 (Bedingungen für die Auftragsausführung) und Artikel 71 (Vergabe von Unteraufträgen) der Richtlinie 2014/24/EU.
- Richtlinie 96/71/EG über die Entsendung von Arbeitnehmern in der durch die Richtlinie (EU) 2018/957 geänderten Fassung.
- Die entsprechenden Lohnsätze sind in den verbindlichen Kollektivverträgen zwischen der Stadt und den jeweiligen Gewerkschaften festgelegt.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Kopenhagen
- Mitarbeiter der für die Stadt Kopenhagen tätigen Anbieter und Zulieferer
- Taskforce der Stadt Kopenhagen zu Sozialdumping
- Gewerkschaften, die Kollektivverträge aushandeln

Soziale Auswirkungen

- *Bessere Entlohnung und Arbeitsbedingungen:* Die Beschäftigten der für die Stadt Kopenhagen tätigen Anbieter und Zulieferer haben Anspruch auf eine Entlohnung und Arbeitsbedingungen gemäß dem einschlägigen Kollektivvertrag und der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern, einschließlich Lohn, Ruhezeiten und Überstundenausgleich. Ihr Anspruch auf Urlaubsgeld und Versicherung nach dänischen Arbeitsrecht ist ebenfalls gewährleistet.
- *Bessere Überwachungsinstrumente:* Die Stadt Kopenhagen hat ein Pilotprojekt gestartet, bei dem sich die Arbeitnehmer beim Betreten und Verlassen des Arbeitsplatzes mit einer ID-Karte ausweisen müssen. Durch System ist es für die Taskforce der Stadt leichter, Aufträge und Arbeitgeber ins Visier zu nehmen, bei denen ein erhöhtes Risiko in Bezug auf Sozialdumping besteht, da es Informationen über die Anzahl der beschäftigten Arbeitnehmer, die Stufe in der Lieferkette, die Art der Arbeit, die Beschäftigungsform, die Arbeitszeiten usw. liefert. Ziel ist es, der Taskforce einen besseren Überblick darüber zu verschaffen, wer die Arbeiten im Rahmen der Aufträge der Stadt Kopenhagen ausführt, und den für die Stadt tätigen Hauptauftragnehmern ein Instrument an die Hand zu geben, mit dem sie ihre Zulieferer in allen Teilen der Lieferkette besser verwalten können.
- *Gezielte Durchsetzung:* Im Laufe des Jahres 2018 hat die Taskforce festgestellt, dass sich die meisten Verstöße gegen die Arbeitsklausel entlang der nachgeschalteten Lieferkette bei Unterauftragnehmern ereignen. Der Hauptauftragnehmer hat oft keinen Überblick darüber, welche Unternehmen auf den Baustellen präsent sind, was es ihm erschwert, die Einhaltung der Arbeitsklausel in der nachgeschalteten Lieferkette sicherzustellen. Dieses Bild ergibt sich selbst für Unternehmen, die sich auf angemessene Entlohnung und Arbeitsbedingungen konzentrieren und verschiedene Formen der Selbstkontrolle eingeführt haben.

Die Kontrollbemühungen basieren derzeit auf einem Risikomodell, sodass die Taskforce ihre Kontrolltätigkeit auf die Bereiche konzentriert, in denen ihrer Einschätzung nach das größte Risiko für Verstößen besteht. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Fälle von

Sozialdumping aufgedeckt werden und dass die Arbeit konformer Auftragnehmer möglichst nicht ohne Grund gestört wird.

Das risikobasierte Modell wurde von der Taskforce erstellt und wird fortlaufend aktualisiert. Das Modell trägt einer Reihe von Faktoren Rechnung, darunter Art des Unternehmens, Beschäftigungsbedingungen, Art der ausgeführten Arbeiten, frühere Verstöße der betreffenden Unternehmen usw. Die neuen, risikobasierten Kontrollbemühungen bedeuten, dass die Taskforce weitgehend Vor-Ort-Kontrollen bei den Arbeitsplätzen durchführt, an denen Aufgaben für die Stadt ausgeführt werden, insbesondere Großbaustellen.

Die physische Anwesenheit vor Ort ermöglicht einen Einblick in den Bauprozess und die Kenntnis der Unternehmen (sowohl des Hauptauftragnehmers als auch der wechselnden Unterauftragnehmer). Dies bedeutet auch, dass die Mitarbeiter des Auftragnehmers die Taskforce kennen und über die Bemühungen der Stadtverwaltung gegen Sozialdumping informiert sind.

- *Prävention:* Neben den eigentlichen Kontrollbemühungen konzentriert sich die Taskforce verstärkt auf die Präventionsarbeit, indem sie unter anderem den Dialog mit den für die Stadt tätigen Unternehmen verstärkt. Im vergangenen Jahr hat die Taskforce vier Informationstreffen für Unternehmen veranstaltet, die mehr über ihre Bemühungen gegen Sozialdumping und die Anforderungen der Stadt erfahren wollten. Das Reaktionsteam hat zudem Gespräche mit Unternehmen geführt, die ihre Bauleiter besser auf die Anforderungen der Klausel vorbereiten wollten, um für die Kontrolle gewappnet zu sein.

Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass die Anwesenheit der Taskforce an den Arbeitsorten während der Kontrollen langfristig eine präventive Wirkung hat, da das Team sichtbar ist und gezielt Material an die Unternehmen und Arbeitnehmer über ihre Kontrollbesuche verteilt.

Sonstige Vorteile

- Die Erfahrung zeigt, dass Arbeitsklauseln eine doppelte Wirkung haben: Sie tragen dazu bei, gerechte Entlohnung und Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten zu gewährleisten, die an öffentlichen Aufträgen beteiligt sind, und sie helfen, innerhalb der Organisation die Bedeutung der sozialen Verantwortung bei öffentlichen Aufträgen hervorzuheben. Arbeitsklauseln können jedoch nicht allein stehen; sie müssen durch Kontrollen und Konformitätsprüfungen ergänzt werden, vorzugsweise durch ein internes Team innerhalb der Organisation. Arbeitsklauseln in Verbindung mit regelmäßigen Kontrollen können sich positiv auswirken und zu einem fairen Wettbewerb zwischen den Anbietern beitragen.
- Die Stadt Kopenhagen möchte dazu beitragen, dass junge Menschen mehr lernen und mehr Praktika absolvieren. Daher verlangt die Stadt von den für sie tätigen Anbietern und Zuschussempfängern, dass sie nach Möglichkeit Studierende und Auszubildende beschäftigen und ausbilden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Ein Ansatz auf der Grundlage von Vor-Ort-Kontrollen durch interne Bedienstete hat sich als effektiver herausgestellt, als die Überwachung der Arbeitsbedingungen auszulagern.
- Es ist ein risikobasierter Ansatz vorzuziehen, bei dem eine Dokumentenprüfung nur dann erfolgt, wenn festgestellt wird, dass das Risiko der Nichteinhaltung der Arbeitsklausel besteht.
- Die meisten Verstöße ereignen sich entlang der nachgeschalteten Lieferkette bei Lieferanten und Unterlieferanten.
- Im Falle eines mutmaßlichen Verstoßes gegen die Arbeitsklausel ist es entscheidend, Informationen über die Identität der beschäftigten Arbeitnehmer und ihre genauen Arbeitszeiten einzuholen.

Kontakt

Eva Milsted Enoksen, Beraterin Soziale Unternehmensverantwortung, jc3y@kk.dk

71. Strategie des Stadtrats Pamplona für die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge

Name des öffentlichen Auftraggebers, Land: Stadt Pamplona, Spanien

Produkt oder Dienstleistungssektor: Politik – alle Produkte und alle Dienstleistungen.

Einführung/Ziele der Auftragsvergabe

Am 16. April 2019 hat die Stadt Pamplona eine „Anweisung zur strategischen und sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge“ verabschiedet, die von einem Leitfaden begleitet wurde, der Sozialklauseln, Überprüfungsmechanismen und Instrumente zur Messung der Auswirkungen in den Mittelpunkt der Beschaffungspraxis stellt (der Leitfaden ist [hier](#) in spanischer Sprache abrufbar). Dieser Ansatz ist bei allen von der Stadt eingeleiteten Vergabeverfahren zu befolgen und spiegelt das Engagement der Stadt wider, soziale und ökologische Kriterien durchgängig in ihre öffentliche Beschaffungstätigkeit einzubeziehen.

Die Neuausrichtung des öffentlichen Auftragswesens in Pamplona zielt darauf ab, den Nutzen öffentlicher Gelder für die Menschen zu maximieren und klare Auswirkungen in Bezug auf soziale Inklusion, Umverteilung, Gleichheit und Nachhaltigkeit zu erzielen. Darüber hinaus soll eine Verbindung zwischen Effektivität und Effizienz und der Förderung sozialer Ziele im öffentlichen Auftragswesen hergestellt werden. In diesem Zusammenhang wird bei jedem Vergabeverfahren für Bau-, Dienstleistungs- oder Lieferaufträge die Einbeziehung von Zielen wie Förderung der Gleichstellung der Geschlechter, menschenwürdige und hochwertige Arbeitsplätze, Beschäftigungsmöglichkeiten für arbeitsmarktferne Personen²³ oder Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben und an der Gesellschaft angestrebt oder geprüft. Bei der öffentlichen Auftragsvergabe wird auch eine stärkere Beteiligung von Kleinstunternehmen und KMU sowie von Akteuren der Sozialwirtschaft angestrebt, ebenso wie die Förderung der Kreislaufwirtschaft, der sozialen Verantwortung von Unternehmen und eines stärkeren sozialen und territorialen Zusammenhalts.

Sozialpolitisches Ziel und/oder Referenzstandard

Dem öffentlichen Auftraggeber kommt eine zentrale Rolle bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zu, die sozial verantwortliche Vergabe öffentlicher Aufträge in allen Verfahren zu fördern und die Umsetzung in der täglichen Beschaffungspraxis zu leiten. Dies erfolgt durch eine detaillierte Bewertung des Potenzials für Sozialklauseln in jedem Verfahren und dessen Spezifikationen.

Rechtlich untermauert wird dieser Ansatz durch die Möglichkeiten, die die regionalen Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen bieten, die mit dem nationalen Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/24/EU im Einklang stehen. Dazu zielt die Anweisung auf die Förderung der folgenden Maßnahmen ab:

Bessere Planung der Beschaffung:

- Die Planung der Vergabeverfahren, die im Laufe des Jahres eingeleitet werden sollen, ist obligatorisch.

²³ Infrage kommen Menschen mit Behinderungen, Beschäftigte in Sozialunternehmen für Arbeitsintegration und geschützten Werkstätten sowie Gruppen, die im nationalen Recht als Zielgruppen aufgeführt sind, z. B. junge Menschen, insbesondere solche mit niedrigerem Qualifikationsniveau, Frauen, Langzeitarbeitslose, Menschen über 45 Jahre, Migranten und von sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen (Artikel 30 des „Real Decreto Legislativo 3/2015, de 23 de octubre, por el que se aprueba el texto refundido de la Ley de Empleo“).

- Es können vorherige Marktkonsultationen durchgeführt werden, um das Wissen über potenzielle Anbieter und verfügbare Lösungen zu erweitern.
- Der Auftragsgegenstand kann durch soziale und ökologische Kriterien festgelegt werden.

Gewährleistung menschenwürdiger Beschäftigung:

- Es erfolgt eine Feststellung und Bewertung der Beschäftigungsbedürfnisse für den jeweiligen Auftrag:
 - Schätzung des Personalbedarfs für die Ausführung des jeweiligen Auftrags, einschließlich Qualifikation und Kosten in Übereinstimmung mit den geltenden Kollektivverträgen
 - Klare Angaben zu den Lohnkosten und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer aus früheren Verträgen, die vom neuen Auftragnehmer übernommen werden sollen (gemäß der Richtlinie 2001/23/EG über die Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer beim Übergang von Unternehmen, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen)
 - Gewährleistung direkter Zahlungen an Unterauftragnehmer und Sicherstellung, dass die Zahlungen an Auftragnehmer an die Zahlung von Gehältern an die Arbeitnehmer gebunden sind

Vereinfachung und Ermöglichung des Zugangs zu öffentlichen Aufträgen für kleinere Unternehmen

- Minimierung des Verwaltungsaufwands und der Hindernisse für die Teilnahme von Kleinunternehmen und KMU sowie lokalen Unternehmen. Diese erfolgt durch Folgendes:
 - In der Ausschreibungsphase wird von jedem Bieter als Nachweis seiner Kapazität und Zahlungsfähigkeit zur Ausführung des Auftrags eine Eigenerklärung bzw. eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (European single procurement document, ESPD) verlangt.
 - Gezielte Auswahlkriterien zur Vereinfachung der technischen, finanziellen oder beruflichen Anforderungen.
- Die Verfahren erleichtern das Einreichen gemeinsamer Angebote. Die Bieter haben die Möglichkeit, ihre Zahlungsfähigkeit durch die von anderen Unternehmen gehaltenen Mittel nachzuweisen.
- Der für den Nachweis der Zahlungsfähigkeit erforderliche Mindestjahresumsatz darf den geschätzten Gesamtwert des Auftrags nicht überschreiten, es sei denn, dies ist durch die mit den jeweiligen Bau-, Dienstleistungs- oder Lieferaufträgen verbundenen Risiken hinreichend gerechtfertigt.
- Im Rahmen der Verfahren werden die vorläufigen finanziellen Garantien für die Teilnahme an der Ausschreibungsphase so weit wie möglich reduziert oder aufgehoben. Die endgültige Garantie wird vom öffentlichen Auftraggeber nach Maßgabe des jeweiligen Auftrags festgelegt, liegt aber in jedem Fall unter 4 % des Auftragswerts. Bei vorbehaltenen Aufträgen wird grundsätzlich keine vorläufige oder endgültige Garantie verlangt, es sei denn, dies ist durch die mit dem Auftragsgegenstand verbundenen Risiken gerechtfertigt.
- Aufträge werden standardmäßig in Lose unterteilt. Die Teilnahme an bzw. die Vergabe von Losen ist für jeden Anbieter begrenzt. Bestimmte Lose werden sozialwirtschaftlichen Unternehmen vorbehalten.

Überprüfung

Die Einhaltung der sozialen Kriterien, die in dem jeweiligen Verfahren zur Anwendung kommen, wird durch Folgendes sichergestellt:

- Jede Sozialklausel, die in dem jeweiligen Vertrag enthalten ist, wird von einer Überprüfungsvorschrift begleitet. Der Prüfer bestimmt die Art des Nachweises und legt fest, in welcher Ausschreibungsphase

der Nachweis über die Einhaltung der Sozialklausel erbracht werden muss. In den Verträgen ist die Verpflichtung der Bieter, die Einhaltung der sozialen Anforderungen nachzuweisen, in jedem Fall zu präzisieren. Soziale Erwägungen sind immer als zwingende Vertragsbestimmungen zu betrachten.

- Verstöße gegen Sozialklauseln werden mit empfindlichen Vertragsstrafen geahndet und können zur Kündigung des Vertrags oder zum Ausschluss von künftigen Verfahren führen. Das vom öffentlichen Auftraggeber benannte Personal ist dafür verantwortlich, die Einhaltung der Sozialklauseln zu überprüfen, Verstöße zu melden und gegebenenfalls Sanktionen zu verhängen. Die Verträge werden erst dann abgeschlossen, wenn die Einhaltung der darin enthaltenen Sozialklauseln gemäß den vereinbarten Bedingungen erfolgt ist und überprüft wurde.

Auftragswert

Die Stadt Pamplona wendet jedes Jahr rund 80 Mio. EUR für die Vergabe öffentlicher Aufträge auf.

Rechtsinstrument

- Artikel 40 über vorherige Marktkonsultationen, Artikel 18 Absatz 2 über die verbindliche Sozialklausel, Artikel 71 über die Vergabe von Unteraufträgen, Artikel 58 über Eignungskriterien einschließlich Artikel 58 Absatz 3 über den Umsatz, Artikel 59 über die Einheitliche Europäische Eigenerklärung, Artikel 63 über die Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen, Artikel 46 über die Unterteilung von Aufträgen in Lose, Artikel 20 und 77 über vorbehaltene Aufträge, Artikel 70 über die Bedingungen für die Auftragsausführung und Artikel 73 über die Kündigung von Aufträgen.
- Die von der Stadt Pamplona erlassene Anweisung (lokale Verordnung), die zwingend einzuhalten ist, erhöht und entfaltet das soziale Potenzial im Rahmen der regionalen und nationalen Rechtsvorschriften für das öffentliche Auftragswesen.

Akteure

- Öffentlicher Auftraggeber: Stadt Pamplona
- Bieter: Unternehmen, sozialwirtschaftliche Unternehmen, Organisationen der Zivilgesellschaft

Soziale Auswirkungen

- Die Stadt Pamplona will als erste öffentliche Verwaltung in Spanien die sozialen Auswirkungen ihrer öffentlichen Beschaffungstätigkeit überprüfen und messen. Zu diesem Zweck wird jede bei einem Vergabeverfahren angewandte Sozialklausel von einer Überprüfungsmaßnahme zum Nachweis ihrer Einhaltung sowie von einem Indikator zur Messung ihrer Wirksamkeit und ihrer Ergebnisse begleitet.
- Auf diese Weise kann die Stadt die Ergebnisse und den Nutzen der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge systematisch bewerten. Die gemessenen Auswirkungen können sich beispielsweise auf Folgendes beziehen: die Zahl der beschäftigten Menschen mit Behinderungen oder Frauen, die geschlechtsspezifische Gewalt erfahren; die Einhaltung von Arbeitsnormen; die Zahl unbefristeter Verträge; den Wert der Aufträge oder Unteraufträge, die an sozialwirtschaftliche Akteure und Sozialunternehmen für Arbeitsintegration vergeben werden; die angewandten Gleichstellungsmaßnahmen und die Zahl der Personen, die davon profitieren; den Wert der beschafften fair gehandelten oder lokal hergestellten Produkte.
- Aufgrund der begrenzten Zeit der Anwendung der Anweisung ist die Berichterstattung über die sozialen Auswirkungen noch in der Entwicklung.

Sonstige Vorteile

- Diese Initiative lässt sich leicht auf andere Behörden übertragen und anwenden.

Gewonnene Erkenntnisse und künftige Herausforderungen

- Der politische Wille und die Unterstützung für eine solche Initiative sind wesentlich. Allerdings bedarf es auch einer bereichsübergreifenden Unterstützung (städtische Abteilungen und Mitarbeiter). Aus diesem Grund wurden sowohl zur Strategie als auch zum Leitfaden Schulungsveranstaltungen für Praktiker organisiert.
- Die größte Herausforderung für die Zukunft liegt in der wirksamen Überwachung der Umsetzung der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge durch die Anweisung. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, die Ziele der sozial verantwortlichen Vergabe öffentlicher Aufträge in die von der Stadt verfolgten strategischen Ziele (z. B. im Rahmen der Strategie 2030 für Pamplona) zu integrieren.

Kontakt

Herr José Costero, Direktor, Strategisches Büro, Stadtrat Pamplona, j.costero@pamplona.es
+34 948420527

TABELLE DER EINSCHLÄGIGEN SOZIALVORSCHRIFTEN

Richtlinie 2014 /24/EU	Erläuterung (Relevanz für die SRPP)	Fälle mit Verweis auf die Vorschrift
Art. 18 Abs. 2 <i>Verbindliche Sozialklausel</i>	Es müssen Maßnahmen getroffen werden, um bei der Ausführung öffentlicher Aufträge die Einhaltung des geltenden nationalen, europäischen und internationalen Sozial- und Arbeitsrechts sowie der Tarifverträge zu gewährleisten.	(5) Tschechisches Fernsehen, (8) Europäische Kommission, (20) Madrid, (25) Rumänien, (26) Toskana, (30) Tampere, (40) Katalonien, (41) Hansel, (42) BMZ Deutschland, (44) Tschechisches MoLSA, (46) Bonn, (60) Girona, (64) Valladolid und (71) Pamplona
Art. 20 <i>Vorbehaltene Aufträge</i>	Aufträge können geschützten Werkstätten/Programmen mit geschützten Beschäftigungsverhältnissen vorbehalten werden, bei denen mindestens 30 % der Arbeitnehmer Menschen mit Behinderungen oder benachteiligte Arbeitnehmer sind.	(1) Katalonien, (7) Wrocław, (18) Vendée, (21) Korfu, (22) Belgien, (26) Toskana, (27) Toledo, (28) Salamanca, (31) Oslo, (47) Madrid, (50) Rzgów, (58) Conseil Régional Grand-Est, (59) Grand Paris Sud Est Avenir, (60) Girona, (63) Bulgarien, (64) Valladolid und (71) Pamplona
Art. 40 <i>Vorherige Markt-konsultationen</i>	Es können vorherige Marktconsultationen mit den Wirtschaftsteilnehmern und unabhängigen Sachverständigen durchgeführt werden.	(1) Katalonien, (2) Helsingborg, (5) Tschechisches Fernsehen, (25) Rumänien, (31) Oslo, (32) Koto SIB, (58) Conseil Régional Grand-Est, (62) Sodankylä und Kittilä, (64) Valladolid, (69) Bremen und (71) Pamplona
Art. 42 <i>Zugänglichkeit in technischen Spezifikationen</i>	Bei jeglicher Beschaffung, die zur Nutzung durch natürliche Personen vorgesehen ist, müssen die technischen Spezifikationen so erstellt werden, dass die Kriterien der Zugänglichkeit für Personen mit Behinderungen oder der Konzeption für alle Nutzer berücksichtigt werden.	(25) Rumänien, (30) Tampere und (43) Finnische Bildungsagentur
Art. 43 <i>Gütezeichen</i>	In den technischen Spezifikationen, den Zuschlagskriterien oder den Bedingungen für die Auftragsausführung können soziale Gütezeichen verlangt werden, sofern diese bestimmten Transparenz- und Objektivitätsstandards entsprechen. Gleichwertige Gütezeichen werden ebenfalls akzeptiert.	(11) Berlin, (19) Oslo, (20) Madrid, (24) Emilia-Romagna, (42) BMZ Deutschland und (64) Valladolid
Art. 46 <i>Unterteilung in Lose</i>	Eine Unterteilung von Aufträgen in Lose ist möglich, und wird keine Unterteilung vorgenommen, muss dies in den	(1) Katalonien, (5) Tschechisches Fernsehen, (12) Ille et Vilaine, (15) Straßburg, (21) Korfu,

	Auftragsunterlagen oder im Vergabevermerk erläutert werden.	(26) Toskana, (45) Gent, (62) Sodankylä und Kittilä, (64) Valladolid und (71) Pamplona
Art. 56 Abs. 1 <i>Grundsätze für die Vergabe von Aufträgen</i>	Öffentliche Auftraggeber können entscheiden, einen Auftrag nicht an den Bieter mit dem wirtschaftlich günstigsten Angebot zu vergeben, wenn das Angebot nicht den geltenden Verpflichtungen gemäß Artikel 18 Absatz 2 genügt.	
Art. 57 Abs. 4 <i>Ausschlussgründe</i>	Bieter können ausgeschlossen werden, wenn der öffentliche Auftraggeber auf geeignete Weise Verstöße gegen geltende Verpflichtungen gemäß Artikel 18 Absatz 2 nachweisen kann.	(16) Skien, (25) Rumänien, (34) Brescia und (60) Girona Zentralisierte Beschaffung, (52) Girona
Art. 58/ Anhang XII <i>Lieferkettenmanagement</i>	Die Bieter können aufgefordert werden, die Lieferkettenmanagementmaßnahmen anzugeben, die sie im Rahmen des Vertrags anwenden können.	(44) Tschechisches MoLSA und (71) Pamplona
Art. 67 <i>Zuschlagskriterien</i>	Die Zuschlagskriterien können sich auf soziale Merkmale oder Handelsbedingungen beziehen, sofern diese mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen, im Voraus bekannt gemacht werden, nicht zur Folge haben, dass dem öffentlichen Auftraggeber uneingeschränkte Wahlfreiheit übertragen wird, die Möglichkeit eines wirksamen Wettbewerbs gewährleisten und eine wirksame Überprüfung gestatten.	(1) Katalonien, (3) Budapest, (4) Aarhus, (5) Tschechisches Fernsehen, (6) Ballerup, (9) Malta, (10) Olympische Spiele, (19) Oslo, (25) Rumänien, (28) Salamanca, (31) Oslo, (35) Gdynia, (38) Rotterdam, (41) Hansel, (42) BMZ Deutschland, (53) Schweden, (54) London, (55) Dublin, (60) Girona, (62) Sodankylä und Kittilä, (64) Valladolid und (68) Wien
Art. 70 <i>Bedingungen für die Auftragsausführung</i>	Die Bedingungen für die Auftragsausführung können soziale oder beschäftigungspolitische Belange umfassen, sofern diese mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen und im Voraus bekannt gemacht werden.	(2) Helsingborg, (4) Aarhus, (5) Tschechisches Fernsehen, (6) Ballerup, (8) Europäische Kommission, (12) Ille et Vilaine, (14) Castilla y León, (16) Skien, (17) Grangegorman, (19) Oslo, (25) Rumänien, (35) Gdynia, (48) Falun-Borlänge, (49) Warschau, (52) Vantaa und Helsinki, (53) Schweden, (54) London, (55) Dublin, (56) Dortmund, (57) La Rochelle, (60) Girona, (64) Valladolid, (66) Wageningen, (67) Haarlem, (68) Wien, (70) Kopenhagen und (71) Pamplona

<p>Art. 71 Abs. 1 und 6 <i>Vergabe von Unteraufträgen</i></p>	<p>Die Verpflichtungen nach Artikel 18 Absatz 2 können gegenüber Unterauftragnehmern durchgesetzt werden; für diese Verpflichtungen ist die gemeinsame Haftung mit dem Hauptauftragnehmer möglich; der öffentliche Auftraggeber kann verlangen, dass ein Unterauftragnehmer, der die Anforderungen nicht erfüllt, ersetzt wird.</p>	<p>(41) Hansel, (70) Kopenhagen und (71) Pamplona</p>
<p>Art. 74–77 <i>Vereinfachte Regelung für soziale oder andere besondere Dienstleistungen</i></p>	<p>Öffentliche Auftraggeber können für bestimmte Dienstleistungen im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Kulturbereich und andere Dienstleistungen flexiblere Verfahren anwenden, sofern die Grundsätze der Gleichbehandlung und der Transparenz eingehalten werden; bestimmte Aufträge können Sozialunternehmen/Gegenseitigkeitsgesellschaften vorbehalten werden.</p>	<p>(18) Vendée, (31) Oslo, (34) Brescia, (36) Riga, (37) Litauen, (39) Italien/Slowenien und (64) Valladolid</p>

IHR KONTAKT ZUR EU

Persönlich

In der Europäischen Union gibt es Hunderte von „Europe-Direct“-Informationsbüros. Über diesen Link finden Sie ein Informationsbüro in Ihrer Nähe: https://europa.eu/european-union/contact_de

Telefon oder E-Mail

Europe Direct beantwortet Ihre Fragen über die Europäische Union. Sie erreichen diesen Dienst

- unter der gebührenfreien Rufnummer: 00 800 6 7 8 9 10 11 (bei einigen Anbietern können Gebühren anfallen),
- unter der Standardrufnummer: +32 22999696 oder
- per E-Mail über: https://europa.eu/european-union/contact_de

INFORMATIONEN ÜBER DIE EU

Im Internet

Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen der EU finden Sie auf der Europa-Website unter https://europa.eu/european-union/index_de

EU-Veröffentlichungen

Kostenlose und kostenpflichtige EU-Veröffentlichungen können heruntergeladen oder bestellt werden über <https://op.europa.eu/de/publications>. Wenn Sie mehrere Exemplare einer kostenlosen Veröffentlichung bestellen möchten, wenden Sie sich bitte an Europe Direct oder ein Informationsbüro in Ihrer Nähe (siehe https://europa.eu/european-union/contact_de).

Informationen zum EU-Recht

Informationen zum EU-Recht, darunter alle EU-Rechtsvorschriften seit 1952 in sämtlichen Amtssprachen, finden Sie in EUR-Lex unter: <http://eur-lex.europa.eu>

Offene Daten der EU

Über ihr Offenes Datenportal (<https://data.europa.eu/data/datasets?locale=de>) stellt die EU Datensätze zur Verfügung. Die Daten können zu gewerblichen und nichtgewerblichen Zwecken kostenfrei heruntergeladen werden.



Publications Office

doi:[Nummer]